

Gemeinsame Sicherheit – ein schwieriger Lernprozess

DSS-Arbeitspapiere



Heft 70 - 2004

**Gemeinsame
Sicherheit –
ein schwieriger
Lernprozess**

Prof. Dr. Rolf Lehmann zum 70. Geburtstag

DSS-Arbeitspapiere Heft 70 - 2004

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Zur Erholung 13 D-01723 Kesselsdorf

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>

Redaktion: Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dr. Joachim Klopfer

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 D-01219 Dresden Tel. 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 10. April 2004

Kostenbeitrag: 5,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010



Für Generalmajor a.D.
Professor Dr. Rolf Lehmann

zu seinem **70.** Geburtstag

am 5. Mai 2004

Rolf Lehmann wurde am 5. Mai 1934 in Leipzig geboren. Nach dem Abschluss der 10. Klasse und einer Lehre als Elektromechaniker trat er im September 1952 freiwillig in die Kasernierte Volkspolizei der DDR ein. An der Offiziersschule Pirna/Kamenz ausgebildet und 1954 zum Offizier der Kasernierten Volkspolizei ernannt, war er an den Vorbereitungen zum Aufbau von Luftstreitkräften beteiligt und wurde 1956 in die Nationale Volksarmee übernommen. Von 1957 bis 1962 absolvierte er ein Studium an der Militärakademie "J. Gagarin" der Luftstreitkräfte der UdSSR mit Auszeichnung.

Anschließend begann seine Tätigkeit an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden, zunächst als Fachlehrer und Hauptfachlehrer, ab 1965 als Lehrstuhlleiter Jagdfliegerkräfte der Luftverteidigung. 1968 promovierte er zum Dr. rer. mil. und wurde im folgenden Jahr zum Hochschuldozenten für Militärwissenschaft berufen. Seit 1972 Oberst und in der Dienststellung des Stellvertreters für Forschung beim Kommandeur der Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, besuchte er einen Höheren akademischen Kurs an der Generalstabsakademie Moskau und habilitierte sich 1978 mit der Promotion B zum Dr. sc. mil. Im gleichen Jahr wurde er zum ordentlichen Professor für Militärwissenschaft berufen.

1980 begann mit seiner Ernennung zum Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Wissenschaft und Forschung der wirkungsreichste Abschnitt in seiner Laufbahn als Offizier und Wissenschaftler. In dieser Funktion führte er die gesamte Forschungsarbeit, die wissenschaftliche Qualifizierung und akademische Graduierung des Lehrkörpers und die Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften, den Universitäten und Hochschulen sowie den Militärakademien der Verbündeten. In dieser Zeit war er zugleich Dekan der Militärwissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Militärakademie und Mitglied des Rates für akademische Grade beim Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. 1984 wurde er Generalmajor.

In seiner gesamten Tätigkeit als Wissenschaftler und Hochschullehrer erwarb sich Rolf Lehmann hohe Anerkennung und Wertschätzung. Sie beruht auf persönlicher wissenschaftlicher Leistung und seinem Organisationstalent ebenso wie auf seinen charakterlichen Qualitäten, menschlicher Wärme und Geradlinigkeit, kameradschaftlicher Haltung und Verlässlichkeit. All dies verleiht ihm eine natürliche Autorität und die Fähigkeit, Menschen zu führen. Viele Diplomanden und Aspiranten führte er zu erfolgreichen Abschlüssen und zu wissenschaftlichen Diplom- und Doktorgraden. Wichtige Forschungsvorhaben gelangten unter seiner Leitung zum Erfolg. Als gefragter Referent bereicherte er wissenschaftliche Tagungen und erreichte mit seinen Ideen die Öffentlichkeit.

Seinem Ethos als Offizier und Wissenschaftler folgend setzte er sich gegen alle Widerstände für ein neues sicherheitspolitisches Denken ein und verhalf ihm an der Militärakademie und weit darüber hinaus zum Durchbruch. Wesentlich dafür waren die offene Diskussion hierüber bei von ihm initiierten Professorengesprächen an der Militärakademie und die auf sein Drängen einberufene außerordentliche Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 4. November 1989, von der Idee und Aufruf zu einer

demokratischen Militärreform ausgingen. In vielfältiger Weise wirkte er mit an ihrer praktischen Inangsetzung, darunter an der Ausarbeitung einer Militärdoktrin der DDR, die den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit gerecht wurde und in die vom Runden Tisch für Militärreform angenommenen Militärpolitischen Leitsätze mündete. Ab Februar 1990 übernahm er die Leitung des von ihm konzipierten Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheitspolitik an der Militärakademie.

Besondere Beachtung verdienen seine Haltung und die Aktivitäten im Rahmen der Friedensforschung der DDR und des Dialogs mit Vertretern von NATO-Staaten, die im letzten Viertel der 80er Jahre und speziell mit seiner Berufung in den Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR zunehmend zu seinem Arbeitsschwerpunkte wurden. Dabei hatte er anspruchsvolle Aufgaben auch in öffentlichen Gremien und Veranstaltungen beider deutscher Staaten und auf internationalem Parkett wahrzunehmen. Hierzu zählen die Teilnahme und Mitwirkung an Kongressen und Konferenzen zu Frieden und Abrüstung, die Treffen und weiteren Kontakte mit Vertretern der Wissenschaft, der Politik und des Militärs der Bundesrepublik Deutschland und der NATO.

Exemplarisch stehen dafür im Jahr 1988 die Teilnahme an der Jahreskonferenz des IEWSS in Potsdam (Juni), am Internationalen Treffen für kernwaffefreie Zonen in Berlin (Juni) und am Rundtischgespräch von Vertretern der NATO und WVO über konventionelle Abrüstung in Budapest (August). Ein Zeichen setzte das erste Treffen von Offizieren der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr im März 1989, bei dem er die NVA-Delegation leitete. Weiter stehen dafür im Jahr 1989 die Teilnahme am Treffen der Arbeitsgruppe Konventionelle Abrüstung des IEWSS in der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen (April) und an der Internationalen Konferenz „Neues Denken und Militärpolitik“ in Moskau (November) sowie im Jahr 1990 die Teilnahme am Seminar für Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Wien (Januar), an dem Besuch einer Delegation der Militärakademie an der Führungsakademie der Bundeswehr (Juni) und an der Konferenz „Kriegsunverträglichkeit moderner Industriestaaten“ (Juni) in Hamburg.

Unmittelbar vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland entließ ihn der Minister für Abrüstung und Verteidigung aus dem aktiven Dienst. Doch auch ohne Generalsdienstposten und ohne die Wirkungsmöglichkeiten einer akademischen Institution hielt er daran fest, die gewonnenen Überzeugungen im öffentlichen Diskurs zu vertreten. Mit gleich gesinnten, ebenfalls entlassenen Offizieren und Wissenschaftlern gründete er die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. und wirkt seither erfolgreich als ihr Vorsitzender. Seiner Autorität und seinen wissenschaftlichen Kontakten ist es wesentlich zu danken, dass die Studiengemeinschaft nun schon mehr als 13 Jahre besteht und sich ein Wirkungsfeld in der friedens- und sicherheitspolitischen Landschaft der Bundesrepublik geschaffen hat. Für sie und für den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit steht die Kontaktadresse Prof. Dr. Rolf Lehmann.

Inhaltsverzeichnis

		<u>Seite</u>
<u>Grußworte:</u>	Hans Süß, Klaus Freiherr von der Ropp, Wolfgang Demmer, Wolfgang Knorr, Gustav Urbani	7
Hans Modrow	Frieden ist mehr als nur ein Wort ...	17
Werner von Scheven	„Den Menschen dienen heißt ein Leben lang lernen und sagen was ist“	21
Paul Heider	Zu den Ursprüngen der Dresdener Studien- gemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., aus der Sicht eines Militärhistorikers	28
Wilfried Schreiber	Die Botschaft der Akademie wurde gehört – Eine Erinnerung	36
Wolfgang Scheler	Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit	52
Hermann Hagena	Angriff die beste Verteidigung? Zur wechselvollen Geschichte dieses Prinzips	61
Horst Großmann	Die „neuen Kriege“ – Logisches und Historisches	73
Max Schmidt	Europäisierung der Friedenssicherung – Macht die OSZE noch Sinn?	85
Lothar Schröter	Anspruch versus Logik militärischer Macht- entfaltung der Europäischen Union (EU)	100
Ernst Voit	Menschenrechte und bewaffnete Intervention	117
Joachim Klopfer	Abrüstung und Rüstungskontrolle – durch Krieg?	126
Siegfried Schönherr	Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?	136
Günther Oppermann	Zur Sicherheit in der Wirtschaft im Spiegel der Thermodynamik	148
Dietmar Schössler	Kasernenstaat Nordkorea	159
Publikationen Rolf Lehmann (Auswahl)		183
Autorenverzeichnis		186

Grußadresse an Generalmajor a. D. Prof. Dr. Rolf Lehmann anlässlich seines 70. Geburtstages

Lieber Rolf,

gern und aus ehrlichem Herzen will ich mich heute in die Reihe derer stellen, die Dir zu Deinem 70. Wiegenfest gratulieren, danken und für die nächsten Jahre alles Gute wünschen. Einen Teil Deiner Jahre sind wir gemeinsam gegangen, räumlich nah oder weiter voneinander entfernt, aber geistig fast immer übereinstimmend.

Du hattest das Glück, daß Deine jeweiligen Vorgesetzten Dich nicht umfassend militärisch bilden wollten und auf die Entwicklung Deiner nicht sehr starken Kommandeureigenschaften verzichteten, was gar nicht so alltäglich war. Es war aber auch ein Glück für den Lehrkörper und die Hörer der Militärakademie "Friedrich Engels", daß Du von 1962 an, vom Fachlehrer für Taktik der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung bis zum Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Wissenschaft und Forschung dieser Hochschule angehörtest. Über der verdienten Würdigung Deiner Leistungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß Du mit Heinz Böhme u. a. viel zur Modernisierung und Entwicklung der Taktik und Operativen Kunst der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung getan hast. Du hast einen wesentlichen Beitrag geleistet, daß weder von deutschem Boden wieder ein Krieg ausging, noch daß es zu einem verheerenden globalen Schlagabtausch kam.

Da Du in Deiner Arbeit nicht nur gründlich und fleißig, sondern auch sehr kritisch warst, konnte es gar nicht ausbleiben, daß Du zusammen mit Scheler, Hocke u. a. zu der Konsequenz kamst, daß auch ein konventioneller Krieg keinen Sinn mehr macht, und Du hast Dich zunehmend philosophischen und militärdoktrinären Aspekten der Sicherheitspolitik zugewendet. Du hast Dich nicht nur mutig zu Deinen und Euren Erkenntnissen bekannt, Du hast auch versucht, als militärpolitischer Berater der Regierung Modrow und der Militärreform praktische Schlußfolgerungen bei der Erarbeitung einer neuen Militärdoktrin und von Grundsätzen einer neuen Sicherheitspolitik zu ziehen.

Deine Fähigkeit, zuhören zu können, Dein kluges, ausgewogenes, aber auch jederzeit prinzipientreues Auftreten in deutsch-deutschen und internationalen Begegnungen hat Dir die Achtung und Anerkennung solcher Leute eingebracht, die in ihrer Denk- und Verhaltensweise dem von uns allen sehr geschätzten Egon Bahr nahestanden und die aus den Ereignissen von 1989/90 mehr und vor allem mehr Gutes für Deutschland und die Welt machen wollten. Die Voraussetzungen waren da, aber es fehlten die Menschen, die sie nutzen wollten. Auch heute, lieber Rolf, sind Deine Erkenntnisse und Deine Stimme gefragt, damit die Konzeptionen zur unbegrenzten Anwendung von Macht und Gewalt nicht kritiklos bleiben.

Ich danke Dir und wünsche Dir noch viele schöpferische Jahre.



Hans Süß

Sehr wichtig hier bei General Lehmann!

Es ist etwa drei Jahre her, dass wir gemeinsam einen Vortrag von Egon Bahr im hiesigen Hotel Seminaris hörten. Wir waren damals Nachbarn. Egon Bahr, stets ein faszinierender Vortragender und Debattierer, berichtete, er habe seinerzeit Minister Rainer Eppelmann sehr geraten, dafür Sorge zu tragen, dass fünf oder sechs „handverlesene“ Generale/Admirale der NVA in die gesamtdeutschen Streitkräfte übernommen würden. Dies werde ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Rückgewinnung der inneren Einheit Deutschlands sein. Ich hoffe Sie erinnern sich an meine spontane Antwort dahingehend, dass Sie mir für die Übernahme einer solchen Aufgabe als sehr geeignet erschienen. Dabei dachte ich natürlich an Ihre erste Begegnung mit Brigadegeneral Dr. Hermann Hagen. Sie und er, beide an der Spitze von NVA- bzw. Bundeswehrdelegationen, führten Anfang 1989 als Gäste von Egon Bahr in seinem Institut in Hamburg Gespräche über sicherheitspolitische Probleme im noch geteilten Deutschland.

Statt eines Geburtstagsgeschenks übermittle ich Ihnen einen großen Wunsch: vielleicht mit Hermann Hagen als Koautor oder in parallelen Aufsätzen sollten Sie beide uns über Inhalt und Atmosphäre jener Gespräche berichten. Solche Lektüre wird nicht nur für Historiker von sehr großem Interesse sein.

Ihnen zu Ihrem 70. Geburtstag die denkbar besten Wünsche und sehr freundliche Grüße



(Dr. Klaus Frhr. von der Ropp)

Verehrter Generalmajor a. D. Prof. Dr. sc. Rolf Lehmann, lieber Rolf,

herzliche Glückwünsche zu deinem 70. Geburtstag und viel Erfolg für deine weitere Arbeit in der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik!

Es ist mir eine besondere Freude, dir zu diesem schönen Jubiläum gratulieren und dabei an die vielen Jahre gemeinsamer Arbeit erinnern zu können – ganz persönlich, als Weggefährte über Jahrzehnte in guten und in schlechten Zeiten, aber auch als langjähriger und letzter Leiter des Lehrstuhles Jagdfliegerkräfte an der Militärakademie "Friedrich Engels", in dem wir uns kennen lernten und der Ausgangspunkt deiner Lebensleistung in Wissenschaft und Forschung war.

Vor über vier Jahrzehnten berührten sich erstmals unsere Lebenswege – "Dienstlaufbahnen" –, als du 1962, nach Abschluss deines Studiums an der Militärakademie der Luftstreitkräfte der UdSSR, in den Lehrstuhl Operativ-taktische Ausbildung der Luftverteidigung/Luftverteidigung versetzt wurdest. Der Lehrstuhl existierte erst wenige Jahre und rang noch darum, sein Profil in Lehre und Forschung der Umstrukturierung der Teilstreitkraft und Bildung der Luftverteidigungsdivisionen anzupassen.

Die Qualifizierung des Lehrkörpers war zu dieser Zeit das Hauptkettenglied, um den Aufgaben der Militärakademie in der praxisbezogenen Ausbildung von Offizierskadern gerecht zu werden. Aber schon zeichnete sich die höhere Anforderung ab, die Militärakademie zu einem wissenschaftlichen Zentrum der Nationalen Volksarmee zu entwickeln. Die Träger dieses Prozesses waren die Lehrstühle. Und dieser Prozess – lernend lehren und die Wissenschaft meistern – brauchte engagierte Persönlichkeiten, zu denen du nach wenigen Jahren gehören und an deren Spitze du rücken solltest.

Mit der Neuprofilierung zu Lehrstühlen der Waffengattungen übernahmst du am 01.09.1965 den nun neu benannten Lehrstuhl Jagdfliegerkräfte der Luftverteidigung als dessen dritter Leiter in seiner noch jungen Geschichte. Damit begann der dringend notwendige Durchbruch in der wissenschaftlichen Arbeit und Forschung, der sich auf die Qualität der Ausbildung von Offiziershörern und insbesondere auf unsere Ausstrahlung und Akzeptanz in der Truppenpraxis auswirken sollte.

Dir ist es gelungen, neben deiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit vor allem die Forschungsarbeit im Lehrstuhl und später in der Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung zu organisieren und dabei ein starkes, schöpferisches Kollektiv zu formen. Beginnend mit dem ersten Kolloquium der Sektion Mitte der 60er Jahre, an dem der Lehrstuhl JFK aktiv beteiligt war, gab es keine dieser hochrangigen wissenschaftlichen Veranstaltungen ohne deine maßgebliche Mitwirkung. Regelmäßig waren dabei auch Gäste aus der Truppe, dem Kommando der LSK/LV, der Militärakademie der LSK der UdSSR und Vertreter verbündeter Armeen eingeladen.

Die Sektion LSK/LV – und darin eingebettet unser Lehrstuhl Jagdfliegerkräfte – gewann damit zunehmend Einfluss auf die Taktik und Operative Kunst der Teilstreitkraft und insbesondere auf die Taktik unserer Waffengattung und wurde auch mehr und mehr zum Partner anderer Institutionen. Im Lehrstuhl Jagdfliegerkräfte verband sich dieser wissenschaftliche Aufschwung logischerweise mit dem objektiv erforderlich gewordenen Promotionsgeschehen, von dir organisiert, gefördert und oft mit persönlicher Hilfe begleitet. Du selbst gehörtest 1968 zu den ersten Doktoren der Militärwissenschaft

unseres Lehrstuhls, und ich danke dir hier erneut auch für die Leitung und Betreuung meiner Arbeiten auf dem Weg zu den Promotionen A und B.

Zu deinen von mir besonders geschätzten Charakterstärken gehören das kameradschaftliche Verhältnis und tolerante Zusammenarbeiten mit Partnern und Unterstellten, dein Eintreten für ihre Arbeit und die Parteinahme auch in heiklen Situationen, verbunden mit mutiger Souveränität gegenüber Vorgesetzten aller Ebenen.

Deine Führungsqualitäten und die Fähigkeit, über den Horizont gegebener Strukturen hinaus zu schauen, führten dich folgerichtig auf den "Weg nach oben". Die Sektion LSK/LV brauchte dringend einen fähigen Stellvertreter für Forschung, um auch in dieser Ebene Organisiertheit und Niveau der wissenschaftlichen Arbeit nachhaltig zu sichern und effektiv zur Entwicklung der Militärakademie als wissenschaftliches Zentrum der NVA beizutragen. Der Kommandeur der Sektion hatte deine Befähigung dafür längst erkannt ... Wir waren im Lehrstuhl ob dieser natürlich hoch verdienten und fachlich notwendigen Abberufung allerdings eher traurig als erfreut, weil wir dich für kaum ersetzbar hielten. Es spricht für sich (und für dich!), dass dann einige Jahre später deine Berufung zum Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung des Chefs der Militärakademie folgte.

Ich selbst wurde 1978 der fünfte und zugleich letzte Leiter des Lehrstuhles Jagdfliegerkräfte und konnte ihn noch 12 Jahre führen. Es passt ins Bild deiner "Langzeitwirkung" und spricht für das Potenzial des Lehrstuhles, dass dieses Kollektiv 10 mal als "Bester Lehrstuhl der Sektion LSK/LV" ausgezeichnet und ihm bescheinigt wurde, zu den besten Lehrstühlen der Militärakademie zu gehören. Merkmale der Leistungsfähigkeit des Lehrstuhles waren im besonderen die hohe Anzahl Promotionen A und B zur Qualifizierung des eigenen Lehrkörpers und von Lehroffizieren der Offiziershochschule, die jährliche praktische Ausbildung von Offiziershörern in und zum Teil gemeinsam mit der Truppe sowie die jährlichen wissenschaftlichen Beratungen des Lehrstuhles mit Gästen des Kommandos LSK/LV, der Offiziershochschule der LSK/LV und der Truppe.

Lieber Rolf, das war auch immer noch dein Lehrstuhl, den du geprägt hast!

Der Aufstieg in die Führung der Militärakademie bedeutete den Umschlag deiner Laufbahn in eine neue Qualität. Du warst nicht wie bisher einfach aufgestiegen, sondern musstest ein Fach- und Wissenschaftsgebiet, in dem du ziemlich unangefochten – 1978 zum Doktor der Militärwissenschaften promoviert und zum Ordentlichen Professor berufen – zum "wissenschaftlichen Hochadel" gehörtest, aufgeben. Spätestens von diesem Zeitpunkt an waren die Militärwissenschaft und auch die Gesellschaftswissenschaft – abgesehen von anderen neuen Aufgaben – in ihrer Gesamtheit zu beackern. Das wurde letztlich auch äußerlich deutlich, als du mit deiner Ernennung zum Generalmajor in eine rot statt blau paspelierete Generalsuniform steigen musstest.

Ich durfte dir die herzlichen Glückwünsche deines ehemaligen Lehrstuhls überbringen, und wir alle waren aufrichtig stolz, dass einer aus unserer Mitte – auch wenn das heute nicht mehr so richtig gut klingt: einer aus der Arbeiterklasse wie ich, der Bauschlosser – zum General ernannt worden war.

Es ist dir auch in dieser Position gelungen, dir bei allen Sektionen der Teilstreitkräfte und in den anderen Wissenschaftsbereichen fachliche, wissenschaftliche und menschliche Autorität zu erarbeiten, die in spezifischer Weise noch heute nachwirkt. Als Mensch und Kamerad bist du dir treu geblieben: Du warst auch weiterhin für jeden ansprechbar und hast geholfen.

Die gewichtige Rolle, die sich die Militärakademie in der NVA, in Ministerien und auch in der Öffentlichkeit erarbeitet hatte, führte dich fortan nicht nur in die interdisziplinäre Forschung, sondern auch in höhere staatliche Regionen und brachten dir verantwortliche internationale Aufgaben, über die sicher andere Gratulanten schreiben werden.

In den 80er Jahren gewann die Politik der friedlichen Koexistenz zunehmend an Einfluss auf das Militärwesen, Abrüstungsstrategien wurden entwickelt und zum Teil verwirklicht, eine neue Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten sowie nationale und internationale Friedenskonferenzen und -kongresse stellten ihre Anforderungen auch an die wissenschaftlichen Einrichtungen und an die Militärakademie. Du gehörtest auch hier zu den ersten Aktivisten des "Neuen Denkens". Dafür spricht auch deine Berufung in den am 26.10.87 an der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründeten Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung als einer der beiden Vertreter der Militärakademie.

Weil aus meiner Sicht bedeutungsvoll und im Lehrstuhl immer hochachtungsvoll begleitet, möchte ich schließlich noch deine Tätigkeit in der KSZE bzw. OSZE würdigen. Du hast dort als Vertreter einer der beiden völkerrechtlich anerkannten deutschen Staaten gleichgestellt mit hochrangigen Offizieren und Generalen der Bundeswehr für die friedliche Koexistenz und Sicherheit in Europa gewirkt.

Durch dein persönliches Engagement in den Friedens-, Abrüstungs- und Annäherungsprozessen ausgangs der 80er Jahre berief man dich unter anderem auch zum Leiter der DDR-Delegation für das "Erste inoffizielle deutsch-deutsche Generals- und Offiziers-treffen" im März 1989 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Es ist nur folgerichtig, dass sich schon in diesen Jahren aus den umfangreichen Aktivitäten der Militärakademie zum neuen sicherheitspolitischen Denken eine Gruppe Politikwissenschaftler, Militärwissenschaftler und Technikwissenschaftler heraus bildete, die bereit und in der Lage waren, Tabus überholter starrer Militärpolitik zu brechen. Dieser Kreis, der sich auch nach der Auflösung der NVA und ihrer Militärakademie dieser Problematik als selbst gewählte lebenslange Berufung widmete, gründete am 16.10.1990 die Dresdner Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. Du warst eines der Gründungsmitglieder und wurdest Vorsitzender dieser Gemeinschaft. Dein 70. Geburtstag ist Anlass zu wünschen, dass sie, die nun trotz vieler Schwierigkeiten über ein Jahrzehnt existiert, erfolgreich weiter wirkt und noch lange unter deiner Führung bestehen möge.

Lieber Rolf, dein Weg als Offizier und General der NVA, als Wissenschaftler an der Militärakademie, als Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gremien sowie als Organisator und Mitgestalter vieler Seminare, Symposien, Konferenzen und Kongresse für Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt weist eine beachtenswerte Kontinuität über die Zeitläufte deutscher Geschichte hinweg bis in die Gegenwart auf. Deine Biografie zeigt, stellvertretend auch für viele deiner Weggenossen, wie wirksam man Potenzen befähigter Wissenschaftler gerade auf diesen sensiblen Gebieten heute gesamtdeutsch für eines der wichtigsten Probleme der Welt – Frieden und Sicherheit – hätte nutzen können.

Lieber Rolf, ich wünsche dir alles Gute für dein weiteres Leben und Schaffen, eine kräftige, langwährende Gesundheit und viel Glück für deine ganze Familie!

In Freundschaft und Gesinnung verbunden, dein

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Wolfgang Demmer

Achtung ist der Freundschaft unfehlbares Band

Friedrich Schiller

Lieber Rolf,

Du bist nun siebzig. Es ist kaum zu fassen, wenn man Dich so sieht. Aber Siebzighjährige sehen heutzutage meistens jünger aus als Gleichaltrige in den Generationen der Väter, obwohl sie ein viel bewegteres Leben hatten.

Dein Leben – besser: Deine Lebensleistungen – werden zu Deinem 70. Geburtstag von fachkundigen Mitstreitern sicher sehr gründlich gewürdigt. Ich will das darüber hinaus aus der Sicht eines langjährigen Freundes tun, dessen Leben Du nahezu 45 Jahre lang, sowohl im privaten als auch im Arbeitsbereich, bereichert hast.

1934 wurdest Du in Leipzig geboren. Noch heute besuchst Du sehr gern Deine Heimatstadt. Du hast uns mitgenommen und gezeigt, in welchem Proletariermilieu Du aufgewachsen bist und welche Verwüstungen der Bombenkrieg hinterlassen hat. In einem kommunistisch orientierten Elternhaus wurdet ihr Kinder schon frühzeitig mit den Ursachen vertraut gemacht, die zu Kriegen führen. Daraus hat sich der Haß auf Krieg bei Dir immer mehr verfestigt, und es war nur konsequent, daß Du Dir die damals gängigen Losungen „Nie wieder Krieg“, aber auch: „Der Frieden muß bewaffnet sein“ zu eigen machtest, zumal der in der DDR begonnene gesellschaftliche Großversuch bald einer militärischen Umklammerung durch einen starken Gegner ausgesetzt war.

Ich verzichte darauf, Deine Dienstlaufbahn in der KVP/NVA von 1952 bis zum Herbst 1990 darzulegen. Nur soviel: Dein Talent und Deine Neigung zur wissenschaftlichen Arbeit wurden erkannt, sodaß Du an der höchsten militärischen Bildungsstätte der NVA, der Militärakademie „Friedrich Engels“, Deinen Arbeitsbereich fandest, zum General befördert, zum Professor berufen und als Stellvertreter für Forschung des Chefs der Militärakademie eingesetzt wurdest.

Obwohl Du in dieser Dienststellung hohen Belastungen ausgesetzt warst, fandest Du immer noch Zeit für wissenschaftliche Leistungen, die Deine Handschrift trugen. Sie sind noch heute in der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek erfaßt, darunter Deine Publikationen über Sicherheit und Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, über Entwicklungstendenzen der Militärwissenschaft u. a. m. Interessant ist auch, daß man Dich zu Einsätzen heranzog, die weit über Deinen funktionellen Pflichten lagen. Plötzlich schickten Dich die zentralen staatlichen Organe auf das diplomatische Parkett. So mußtest Du die Interessen der DDR in der BRD und in Österreich vertreten. Deine Auftritte in Hamburg und Wien haben wir noch gut in Erinnerung.

Dann folgte das Ende des Kalten Krieges, und mit ihm das Ende der DDR. Wir erlebten den größten gesellschaftlichen Umbruch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die staatlichen Stellen lösten sich auf, folglich auch die NVA.

Deine Existenz war auf eigene Art und Weise mit der vergangenen Zeit verknüpft, schließlich hattest Du die Grundlagen des vergangenen Systems mitgetragen. Nun standest Du als ein von der Geschichte Widerlegter da. Was zuvor für gut und richtig galt, war plötzlich schlecht und falsch. Es begann eine Zeit schmerzlicher Selbstbefragung, eines geistigen Umbruchs, der auch heute noch nicht beendet ist. Es gelang Dir, Antworten auf die Frage zu finden, warum wir uns geirrt hatten, warum der totalitäre Staatssozialismus zusammenbrach und welche Neuorientierung die neue Zeit erfordert. Du brachtest und bringst den Mut auf, zu dem zu stehen, was Du erkannt hast, auch wenn das einer allgemeinen Stimmung widerspricht.

Wie nicht anders zu erwarten, hast Du Dein persönliches Schicksal erneut in den Kontext Krieg/Frieden eingeordnet. Du hast bekräftigt, daß der Dienst am Frieden auch für die Soldaten eines geeinten Deutschland das Leitmotiv sein muß, daß auch für sie gilt: Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen.

Auf dieser Grundlage entstanden die Kontakte, die Du zu den Berufssoldaten der anderen deutschen Armee herstellen konntest. Sie waren es auch, die Dir beim Aufbau einer neuen Existenzgrundlage behilflich waren. Es galt, die russischen Kommunen beim Aufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen zu unterstützen. Das setzte hohe Erwartungen in puncto Kenntnisse und Reisen voraus. Du nahmst das aber gern auf Dich, denn nach wie vor ging (und geht) Dein Blick in den Osten, wo das Leid doch immer weit größer war und ist.

Das alles war Folge dessen, daß mit der deutsch-deutschen Vereinigung Deine Wirkungsstätte – die Militärakademie „Friedrich Engels“ – abgewickelt wurde. Du wurdest wie alle Sozial-, Militär- und Technikwissenschaftler entlassen. Deine und ihre Karriere endete entweder im Vorruhestand oder in völlig fremden Tätigkeitsbereichen. Somit wurde dieses wissenschaftliche Potential zerstört, auf Erfahrungen – vor allem im Umgang mit osteuropäischen Ländern von potenziell großem Wert – verzichtet. (Heute bedauern dies selbst Verantwortliche für die Abwicklung der DDR-Akademien, weil „fahrlässig mit der Ressource GEIST umgegangen worden ist“, so der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelmaß.)

Nach Auflösung der Militärakademie waren die abgewickelten Akademiker bemüht, sich ein neues wissenschaftliches Betätigungsfeld zu schaffen. So kam es Ende 1990 zur Gründung der „Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik“ (DSS), deren Vorsitzender Du von Anfang an bist. Das Ziel der Arbeiten war, auf der Grundlage neuer Erfahrungen die Erkenntnisse auf sicherheitspolitischem und militärtheoretischem Gebiet zu erweitern. Nach Ende des Ost-West-Konflikts waren sicherheitspolitische Neuorientierungen, wie z. B. zu den Problemen der Landesverteidigung, des „Feindbildes“, zum „Gleichgewicht des Schreckens“ u. a., notwendiger denn je.

Du führtest Wissenschaftler zusammen, die sich auch weiterhin verpflichtet fühlten, ihr Wissen und Können zur Klärung dieser so wichtigen Fragen einzusetzen. Du hast Dich unverzagt an ihre Spitze gestellt, obwohl die Zahl der Unentwegte im Laufe der Zeit infolge Ablebens oder Resignation abnahm. Andererseits konntest Du immer mit der Unterstützung solch anerkannter Friedensforscher wie Prof. Dr. Scheler und Prof. Dr. Woit rechnen. Ihre Standpunkte werden europaweit mit großem Respekt zur Kenntnis genommen.

Du legst viel Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Friedensorganisationen, vor allem mit der „Sächsischen Friedensinitiative Dresden“, mit der „Hilfe für Kriegsveteranen“ e. V., ebenso wie mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und anderen Einrichtungen. Auf Wunsch der „Hilfe für Kriegsveteranen“ nahmst Du an Veranstaltungen in Rußland teil. Deine Auftritte waren so beeindruckend, daß sich das russische Fernsehen entschloß, sie zu senden. Durch diverse Vorträge und vor allem durch die Herausgabe einer DSS-eigenen Schriftenreihe werden Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit gebracht.

Deine lebensbejahende Einstellung spiegelt sich auch im Familienleben wider. Deine Rosi hat Dich in den nunmehr 46 Ehejahren verständnisvoll auf Deinem Lebensweg begleitet. Zu den Söhnen, Schwiegertöchtern und Enkelkindern bestanden ohne Unterbrechung die harmonischsten Beziehungen. Du selbst warst und bist keineswegs ein allen menschlichen Freuden abholder Wissenschaftler, der sich um nichts anderes als um geistige Dinge gekümmert hätte. Für Abwechslung sorgte schon Dein Freundes- und Bekanntenkreis. Da wir auch dazu gehörten, haben wir in all den Jahren unvergeßliche Stunden miteinander verbracht. Über alles Mögliche tauschten wir unsere Gedanken aus, was unserem Leben immer wieder neuen Inhalt gab.

Lieber Rolf, Dein siebzigster Geburtstag und die vielen guten Wünsche, die Dich erreichen werden, sollen Dich anspornen, auch weiterhin an der Front für den Frieden aktiv zu sein. Richte Dir Dein Leben so ein, daß es Mut macht, kreativ zu sein im wunderbaren Durcheinander zwischen der profanen Wirklichkeit, dem Denken und Verhalten. Ellen und ich, die ganze Knorrsche Sippe, wünschen Dir und Deiner Familie gute Gesundheit. Weiter so, oder auch anders, aber weiter!

Wolfgang Knorr

Sehr geehrter Professor Dr. Lehmann, lieber Rolf!

Anläßlich Deines 70. Geburtstages beglückwünsche ich Dich auch auf diesem Wege sehr, sehr herzlich und wünsche Dir für die bevorstehenden hoffentlich glücklichen und weiterhin erfolgreichen Lebensjahre das Allerbeste.

Wenn ich mich recht erinnere, reicht unser gemeinsamer Weg in Dienst und Arbeit in einer immer festeren Verbundenheit nun schon fast ein Vierteljahrhundert zurück – die erste Hälfte dieser Zeit an der Militärakademie der NVA, die zweite Hälfte in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, an deren Entstehung und Entwicklung Du entscheidenden Anteil hast.

Die schlimmen Erfahrungen unserer Jugend in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges und seine Nachwirkungen brachten Dich wie mich zu der Überzeugung, daß die begonnene gesellschaftliche Erneuerung und die Sicherung einer friedlichen Welt auch bewaffneten Schutz braucht. Wir zogen persönliche Konsequenzen und wurden Angehörige der NVA der DDR. Die berufliche Entwicklung führte Dich als Militärwissenschaftler und mich als Militärökonom schließlich an die Militärakademie in Dresden.

Hier erhielten und nutzten wir die Chancen zu weiterer wissenschaftlicher Qualifizierung. Vor allem aber engagierten wir uns in der Forschung und bei der Heran- und Weiterbildung junger Offizierskader – in dem Bewußtsein und mit dem Hauptziel, damit etwas zur Friedenssicherung und für die Abwendung einer militärischen Konfrontation beizutragen.

Noch heute denke ich mit bleibender Anerkennung und Hochachtung daran, lieber Rolf, daß Du als mein wissenschaftlicher Vorgesetzter und zugleich freundschaftlicher Berater in den vielen Jahren unseres gemeinsamen Dienstes an der MAFE meinen Weg in diese Richtung wesentlich mit geprägt hast.

Aus meiner heutigen Sicht war dabei auch von Bedeutung, daß Du, inzwischen Stellvertreter des Chefs der Militärakademie, mir Gelegenheit zur Nutzung und Entwicklung meiner ungarischen Sprachkenntnisse und persönlichen Kontakte zum Land der Magyaren gegeben hast – durch Dienstreisen an die Militärakademie der Ungarischen Volksarmee, bei der Betreuung der Angehörigen von Besucherdelegationen aus Ungarn und insbesondere durch Aufträge für Übersetzungen aus der ungarischen Militärpresse, und dies auch nach meinem durch Invalidität bedingten Ausscheiden aus dem Militärdienst im Jahre 1987.

Als uns dann in den 80er Jahren neue Bedingungen der globalen Ost-West-Auseinandersetzung bewußt zu werden begannen, hast Du mir – angelehnt auch an die sozialpolitische Orientierung durch die Offiziere des Lehrstuhls Philosophie (Prof. Wolfgang Scheler) – aus militärwissenschaftlicher Sicht geholfen, die Sinnkrise des Krieges zu begreifen, und die Teilnahme an der Herausbildung eines neuen Sicherheitsdenkens erleichtert.

Fast anderthalb Jahrzehnte währt nun schon unser Zusammenwirken in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS), besser gesagt: meine Mitwirkung an dem von Dir geleiteten Zusammenschluß von sozialpolitisch, militärwissenschaftlich und technikkwissenschaftlich profilierten Hochschullehrern, die in jener Zeit hochmotiviert nach einem Weg zum Einsatz ihrer Kräfte im Interesse der Analyse und wissenschaftlich fundierten Bewertung sicherheitspolitischer Entwicklungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gesucht hatten.

Ausgehend von Deinen Erfahrungen im Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR und bei Kontakten mit leitenden Vertretern der Führungsakademie der Bundeswehr in der Periode des gesellschaftlichen Wandels hast Du unter hohem persönlichem Einsatz gemeinsam mit anderen Angehörigen des ehemaligen Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheit an der Militärakademie "Friedrich Engels" mit der Gründung der DSS einen Weg gefunden, der im Zuge der Abwicklung der DDR drohenden Auslöschung jahrzehntelanger positiver Arbeitsergebnisse und Lebenserfahrungen zu beugen.

Die seit dem Bestehen der DSS erzielten Arbeitsergebnisse ihrer Mitglieder - zu denen ich sehr bald zählte - bestätigen, daß die Studiengemeinschaft unter Leitung ihres Vorstandes ihren in der Satzung formulierten Grundkonsens unbeirrbar verfolgt, wonach sie " ... die Sicherheitspolitik als einen entscheidenden Faktor der Gestaltung eines gerechten und dauerhaften Friedens ..." betrachtet. Im Arbeitsprogramm vom 27.11.1990 wurde unter den zu bearbeitenden Problemfeldern als Punkt 2 formuliert: "Sicherheits- und Wehrstrukturen im Umbruch; alternative politische und militärische Sicherheitskonzepte; Auftrag, Funktion und Aufgaben von Streitkräften in Gegenwart und Zukunft."

Für meine wissenschaftliche Arbeit in der DSS war es nur logisch, daß mich der Vorstand mit der Umsetzung dieser Schwerpunktorientierung direkt in Bezug auf die Ungarische Republik betraute. In Nutzung meiner ungarischen Sprachkenntnisse und in deren weiterer militärfachlicher Profilierung gelang es mir, in einer viele Jahre währenden systematischen Auswertung vor allem der ungarischen Militärpresse umfangreiche und detaillierte Erkenntnisse über die grundlegende Erneuerung der ungarischen Sicherheitspolitik und Militärdoktrin sowie die langwierige und tiefgreifende Reformierung der ungarischen Honvéd-Armee zusammenzutragen. Die Resultate dieser Studien konnten im Zeitraum 1993 bis 2001 in acht Heften der DSS-Arbeitspapiere dargestellt und veröffentlicht werden. Dies und die regelmäßigen Gelegenheiten zum Gedankenaustausch im Rahmen der Studiengemeinschaft gaben mir dabei Motivation und orientierende Hilfe.

Lieber Rolf,

ich hoffe auf die weitere Fortsetzung des gemeinsamen Weges und wünsche Dir auch in diesem Sinne einen frohen Tag und viel Freude im Kreise Deiner Lieben.

Im Mai 2004

Gustav Urbani

Hans M o d r o w

Frieden ist mehr als nur ein Wort ...

Zum 70. Geburtstag von Prof. Rolf Lehmann, General a. D.

Die Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR ist eng mit den Biographien ihrer Offiziere und Generäle verbunden. Sie ist auch Teil der Geschichte des Warschauer Vertrages und der Spannungen des Kalten Krieges.

Rolf Lehmann gehört zu den Generälen, die in der Nachkriegszeit ein neues Deutschland wollten, in dem Lehren aus der Zeit der faschistischen Diktatur und des Zweiten, so verheerenden Weltkrieges gezogen werden sollten. Mit dem Sieg der Alliierten Streitkräfte über den Hitlerfaschismus, an dem die Sowjetunion den entscheidenden Anteil hatte, war die Rote Armee in seinem und meinem Verständnis zur Befreierin geworden.

Als der Aufbau bewaffneter Streitkräfte in der Bundesrepublik begann, die Bundeswehr entstand und Teil des westlichen Militärbündnisses, der NATO, wurde, war es nur folgerichtig, dass auch in der DDR eine Armee gebildet wurde. Sie erhielt nicht nur den Namen VOLKSARMEE, sondern sie verstand sich auch als solche.

Die Ausbildung ihrer Offiziere war darauf gerichtet, dem Volk und seinem Willen nach Frieden im engen Bündnis mit der Sowjetarmee und den anderen Armeen des Warschauer Vertrages zu dienen. Rolf Lehmann durchlief selbst diese Ausbildung und gehörte später als General der NVA zum Lehrkörper der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden. Aus dem Soldaten war so auch ein Lehrer und Militärwissenschaftler von hohem Rang geworden.

In dieser Funktion und Tätigkeit lernte ich Rolf Lehmann in Dresden kennen und schätzen. Auch wenn ich keine militärische Ausbildung im engeren Sinne durchlaufen habe – als 17-Jähriger in den letzten Kriegsmonaten zur Hitlerwehrmacht eingezogen, hat man mich nur in der Handhabung von Karabiner und Panzerfaust unterrichtet, wovon ich Gott sei Dank keinen Gebrauch machen musste – so war ich doch als Soldat der NVA vereidigt worden. Als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung gewann ich Einblicke in das Militärwesen und eine Vorstellung von den Gefahren, die mit einem neuen Krieg, besonders einem Kernwaffenkrieg, verbunden sein würden.

Die Militärakademie war besonders in den Jahren, in welchen der Jubilar als Militärwissenschaftler und Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung

tätig war, offen für Kontakte mit anderen Wissenschaftsakademien und Hochschulen, was ihre Bedeutung und Stellung in der wissenschaftlichen Arbeit und Forschung der DDR nur stärken konnte. Rolf Lehmann hatte daran einen großen persönlichen Anteil.

Es spricht für die Autorität der Dresdner Militärwissenschaftler, dass auch Kreise in der BRD auf die Arbeit aufmerksam wurden. Als sich Ende der 80er Jahre ein Dialog zwischen den Hamburger Friedensforschern um Egon Bahr und Vertretern der NVA zu entwickeln begann, waren darin Wissenschaftler der Militärakademie unter Leitung von Rolf Lehmann einbezogen. Diese Kontakte trugen auch dazu bei, dass im Rahmen der Städtepartnerschaft Dresden – Hamburg ein Friedensdialog in Gang kam, getragen von der Militärakademie und dem Institut von Egon Bahr.

Zur Konzeption meiner Regierung gehörte nicht nur das Angebot einer Vertragsgemeinschaft an die Regierung der Bundesrepublik, sondern vor allem die innere Umgestaltung in der DDR selbst. Dazu gehörte auch die Neubestimmung der Rolle der NVA auf der Grundlage einer neuen Militärdoktrin. Zu deren Ausarbeitung haben Rolf Lehmann und die von ihm herangezogenen Wissenschaftler einen wesentlichen Beitrag geleistet, wofür ich ihm gerade an seinem 70. Geburtstag noch einmal herzlich danken möchte. Die in der Endphase der DDR erarbeitete Militärdoktrin war einzig und allein auf eine friedliche Entwicklung in Europa und in der Welt gerichtet und konnte nur als Aufforderung auch gegenüber der BRD verstanden werden, in gleichem Geiste zu wirken.

Das war damals ein mutiger Schritt und eine Chance, im vereinigten Deutschland andere, auf Abrüstung und Frieden gerichtete Schritte zu gehen. Diese Chance blieb nicht nur ungenutzt, sondern der Auftrag der Bundeswehr wurde dahingehend verändert, dass nicht die Verteidigung der Landes- und Bündnisgrenzen Vorrang hat, sondern die Sicherung der Interessengebiete, deren Bogen sich inzwischen vom Hindukusch bis zum Horn von Afrika spannt.

Die Modrow-Regierung wollte im Herbst '89 nicht nur ein Signal in Richtung Westen setzen, sondern auch Anstöße für einen Wandel im Warschauer Vertrag geben. Dass diese wie auch viele andere kluge Vorstellungen unerfüllte Visionen blieben, hängt ursächlich damit zusammen, dass sich die Vereinigung nicht als ein Zusammenschluss zweier gleichberechtigter Staaten, sondern als Anschluss der DDR an die BRD vollzog, der Warschauer Vertrag rasch zerfiel und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion nicht mehr aufzuhalten war.

Die Tinte unter dem sogenannten Einigungsvertrag war noch nicht trocken, da wurde von höchsten Regierungsstellen der BRD die Weisung ausgegeben, die DDR zu delegitimieren und alles, was in über vier Jahrzehnten entstanden war,

in den Dreck zu ziehen. Die Verachtung für Lebensleistung und Biographie von DDR-Bürgern äußerte sich besonders drastisch darin, dass jenen, die ihren Dienst in der NVA geleistet hatten, der Stempel „Gedient in fremden Streitkräften" aufgedrückt wurde. „Gedient in fremden Streitkräften" lieferte auch die Handhabe dafür, Angehörige der NVA und der Grenztruppen entgegen dem Völkerrecht, wie namhafte Vertreter der juristischen Wissenschaft feststellten, zu verfolgen und zu verurteilen, und dies bis heute, mehr als 13 Jahre nach der staatlichen Vereinigung!

Aus der Geschichte des deutschen Militärwesens wird die Existenz der NVA nicht zu streichen sein. Bei objektiver Bewertung ihrer Rolle wird man nicht an der Tatsache vorbei kommen, dass die NVA zu jeder Zeit dem Frieden verpflichtet und dem Volk der DDR verbunden war. In den Jahren ihres Bestehens haben Millionen junger Menschen ihren Wehrdienst erfüllt. Er mag in seiner konkreten Ausgestaltung in dieser oder jener Weise umstritten sein, doch in der Ausprägung der Wehrmotive war er immer auf die Bewahrung des Friedens, die Verteidigung des Landes und auf Waffenbrüderschaft gerichtet. Dafür spricht auch die Ausbildung von Offizieren anderer Länder an der Dresdner Militärakademie. Frieden war für Rolf Lehmann und die Genossen an seiner Seite niemals nur ein Wort.

Dass diese Seite der Geschichte der NVA totgeschwiegen werden muss, findet seine Erklärung darin, dass die EU und die Schröder/Fischer-Regierung einen Kurs auf verschärfte Militarisierung, auf Auf- und Umrüstung zum Zwecke der weltweiten Interventionsfähigkeit steuern. Da muss jeder öffentliche Diskurs darüber, dass es machbare Alternativen gibt, unterdrückt werden.

Es mangelt nicht an Büchern über die Geschichte der NVA und über persönliche Biographien von Offizieren und Generälen der NVA. Aber was mir notwendig erscheint und noch immer nicht geschehen ist, wäre eine klare Absage in der Geschichtsschreibung der BRD an Hass, Verleumdung und Entstellung hinsichtlich der Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR. Da hilft auch kein Gerede von den zwei Diktaturen. Das faschistische Deutschland existierte 12 Jahre und verstrickte Europa und die Welt in eine irrwitzige Hochrüstung, bevor es den Krieg vom Zaune brach, der über 50 Millionen Menschenleben forderte. Die DDR existierte 40 Jahre, sie hat weder einen Krieg ausgelöst noch war sie an einem Krieg beteiligt. Trotz der Hochrüstung der antagonistischen Militärblöcke bis zu Kernwaffen, trotz der Erstschlagstrategie der NATO ist es selbst bei größten politischen Zuspitzungen wie im August 1961 während der Kubakrise nicht zu militärischen Aktionen gekommen – eine Tatsache und ein Verdienst, die beiden Seiten, Ost und West, geschuldet sind.

Diesen Dingen auf den Grund zu gehen, wäre Aufgabe einer Geschichtsschreibung, die nicht politische Interessen bedient, sondern sich den Realitäten in ih-

rer ganzen Widersprüchlichkeit stellt. Das wäre auch eine Herausforderung, um der Lebensleistung meines Freundes Generalmajor a. D. Prof. Rolf Lehmann gerecht zu werden – auch wenn sie davon ganz gewiss nicht abhängt. Sie steht für sich allein.

Werner von Scheven

„Den Menschen dienen heißt ein Leben lang lernen und sagen was ist“

Gedanken zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Rolf Lehmann

Kaum ein anderes persönliches Merkmal prägt den Lebensweg so gewiss und nachhaltig, wie das Jahr, in dem der schaffende Mensch geboren wurde, und das Land, in dem er gearbeitet hat.

Das Schicksal hat es so geführt, dass Rolf Lehmann und ich noch Kinder im deutschen Reich Adolf Hitlers waren, er kaum drei Jahre älter als ich. Deutschland erlitt seine Teilung schon kurz nach dem Ende des vernichtenden Krieges. Die Schule erlebten wir einige Jahre gleichzeitig in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands. Rolf Lehmann wurde Berufssoldat wie ich. Er 1952 in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich 1957 in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Loyalität zu unseren jeweiligen „Obrigkeiten“ formte bei Beiden den Typus des Soldaten, der mehr sein wollte, als ein Militärtechnokrat. Politisches Mitdenken in der militärischen Mitverantwortung eines Sicherheitssystems für Europa und für die Deutschen war von uns gefordert. Es war aber auch unser Interesse. Ein gemeinsames Motiv fanden wir schon bei der ersten Begegnung, nämlich mitzutun, damit von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll. Wir selbst hatten nichts beigetragen, dass auf deutschem Boden zwei Staaten entstanden waren, die später eine Rolle als Frontstaaten entgegenstehender Allianzen der Abschreckung vom Kriege zu übernehmen hatten.

Als wir uns zum ersten Mal begegneten, war das wohl auf beiden Seiten mit gemischten Gefühlen verbunden. Es ereignete sich beim Besuch der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg bei der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden im Rahmen der ersten und erst kürzlich geregelten Kontakte zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee vom 5. bis 7. Juni 1990. Ich war als Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr Leiter unserer zehnköpfigen Delegation.

Den Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann lernte ich als Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung meines Gegenübers, des Generalleutnants Professor Dr. Hans Süß, kennen. Uns wurde die eindrucksvolle Wirkungsstätte der Militärwissenschaftler der DDR vorgestellt. Ein Institut für Konversion war im Entstehen. Es gab andere Pläne für eine Weiterarbeit als wissenschaftliches Institut nach einer

Konföderation oder Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Wille, sich konstruktiv in die Umgestaltung der sicherheitspolitischen Zukunft für alle Deutschen und darüber hinaus einzubringen, war unübersehbar.

Dem Besuch in Dresden folgte ein Gegenbesuch der Militärakademie in Hamburg vom 4. bis 6. Juli. Noch wusste keiner der Beteiligten, was schließlich kommen sollte, nach dem Kohl-Gorbatschow-Treffen im Kaukasus am 16. Juli 1990. Die Begegnung war von professionellem und menschlichem Interesse, aber auch von Unsicherheit geprägt.

Mein eigener und einziger Stellvertreter, Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena – im September 1989 in den Ruhestand versetzt – hatte den Generalmajor Professor Lehmann bereits bei einem deutsch-deutschen Offiziersdialog am Egon-Bahr-Institut in Hamburg kennen gelernt. Wie wir wissen, sollte daraus eine langjährige Zusammenarbeit werden.

Ich dachte darüber nach, wie wenig wir voneinander wussten, Bundeswehr und NVA. Vieles war jedenfalls stärker von Unterschiedlichkeiten geprägt als von Gemeinsamkeiten, als wir uns näher traten.

Eine Militärwissenschaft hat in der Bundesrepublik nicht entstehen können. Akademische Grade konnten Berufssoldaten bis in die 80er Jahre nur außerhalb der Bundeswehr erwerben. In den meisten Fällen geschah dies vor dem beruflichen Einstieg als Soldat. Eine wissenschaftliche Fachlaufbahn für Offiziere gab es in der Bundeswehr auch nicht. Wer in der Lehre an Schulen und Akademien in Uniform eingesetzt wurde, übte diese Tätigkeit eine Zeit lang aus, um Erfahrungen aus der Praxis in die Lehre umzusetzen und seine Qualifikation für anschließende andere Tätigkeiten aufzuwerten. Mitarbeit in zivilen Institutionen der sicherheitspolitischen Beratung und der Friedensforschung gab es vereinzelt durch Abstellung von geeigneten Offizieren für eine Dauer von mehreren Jahren.

Eine zivil anerkannte wissenschaftliche Bildung für Truppenoffiziere der Bundeswehr wurde erst in der Zeit Helmut Schmidts als Verteidigungsminister an den neuen Bundeswehr-Universitäten angeboten und zur obligatorischen Grundlage der Qualifikation gemacht (1972).

Es gab den akademischen Austausch von Generalstabsoffizieren mit wissenschaftlichen und Bildungs-Einrichtungen der Verbündeten und des befreundeten Auslandes. Die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg war hier besonders stark gefordert. Etwas Vergleichbares gab es freilich auch für NVA-Berufsoffiziere, die als Gasthörer an – insbesondere sowjetischen – Hochschulen und Instituten vorrangig gefördert werden sollten.

Wir wussten, dass Militärwissenschaften östlich der Elbe den Zwecken des Klassenkampfes nach dem Marxismus-Leninismus dienen mussten. Wir hatten gewisse Informationen, dass in der Zeit der Debatten um Abrüstungs- und Reformbestrebungen in der Sowjetunion unter Michael Gorbatschow trotz einer Verhartungstendenz der SED-Führung eine Friedensforschung in der DDR entstand, die sich auch dem Austausch mit Friedensforschern des Westens in gewisser Weise öffnete. Die Mitwirkung von militärwissenschaftlichen Experten der DDR in Uniform wurde für mich erst ab 1988 in Westdeutschland sichtbar, als ich aus dem Verteidigungsministerium an die Führungsakademie versetzt wurde. Seitdem konnte ich über interessante Beiträge von Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler und Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann gelegentlich erfahren. Anfang 1990 hörten wir dann von dem Versuch einer Militärreform in der DDR. Heute ist mir durch Nach-Lesen bekannt, wie avantgardistisch die genannten Wissenschaftler und Lehrer bereits seit Mitte der 80er Jahre vorgegangen waren, um Einfluss zu nehmen auf eine demokratische Erneuerung von Staat und Armee im Zeichen eines modern verstandenen, aber immer noch siegesgewissen Sozialismus.

Ab 1989 fiel uns eine Variierung der friedens- und sicherheitspolitischen Publikationen aus Quellen der DDR auf. Es schien jetzt vordergründig mehr um die Erhaltung des Sozialismus und der Warschauer Vertragsorganisation und um wissenschaftliche Kooperation mit DDR-freundlichen Instituten und Persönlichkeiten der Bundesrepublik zu gehen. Die Bundeswehrführung riet ihren Schulen und Offizieren in konkreten Fällen zur Zurückhaltung, was nicht Jeder auf Anhieb verstand. Wie wir heute wissen, wurde das große Spiel um die deutsche Einheit zwischen den vier Mächten mit Gesamtverantwortung für Deutschland gespielt. Hier konnten deutsch-deutsche „Techtelmechtel“ unter Umständen Irritationen auf Kosten Deutschlands bei den Alliierten des Weltkrieges auslösen. In immer zahlreicheren ungesteuerten Einzelkontakten zwischen Angehörigen der Bundeswehr und der NVA nach Öffnung der DDR-Grenzen lag es wohl begründet, dass mit Wirkung vom 1. Juni 1990 gleichlautende Erlasse der Minister Eppelmann und Stoltenberg herausgegeben wurden, mit denen Kontakte zwischen Stäben, Truppenteilen, Schulen und Angehörigen der beiden Armeen geregelt werden sollten.

Das im Westen von nahezu Jedermann geteilte Bild von der Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht und ihre Verbündeten war erfahrungsgestützt und wurde von Moskau aus auch keineswegs verschleiert. Antikommunistische Gefühle waren bei großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung bruchlos aus der jüngeren Geschichte übernommen worden.

Dies war den Soldaten bei Gründung der Bundeswehr bewusst. Ein ideologisches Feindbild, wie wir es über die SED und ihre NVA gelernt hatten, kannte die Innere Führung der Bundeswehr jedoch nicht. Und dennoch hatte ich im Frühjahr 1990 meine Zivildozenten und Offiziere an der Führungsakademie zusammenrufen

müssen, um Meinungen austragen zu lassen über einen möglichen Beitritt der NVA zur Bundeswehr in einem staatlichen Einigungsprozess; Meinungen, die radikal und emotional gegeneinander standen. Ich erinnerte an das demokratische Menschenbild, dem das viel ältere christliche Menschenbild zugrunde liegt. Ihm ist die Innere Führung der Bundeswehr von Anfang an verpflichtet. Ich wurde im Verlauf der vielen Mensch-zu-Mensch-Kontakte beiderseits der Teilungsgrenzen darin bestätigt.

Es begann noch während der Delegationsbesuche im Sommer 1990 in Dresden und in Hamburg. Feindbilder verschwanden aus der Wahrnehmung beider Seiten im Zuge der zunehmenden Kontakte zwischen Berufssoldaten der beiden Armeen bis zum Tage der Einheit. Auch einzelne verbliebene Vorbehalte klärten sich im Vollzug der deutschen Einheit bald.

Wir mussten über einander lernen, um unser neues Gegenüber, dann unsere neuen Kameraden, zu kennen und uns verständigen zu können. Mussten uns gegenseitig Geduld und Vertrauensvorschuss abverlangen. Mussten zuhören und uns Fragen öffnen. Mussten uns vor falscher Selbstgerechtigkeit hüten. Ich habe das in meiner Hamburger Begrüßungsansprache ausdrücken wollen, sie ist in Heft 50-2001 der DSS-Arbeitspapiere als Anlage enthalten. Rolf Lehmann erwiderte diese Überlegungen mit seinem Verhalten in einer Weise, dass ich ihm im Herzen verbunden blieb.

Im Bundeswehrkommando Ost Strausberg ab 3. Oktober 1990 war mir der zentrale Bereich der NVA, darunter die Militärakademie in Dresden, anvertraut. Schnelle Auflösung und Übergabe der Liegenschaft war der Auftrag für Dresden. Das Wiedersehen mit der Akademie und ihrem „Verweser“, Oberst Dr. Kolitsch, war nunmehr vom Wissen über das zgedachte Schicksal beschwert. Die Generale waren noch bei Minister Eppelmann entlassen worden. Wir versuchten irgend etwas Sinnvolles zu tun, um den betroffenen Menschen zu helfen. Die Möglichkeiten der militärischen Führung für einen sozialen Ausnahmezustand sind außerordentlich begrenzt und waren es auch hier.

Am 22. Dezember 1990 hielt ich eine Ansprache vor über 800 verbliebenen Angehörigen und Studierenden der Akademie. Ich versuchte zu beschreiben, wie ich den historischen Ort des Augenblickes erlebe und dass die Zukunft nicht nur aus dem Trübsinn des augenblicklich Erlebten bestehen werde. Ob ich die Zuhörer in dieser Stunde erreicht habe, werde ich nie erfahren. Die anschließenden Weihnachtstage habe ich so bedrückt wie noch nie zuvor erlebt.

Für die meisten ehemaligen NVA-Berufssoldaten, die ich im Bundeswehrkommando Ost in Strausberg ab 3. Oktober 1990 und im Korps- und Territorialkommando Ost in Geltow von 1991 bis 1994 kennen gelernt habe, kann ich bekunden, dass

sie mit einer urwüchsigen Pflichtauffassung an ihre Aufgaben herangingen, auch wenn sie ihre Entlassungspapiere bereits empfangen hatten. Sie haben großen Anteil am Gelingen des historischen und einmalig schwierigen Werkes, über das bereits vielfach publiziert worden ist.

Unterschiede sind mir bei den Ehemaligen der NVA aufgefallen im Umgang mit Frustrationsgefühlen, die von der Situation zweifellos begründet waren. Die einen zogen sich in die innere Emigration zurück. Die anderen gaben sich nicht auf, sondern brachten ihr Wissen und ihr Wollen in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Sie setzten sich Ziele und gingen an die Arbeit. Zu den zuletzt Genannten zähle ich Rolf Lehmann. Er ging auf Gebieten an die Arbeit, für die er neu lernen, umlernen und nachlernen musste. Hergebrachtes Wissen musste täglich am Neuen auf Bestand geprüft werden. Das Neue musste nicht selten aufgrund der ganz anderen Erlebnisse und Erfahrungen in der Vergangenheit infragegestellt werden.

Heute erleben wir alle, dass die Halbwertszeit des Wissens immer kürzer wird. Wer nicht bereit ist, sein Leben lang zu lernen, kommt bald nicht mehr mit. Rolf Lehmann hat das nicht nur für sich anerkannt, er lebt es vor.

Wissen ist eine Sache, hier kann schon intelligente Neugier bewirken, dass der Mensch dazulernt. Wissenschaft ist geradezu gerichtete „Neugier“ und ihre nahezu uneingeschränkte Erfüllung. Wie eingeschränkt und schwierig die wissenschaftliche Tätigkeit in der DDR gewesen sein muss, lernte ich anschaulich beim Besuch der Militärbibliothek der DDR, wo Dissertationen unter Verschluss gehalten und unerwünschte Literatur zwar verwahrt, aber nur eingeschränkt auswertbar gehalten wurde. Friedensforschung durfte ihren Klassenkampfcharakter nicht verhüllen, musste „antiimperialistisch“ sein, durfte nicht gegen die Ziele des Marxismus-Leninismus instrumentalisiert werden können (U. Wasmuht 1997).

Professor Dr. Rolf Lehmann war auch „nach der Wende“ erkennbar vom wissenschaftlichen Eros erfüllt. Die sogenannte Wende gab es nicht nur für die Bürger der DDR. Sie kam fast zeitgleich für alle Deutschen und für die neue Armee der Einheit. Mancher merkte es erst nach einiger Zeit. Die sicherheitspolitische Landschaft und Architektur veränderte sich so schnell, dass der Wandel immer öfter das Wort im Munde überholte. Gemeinsam mussten wir das Neue begreifen und mit unseren jeweiligen Erfahrungen in Vergleich setzen. Ich wurde mehrmals nach Südkorea gerufen. Rolf Lehmann war gefragt als Berater in den neuen Demokratien des Ostens. In der Friedensforschung eröffneten sich neue Felder. Sie hießen zum Beispiel gemeinsame Sicherheit und Europa der Kooperation. Seit spätestens September 2001 kamen wiederum neue Themen und Fragen auf.

Die Öffnung der einst geschlossenen realsozialistischen Welt für wissenschaftliche Neugier nach allen Seiten muss einen wie Rolf Lehmann mit professioneller Befriedigung erfüllt haben, auch wenn der alte Beruf nicht länger ausgeübt werden konnte.

Wissen ist das Eine. Politische Überzeugungen sind eine andere Sache. Die Bürger der DDR hatten seit 1989 dem System DDR eine Absage erteilt, die deutlicher nicht hätte ausfallen können. Sie wussten, dass es gescheitert war und keine Zukunft hatte. Bei der sozialistischen Überzeugung und Erwartung war das aber gar nicht so deutlich entschieden.

Die Diktatur der Nazis und die diktatorische Form der sozialistischen Parteiherrschaft in der DDR hatten in Folge über mehr als ein halbes Jahrhundert einen wichtigen, Ende des 18. Jahrhunderts begonnenen Prozess rückgängig gemacht, nämlich die Schaffung eines „öffentlichen Raumes“, in dem Ideen, Entscheidungen und Informationen auf einer rationalen und pluralistischen Grundlage ausgetauscht, debattiert und sogar infrage gestellt werden konnten.

Totaler Machtanspruch hat im 20. Jahrhundert allemal eine Zentralisierung und Monopolisierung der öffentlichen Information an der Spitze der Herrschaft verlangt. Er konnte einen öffentlichen Freiraum der Meinungsbildung nicht dulden.

Freilich war das Informationsmonopol im Zeichen von Krieg und Volksempfänger in seiner Wirkung totaler als im Zeitalter des Fernsehens und des Internet. Das Informationsmonopol der herrschenden Partei und ihres Sicherheits- und Propagandaapparates wirkte in beiden seit 1933 aufeinander folgenden Herrschaftsepochen zusammen mit der Aufhebung der Informations-, Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit aller Bürger. Das Resultat war, dass Regimeinteressen dominant, einseitig und erfolgreich in den öffentlichen Raum eindringen und die kollektive politische Metaphorik der Gesellschaft besetzen konnten. Ausnahmen gab es, sie wiegen umso schwerer.

Aus dieser Betrachtung einer gewissen Kontinuität des Schicksals zweier Generationen im 20. Jahrhunderts abzuleiten, die beiden Parteiherrschaften in Deutschland zwischen 1933 und 1989 seien in jeder Hinsicht gleichzusetzen, wäre unwissenschaftlich und falsch.

Wie heute feststeht, hat die SED ihre Informations- und Agitationsarbeit gegenüber der Gesellschaft mit einer gezielten und kontrollierten Mischkost aus Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Wahrheiten gefüllt. Die jahrzehntelang dauernde und nicht durchschaute Verabreichung scheint fortzuwirken, wenn die Bürger der früheren DDR auf jene Wahrheiten treffen, die die Partei bis 1989 auf raffinierte Weise ihrer Informations- und Bildungspolitik beigemischt hatte.

Was mit Blick in die Zukunft offensichtlich gebraucht wird, um kritisch zu unterscheiden und sich ein tragfähiges Urteil als Staatsbürger zu bilden, ist unbestechliches wissenschaftliches Arbeiten und eine Publikation der Erkenntnisse für den öffentlichen Diskurs. Und dies umso mehr von den Wissenschaftlern, die nach dem Wegfall der Arbeitsbeschränkungen in der Zeit der DDR mit der Vereinigung Deutschlands die garantierte Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit in Anspruch nehmen können. Diese Herausforderung hat Rolf Lehmann erkennbar aufgenommen.

Über das 60. Lebensjahr hinaus engagierte sich Professor Rolf Lehmann für die sicherheitspolitische Beratung aus wissenschaftlicher Arbeit. Dazu gehörte auch die Beteiligung an der Friedensforschung im deutsch- und russischsprachigen Raum. Sichtbarer Ausdruck sind die Gründung, die Leitung und der Fortbestand der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., vor allem aber die zahlreichen und Beachtung verdienenden Publikationen der Studiengemeinschaft in den vergangenen dreizehn Jahren.

Es ist dankenswert, dass mit der Arbeit der Studiengemeinschaft auch ein wichtiger Beitrag zur DDR-Geschichte und zur Reflexion der selbst erlebten Vergangenheit geleistet wird. Nur wer weiß, woher er kommt, kann die Gegenwart verstehen und weiß seine Schritte in die Zukunft zu lenken. In dem Maße, wie dies im steten Austausch mit denen geschieht, die dieselbe deutsche Geschichte auf der anderen Seite der Teilungsgrenzen erlebt haben, kann die Bedeutung und Beachtung des Publizierten noch steigen.

In diesem Sinne bekunde ich meinen aufrichtigen Respekt für den Teil des Lebenswerkes von Professor Dr. Rolf Lehmann, den ich in Kenntnis der Persönlichkeit in der gemeinsamen Bewältigung eines politischen und sozialen Umbruchs begleiten und beobachten konnte.

*Herzliche Gratulation, verehrter General und Professor Rolf Lehmann,
mein Kamerad!*

Mit einem freundlichen Gruß verbinde ich die besten Wünsche für weitere aktive Jahre nach der Feier des Siebzigsten in der Erfüllung wissenschaftlicher Neugier und bei guter Gesundheit.

Geltow im Februar 2004

Paul Heider

Zu den Ursprüngen der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., aus der Sicht eines Militärhistorikers

Als langjähriger Angehöriger des Lehrkörpers der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie „Friedrich Engels“ verfolgte der Autor aufmerksam die Vorgänge an der höchsten militärischen Bildungsstätte der NVA. Sein Weggang im Jahr 1984 fiel zeitlich mit Bestrebungen des Leiters der Politabteilung an der Akademie zusammen, alle gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Lehre und Forschung noch direkter und unmittelbarer als bislang den vermeintlichen Erfordernissen so genannter parteipolitischer Arbeit in der Truppe und der psychologischen Vorbereitung der Armeeingehörigen auf den bewaffneten Kampf unterzuordnen. Es ging folglich um eine weitere Instrumentalisierung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Für den Lehrstuhl „Geschichte der Arbeiterbewegung und Militärgeschichte“ hieß die Schiene, auf der zu fahren war, noch mehr Traditionspflege und Truppengeschichtsschreibung zu betreiben. Das mußte eine weitere Verengung des Blickfeldes zur Folge haben. Um so erstaunlicher ist, daß es dem von Prof. Wolfgang Scheler geleiteten Lehrstuhl dennoch gelang, sich von herkömmlichen marxistisch-leninistischen Auffassungen in der Frage Krieg, Frieden, Streitkräfte schrittweise zu lösen und eine weit über die Militärakademie hinausreichende Umwälzung im diesbezüglichen Denken herbeizuführen.¹

Das Verhältnis der Führung der Akademie zu zivilen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR war ambivalent. Bis weit in die achtziger Jahre wurden jegliche Bestrebungen im Lehrkörper, den nach dem Muster sowjetischer Akademien organisierten Lehrbetrieb schrittweise dem ziviler Hochschulen der DDR anzupassen, mit dem Argument zurückgewiesen, man wolle den militärischen Charakter der Akademie durch „zivilistische Methoden“ auflockern und verwässern. Andererseits war eine schöpferische wissenschaftliche Arbeit und eigenständige Forschung ohne graduell unterschiedliche Kontakte und Kooperationen mit zivilen wissenschaftlichen Einrichtungen undenkbar. Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann hat als Stellvertreter des Chefs der Akademie für Wissenschaft und Forschung deshalb die Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen der DDR tatkräftig unterstützt und gefördert. Das hat zweifellos seinen Blick für wissenschaftspolitische Vorgänge und forschungsleitende Standpunkte im nichtmilitärischen Bereich geschärft und ihn zu Überlegungen veranlaßt, was davon an der Akademie zur Anwendung kommen könnte. Doch das erklärt noch längst nicht, warum er später als aktiver General zu den Initiatoren einer tiefgreifenden Militärreform der

¹ Wolfgang Scheler, Die Umwälzung im sicherheitspolitischen Denken der achtziger Jahre, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS), Heft 50, Dresden 2001, S. 7-21.

DDR gehörte, die nach seiner Ansicht, wie der aller anderen Mitunterzeichner des Aufrufs, „nicht von oben verordnet werden“ dürfte, sondern „eine von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam mit der NVA zu lösende Aufgabe“² sei. Mit dieser Orientierung wollte man wohl verhindern, daß eine von oben verordnete und zentralgeleitete Reform kaum über kosmetische Operationen hinausgehen und die Bindung der NVA an die SED und die marxistisch-leninistische Weltanschauung unangetastet lassen könnte. Zum Verhältnis von Streitkräften und Wissenschaft verlangten die Reformer, es müßte „die Freiheit der Forschung und Lehre, der wissenschaftlichen Kritik und Publikation hergestellt und gesichert werden“³.

Damit wurden endgültig die von der SED behauptete so genannte Einheit von Wissenschaft und Politik – beim Primat der Politik – aufgekündigt und Grundsätze der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland auch für die DDR und die NVA in den Rang unverzichtbarer Werte erhoben.

Derartige von Rolf Lehmann wie von den anderen Mitunterzeichnern des Aufrufs zur Militärreform vertretene Standpunkte sind allein durch seine dienstliche Tätigkeit als Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung nicht erklärbar. Sie bedeuteten doch eine Preisgabe der über Jahrzehnte von ihm selbst verfochtenen Position marxistisch-leninistischer Parteilichkeit in der Wissenschaft, die eine unversöhnliche Feindschaft zur so genannten bürgerlichen Ideologie und ihren Vertretern auch in der westlichen Militärwissenschaft bedingte. Sicher waren vom Neuen Denken in der Frage Krieg-Frieden, vom Nachdenken über neue Wege zur Friedenssicherung und generell zu Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik, wie es von Michail Gorbatschow und auch von der SED-Führung seit Mitte der achtziger Jahre eingenommen und vom Lehrstuhl Marxistisch-leninistische Philosophie an der Militärakademie wissenschaftlich untersucht, erörtert und publiziert worden ist, Denkanstöße auch für den wissenschaftsleitenden General Rolf Lehmann ausgegangen, seine bisher in diesen Fragen eingenommenen Positionen kritisch zu überprüfen. Er zählte zweifellos zu jenen nicht eben zahlreichen Berufssoldaten, unter denen in den achtziger Jahren ein Prozeß des Nachdenkens über den Sinn militärischer Tätigkeit unter den Gegebenheiten der Sinnkrise des Krieges eingesetzt hatte und die sich der Erkenntnis nicht zu entziehen vermochten, daß es in einem atomar geführten Krieg zwischen beiden Koalitionen, NATO und Warschauer Pakt, weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß ein solcher Krieg nicht mehr Mittel der Politik sein konnte, sondern das Ende jeder Politik wäre. Urteile international anerkannter Wissenschaftler, aber auch der Friedensforschung der DDR, förderten sein Interesse und stimmten ihn nachdenklich, das um so mehr, als ihm die Gelegenheit geboten wurde, selbst persönlichen Kontakt zu Vertretern der staatlich organisierten Friedensforschung in der DDR aufzunehmen. Als im Oktober 1987 an der Akademie der Wissenschaften der

2 Militärreform in der DDR - Denkanstöße und Vorschläge, in: ebenda, S. 166-172, S. 166.

3 Ebenda, S. 171. Es ist unverkennbar, daß diese Forderung Artikel 5 (3) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland entlehnt worden ist.

DDR der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung gegründet wurde, gehörten Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann und Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler von der Militärakademie zu jenen insgesamt sechs Wissenschaftlern in Uniform, die in dieses Gremium berufen wurden. Von ihnen wurde ein eigenständiger wissenschaftlicher Beitrag zur Lösung militärpolitischer und militärwissenschaftlicher Fragen der Friedenssicherung erwartet. Wie Rolf Lehmann sich erinnert, wurden auf Initiative des genannten Rates Angehörige der NVA über die Ratsmitglieder hinaus immer stärker in die Vorbereitung und Gestaltung von nationalen und internationalen Veranstaltungen einbezogen.⁴ Damit sah sich der Generalmajor Lehmann wohl erstmalig in seiner militärischen Laufbahn nicht nur einmal vor Gewissensentscheidungen gestellt, bei denen er zwischen herkömmlicher militärischer Pflichterfüllung und den neu herangereiften friedenspolitischen Erfordernissen mit deren Auswirkungen auf das Militärwesen zu wählen hatte. Der schließlich in der Endzeit von ihm – zunächst nur gedeckt durch ministeriellen Auftrag – eingeschlagene Weg war insofern beispiellos, als einige Generale und andere hohe Offiziere früherer deutscher Armeen in der Auseinandersetzung um die Frage Krieg – Frieden die Bahnen vorgegebenen militärischen Denkens in der Regel endgültig erst verließen und den „Schwertglauben“ preisgaben, als sie sich im Ruhestand befanden und deshalb mit ihrem friedenspolitischen Engagement die eigene Karriere nicht mehr gefährdeten.⁵ Was den sachlichen Gehalt des Wandels betrifft, gibt es dennoch gewisse Ähnlichkeiten mit diesen, ohne daß Rolf Lehmann sich dessen bewußt gewesen sein dürfte.

In Verbindung damit kam es bald auch zu Gesprächen mit Politikern und Militärs aus der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen NATO-Ländern. Rolf Lehmann hat sie im oben genannten Beitrag akribisch aufgelistet. Damit gehörten für den in derartige Begegnungen einbezogenen Personenkreis die absoluten Kontaktverbote der Vergangenheit an. Die bislang aufgezwungene Isolierung war durchbrochen, und damit war auch das Feindbild obsolet geworden. Nunmehr kam es darauf an, sich in Toleranz und wissenschaftlicher Argumentation gegenüber Andersdenkenden zu üben.

Der Autor kann aus eigener Erfahrung die Feststellung Rolf Lehmanns bestätigen, daß persönliche Eindrücke und Begegnungen Vorurteile fallen ließen, den Blick öffneten und den Willen zum Dialog und zur Verständigung mit dem Partner von der anderen Seite stärkten. Derartige Erfahrungen waren durch die Teilnahme an internationalen Historikerkongressen, sei es in Stuttgart oder in Helsinki zu gewinnen, wenngleich in sehr eingeschränktem Maße, da Kontakte zu Vertretern der westlichen Länder argwöhnischer Beobachtung unterlagen. Gespräche unter den

4 Rolf Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen, in: ebenda, S. 21-46, hier S. 23.

5 Siehe Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1877-1933, Bremen 1999 [Schriftenreihe Geschichte und Frieden, Bd. 10].

Militärhistorikern kamen besonders dann zustande, wenn, wie beispielsweise in Helsinki, Heider vom MGI der DDR und ein Vertreter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr mit Beiträgen in ein und demselben Arbeitskreis auftraten. Eine andere Möglichkeit zu Begegnungen ergab sich bei den seit 1988 ermöglichten Archivreisen in das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg. In dieser Stadt hatte auch das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr seinen Sitz.

Zwischen Historikern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland war es in den achtziger Jahren verschiedentlich zu einem Abtasten gekommen, ob zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit Forschungsergebnisse gegenseitig ausgetauscht und beraten werden könnten. Mit Blick auf den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges wurde 1987 nach persönlichen Sondierungen, mit Duldung von Kurt Hager und der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED, ein gemeinsames Publikationsvorhaben unter dem Titel „Deutsche Eliten und der Weg in den Krieg“ auf den Weg gebracht. Besonders wichtige Aspekte des Gesamtthemas, wie die Rolle der NSDAP, der Diplomatie, der Militärs, der großen wirtschaftlichen Interessengruppen, aber auch der Meinungsführer der beiden christlichen Kirchen, wurden je von einem Autor aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik dargestellt. Die Beiträge wurden zeitgleich und völlig unabhängig voneinander erarbeitet. Es gab folglich keine Möglichkeit zu Polemik mit dem jeweiligen Gegenspieler zu dem von ihm vorgelegten Text. Jeder hatte seinen Part eigenständig zu verantworten, und er vertrat auch nur sich selbst und keine Institution. Der Autor des vorliegenden Beitrages, dessen Mitarbeit an dem Unternehmen vom Bereich Wissenschaft im ZK der SED angefordert und vom Verteidigungsminister nach langem Zögern genehmigt worden war, war mit einem Aufsatz zum Thema: „Der totale Krieg – seine Vorbereitung durch Reichswehr und Wehrmacht“ vertreten. Sein Gegenspieler, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Müller von der Universität der Bundeswehr in Hamburg, schrieb über „Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“. Mit ihm kam es bald zu einem freimütigen Gedankenaustausch und zu bis in die Gegenwart reichenden freundschaftlichen Beziehungen.

Die Mitarbeit an diesem Projekt war in mancherlei Hinsicht reizvoll. Sie war mit der Hoffnung verknüpft, wenigstens längerfristig auch in der DDR eine Liberalisierung des Wissenschaftsbetriebes und eine Abkoppelung der Geschichtswissenschaft von vordergründiger politischer Bindung zu erreichen, was auch der Arbeit am Militärgeschichtlichen Institut neue schöpferische Impulse verleihen würde. Es ging aber auch um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Verständigung und Kooperation mit Kollegen der anderen Seite möglich sein könnte. Daß das mit den in das Projekt einbezogenen Historikern der Bundesrepublik partiell durchaus möglich war, zeigten die vorgelegten Beiträge und die im Ergebnis einer gemeinsamen Klausurtagung vom 17. bis 19. Oktober 1988 in München erzielten

Resultate. Natürlich gab es unterschiedliche Standpunkte und auch gegenseitige Vorbehalte. Sie betrafen sowohl das konzeptionelle Herangehen wie auch einzelne Bewertungen zu Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg. Hier war nicht nur Toleranz auf beiden Seiten geboten, sondern für unsere Seite war gänzlich neu, die Pluralität von Meinungen und Urteilen zur Kenntnis nehmen und respektieren zu müssen. Daß man bei alledem auf beiden Seiten erst ganz am Anfang stand, zeigte sich bei zwar sachlichen und harten, aber schwierigen Diskussionen um ein gemeinsames, die Beiträge überspannendes Vorwort. Schließlich wurde ein solches zum kleinsten gemeinsamen Nenner zustande gebracht. So akzeptierten wir beispielsweise die seitens der DDR bislang in Abrede gestellte Aussage, die von der nationalsozialistischen Herrschaft mit bis zum Genozid sich steigernden Verbrechen seien als historische Erblast von den Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik ebenso zu tragen wie von denen in der Bundesrepublik Deutschland. Daraus ergäbe sich eine besondere Verpflichtung zur Friedenssicherung, auch wenn diese auf beiden Seiten unterschiedlich akzentuiert werde. Diese Aussagen bedeuteten eine Abkehr vom Festhalten an der unsinnigen Behauptung der SED-Führung, die DDR und ihre Bürger gehörten zu den Siegern der Geschichte, und lenkten die Aufmerksamkeit auf das Streben nach gemeinsamer Sicherheit.

Insgesamt herrschte bei den Beteiligten beider Seiten, trotz vorhandener Differenzen, Genugtuung und Zufriedenheit, daß am Ende der Klausur festgestellt werden konnte, die Arbeit an dem Projekt habe sich gelohnt und sei abgeschlossen, das Manuskript könne dem Akademie-Verlag der DDR bzw. dem Siedlerverlag übergeben werden, die das zeitgleiche Erscheinen des Bandes in beiden deutschen Staaten sichern wollten. Damit wären zweifellos zum 50. Jahrestag des Kriegsbegins dem deutsch-deutschen Historikerdiallog über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg neue Impulse gegeben und ihm neue, von gegenseitiger wissenschaftlicher Toleranz getragene Dimensionen verliehen worden.

Doch es kam anders. Nach wochenlangem Hinhalten wurden die als DDR-Autoren fungierenden Professoren für den 12. Januar 1989 nach Berlin einbestellt, wo ihnen der Geschichtsreferent der ZK-Abteilung Wissenschaft, Dr. Dieter Lenz, mitteilte, sie hätten die weitere Zusammenarbeit mit den westdeutschen Partnern aufzukündigen. Ein Erscheinen des Bandes sei nicht möglich, da einige westdeutsche Beiträge wissenschaftlich vertretbaren Ansprüchen nicht genügen würden. Natürlich war keiner von den Anwesenden bereit, dieses Verdikt ohne weiteres hinzunehmen, denn es bedeutete Vertrauensbruch gegenüber den westdeutschen Kollegen. Die vorgebrachte Begründung wurde von uns als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Lenz mußte schließlich eingestehen, daß es Hager und der Abteilung Wissenschaft in Wirklichkeit darum ging, einer Revision der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, wie sie mit großem Kraftaufwand das Militärgeschichtliche Institut in Moskau unter Leitung von Dimitri Wolkogonow

betrieb, in der DDR nicht den Boden zu bereiten. Man wollte folglich eine disziplinierende Wirkung auch auf nichtbeteiligte DDR-Historiker erzielen, was vorerst auch gelang. Die politische Zensur in der DDR beendete abrupt einen fairen deutsch-deutschen Diskurs zum Gegenstand, was beide Seiten bedauerten und zugleich veranlaßte, die erarbeiteten Studien der jeweils eigenen Seite getrennt voneinander herauszubringen.⁶ Allerdings war das Erscheinen der DDR-Beiträge erst durch die demokratische Revolution vom Herbst 1989 ermöglicht worden.⁷

Eine Reihe der ost- und westdeutschen Autoren wollten sich jedoch nicht damit abfinden. Sie folgten der Einladung von Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann, Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, in einer neuen Gemeinschaftsarbeit das „Rußlandbild im Dritten Reich“ in Einzelstudien zu untersuchen. Der Autor war in diesem Band mit einem Beitrag „Zum Rußlandbild im Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ und Bund Deutscher Offiziere“ vertreten. Neben dem wissenschaftlichen Anliegen erhielt diese Publikation nach den Worten des Herausgebers auch eine „kollegial-menschliche Rechtfertigung und Dimension“⁸. Die Resonanz auf diesen Gemeinschaftsband war wider Erwarten positiv. In „Die Zeit“ war beispielsweise zu lesen, bis heute seien die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion ein Tabuthema. „Jetzt rückt eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen ins Blickfeld: das Rußlandbild der deutschen Eliten“. Der Rezensent bemerkte, der Sammelband verdiene schon deshalb Aufmerksamkeit, „weil an ihm (ein seltener Fall!) bundesdeutsche und frühere DDR-Historiker einträchtig zusammengearbeitet haben. Die Kooperation erweist sich als fruchtbar.“⁹ Freilich fehlte es auch nicht an einzelnen feindseligen Reaktionen auf diese Gemeinschaftsarbeit.

Das Militärgeschichtliche Institut der DDR gehörte nicht zu jenen wissenschaftlichen Einrichtungen der NVA, denen aufgetragen war, die mit dem neuen friedens- und sicherheitspolitischen Denken verbundenen militärwissenschaftlichen Aufgaben zu bearbeiten.¹⁰ Das hat verschiedene Gründe, hängt aber vor allem damit zusammen, daß die Militärgeschichtswissenschaft vergangenes Geschehen zu erforschen und zu analysieren hat. Nur wenn das vorurteilsfrei und ohne Tabus geschah, konnte sie ihrerseits einen Beitrag zum neuen Denken

6 Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, Beck'sche Reihe, München 1989. Der einleitende Beitrag von Broszat: Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialoges schilderte die Vorgänge aus seiner Sicht im Detail.

7 Ludwig Nestler (Hrsg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, Berlin 1990. In diesem Band wurden Broszats Beitrag über "Erfolg und Scheitern", die von Ludwig Nestler in Abstimmung mit den DDR-Autoren verfaßte Antwort darauf und die in München erstrittene gemeinsame Einleitung den Beiträgen der DDR-Autoren vorangestellt. Die westdeutschen Kollegen hatten dieser Verfahrensweise zugestimmt.

8 Hans-Erich Volkmann (Hg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln, Weimar, Wien 1994, S. 7.

9 Volker Ullrich, in: Die Zeit, Nr. 45, 4. Nov. 1994.

10 Siehe Rolf Lehmann, wie Anm. 4, S. 21.

leisten. Das war zunächst mit Blick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges unter Beweis zu stellen.

Bedeutsame Anregungen dazu ergaben sich aus einer intensivierten Zusammenarbeit mit dem Moskauer Institut für Militärgeschichte. Während einer Dienstreise des Direktors des MGI und des Stellvertreters Forschung vom 31. Oktober bis 3. November 1988 erläuterte ihnen der Direktor des Moskauer Instituts, Generaloberst Prof. Dr. Wolkogonow, das völlig neuartige konzeptionelle Herangehen bei der Ausarbeitung einer neuen, auf zehn Bände konzipierten „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ (GVK). Er legte dar, welche Probleme auf der Grundlage intensiven Quellenstudiums gründlich zu erforschen seien, so unter anderem die Vorkriegsperiode, insbesondere die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939, die Einschätzung der für die sowjetische Seite äußerst verlustreichen Anfangsperiode des GVK, das Verhältnis von politischer und militärischer Führung und die Rolle der Völker der UdSSR im Krieg und eine Reihe anderer Fragen.

Wolkogonow informierte auch über seine Stalinbiographie, mit der es ihm darum gehe, die Verbrechen des Diktators schonungslos aufzudecken. Er machte nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Diskussion über alle diese Probleme in Fluß war, und bot uns an, die Diskussion durch eigene Beiträge zu fördern. Es wurden dazu so genannte Expertengespräche zwischen Vertretern beider Seiten vereinbart.¹¹ Eines dieser Gespräche fand am 14. und 15. März 1989 zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1938 bis 1941 am MGI statt. Vom Moskauer Institut waren drei Wissenschaftler angereist, das MGI war mit sechs Teilnehmern vertreten, außerdem nahmen Historiker des IML, der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939, wobei von der Existenz eines „Geheimen Zusatzprotokolls“ ausgegangen wurde. Es wurden vor allem der Inhalt und die Folgen der Verträge insbesondere für Polen und die baltischen Staaten erörtert. Die damit verbundenen Handlungen der UdSSR seien ebenso zu verurteilen, wie die Auslieferung deutscher Antifaschisten an Hitler. Dennoch blieben viele offene Fragen, die weiterer Klärung bedurften.

Viele der bei dieser Zusammenkunft erörterten Probleme waren auf einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Phänomen der Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert“, die das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften und das Militärgeschichtliche Institut gemeinsam vom 31. August bis 2. September 1989 in Berlin durchführten¹², erneut Gegenstand der Beratungen. Der neu ernannte Direktor des MGI befaßte sich in seinem Referat zum Thema „Streitkräfte – Faschismus – Kriegsvorbereitung“ besonders mit der Genesis der Funktionskrise des Krieges und mit dem spezifischen Beitrag deutscher Militärs bei

11 Unterlagen über die Dienstreise im Besitz des Autors.

12 Siehe Wissenschaftliche Konferenz zum ersten und zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichte, 1/90, S. 103-105.

der Herausbildung der Theorie vom totalen Krieg, die im faschistischen Deutschland zur Grundlage der Regierungspolitik sowie der Vorbereitung und Führung des Krieges geworden war.

Das Militärgeschichtliche Institut, das ist aus dem Dargestellten zu erkennen, war auf vielfältige Weise bestrebt, aus den revolutionären Umwälzungen des philosophischen Denkens in der Frage Krieg – Frieden – Streitkräfte Konsequenzen für die militärgeschichtliche Forschung abzuleiten und einen eigenen Beitrag zu diesem neuen Denken zu leisten. Dabei ging die im Institut intern geführte Diskussion weit über den Inhalt der veröffentlichten Beiträge hinaus. Dadurch war es möglich, auf einem Kolloquium Anfang 1990 am MGI eine breit angelegte öffentliche Debatte über Erfordernisse eines notwendigen Erneuerungsprozesses der Militärgeschichtswissenschaft zu entfachen.¹³

Es ist im Rahmen des vorliegenden Beitrages nicht möglich, das in dieser Veranstaltung unterbreitete Konzept für ein von politischen Vorgaben befreites neues Wissenschaftsverständnis für die Militärgeschichtsschreibung darzulegen. Hervorhebenswert ist aber, daß es unter den 64 Teilnehmern der historischen Lehrstühle der Militärakademie, der Offiziershochschulen und des Armeemuseums prinzipielle Zustimmung erfuhr, wobei gerade auch Vertreter der Militärakademie mit zustimmenden kritischen und weiterführenden Überlegungen aufwarteten. Die Veranstaltung fand zu einer Zeit statt, als sich an der Militärakademie der Interdisziplinäre Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik formierte. Ein Vorgang, der damals am Militärgeschichtlichen Institut nicht bekannt war. Doch wir gingen wie die reformorientierten Wissenschaftler der Akademie davon aus, „daß ein demokratisch erneuerter Sozialismus (*was immer darunter zu verstehen war*, P. H.) ein neues politisches System der DDR und ein reformiertes Bildungswesen auch ein neues Geschichtsverständnis verlangen. Nie wieder darf es ein von einer Partei verordnetes, auf eine einzige Denkrichtung festgelegtes Geschichtsbild geben.“¹⁴ Die auf das Geschichtsbild bezogene Position wies in Richtung Pluralismus und hat sich im weiteren Verlauf der geschichtlichen Entwicklung als richtig erwiesen.

13 Paul Heider, Neue Anforderungen an die Militärgeschichtsschreibung, in: ebenda, S. 3-7; siehe auch Wilfried Hanisch, Militärgeschichtswissenschaft im Erneuerungsprozeß, in: Hans-Joachim Beth, Reinhard Brühl, Dieter Dretz (Hrsg.), Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Berlin 1998, S. 261-292.

14 Paul Heider, ebenda, S. 3.

Die Botschaft der Akademie wurde gehört – Eine Erinnerung

Als vor etwa 15 Jahren die DDR in sich zusammenbrach und als Folge davon die NVA aufgelöst wurde, verband sich das für uns als Berufssoldaten und Wissenschaftler in Uniform mit recht zwiespältigen Gefühlen. Einerseits waren wir glücklich, dass die Blockkonfrontation friedlich beendet wurde – und unsere Mission damit erloschen war. Andererseits waren wir gar nicht glücklich darüber, dass wir unseren „Job“ verloren hatten und plötzlich nicht mehr gebraucht wurden. Zumindest ging es den meisten von uns Älteren so, die als Hochschullehrer in den Streitkräften der DDR gedient hatten. Wer sich von den ehemaligen Militärs der DDR berufen fühlte, seine Memoiren und Reflexionen zu schreiben, hat das längst getan. Die Öffentlichkeit hat es mehr oder eher weniger zur Kenntnis genommen. Dennoch gibt es für mich gute Gründe, auf einige Prozesse aus den 80er Jahren zurückzukommen:

Da ist als Erstes der 70. Geburtstag von Rolf Lehmann, dem dieses Heft gewidmet ist und den ich vor allem aus gemeinsamer Arbeit im Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung der DDR ab 1987 sehr schätze. Als Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Wissenschaft und Forschung ist es ihm zu einem großen Teil zuzuschreiben, dass sich kritische und kreative Kräfte des Lehrkörpers der Akademie entfalten konnten und bis heute mit nach vorn gerichtetem Blick wissenschaftlich aktiv geblieben sind.

Zum anderen gibt es für mich einen sehr persönlichen Grund. Ich hatte das Glück, nach dem Ende der NVA nochmals einen neuen Beruf zu ergreifen und fast 12 Jahre in einem Consulting-Unternehmen tätig zu sein. Nunmehr ebenfalls im Ruhestand finde ich es interessant, aus etwas größerer Distanz und einer anderen historischen Perspektive über unsere Arbeit in den letzten Jahren der DDR und der NVA noch einmal nachzudenken.

Schließlich gibt es einen äußeren Anlass, um meine sicherheitspolitische Denkpause zu beenden, das ist die gravierende Veränderung der internationalen politischen Situation in Europa und der Welt. Ende der 80er Jahre waren wir zutiefst davon überzeugt, dass ein Krieg in Europa nicht mehr möglich ist. Das hat sich ganz offensichtlich geändert. Krieg – wenn auch in anderen Dimensionen – ist wieder möglich und auch in Europa zur Realität geworden. Damit stellt sich verstärkt die Frage, wie die in der Periode der Blockkonfrontation gesammelten Erfahrungen für gewaltfreie Konfliktlösungen heute weiterentwickelt und umgesetzt werden können.

Dabei gibt es für mich keinen Zweifel, dass unsere Bemühungen zur Friedenssicherung in der Zeit des Kalten Krieges durchaus Bedeutung für die globale

Friedensbewahrung in der Gegenwart haben. Das ist ein komplexes Thema, das umfangreicher Recherchen und ernsthafter wissenschaftlicher Überlegungen bedarf, und ich will es hier nicht diskutieren.¹ Hier sollen lediglich ein paar ganz persönliche Eindrücke aufgeschrieben werden, wie vor allem in den 80er Jahren ein neues sicherheitspolitisches Denken in den Streitkräften der DDR entstand und real um sich griff.

Neues sicherheitspolitisches Denken an der Militärakademie

Weltanschaulich-theoretische Grundlagen für ein sicherheitspolitisches Umdenken in der NVA wurden ziemlich früh an der Militärakademie in Dresden geschaffen, wo sich bereits seit Mitte der 70er Jahre vor allem die Philosophen sehr intensiv mit der Frage von Krieg und Frieden zu beschäftigen begannen. Bis dahin dominierte der Kriegsbegriff in der militärphilosophischen Forschung, während der Friedensbegriff in diesem Zusammenhang keine explizite Behandlung erfuhr. Krieg in Korrelation zum Frieden in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutete eine grundlegende Erweiterung der bisherigen Beschränkung der philosophischen Forschung an den Lehreinrichtungen der NVA auf den Zusammenhang von Krieg und Streitkräften. Schon 1977 erschien im Dietz Verlag als Ausdruck dieser Neuorientierung die Arbeit „Die Einheit von Frieden und Sozialismus“ von Erich Hocke und Wolfgang Scheler.² Sie bot vor allem einen philosophischen Ansatz, um den konsequenten Verteidigungsauftrag der NVA zu begründen, und erteilte jeglichen Erstschlagsoptionen, die damals noch in den Köpfen einiger Militärs herumspukten, eine Absage.

Um die Wende zu den 80er Jahren spitzte sich die internationale Lage mit der Einführung neuer nuklearer Mittelstreckensysteme in der NATO und der WVO beträchtlich zu. Ins Bewusstsein der Bürger in Ost und West drang immer mehr die Gefahr eines Untergangs der gesamten Menschheit in einem Kernwaffenkrieg bzw. in dem darauf folgenden nuklearen Winter. In diesem Zusammenhang wurde die bis dahin in der NVA gültige These vom gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in einem Krieg mit dem Kapitalismus offen in Frage gestellt. Das war ein bedeutender Einschnitt in bisherige Denkmuster der sowjetischen Militärdoktrin. Fast zwangsläufig ergab sich daraus die Diskussion um die Gültigkeit der Clausewitzthese vom Krieg als Mittel zur Fortsetzung der Politik. Auf der Karl-Marx-Konferenz der NVA im März 1983 vertrat Wolfgang Scheler erstmals öffentlich die Auffassung, dass Krieg nicht mehr Fortsetzung der Politik ist, sondern das Ende der Politik wäre. Er schockierte die Armeeführung vor allem dadurch, dass er auf diese Weise die

¹ Siehe W. Scheler, 10 Jahre danach: Neuer Kalter Krieg oder gemeinsame Sicherheit. In: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdner Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Dresden, H. 50-2001, S. 123 ff.

² Siehe E. Hocke/W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977.

Frage nach der Gültigkeit der bisherigen marxistisch-leninistischen Wesensbestimmung des Krieges aufwarf.

Die Führung der SED hatte zu diesem Zeitpunkt aber bereits eine Wende in ihrer Sicherheitspolitik eingeleitet, die von der Führung der Streitkräfte jedoch sehr zögerlich aufgenommen wurde. Das widerspiegelte sich insbesondere in der Auseinandersetzung um das Buch „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“³, das 1984 von einem Autorenkollektiv der Militärakademie veröffentlicht wurde. Die Politische Hauptverwaltung (PHV) wollte das Buch ursprünglich als Lehrbuch für die Ausbildung an den militärakademischen Einrichtungen und den Offiziershochschulen nutzen. Die in dem Buch vertretene konsequente Ablehnung des herkömmlichen Kriegführungsdenkens wurde seitens der PHV zunächst mit Ignoranz bestraft. Nachdem das Buch in der Öffentlichkeit große Beachtung erzielt hatte, erhielt das Autorenkollektiv dann durch den Minister für Nationale Verteidigung den Friedrich-Engels-Preis I. Klasse.

Die widersprüchliche Haltung der militärischen Führung der DDR hing sehr stark mit den Umbruchprozessen in der Sowjetunion zusammen. Die geistigen Vorleistungen für die Bemühungen der DDR um eine „Koalition der Vernunft“ für den Frieden seit Beginn der 80er Jahre kamen erst mit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1985 und dem neuen außen- und sicherheitspolitischen Denken zur Deckung. Die theoretische Begründung hierfür – insbesondere von Schachnasarow formuliert – war auch in der DDR schon 1984 nachzulesen.⁴ Bremsen für das neue sicherheitspolitische Denken kamen vor allem aus dem Generalstab der Sowjetarmee und Seekriegsflotte bzw. dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte, an das die führenden Militärs der DDR gebunden waren. Die oft widersprüchliche Haltung des MfNV der DDR erklärt sich damit besonders aus dem Schwanken zwischen der Treue zur neuen sicherheitspolitischen Linie der SED und dem militärischen Gehorsam gegenüber dem Oberkommando in Moskau. Demnach bestand für konservative Köpfe in der NVA ein unlösbarer Widerspruch zwischen dem Ringen um Abrüstung und ein neues System der gemeinsamen Sicherheit einerseits und dem traditionellen militärischen Auftrag, die Soldaten physisch, psychisch und ideologisch auf den Krieg vorzubereiten, andererseits. Die widersprüchliche Haltung der Armeeführung bedeutete aber auch, dass sich die Wissenschaftler der Streitkräfte – wie alle anderen Wissenschaftler der DDR – in ihrem Ringen um neue Positionen durchaus auch auf Autoritäten aus der UdSSR und der DDR stützen und damit Angriffe abwehren konnten.

³ Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Autorenkollektiv unter Leitung von W. Scheler, Dietz Verlag Berlin 1984, 282 S.

⁴ Siehe G. Ch. Schachnasarow; Die politische Logik des Nuklearzeitalters. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, H. 5/1984, S. 451 ff.

Mit der „Philosophie des Friedens“ war der theoretische Grundstein für das Gebäude eines neuen Denkens über Krieg und Streitkräfte in der DDR gelegt. Danach ging es darum, in anhaltenden geistigen Kämpfen das Gebäude des neuen Denkens zu vollenden. In der folgenden Zeit erschienen zahlreiche Arbeiten von Autoren der Militärakademie, wie von Siegfried Fischer, Horst Großmann, Erich Hocke, Siegfried Keil u. a. Am prägnantesten fand die „Philosophie des Friedens“ ihre Fortsetzung in zwei Grundsatzartikeln von Wolfgang Scheler Anfang 1987 im *Militärwesen*.⁵ Die Ideen hierzu waren zwar schon im Sommer 1986 formuliert und auf einer Konferenz der deutsch-sowjetischen Philosophenkommission in Jerewan vorgetragen worden; es vergingen aber neun Monate, bis sie in der DDR veröffentlicht werden konnten. In den beiden Artikeln skizzierte Scheler den Hauptinhalt des neuen Denkens über Krieg, Frieden und Streitkräfte und löste dabei auch den scheinbaren Widerspruch zwischen dem neuen Denken und dem militärischen Auftrag der NVA auf.

Im neuen Denken über Krieg und Streitkräfte hatte die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe die oberste Priorität für das militärische Handeln aller Staaten. Die Bewahrung des Friedens als höchstes Gut der Menschheit stand im Interesse aller Klassen und gesellschaftlichen Kräfte – frei von allen ideologischen Beschränkungen und Vorbehalten. Das anzuerkennen war für konservative marxistisch-leninistische Denker keineswegs Selbstverständlichkeit. Ebenso wenig, dass Frieden und Sicherheit nicht mehr durch den Einsatz militärischer Mittel bewahrt werden können und dass das Streben nach militärischer Überlegenheit das Haupthindernis auf dem Wege zu einem gesicherten Frieden ist. Im neuen Denken wurde das militärstrategische Gleichgewicht als Ausgangspunkt und als Prinzip für eine etappenweise Abrüstung auf der Basis der Parität – bis hin zur Friedenssicherung ohne militärische Druckmittel anerkannt.

Dem entsprechend begründeten die Philosophen der Militärakademie ab Mitte der 80er Jahre verstärkt ein neues Verständnis des militärischen Auftrags der NVA. Da im alles vernichtenden Krieg zwischen den Militärblöcken die Verteidigung eigener Werte unmöglich war, hatte der bisherige Dualismus von Friedenserhaltung und Verteidigung seine Berechtigung verloren. Insofern war Verteidigungsfähigkeit identisch geworden mit militärischer Friedenssicherung. Hierauf musste der Verteidigungsauftrag reduziert werden. Das bedeutete, die Streitkräfte mussten selbst zu einem aktiven Instrument in der Wende zur nichtmilitärischen Friedenssicherung werden. Es ging darum, die NVA aktiv in Entspannung, Abrüstung und Dialog einzubeziehen. In den Grundsätzen einer neuen Militärdoktrin der WVO vom Mai 1987 wurde diese – bis dahin eher theoretische – Option zur praktischen Forderung erhoben. Faktisch waren diese Grundsätze ein Programm zur schrittweisen Umstellung der Friedenssicherung in Europa auf eine vorwiegend

⁵ Siehe W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter (I). In: *Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie*, Berlin, H. 1/87, S. 13 ff. und W. Scheler; Über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter (II). In: ebenda, H. 2/87, S. 9 ff.

politische Grundlage mit immer weniger militärischen Mitteln.⁶ Damit wurde das neue sicherheitspolitische Denken gewissermaßen staatsoffiziell, was zweifellos eine offenere Diskussion im Offizierskorps der NVA erleichterte.

Man muss sich heute darüber im Klaren sein, dass all diese Überlegungen für ein neues Herangehen an die Friedenssicherung in Europa unter den Bedingungen der damaligen Blockkonfrontation und Systemauseinandersetzung gemacht wurden. Da gab es auf beiden Seiten viele Vorbehalte, Unsicherheiten und Missverständnisse. Der schon Jahrzehnte andauernde kalte Krieg hatte zu einem tiefen wechselseitigen Misstrauen geführt. Die damit verbundenen Denkgewohnheiten im Offizierskorps der NVA und die immer noch am alten Denken orientierten ideologischen Vorgaben der Armeeführung machten es schwer, das neue Denken aufzunehmen und weiterzugeben.

Schwierigkeiten und Chancen eines Umdenkens im Offizierskorps

Auch meine eigene Lehrereinrichtung, die Militärpolitische Hochschule (MPHS), befand sich im permanenten Konflikt zwischen dem traditionellen und dem neuen sicherheitspolitischen Denken. Besonders seit 1984, nach dem Erscheinen der „Philosophie des Friedens“, blieben die Ideen der Militärakademie dauerhaft Gegenstand der internen Erörterung und Auseinandersetzung in den wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Parteikollektiven der Hochschule – ohne dass sich diese Ideen sofort in der Lehre umsetzen ließen. Dazu bedurfte es hier etwas mehr Zeit.

Die besondere Widersprüchlichkeit des Erkenntnisprozesses an der MPHS hing vor allem mit der spezifischen Rolle dieser Einrichtung zusammen. Einerseits war die MPHS für die PHV eines der wichtigsten Instrumente zur ideologischen Beeinflussung des Offizierskorps der NVA. Dieser Anforderung konnte sich die Führung der MPHS nicht verschließen – und wollte das auch gar nicht. Andererseits bestand der Lehrkörper aus gebildeten Offizieren, Wissenschaftlern in Uniform, die zum großen Teil in der Lage waren, ohne ideologische Scheuklappen zu denken. Für die Lehrkräfte gab es im Rahmen ihrer eigenen Lehrveranstaltungen beträchtliche Freiräume. Viele Lehroffiziere pflegten enge Beziehungen zu zivilen Hochschuleinrichtungen, zur Militärakademie oder zur Akademie der Wissenschaften der DDR und konnten durchaus über den Tellerrand blicken. Ich habe immer wieder den Eindruck, dass viele unserer Bürger aus den alten Bundesländern glauben, das wissenschaftliche Leben der DDR – und besonders in der NVA – sei ausschließlich ideologisch gesteuert worden. Die rigorose Abwicklung der Lehrkräfte aller Hochschuleinrichtungen der DDR hat sicher wesentlich dazu beigetragen, dass sich dieses Vorurteil bis heute gehalten hat und immer noch gepflegt werden kann. Die Militärakademie ist mit ihren zahlreichen Arbeiten zu einem neuen sicherheitspolitischen Denken das beste Beispiel dafür, dass und wie

⁶ Siehe W. Scheler, Weltanschauliche Grundlagen unserer Militärdoktrin. In: Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Berlin, H. 9/89, S. 31 ff.

auch innerhalb straffer militärischer und Parteistrukturen kreatives Denken möglich war – und sich sogar durchsetzen konnte. Schließlich waren wir als Wissenschaftler auch alle Offiziere mit Truppenerfahrung und hatten konkrete Vorstellungen, was in einem Krieg in Deutschland und mit Deutschland passieren würde.

Bemerkenswert ist eigentlich nur, dass die Kritik an dem bisherigen sicherheitspolitischen Denken aus dem Offizierskorps der NVA selbst kam. Das heißt, Offiziere der NVA haben sich als Wissenschaftler in einer öffentlichen Diskussion zu brisanten politischen Fragen geäußert. Hier scheint mir auch eine Besonderheit gegenüber der Bundeswehr zu bestehen. Das neue sicherheitspolitische Denken in der alten Bundesrepublik kam aus zivilen und eher nichtstaatlichen Institutionen. Ich denke da vor allem an das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg. Diese Institutionen standen der SPD nahe und haben das Konzept der gemeinsamen europäischen Sicherheit selbst mit entwickelt. Inwieweit die dort erarbeiteten und vertretenen Auffassungen dazu beigetragen haben, das alte Abschreckungsdenken in der Bundeswehr zu relativieren oder gar zu überwinden, kann hier nicht eingeschätzt werden. Auf jeden Fall gab es auch in der Bundeswehr Offiziere, die bereit waren, in den neuen Kategorien zu denken und darüber nach 1987 auch mit Offizieren der NVA zu sprechen – gewissermaßen in einen Dialog einzutreten. Aber das sollte in einem anderen Zusammenhang erörtert werden.

Dass in der DDR ein neues Herangehen an die Frage von Krieg und Frieden gerade in der NVA theoretisch begründet wurde, hängt auch mit der Struktur des Aus- und Weiterbildungssystem der Berufssoldaten der NVA zusammen. Die Heranbildung von Offizieren erfolgte ausschließlich in Hochschulen der Streitkräfte. Eine Ausnahme bildete eigentlich nur die Ausbildung der Militärärzte. Für die NVA galt das Prinzip, dass die Lehr- und Forschungskräfte an den Offiziershochschulen und militäarakademischen Einrichtungen aktive Offiziere waren und vor ihrer wissenschaftlichen Laufbahn in der Truppe gedient haben mussten.

Damit soll eigentlich nur gesagt sein, dass es in der NVA ein relativ großes Potenzial an Wissenschaftlern in Uniform gab, die als aktive Soldaten – mehr oder weniger öffentlich – über Krieg und Frieden nachdenken konnten. Unabhängig davon, wie hoch der Anteil jener war, die diese Möglichkeit auch wirklich genutzt und sich engstirniger Bevormundung entzogen haben. Die Philosophen der Militärakademie haben sich auf jeden Fall unüberhörbar zu diesen Fragen geäußert. Man kann sogar sagen, dass sie in der DDR hierzu lange eine Monopolstellung hatten. Die Philosophen an den zivilen Wissenschaftsinstitutionen überließen dieses Thema über längere Zeit den Philosophen in Uniform. Erst in den 80er Jahren und dann vor allem mit der Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung der DDR im Oktober 1987 wurde die Diskussion zu Fragen der

Sicherheitspolitik auf eine breitere Basis gestellt und erfasste auch stärker den zivilen Bereich. Hier waren es vor allem das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin und das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam, die sich vorrangig mit den praktisch-politischen Konsequenzen des neuen sicherheitspolitischen Denkens beschäftigten.

Wenn hier vor allem der philosophische Aspekt der Diskussion hervorgehoben wird, so waren das keineswegs weltfremde Gedankenspielereien. Es ging vielmehr um die theoretische Begründung für ein komplexes Umdenken bei der Friedenssicherung in Europa und um eine neue Rolle der Streitkräfte. Die an der Militärakademie entwickelten Gedanken mögen aus heutiger Sicht manchem bundesdeutschen Altbürger banal oder gar naiv erscheinen; Anfang und Mitte der 80er Jahre besaßen sie insbesondere in der NVA eine große politische Brisanz. Vor allem hatten sie auch praktische Durchsetzungskraft. Und das wiederum hängt besonders mit dem – zumeist völlig zu Recht – so viel geschmähten System der ideologischen Beeinflussung in der NVA zusammen, mit dessen Hilfe die neuen Ideen sogar in beschränktem Maße verbreitet werden konnten.

Das ist für Außenstehende sicher sehr schwer nachzuvollziehen, wird aber mit dem Erkennen des bereits genannten Widerspruchs verständlich, in dem sich die Armeeführung befand. Einerseits hatte sich innerhalb der Parteiführung der SED in den 80er Jahren eine Wende in der Außenpolitik vollzogen, die sich vor allem im Ringen um eine „Koalition der Vernunft und des Realismus“ in Europa ausdrückte. Leider vernebelt aber auch heute noch die einseitige ideologische Bewertung der DDR als totalitärer Staat die Realität, dass die DDR vor allem in den 80er Jahren eine weltweit anerkannte Friedenspolitik praktiziert hat und ein wichtiger Faktor im Prozess des schrittweisen Abbaus der Konfrontation in Europa war. Die Führung der Armee und besonders die PHV waren aber andererseits auf diesen Kurs nicht vorbereitet und haben es auch bis 1989 zum großen Teil nicht verstanden, sich darauf einzustellen. Insofern stand das neue Denken in der NVA weniger im Widerspruch zur offiziellen Außenpolitik der SED als vielmehr zu den konservativen Auffassungen führender Militärs in der WVO und der NVA. Die politische Führung der NVA musste also zum einen den außenpolitischen Kurs der DDR unterstützen und in ihrem System der ideologischen Beeinflussung propagieren. Zum anderen war sie an die veralteten Denkschemata im sowjetischen Generalstab und im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte gebunden und stellte immer wieder die ideologische und psychologische Vorbereitung der Soldaten auf einen Krieg im Sinne hoher Kampfmoral und Siegeswillen in den Vordergrund der Erziehung.

Dieser Widerspruch erfasste zunehmend das gesamte Offizierskorps der NVA und fand seine Widerspiegelung auch im offiziellen System der ideologischen Arbeit. Die ideologische Arbeit – in der Tat nur ein Teil der politischen Arbeit – hatte sich im Verlaufe der Jahre immer mehr verselbständigt und wurde von der PHV maßlos

überschätzt.⁷ Sie galt als das „Herzstück der Parteiarbeit“ und diente dem vorrangigen Ziel, parteitreue Soldaten zu formen. Ganz besonders galt das für die Berufssoldaten, die ihren ideologischen Schliff vor allem in der Gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung (GWA) und der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung (GWW) erhielten. Hier soll zunächst nur am Beispiel der GWA gezeigt werden, dass innerhalb des Systems der ideologischen Beeinflussung durchaus ein begrenzter Spielraum bestand, den Erkenntnisfortschritt im sicherheitspolitischen Denken zu diskutieren und aufzunehmen.

Neues Denken und Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung

Die Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung war Hauptausbildungsprofil an allen Offiziershochschulen (OHS) und militäarakademischen Einrichtungen.⁸ Ab 1983 war auch an den OHS das Abschlussziel die Erreichung einer Diplomgraduierung. Die Ausbildungszeit wurde von 3 auf 4 Jahre erhöht. 20% der Gesamtbildungszeit entfielen auf die GWA. In den Fachrichtungen für Politoffiziere betrug dieser Anteil 50%. Gelehrt wurde vor allem die marxistisch-leninistische Theorie auf den Gebieten der Philosophie, Ökonomie, Militärgeschichte, Militärpädagogik/Militärpsychologie und des Wissenschaftlichen Kommunismus, einem Lehrfach, das seinen Inhalten nach am ehesten politikwissenschaftlichen Charakter trug. Mit nicht-marxistischen Theorien wurden die Studierenden vor allem in der ideologischen Auseinandersetzung bekannt gemacht. Außerdem war noch das Lehrfach „Politische Führung und Erziehung“ Gegenstand der GWA, in dem vorrangig Probleme der praktischen Parteiarbeit vermittelt wurden. Inhaltliche Ansatzpunkte für ein neues sicherheitspolitisches Denken über Krieg und Frieden boten insbesondere die Lehrfächer Philosophie, Wissenschaftlicher Kommunismus und Ökonomie.

Von besonderer Bedeutsamkeit für die Verbreitung der neuen Ideen war die GWA an der Militärakademie. Hier erfolgte die militärwissenschaftliche Ausbildung für die Kommandohöhen Regiment und Division. Die studierenden Offiziershörer waren intelligente, truppenerfahrene Offiziere, die sich für einen höheren Dienstposten qualifizieren wollten. Wenn man bedenkt, dass jährlich etwa 200 bis 250 Absolventen die Akademie verließen, so waren das in den sechs Jahren von 1984 - 1989 etwa 1200 bis 1500 Offiziere, die mit neuen Überlegungen zu Krieg und Frieden vertraut gemacht wurden und diese mehr oder weniger in sich aufnahmen. Das neue sicherheitspolitische Denken, das vor allem von den Philosophen ausging, fand im Lehrkörper der Akademie nach und nach große

⁷ Siehe W. Rothe, Jahre im Frieden. Eine DDR-Biografie, GNN Verlag 1997, 252 S.

⁸ Siehe H.-D. Hein/P. Wollina, Die politische Arbeit und Probleme der demokratischen Mitbestimmung in der NVA. In: Was war die NVA? Studien – Analysen – Berichte zur Geschichte der Nationalen Volksarmee. Hrsg. von Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr beim Landesvorstand Ost des DBwV. Selbstverlag der Arbeitsgruppe, Berlin 2001, S. 287 ff.

Aufmerksamkeit und Anerkennung und beeinflusste auch die militärfachliche Ausbildung. In meiner Erinnerung waren es besonders Professoren und Dozenten aus den Lehrstühlen Ökonomie sowie Wissenschaftlicher Kommunismus, die die neuen Ideen der Philosophen aufnahmen und in ihrem Fachgebiet umsetzten. Eine relativ große Aufgeschlossenheit war auch in den Sektionen Luftstreitkräfte/Luftverteidigung und Volksmarine zu verzeichnen.

Grundlage hierfür war vor allem das System der wissenschaftlichen Kommunikation innerhalb der Akademie, für das der Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, verantwortlich zeichnete. Ihm ist es insbesondere zu verdanken, dass die Forschungsergebnisse der Philosophen im Wissenschaftlichen Rat der Akademie diskutiert und damit an der gesamten Akademie bekannt gemacht werden konnten. Außerdem wirkten die Philosophen auch als Gutachter für Dissertationen an den militärwissenschaftlichen Sektionen, die sich mit Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten des militärischen Lebens befassten. Schließlich boten auch die Veranstaltungen der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung eine begrenzte Möglichkeit zur Diskussion der neuen Fragen zu Krieg, Frieden und Streitkräften im Lehrkörper der Akademie.

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass die Militärakademie ein Hort des ideologischen Fortschritts oder gar des Widerstands gegen die Parteiideologie war. Es gab aber eine beträchtliche Anzahl von Offizieren und Wissenschaftlern, die sich das selbständige Denken nicht verbieten ließen. Schließlich waren es auch solche Führungspersönlichkeiten wie Generalmajor Lehmann oder einige Sektionskommandeure, die ihren Wissenschaftlern Spielraum und Schutz gewährten. Im Unterschied zur Militärakademie war die Militärpolitische Hochschule (MPHS) dem Chef der PHV unterstellt, der seine Verantwortung bis 1986 vom Stellvertreter des Chefs der PHV für ideologische Arbeit, Generalleutnant Ernst Hampf, wahrnehmen ließ. Dieser hatte zugleich die fachliche Oberaufsicht über alle sozialwissenschaftlichen Sektionen der OHS und auch der Militärakademie. Sein Apparat formulierte die ideologischen Anforderungen und Hauptinhalte für jegliche gesellschaftswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung in der NVA.

Für die Führung der PHV war die MPHS in erster Linie die Parteischule der NVA und erst in zweiter Linie eine wissenschaftliche Einrichtung. Kein Wunder, dass hier ideologische Beschränkungen in besonderem Maße wirkten. Als Hüter der reinen Lehre verstand sich vor allem die Politabteilung der Hochschule. Nichtsdestotrotz galt aber auch für die MPHS, was schon im Hinblick auf die Militärakademie festgestellt wurde. Auch hier gab es Lehroffiziere und Wissenschaftler, die fähig waren, selbständig zu denken. Und auch hier waren es vorrangig die Lehrstühle für Philosophie, Ökonomie und Wissenschaftlicher Kommunismus, die die von der Militärakademie kommenden Ideen als erste aufnahmen. Eine Umsetzung in die Lehre erfolgte allerdings sehr vorsichtig und

zögerlich und war mehr oder weniger auf einzelne Lehroffiziere beschränkt. Vor allem in der zweiten Hälfte der 80er Jahre flossen die neuen sicherheitspolitischen Ideen aber zunehmend in die Ausbildung ein – was von den Führungskräften der Hochschule und der PHV mehr oder weniger toleriert wurde. Allerdings war es nicht möglich, diese Ideen in die programmatischen Unterlagen aufzunehmen.

Die Hauptaufgabe der MPHS bestand in der Ausbildung von Politoffizieren. Dazu gab es lange Zeit ein umfangreiches System von Heran- und Weiterbildungslehrgängen für Truppenoffiziere der ersten und zweiten Offiziersdienststellung. Ab 1983/1984 bestand das Hauptprofil in einem 3-jährigen Studium zum Diplomgesellschaftswissenschaftler bzw. Diplomlehrer für verschiedene gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen sowie in der Ausbildung von Doktoranden. In den letzten Jahren verließen jährlich etwa 100 Absolventen die Diplomlehrgänge der Hochschule.

Ein besonderes Ausbildungsprofil der MPHS waren die „Akademischen Kurse“. In diesen Kursen wurden die sogenannten leitenden Kader der NVA politisch aufgefrischt. In der Regel mussten alle Generale und Admirale sowie Offiziere mit den entsprechenden Dienstposten im 2-Jahresrhythmus für 6 bis 8 Wochen zu diesen Lehrgängen an die MPHS. Die Personalstärke dieser Lehrgänge betrug nicht mehr als 20 Personen. Das waren – bis auf wenige Ausnahmen – militärische Führungspersönlichkeiten, die im Leben standen und sich nicht mit ideologischen Allgemeinplätzen abspeisen ließen. Natürlich stand auch hier die Parteitreu an oberster Stelle der Lehrgangsziele. Und der Chef der PHV bzw. einer seiner Stellvertreter ließen es sich nie nehmen, die Linie der Partei selbst zu erklären. Obwohl es auch hier einen festen Rahmenplan gab, standen aber stets aktuelle Probleme der Entwicklung in der DDR und der Weltpolitik im Vordergrund. Großen Anteil an der inhaltlichen Ausfüllung dieses Rahmenplans und der offenen Atmosphäre der Kurse hatte Klaus Schirmer – lange Zeit Leiter des Lehrstuhls für Wissenschaftlichen Kommunismus und in den letzten Jahren für Forschung an der MPHS verantwortlich.

Eine Besonderheit dieser Kurse bestand vor allem darin, dass kompetente Fachleute mit einem hohen Informationshintergrund aus staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen der DDR als Gastreferenten einbezogen wurden, die sich – im Unterschied zu vielen Referenten aus dem Ministerium für Nationale Verteidigung – nicht scheuten, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Zu diesen unbequemen Wahrheiten gehörten auch die neuen philosophischen Erkenntnisse zur Problematik von Krieg und Frieden und ihre Konsequenzen für das Militärwesen. Rolf Lehmann gehörte selbst mehrere Jahre zu jenen Gastreferenten, die ihr Thema aus der Sicht der neuen Erkenntnisse vortrugen und diskutieren ließen.

Diese – eher elitären – Kurse hatten die vielleicht tiefsten und nachhaltigsten Auswirkungen auf das sicherheitspolitische Denken innerhalb der NVA. Die neuen

Ideen konnten damit zugleich unmittelbar in den militärischen Führungskreisen Fuß fassen. Ich selbst entsinne mich zahlreicher heftiger – und für die damalige Zeit nahezu „ketzerischer“ – Diskussionen im Hinblick auf die Konsequenzen dieses neuen Denkens. Schließlich standen damit relativ frühzeitig solche Probleme wie die „Anerkennung der Friedensfähigkeit des Imperialismus“ oder die Preisgabe des traditionellen Feindbilds der NVA unmittelbar auf der Tagesordnung. Von der Diskussion innerer Probleme der DDR ganz abgesehen.

Wenn man bedenkt, dass im Großteil der Hörsäle und Seminarräume Ab- bzw. Mithöreinrichtungen installiert waren, kann man sich eigentlich nur wundern, dass keiner der Lehrer oder teilnehmenden Generale und Offiziere belangt wurde. Offensichtlich war nur die PHV beunruhigt. Von der Sicherheitsabteilung des Zentralkomitees – die in den letzten Jahren unter Führung von Wolfgang Herger stand, der auch selbst in den Kursen auftrat – wurden wir zu den offenen Diskussionen eher ermutigt. Aber wir kannten natürlich auch die Spielregeln. Die Partei war die führende Kraft der Gesellschaft. Und die Autorität der Parteiführung durfte nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus gab es – zumindest auf einer bestimmten Führungsebene – keine Tabus. Welche Brisanz eine Lehrveranstaltung tatsächlich hatte, hing von der Persönlichkeit des jeweiligen Lehrers und auch vom Format der Teilnehmer ab. Man kann das heute als Opportunismus oder auch Heuchelei abtun. Wir haben unsere Haltung damals gewiss nicht so verstanden. Eher war es für uns ein Weg, sich den Realitäten des Lebens bis zu einem gewissen Grade stellen zu können. Heute gibt es sicher keinen Grund mehr, darauf besonders stolz zu sein, aber so funktionierte nun einmal in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Mechanismus eines stückchenweisen Umdenkens, das schließlich auch in den friedlichen Charakter des Zusammenbruchs der DDR mündete. Der Korrektheit halber sei vermerkt, dass es natürlich vor allem die praktischen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in diesen Jahren waren, die dann dem Handeln in der Wendezeit die notwendigen Impulse verliehen.

Für die Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung an den Offiziershochschulen (OHS) mag die OHS der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung in Kamenz als Beispiel gelten. Hier war ich nach meiner Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften im Jahre 1975 zunächst selbst einige Jahre tätig und habe mir meine Wertschätzung der Hochschule und einiger guter Freunde bis heute erhalten.

Die weltanschaulichen Grundlagen zu den Problemen von Krieg und Frieden wurden auch hier im Lehrfach Philosophie behandelt. Der Studienabschnitt hieß „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und den Streitkräften“ und umfasste – inklusive des gemeinsamen Selbststudiums – 20 Unterrichtsstunden. Der langjährige Lehrstuhlleiter, Hermann Schierz, war ein Schüler von Scheler und seit Beginn der Arbeit an seiner Dissertation im Jahre 1972 eng mit dem Lehrstuhl an der Militärakademie verbunden. Insofern gab es zwischen Kamenz und Dresden

kurze Wege – auch um die neuen Erkenntnisse unmittelbar in die Lehre an der Offiziershochschule in Kamenz einfließen zu lassen. Das erfolgte oft noch bevor die entsprechenden Gedanken veröffentlicht wurden. In Kamenz gab es auch keine Skrupel, neue Erkenntnisse sehr schnell in die offiziellen Unterrichtsdokumente zu übernehmen und die Publikationen von Lehmann, Scheler, Fischer u. a. zur Pflichtlektüre zu machen.

Eine wichtige Grundlage für das Eindringen des neuen sicherheitspolitischen Denkens in die Lehre an den OHS bildeten die sogenannten Fachkommissionen. Das waren beratende Gremien der PHV, die für alle Lehrfächer der GWA bestanden und in der Regel ein- bis zweimal jährlich zusammenkamen. Mitglieder der Kommissionen waren die Lehrstuhlleiter der jeweiligen Fachdisziplinen aller Hochschuleinrichtungen der NVA. Da die Fachkommission Philosophie von Scheler geleitet wurde, war gewährleistet, dass die neuen Erkenntnisse der Militärakademie zunächst erst einmal in diesem Gremium diskutiert und damit auch schnell an die Offiziershochschulen weitergegeben werden konnten.

Letztlich hing es aber von den Hochschullehren an den OHS selbst ab, wie sie mit den neuen Problemen gegenüber ihren Offiziersschülern umgingen. Im Unterricht waren sie zwar autonom, aber es galten für sie natürlich die gleichen Spielregeln, wie sie schon für die „Akademischen Kurse“ an der MPHS erwähnt wurden – nur noch etwas verschärfter. Aber schließlich gab es auch überall – selbst in den höheren Politstäben – Offiziere und Generale, die sich den neuen Problemen nicht verschlossen und die Hand schützend über so manchen Lehroffizier gehalten haben, der scheinbar zu weit vorgeprescht war. Ich denke da z. B. an Generalmajor Gerd Weber, der selbst Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften an der OHS in Kamenz war, bevor er Stellvertreter des Leiters der Politischen Verwaltung der LSK/LV wurde. Und ich denke auch an Generalleutnant Hans Süß, den damaligen Kommandeur der OHS und späteren Chef der Militärakademie.

Neues Denken und Militärreform

Insbesondere sei hier natürlich Rolf Lehmann hervorgehoben, der zu jenen Militärs gehörte, die sich für das neue sicherheitspolitische Denken sehr stark auch außerhalb der NVA einsetzten. Das wichtigste Forum für solche „Außenaktivitäten“ war der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der im Oktober 1987 gebildet wurde und unter seinem Vorsitzenden Max Schmidt sehr intensiv und öffentlichkeitswirksam tätig war. Rolf Lehmann war einer der ersten Wissenschaftler in Uniform, die in diesen Rat berufen wurden. Kurz danach kamen aus dem militärakademischen Bereich noch Wolfgang Scheler sowie von der MPHS Klaus Schirmer und Wilfried Schreiber hinzu.

Der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung umfasste etwa 60 bis 70 Mitglieder aus allen Wissenschaftsbereichen und ermöglichte eine sehr schnelle Kommu-

nikation der Wissenschaftler untereinander sowie eine effektive interdisziplinäre Abstimmung ihrer Forschungsprojekte. Die Führung der SED versprach sich von diesem Rat vor allem fachliche Kompetenz und zusätzliche Impulse zur Unterstützung ihrer Friedenspolitik nach dem Erscheinen des Doktrindokuments der WVO vom Mai 1987. Faktisch wurden durch die Autorität dieses Rates aber auch all jene Kräfte in der NVA gestärkt, die sich aktiv für den Paradigmenwechsel im militärischen Denken einsetzten. Indirekt wurde damit auch ein gewisser Druck auf die Armeeführung zur Umsetzung der neuen Militärdoktrin ausgeübt.

In der kurzen Zeit bis zum Ende der DDR gab es zahlreiche Aktivitäten des Rates, die in diese Richtung gingen. Das waren vor allem thematische Ratstagungen oder die Organisation des Nationalen Friedenskongresses der Wissenschaftler der DDR im November 1988. Rolf Lehmann und Wolfgang Scheler sind mir bei all diesen Veranstaltungen sehr auffällig in Erinnerung geblieben. Ich möchte mich hier aber nur auf ein Beispiel beschränken, das deutlich macht, in welche Richtung sich das neue sicherheitspolitische Denken letztlich entwickelte.

Ich denke da vor allem an die internationale Konferenz Mitte November 1989 in Moskau zum Thema „Neues Denken und Militärpolitik“. Initiator war Generalmajor Tschaldymow, Leiter des Lehrstuhls für Philosophie an der Militärpolitischen Akademie „W. I. Lenin“, Mitglied des Präsidiums der Philosophiegesellschaft der UdSSR und Vorsitzender der Sektion „Krieg und Frieden“ dieser Gesellschaft. Tschaldymow weilte in Vorbereitung dieser Konferenz bereits im Februar 1989 in der DDR und warb für eine repräsentative Delegation der NVA mit Lehmann an der Spitze. Die PHV wollte das aber auf kleiner Flamme halten und ließ auch eine Teilnahme von Lehmann offen.

Letztlich kam es zu einer DDR-Teilnahme durch eine kleine Delegation des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung, die dann doch von Lehmann geführt wurde. Als Militärs nahmen noch Scheler und Schreiber teil. Dazu kamen noch drei Wissenschaftler aus dem zivilen Bereich. Wir sechs reisten also kurz nach dem Fall der Berliner Mauer in Moskau an und sahen uns auf einmal inmitten einer Riesenveranstaltung mit rund 1500 Teilnehmern aus den sowjetischen Streitkräften, darunter 60 bis 70 ausländische Gäste. Ziel der Konferenz war es, dem neuen Denken in der Sowjetarmee – insbesondere über die wissenschaftlichen Einrichtungen der Armee – einen Impuls zu geben und zugleich die Militärs in die internationale Diskussion einzubeziehen.

Zu unserer Überraschung gehörten zu den internationalen Gästen auch Wissenschaftler und ranghohe Militärs aus NATO-Ländern, darunter den USA und der Bundesrepublik. Uns interessierten vor allem die westdeutschen Gäste. Das waren der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Professor Fleckenstein, mit drei zivilen Mitarbeitern und Brigadegeneral a. D. Hermann Hagen. Hagen hatte im März des Jahres, noch als Stellvertreter des

Kommandeurs der Führungsakademie der Bundeswehr, am ersten offiziellen Treffen von Offizieren der Bundeswehr und der NVA teilgenommen, das Egon Bahr an seinem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) organisiert hatte. Lehmann und Hagena waren sich dort begegnet, was uns sehr schnell den Kontakt zu unseren wissenschaftlichen Kollegen aus der Bundesrepublik finden ließ.

Die Konferenz war gut vorbereitet. Die Plenarbeiträge der Sowjets widerspiegeln im Wesentlichen den neuen Geist der Militärdoktrin vom Mai 1987. In den Sektionen wurde dann schon eher deutlich, dass das neue Denken auch in der Sowjetarmee seine Grenzen hatte. Scheler hielt einen Aufsehen erregenden Beitrag im Plenum, der darin gipfelte, dass er Grundzüge einer Militärreform in der DDR entwickelte.

Für uns sechs Teilnehmer aus der DDR war es klar, dass grundlegende Veränderungen in der DDR und der NVA notwendig sind. Wir entschlossen uns daher, unverzüglich ein kurzes, prägnantes Konzeptpapier für eine umfassende Militärreform in der DDR zu erarbeiten. Der erste Entwurf wurde noch in unserem Hotelzimmer in Moskau fertiggestellt. Eine Woche später, so um den 20. November herum, gaben wir dem Papier in Berlin den letzten Schliff und nannten es „Militärreform in der DDR – Denkanstöße und Vorschläge“.⁹

Die Unterzeichner waren die sechs Teilnehmer von Moskau: Klaus Benjowski, Bernhard Gonnermann, Rolf Lehmann, Wolfgang Scheler, Wilfried Schreiber und Wolfgang Schwarz. Unser Ziel war es, das Papier so schnell wie möglich publik zu machen. Wir schickten es daher direkt an den Minister für Verteidigung. Gleichzeitig versuchten wir eine Veröffentlichung in der Militärpresse. Aber das wurde von der noch existierenden PHV vereitelt. So erfolgte die erste Veröffentlichung Anfang Januar 1990 im „Spiegel“.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass es eigentlich nur ein folgerichtiger Schritt war, um vom Umdenken über unseren militärischen Auftrag zur Erkenntnis der Notwendigkeit eines umfassenden Reformprozesses in der NVA zu gelangen. Die nachfolgenden Monate zeigten, wie groß die Bereitschaft für solche Reformen im Offizierskorps der NVA tatsächlich war. Ein wesentlicher Ausgangspunkt für diese Reformbereitschaft bestand zweifellos darin, dass in der NVA – zunehmend ab Mitte der 80er Jahre – eine intensive Diskussion zu den veränderten Aspekten des Zusammenhangs von Krieg, Frieden und Streitkräften stattfand, für die das System der ideologischen Arbeit den entscheidenden Rahmen bildete. Diese Diskussion war möglich, weil es in allen Bereichen und auf allen Ebenen Offiziere gab, die

⁹ Siehe Dokument 1 Militärreform der DDR – Denkanstöße und Vorschläge.

In: B. Gonnermann/G. Merkel, DDR ohne Waffen? Sicherheitspolitische Dokumente, Berlin Brandenburgisches Verlagshaus 1990, S. 51-53.

Fragen stellten und sich mit Plattheiten nicht abspesen ließen. Und die Zahl solcher Offiziere nahm in den letzten Jahren der DDR rasch zu.

Neues Denken – was hat es gebracht?

Es ist noch heute für westliche Historiker und Offiziere der alten Bundeswehr schwer vorstellbar, dass in der NVA, die ja in ihrer inneren Verfasstheit nur als Parteiarmee verstanden wird – vor allem in Stäben und Lehreinrichtungen – relativ freimütig über heikelste Fragen diskutiert werden konnte. Und das Problem der Sinnlosigkeit eines Krieges war eines der brisantesten Probleme, die es gab. Natürlich waren für uns Kampfhandlungen vorstellbar. Das hat ja die NVA auch hinlänglich trainiert. Aber das Ergebnis realer Kampfhandlungen wäre eine Wüste in Zentraleuropa gewesen. Krieg hätte Selbstvernichtung bedeutet und wäre das Ende von Politik in Europa gewesen.

Das Bewusstwerden dieser neuen Situation hat sich zunächst sehr langsam vollzogen. Es mündete jedoch in den letzten Jahren der DDR in einem „beispiellosen Prozess des Umdenkens über den militärischen Auftrag und seine weltanschaulichen Grundlagen“.¹⁰ Kern dieses Umdenkens war eine Haltung, die darauf abzielte, alles zu tun, um zu verhindern, dass Waffen sprechen. Militärische Fähigkeiten machten nur noch Sinn im Rahmen einer hinlänglichen Abschreckung auf immer niedrigerem Niveau mit der Tendenz zu einer schrittweisen Entmilitarisierung der Sicherheit.

Die Dimension dieses Umdenkens wird deutlich, wenn man sich an Positionen erinnert, die über lange Zeit das Denken in der NVA bestimmt hatten: Friedliche Koexistenz wurde bis in die 80er Jahre hinein in erster Linie als Klassenkampf gegen den Imperialismus verstanden. Eine militärische Auseinandersetzung mit der NATO, sollte sie uns angreifen, galt als durchaus vorstellbar und wäre von östlicher Seite als ein gerechter Krieg zur Verteidigung des Sozialismus verstanden worden. An einem gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in einem solchen Krieg hätte es keinen Zweifel gegeben. Und selbst ein Präemptivschlag gegen den bevorstehenden Angriff des „aggressiven Imperialismus“ war zeitweise ein Thema von Gedankenspielen – unabhängig von einem eventuellen Planungshintergrund. Das waren verbreitete Denkhaltungen in einer Zeit, als Nuklearwaffen schon längst reale Einsatzoptionen auf beiden Seiten bildeten! Und gewiss hat es auch bis zum Ende der DDR noch Offiziere mit solchen Positionen gegeben.

Seine vielleicht bedeutendste Wirkung entfaltete das neue Denken in den Wendedagen des Jahres 1989/1990, im Ringen um eine friedliche Ablösung der alten Machtstrukturen in der DDR. „Auf einmal hatte die Konzeption des Verständni-

¹⁰ W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden in der NVA. In: Rührt euch! Zur Geschichte der NVA, Hrsg. W. Wünsche, edition ost, Berlin 1998, S. 508.

gungsfriedens eine Bewährungsprobe auf einem dafür gar nicht vorgesehenen Feld, beim inneren Frieden zu bestehen.“¹¹ Im realen, praktischen Verhalten der übergroßen Masse aller Armeeangehörigen wurde deutlicher als sonst irgendwo: die NVA des Jahres 1989 war nicht mehr die NVA des Jahres 1979. Sie hatte ein völlig neues Selbstverständnis gefunden.

Diese Veränderung widerspiegelte sich auch in den Bemühungen um eine eigene Militärdoktrin der DDR – als Teil eines umfassend angelegten Reformprozesses in den letzten Monaten der NVA. So entstand am Runden Tisch des neuen und letzten Verteidigungsministers der alten DDR, Admiral Theodor Hoffmann, in gemeinsamer Arbeit von Offizieren des MfNV, der Militärakademie und der Militärpolitischen Hochschule mit den sich formierenden demokratischen Kräften „Militärpolitische Leitlinien“ für eine bessere DDR, in denen sich das neue sicherheitspolitische Denken und der Wunsch nach komplexen Reformen manifestierte.¹² Hier wird erkennbar, dass das Umdenken schließlich auch höhere Führungspositionen ergriffen hatte. Diese Leitsätze sind durch das schnelle Ende der DDR nie wirksam geworden; aber sie bleiben Zeugnis eines realen Veränderungswillens, der letztlich von vielen, wahrscheinlich sogar den meisten Offizieren getragen wurde.

Die Nachwirkungen des geistigen Wandlungsprozesses reichen über das Ende der NVA hinaus bis in die unmittelbare Gegenwart. Die Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik, die Verinnerlichung der Überzeugung, dass mit Waffen die Probleme unserer Welt nicht mehr zu lösen sind, hat viele ehemalige Offiziere der NVA in die Reihen der Friedensbewegung geführt. Sie engagierten sich gegen die Kriegseinsätze der NATO auf dem Balkan wie auch gegen den Krieg der USA im Irak.

Vielleicht hat sich auf diese Weise auch nur ein humanistisches Ideal erhalten, das unabhängig vom totalitären Führungsanspruch der SED innerhalb der Partei und Gesellschaft der DDR gewirkt hat. Auf jeden Fall waren Rolf Lehmann und andere reformorientierte Wissenschaftler der Militärakademie geistige Wegbereiter für die Erhaltung und Ausprägung dieses Ideals.

¹¹ Ebenda, S. 524.

¹² Siehe Dokument 11 Entwurf Beschluss der Volkskammer über die militärpolitischen Leitsätze der Deutschen Demokratischen Republik, Runder Tisch Militärreform. In: B. Gonnermann / B. Merkel, DDR ohne Waffen?, a. a. O., S. 62-64.

Wolfgang Scheler

Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit

Am einem Frühlingstag des Jahres 1989, als noch niemand voraussah, wie dramatisch das Jahr später verlaufen würde, sprang dem Leser des „Neuen Deutschland“ eine Schlagzeile ins Auge, die ihn wohl veranlasste, noch einmal hinzusehen, ob er sich nicht verlesen hatte: **„Hohe Offiziere der NVA und der Bundeswehr beendeten ihre Gespräche in Hamburg“**. Noch nie hatte das Zentralorgan der SED *NVA und Bundeswehr* mit einer Konjunktion verbunden. War von beiden gleichzeitig die Rede, dann in politisch korrekter Form, und das war der ausschließende Gegensatz. Nationale Volksarmee und Bundeswehr in einem Verhältnis der Feindschaft zu sehen, war ja auch nicht bloß eine falsche Vorstellung. Immerhin standen sich beide deutsche Armeen an der Trennlinie zweier gegnerischer Militärbündnisse mit aufeinander gerichteten Waffen gegenüber. Vor allem aber hatten lange Auseinandersetzungen im Kalten Krieg sie geistig auf militärische Gegnerschaft und ideologische Unverträglichkeit ausgerichtet. Ihr Geist, der anti-kapitalistische der einen und der antikommunistische der anderen, hielt jede von ihnen aus Furcht vor einem Angriff des gegnerischen Militärblocks in der Bereitschaft, diese nicht gerade harmlosen Waffen gegeneinander zu führen.

Nun auf einmal das Udenkbare. Sogar hohe Offiziere dieser feindlichen Armeen der beiden deutschen Staaten trafen sich zum Gespräch, noch dazu in Hamburg, auf für die Nationale Volksarmee gegnerischem Boden, und das Sprachrohr der DDR-Staatsführung berichtete darüber positiv. Als ein Stück praktischer Vertrauensbildung habe der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Egon Bahr, die zweitägigen Gespräche zwischen hohen Offizieren der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr bezeichnet. Gegenstand der Gespräche seien ein System der europäischen Sicherheit, die strukturelle Nicht-angriffsfähigkeit beider Seiten und Probleme der Militärdoktrinen gewesen.

Der Leiter der NVA-Delegation, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, habe eine Einladung des DDR-Verteidigungsministers an die Führungsakademie der Bundeswehr und das Friedensforschungsinstitut übermittelt, die Gespräche an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden fortzusetzen. Sein Gesprächspartner, der Leiter der Bundeswehrdelegation, Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena, habe erklärt, er persönlich würde eine Fortsetzung der Gespräche sehr befürworten. Man sei sich einig gewesen, so Generalmajor Rolf Lehmann, dass in der gegenwärtigen Zeit Kriege in Europa nicht mehr führbar und nicht mehr gewinnbar sind. Ziel beider Seiten sei die Kriegsverhinderung.¹

¹ Siehe, Hohe Offiziere der NVA und der Bundeswehr beendeten ihre Gespräche in Hamburg. In: Neues Deutschland (Berlin) vom 30. März 1989.

Aus dieser ersten Begegnung von Delegationen sich konfrontativ verhaltender deutscher Armeen zum Zwecke der Beendigung der Konfrontation, zur Vertrauensbildung und Kriegsverhinderung ist nicht das hervorgegangen, was in der Absicht der Initiatoren lag, ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa. Ganz andere, übergeordnete Prozesse haben das verhindert. Aber dieser Ansatz wird ein Beispiel dafür bleiben, dass es möglich ist, aus verhärteter Konfrontation und Feindschaft auszubrechen und bereit zu sein, Sicherheit gemeinsam mit dem Gegner zu schaffen, Sicherheit für beide.

Dass aus der Begegnung von Repräsentanten gegeneinander gerichteter deutscher Streitkräfte eine Freundschaft der beiden Delegationsleiter und ein kameradschaftliches Zusammenwirken in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik geworden ist, zeigt wohl besonders anschaulich die Absonderlichkeit, Menschen, die nichtsanderes trennt als eine verschiedene Sozialisation und Staatsbindung, in eine bewaffnete Konfrontation mit tödlichen Konsequenzen zu versetzen. Ich rechne damit, dass dieses Treffen, mit dem ein Tabu im Kalten Krieg und in den deutsch-deutschen Beziehungen gebrochen worden ist, seinen symbolischen Wert behält. Damit meine ich nicht nur den Symbolwert im geschichtlichen Rückblick, sondern mehr noch die Symbolkraft für den noch nicht abgeholten Anspruch, die internationale Sicherheit auf ein neues Prinzip, auf das tragende Prinzip des Miteinander zu gründen.

Gemeinsame Sicherheit – dieses Projekt ist derzeit von der Themenliste der sicherheitspolitischen Debatte gestrichen. Wenn das Syntagma gelegentlich verwendet wird, dann begriffslos nur dem Wort nach, nicht in der Semantik des Begriffs. Die Einen halten die Idee für überholt und der neuen Lage unangemessen. Weil sie aus dem Dilemma entsprungen war, in das der Kalte Krieg zweier Welten geführt hatte, wird sie als gegenstandslos betrachtet, seit es diesen Kalten Krieg mit der Bedrohung des gemeinsamen Untergangs nicht mehr gibt. Das ist die harmlose Version. Die bedrohliche Version ist, dass jene Welt, die den Kalten Krieg gewann, sich nun stark genug wähnt, die eigene Sicherheit wieder auf überlegene militärische Macht zu gründen, mit der die Sicherheit der übrigen Staaten gefährdet wird. Sie bedeutet Rückkehr zur konfrontativen Sicherheit. Im bipolaren Systemkonflikt war mit der Strategie der atomaren Abschreckung das Prinzip konfrontativer Sicherheit auf die Spitze getrieben worden: *Sicherheit durch die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung*. Damit waren all die Anstrengungen, die eigene Sicherheit durch überlegene Kriegsführungsfähigkeit zu erreichen, also auf Kosten der Sicherheit des Gegners, am Endpunkt angelangt und versagten.

Überraschend hatte die zum Äußersten getriebene Konfrontation auf einmal ihr Gegenteil, eine fundamentale Gemeinsamkeit erzeugt, gleiche Sicherheit auf der Basis gleicher Unsicherheit. Gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen blieb als einzige Alternative. Es war ein langer und schwieriger Lernprozess nötig,

bis diese revolutionierende Tatsache zu Bewusstsein kam und das politische Denken revolutionierte. Der in Gang gekommene Lernprozess führte zu einem Paradigmenwechsel im Denken über Krieg und Frieden und ausgehend davon im militärischen Denken. Auch an der Militärakademie brach sich der Paradigmenwechsel Bahn, gefördert und mitgetragen vom Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung. Dieser hatte lange vor der Hamburger Begegnung die Leitidee erfasst, unter die Egon Bahr das Gespräch stellte, die Idee der gemeinsamen Sicherheit.

Schon als diese Idee uns zum ersten Mal vor Augen kam, brachte sie plötzlich Licht in das Dunkel und eröffnete einen gangbaren Weg der Rettung vor dem atomaren Abgrund. Mit der Entdeckung, dass wir in unserem Denken einen großen Sprung machen müssen, den Sprung von der Abschreckung zum Denken der gemeinsamen Sicherheit, sahen wir auch unsere eigenen Überlegungen und Denkansätze endlich gültig auf den Begriff gebracht. „Es gibt nicht mehr Sicherheit **gegen** den möglichen Feind, sondern es gibt Sicherheit nur noch **mit** ihm zusammen.“² Das schlug ein und wirkte als zündende Idee, die mit logischer Evidenz den Ausweg aus dem Dilemma wies. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit bewirkte eine kopernikanische Wende im Sicherheitsdenken.

Es blieb auch nicht allein bei einer Revolution im Denken. Einige wesentliche Elemente der neuen Sicherheitskonzeption fanden zumindest ansatzweise Eingang in die politische und militärische Praxis. Hierzu gehörten auf beiden Seiten der Gewaltverzicht – im KSZE-Prozess feierlich erklärt und in verschiedenen Vertragswerken rechtsverbindlich festgeschrieben –, Dialog und Zusammenarbeit anstelle bloßer Abgrenzung und Feindschaft, Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet und effektive Rüstungskontrolle. Hinzu kamen auf einer Seite mit der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages die Abkehr von der Strategie offensiver Verteidigung und die Hinwendung zur Strategie der defensiven Verteidigung als Vorbedingung für strukturelle Nichtangriffsfähigkeit sowie einseitige Abrüstungsschritte. Schließlich fiel mit dem SPD-SED-Papier *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* die ideologische Barriere, die bei der praktischen Umsetzung des neuen Konzepts zu nehmen war.

Heute stellt sich die Frage, ob diese neuartige Sicherheitskonzeption, die aus dem bipolaren System militärischer Konfrontation zweier Gesellschaftssysteme und Machtblöcke hervorgegangen war und dieser konkreten Konstellation gerecht wurde, für die sicherheitspolitischen Bedingungen der neuen Weltlage gegenstandslos geworden ist und der Vergessenheit überantwortet werden kann. Realität ist freilich inzwischen der Rückfall in den Zustand konfrontativer Sicherheit. Die westliche Welt erwartet ihr Heil von Aufrüstung und Umrüstung, von Militärinterventionen und Expeditionskriegen zur Sicherung ihrer vitalen Lebensinteressen.

² Egon Bahr, *Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten*, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26.

Allein die eigenen Sicherheitsinteressen bestimmen die Sicherheitspolitik, die des potentiellen Gegners werden nicht bedacht. Von potentiellen Gegnern, so scheint es, ist die Sicherheit des atlantischen Bündnisses der wirtschaftlich und militärisch potenten Staaten nicht mehr, wie es im Systemkonflikt der Fall war, abhängig. *Frei und gefürchtet* kann man ihnen entgegentreten. Die einzige Weltmacht, schon jetzt mit einzigartigen und nahezu weltumspannenden militärischen Fähigkeiten versehen, strebt nach globaler Kriegführungsfähigkeit bei eigener Unverwundbarkeit. „Der entscheidende Hebel, um strategische Überlegenheit zu sichern, heißt Unangreifbarkeit, die selbst schlagfähig bleibt.“³ Diesen Hebel bedienen die Vereinigten Staaten. Das Prinzip einer solchen Sicherheitsstrategie ist: „Je totaler die Sicherheit für die USA, desto totaler die Unsicherheit für den Rest der Welt.“⁴

Dass diese makabre Strategie derzeit die Kraft des Faktischen auf ihrer Seite hat und das sicherheitspolitische Denken des Westens in ihren Sog zieht, garantiert aber nicht ihren Erfolg. Es sind schon manche eigensüchtigen Strategien an den widrigen Verhältnissen gescheitert. Immerhin stellt der *Rest der Welt* die Weltmehrheit, eine überwältigende Mehrheit. Es wird kaum damit zu rechnen sein, dass die anderen großen und vielen kleinen Akteure des Weltgeschehens sich in die ihnen zugedachte Rolle der Ohnmacht und Botmäßigkeit fügen werden. Überdies ist zu bedenken, dass auch die bisher bedrohlichste militärische Konfrontation, der Kalte Krieg, nicht durch Waffen entschieden worden ist, sondern auf einem ganz anderen Kampffeld, auf dem der Wirtschaft, des Wohlstandes und der Menschenrechte. Vielleicht blickt man richtig in die Zukunft, wenn man denkt, „während die Amerikaner sich an ihre Waffen klammern, erobern Chinesen mit Waren die Welt“.⁵ Eine solche zivile Option wäre ja auch für die Europäische Union und für weitere Weltregionen denkbar.

Schon einmal hat das System konfrontativer Sicherheit versagt, weil es in Widerspruch zu neu entstandenen Bedingungen geraten war. Diese neuartigen Bedingungen waren die Tatsachen des Atomzeitalters, die alles vernichtenden Waffen und die Verwundbarkeit der hochtechnologischen Zivilisation. Darin bestand das Wesen der Veränderungen, die ein neues Sicherheitsprinzip notwendig machten. Der bipolare Systemkonflikt mit seinem Auswuchs, dem System der garantierten gegenseitigen Vernichtung, war nur die historisch konkrete Erscheinungsform dieses Wesens. Die Tatsachen des Atomzeitalters, die zum Umdenken zwangen, bestehen nicht nur weiter, sie fallen immer stärker ins Gewicht. Wir leben im Atomzeitalter und müssen in seinen Kategorien denken. Das Atomwaffenarsenal besteht noch immer in der Qualität des Overkill. Und die Funktionen der Lebensfähigkeit hochtechnologisch organisierter Gesellschaften werden immer empfindlicher gegen Zerstörungen.

³ Egon Bahr, Ein Protektorat wird selbständig. In: Die Zeit (Hamburg) vom 31. Mai 2000, S. 6.

⁴ Detlef Junker, Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br. 2003, S. 161.

⁵ Frank Sieren, Der gelbe Riese erwacht. In: Sächsische Zeitung (Dresden) vom 22. November 2003.

Das Prinzip der konfrontativen Sicherheit mit all seinen Implikationen widerspricht daher eklatant den in der heutigen Welt gegebenen Bedingungen für die Sicherheit der Staaten und Gesellschaften, und noch mehr denen einer künftigen Welt.

Zu einer solchen Einsicht zu gelangen, wird erfordern, den unterbrochenen Lernprozess wieder aufzunehmen, einen sicher langwierigen und schwierigen Lernprozess, in dem die Erfahrung uns erneut und nachhaltig von der Untauglichkeit und Gefährlichkeit konfrontativer Sicherheitsstrategien in der heutigen Welt überzeugt. Es gibt prinzipiell nur zwei Möglichkeiten. Setzt der Westen mit militärischer Gewalt und Überlegenheit seine Hegemonialpolitik fort, dann wird die Welt wie im Kalten Krieg weiter im Zustand der Konfrontation und Feindschaft, des Wettrüstens und der Abschreckung, der Kriege und des Gewaltfriedens leben. Die Spirale der Gewalt wird und kann nur enden entweder in der Katastrophe oder in der Einsicht zur Umkehr zu einem neuen System der internationalen Sicherheit.

„Der Krieg darf im Nuklearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. ... Dem widerspricht jede Politik, die auf Forcierung des Wettrüstens, auf Konfrontation, Streben nach militärischer Überlegenheit, Unverwundbarkeit und globale Hegemonie setzt. ... Friede und Sicherheit im Nuklearzeitalter können nicht mit immer mehr und perfekteren militärischen Mitteln, sondern dauerhaft allein durch politisches Handeln erreicht werden. ... Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden. Dies verlangt, daß jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen mit bedenkt und respektiert.“⁶ Der Text ist alt, aber ist er veraltet? Liest er sich nicht wie die Forderung des Tages?

Auch nach dem Ende des bipolaren Kalten Krieges der Systeme ist ein grundlegender Wechsel zu einem ganz anderen Prinzip der internationalen Sicherheit die einzige Alternative zu militärischer Konfrontation und weiteren Kriegen.⁷

Dieses andere Prinzip, das der gemeinsamen Sicherheit, ist die konstruktive Grundidee für eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik und globale Friedensordnung. Auch unter den Auspizien der neuen Weltlage gilt, dass die Gefahren nicht durch den Einsatz militärischer Mittel zu beheben sind. „Was allenfalls Erfolg verspricht,“ so denkt Egon Bahr das Konzept gemeinsamer Sicherheit für die heutigen Bedingungen der Globalisierung weiter, „ist die wachsende Zusammenarbeit von Regierungen in einem globalen Netz der Sicherheit. Diese Zusammenarbeit muss möglichst alle Staaten einbeziehen, Demokratien und Diktaturen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Definitionen von Menschenrechten, ihrer unterschiedlichen

⁶ Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Das verfeimte Dokument. Zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1997, S. 54.

⁷ Siehe Rolf Lehmann, Für ein System gemeinsamer Sicherheit. In: Gegen Terror(ismus) und Krieg. Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt, DSS-Arbeitspapiere, Heft 61 – 2002, S. 49ff.; siehe Wolfgang Scheler, 10 Jahre danach: Neuer alter Krieg oder gemeinsame Sicherheit. In: Für Entmilitarisierung der Sicherheit, DSS-Arbeitspapiere, Heft 50 – 2001, S. 128ff.

Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Auf dieser Ebene der globalen Sicherheit sind alle Staaten gut, die sich den globalen Regeln fügen.“⁸

Er sagt auch deutlich, was dem entgegensteht und welcher Staat auf dieser Ebene der globalen Sicherheit nicht gut ist, wenn er weiter schreibt: „Wer den Eindruck erweckt, er könnte mit Raketen oder Raketenabwehr gewinnen oder mithilfe der Nato, gibt sich bestenfalls einer Selbsttäuschung hin. Sie ist das späte Kind des alten Freund-Feind-Denkens, einer Mentalität, der es widerstrebt, sich als Primus inter Pares zu sehen. Die Politik der freien Hand, gestützt auf militärische Macht, will Chancen der Globalität nutzen, aber nicht unbedingt Regeln gegen die Gefahren der Globalisierung beachten. Im Grunde ist die amerikanische Tendenz potentiell konfrontativ, also schwer vereinbar mit dem Sinn echter Partnerschaft und schwer kompatibel mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit.“⁹ Darin besteht heute das größte Hindernis für den Umstieg auf das neue Prinzip gemeinsamer Sicherheit, nicht in dem Zusammenstoß von Kulturen verschiedenen Entwicklungsniveaus.

Die heutige Welt ist entgegen den Flausen der Globalisierungsprediger weiterhin geprägt von Nichtübereinstimmung in den Gesellschaftsstrukturen und von gegensätzlichen Wertauffassungen, die fest im Alltagsleben der Menschen verwurzelt sind, und sie wird es noch lange bleiben. Globale Sicherheit kann deshalb nicht auf Wertkonvergenz gegründet werden, was nichts anderes hieße, als dass die dominanten Staaten allen anderen ihre Werte aufzwingen. Ganz im Gegenteil, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit geht von der Voraussetzung aus, dass die Partner sich voneinander in ihrer Lebensweise und ihrem Selbstverständnis, in ihren Interessen und ihrer Gesellschaftsverfassung wesentlich voneinander unterscheiden, aber dennoch ein Interesse gemeinsam haben, sicher vor Gewalt und Krieg zu sein. Es mag sein, dass es den stärksten Staaten, vor allem den militärisch übermächtigen so scheint, dies sei nur das Interesse der Schwachen. Wie sich aber gezeigt hat, verleiht allein militärische Hypermacht keine Unverwundbarkeit. Es bringt auch dem Stärksten keine Sicherheit vor Gewalt, wenn er an der falschen Front aufrüstet. Leicht kann militärische Stärke sich in zivilisatorische Schwäche verwandeln.

Sicherheit gemeinsam organisieren verlangt nicht, sich zu mögen oder gegeneinander gerichtete Ansichten und Absichten aufzugeben, es verlangt nur, sich gegenseitig in der gegebenen Verschiedenheit anzunehmen und dies mit dem Willen, die Divergenzen und Konflikte ohne Krieg und Gewalttätigkeit auszutragen, so wie sich die Staaten dazu in der Charta der Vereinten Nationen rechtsverbindlich verpflichtet haben. Im Gegensatz zu dieser Rechtslage gründen aber vor allem die großen und einflussreichen Staaten – allen voran die im Sicherheitsrat mit besonderer Verantwortung für den Frieden betrauten – ihre eigene Sicherheit noch

⁸ Egon Bahr, Ein Protektorat wird selbständig, a.a.O.

⁹ Ebenda.

immer vorrangig auf die Fähigkeit zur Kriegführung. Allein diese Kriegführungsfähigkeit potenter Staaten und Bündnisse, für die die Vereinigten Staaten von Amerika über 400 Milliarden Dollar und die europäischen Verbündeten über 160 Milliarden Dollar im Jahr ausgeben, ist potenzielle Androhung militärischer Gewalt. Vergleicht man diese Zahlen mit der Zahl von etwa 350 Milliarden Dollar, die von den übrigen rund 160 UN-Mitgliedsstaaten, darunter von den Giganten China und Indien sowie dem militärisch immer noch potenten Russland, ausgegeben werden, bekommt man eine Vorstellung davon, wer das militärische Bedrohungspotenzial aufbaut und gegen wen es sich richtet. Strukturell wird mit dieser Kriegsausstattung der internationalen Akteure das System konfrontativer Sicherheit aufrechterhalten und auf ständig höherer Stufe reproduziert. Aus dem strukturellen Gefüge konfrontativer Sicherheit ergibt sich zwangsweise, dass die Dynamik des technischen Fortschritts unaufhaltsam in neue Waffen und neue Systeme der Kampfführung umgesetzt wird und wiederholt zu Revolutionen im Militärwesen führt.

Die derzeitige *Revolution in Military Affairs* hat die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht. Sie hat ihren Protagonisten die Mittel in die Hand gegeben, Vorherrschaft mit High-Tech-Kriegen gegen Staaten zu befestigen, die sich dagegen nicht wehren können. Das schafft einen Antrieb für eine neue Rüstungsdynamik, und die Verführung ist groß, für die erlittene Demütigung mit Mitteln heimzuzahlen, die den High-Tech-Krieger auch auf dem hohen Ross ins Mark treffen. Davor schützt kein noch so starkes Schild. Was den Terrorismus vor allem anstachelt ist der Militarismus der Vereinigten Staaten. Die Rückkehr zum enthemmten Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik beeinträchtigt schon jetzt die Sicherheit derjenigen, die sich dieses Mittels bedienen. Die damit in Gang gesetzte Logik kann aber weitaus schlimmere Folgen haben und zu Kriegen führen, gegen die die jetzigen geradezu harmlos erscheinen werden. Die Selbstermächtigung zu Kriegen gegen erkorene Feinde, wie die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika sie proklamiert, kann schließlich auch andere Mächte zu einem analogen Verhalten ermutigen.

Der Dynamik der Destruktion, die nicht Sicherheit schafft, sondern die Unsicherheit verstärkt, zu entrinnen, gibt es nur einen Weg, den Ausstieg aus dem System konfrontativer Sicherheit. Es ist besonders bei den starken globalen Akteuren der blinde Fleck in der Selbstwahrnehmung, der sie hindert zu erkennen, dass die eigenen Sicherheitsinteressen sich dauerhaft nicht gewaltsam gegen die Sicherheitsinteressen der anderen Mitglieder der Weltgemeinschaft durchsetzen lassen, ohne die eigene Sicherheit zu gefährden. Zum anderen wird die Idee, sich gegenseitig in der gegebenen Verschiedenheit anzunehmen und Interessenkonflikte ohne militärische Gewalt gegeneinander zu lösen, vom Zeitgeist gern als realitätsfern abgetan und in das Reich der Träume von einer schönen Welt verwiesen. Der europäische Kontinent aber, auf dem sich früher die dominierenden Staaten in Feindschaft gegenüberstanden und in den furchtbarsten Kriegen

ihre Interessenkämpfe ausfochten, gibt ein Beispiel dafür, dass die Kontrahenten aus schlimmen Erfahrungen lewend heute ihre Sicherheit untereinander ohne militärische Konfrontation und Bedrohung organisieren. Noch ist dieser Prozess nicht abgeschlossen und eine gesamteuropäische Ordnung gemeinsamer Sicherheit nicht errichtet. Aber es „erscheint als Königsweg, wenn Europa seine Schwäche zu seiner Stärke macht, indem es durch Verträge, durch kontrollierbare Bindungen, durch Zusammenarbeit, durch präventive Diplomatie eine Stabilität schafft, in der das Gewicht des Militärischen geringer wird.“¹⁰

Das Gewicht des Militärischen im System der Sicherheit erhöhen oder verringern – darauf läuft letztlich der Gegensatz von konfrontativer und gemeinsamer Sicherheit hinaus. Daher erfüllt Europa im Unterschied zu den Vereinigten Staaten viel bessere Voraussetzungen, nach den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit zu handeln. Es zählt dafür nicht nur die schon benannte Tatsache, dass Europa die Lektion des Krieges und der Destruktivität militärischer Konfrontation lernen konnte und sich in dieser Hinsicht kulturell von den USA unterscheidet. Eine weitere Voraussetzung besteht in seiner spezifischen Stellung, die es als Weltakteur im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten einnimmt. Egon Bahr erklärt sie so: „Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas. Amerika kann auf Kriegsgewinn setzen, Europa muss die Rolle des Militärischen verringern wollen.“¹¹ Das ist ein nüchtern analytisches Urteil, und sein Charme besteht im Aufhellen einer objektiv gegebenen Divergenz, deren Anerkennung es der Europäischen Union ermöglichen würde, sich von der kriegerischen Weltmacht Amerika abzusetzen.

Beurteilt man das tatsächliche Verhalten der Europäischen Union, so kann man erste Anzeichen für die Einsicht erkennen, dass Krieg der Feind Europas ist. Da könnte auch ein Ansatzpunkt dafür liegen, Sicherheit wieder wie schon einmal als Sicherheit vor Krieg zu verstehen. Im Sicherheitsdenken muss **Frieden** wieder das Ziel und der oberste Wert sein. Wenn aber jetzt die Europäische Union in der Sicherheitspolitik ihre Anstrengungen vor allem darauf konzentriert, mit dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe militärische Interventionsfähigkeit zu erlangen, scheint das nicht in die Richtung zu weisen, die Rolle des Militärischen verringern zu wollen. Es geht dabei nicht einmal in erster Linie um die Frage, ob die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sich auch gemeinsame Streitkräfte zum Ziel setzt. Vielmehr ist entscheidend, wozu die Europäische Union Streitkräfte benutzen will, welchen Auftrag sie erhalten und welches ihre militärischen Fähigkeiten sein sollen. Alles, was hierüber aus der bereits beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie und dem Entwurf einer Europäischen Verfassung zu erfahren ist, zielt auf das Erlangen von Fähigkeiten zu Militärinterventionen außerhalb der Europäischen Union. Dement-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003, S. 131.

sprechend ist auch die in Gang befindliche Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr ausgerichtet. Ein System gemeinsamer Sicherheit wird hieraus nicht entstehen.

Wenn die Europäische Union erklärtermaßen weltweit interventionsfähige Streitkräfte aufbaut, müssen das die anderen Staaten nicht als Bedrohung ihrer Sicherheit auffassen? Militärische Interventionsfähigkeit steht im Gegensatz zum Gewaltverzicht. Zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit gehörte als eines der Grundelemente die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (semiotisch besser: Angriffsunfähigkeit). Damit sollten, um den Gewaltverzicht auch in den Militärstrukturen und militärischen Fähigkeiten zu materialisieren, die Angriffsfähigkeit abgeschafft werden und die Streitkräfte strukturell und funktional nur noch zur Abwehr von Angriffen imstande sein. Derzeit werden aber im Gegensatz zum Erfordernis gemeinsamer Sicherheit genau umgekehrt die defensiven Fähigkeiten verringert und die Streitkräfte einseitig mit der Fähigkeit zu offensiven Handlungen ausgestattet. Um es mit den klaren Worten des Vordenkers eines Systems gemeinsamer Sicherheit zu sagen: „Der nüchterne Blick auf die Realität zeigt, daß die Welt für den wünschbaren und nötigen Qualitätssprung nicht reif ist, auch nicht Europa. Man muß von der Wirklichkeit ausgehen, ohne die Vision zu verlieren.“¹² Lernen wir aus den Erfahrungen der Wirklichkeit – ehe es zu spät ist!

¹² Egon Bahr, *Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 2000, S. 143.

Hermann H a g e n a

Angriff die beste Verteidigung?

Zur wechselvollen Geschichte dieses Prinzips

Rolf Lehmann zum 70.

Vor 15 Jahren

Es muß im Frühjahr 1988 gewesen sein, als es im Hamburger „Haus Rissen“ zu einem der damals seltenen Ost-West-Gespräche über die Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages kam. Die hatten 1987 in Warschau unter dem Einfluß des neuen Denkens eine defensive Militärdoktrin beschlossen, an die im Westen indessen keiner so recht glauben mochte.

Bislang war es „gesicherte“ Auffassung der NATO gewesen, daß der „Pakt“ nur auf eine geeignete Gelegenheit wartete, um unter dem Vorwand einer angeblich bevorstehenden Aggression loszuschlagen. Aus der hohen Gefechtsbereitschaft und der grenznahen Dislozierung von Verbänden und Übungsplätzen wurde auf die Fähigkeit geschlossen, aus einer Großübung heraus unter Ausnutzung des Überraschungsmoments auf allen Ebenen die Vorbereitung auf die Verteidigung zu unterlaufen; die beträchtliche zahlenmäßige Überlegenheit beim kriegsentscheidenden Großgerät würde es zudem nach der Beurteilung der NATO ermöglichen, unmittelbar nach Kriegsbeginn Kampfhandlungen auf die gesamte Tiefe des gegnerischen Raumes auszudehnen, um dem „Aggressor“ eine „vernichtende Abfuhr“ zu erteilen.

Als stellvertretender Kommandeur der Hamburger Führungsakademie wollte ich in meinem Einleitungsreferat des gemeinsamen Seminars die „alte“ sowjetische Militärdoktrin nicht in Bausch und Bogen als aggressiv verdammen. Wer wisse, wie furchtbar die Sowjetunion unter dem Überfall der deutschen Wehrmacht gelitten habe, müsse Verständnis dafür haben, daß sie in einem möglichen nächsten Krieg die Verteidigung „offensiv“ im Lande des Aggressors führen und gewinnen wolle. Das Problem jedoch liege darin, daß die Vorbereitung für einen sofortigen großangelegten und raumgreifenden Gegenangriff, also für die „offensive, präemptive Verteidigung“ nicht von einer Bereitstellung für einen Präventivangriff zu unterscheiden sei und damit in einer Krisensituation zu einer möglicherweise verhängnisvollen Destabilisierung der Lage führen müsse. Hinzu komme, daß eine solche Doktrin einen – von der Gegenseite als bedrohlich empfundenen – wesentlich höheren Kräfteansatz erfordere als eine „defensive“ Verteidigung.

Da zu der sowjetischen Delegation nicht nur Offiziere, sondern auch Vertreter einer Reihe renommierter wissenschaftlicher Institute gehörten, beschloß ich, meine Ausführungen theoretisch zu fundieren und gab ihnen den vor diesem Auditorium sicherlich gewagten Titel „Offensive Verteidigung im Lichte von Lenin und Clausewitz“.

Nach mir sprach nicht etwa der dienstälteste sowjetische General, sondern der stellvertretende Direktor des Moskauer USA/Kanada-Institutes, A. A. Kokoschin, der unter Hinweis auf seine Veröffentlichung „Kurskaja bitwa“ meinen auf Clausewitz gestützten Thesen von der grundsätzlichen Überlegenheit der Verteidigung gegenüber dem Angriff zu meiner Überraschung weitgehend zustimmte. (Eine russische Übersetzung des Werkes „Vom Kriege“ führte er übrigens mit sich!)

Die deutschen Seminarteilnehmer nahmen die Erkenntnis mit, daß jedenfalls über die theoretischen Implikationen der neuen defensiven Militärdoktrin in Moskau auf hohem Niveau nachgedacht wurde. Natürlich war uns auch klar, daß die sich daraus ergebenden Änderungen in Struktur und Dislozierung erhebliche Zeit in Anspruch nehmen würden. Auch konnten wir uns gut vorstellen, daß es nicht wenige hohe Militärs geben würde, denen die neue „defensive“ Ausrichtung nicht behagte. Das Festhalten an altvertrauten Dogmen ist eben, wie der englische Militärpublizist Liddle Hart zu Recht bemerkt, die Stärke der Kirchen und die Schwäche von Armeen.

1989: Erste ernsthafte Gespräche zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee

Ausnahmen bestätigen die Regel. Ein Jahr später, am 28. und 29. März 1989, trafen sich in Hamburg zum ersten Mal Offiziersdelegationen von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee. Zustande gekommen war diese Begegnung auf Initiative des SPD-Politikers Egon Bahr, damals Direktor des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik IFSH. Verteidigungsminister Dr. Scholz hatte diesem Unternehmen schließlich nur unter der Bedingung zugestimmt, „daß Herr Bahr zu Beginn der Veranstaltung sich äußerst kritisch zu den Schießereien an der innerdeutschen Grenze äußert“.¹ Außerdem entschied der Minister auf Vorschlag Generalinspekteur „keine Bw-Generale als Teilnehmer“.² Als aber die Zusammensetzung der von unserem Jubilar geleiteten NVA-Delegation (zwei Generale, zwei Obristen)³ bekannt wurde, schlug die Führungsakademie vor, entweder eine

¹ Vermerk Stv Adj BM über Gespräch BM mit MdB Egon Bahr vom 10. März 1989.

² Gemeldet wurde darauf eine Delegation, der unter Leitung eines Obersten ein Oberstleutnant, ein ziviler Dozent und zwei Lehrgangsteilnehmer im Rang Hauptmann angehörten. Schreiben Leiter Fachgruppe SPS vom 14.3.1989.

³ Teilnehmer der NVA waren Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Generalmajor Dr. Werner Hübnert, Oberst Professor Dr. Arnold und Oberst Dr. Schuster.

protokollarische Anpassung der Delegation der Bundeswehr vorzunehmen oder das Treffen ganz abzusagen.

So wurde mir – drei Tage vor meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand – eine Aufgabe übertragen, die zwar meine Verabschiedungs- und Umzugspläne über den Haufen warf, die ich aber im Nachhinein als Höhepunkt meiner militärischen Laufbahn empfinde und die zu einem ersten Zusammentreffen mit dem Jubilar führte, dem diese Festschrift gewidmet ist.

Mein kleiner Stab hatte mich mit Unterlagen versorgt, die ich in den wenigen verbleibenden Tagen intensiv studierte. Dazu gehörte das Heft 10 der Berichte des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, in dessen Inhaltsverzeichnis der Beitrag eines gewissen „R. Lehmann“ zum Thema „Militärische Aspekte der Sicherheit und die Militärdoktrin der Teilnehmer des Warschauer Vertrages“ angekündigt war. Es handelte sich bei dem Verfasser in der Tat um niemand anders als den Generalmajor Professor Dr. sc. Rolf Lehmann, damals einer der Stellvertreter des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“.

Was Rolf Lehmann zu der neuen Militärdoktrin und der Option eines Präventivschlages sagte, war eindeutig: Er zitierte den damaligen Verteidigungsminister der UdSSR, Armeegeneral Dmitri Jasow, der die Führung derartiger Schläge „kategorisch“ ausschloß, und stellte fest, daß die Vereinten Streitkräfte [des Warschauer Vertrages] damit bewußt auf einen großen Vorteil verzichten, nämlich die überraschende Eröffnung der Kampfhandlungen sowie die Möglichkeit, starke Kräfte in der Richtung des Hauptstoßes zu konzentrieren. Lehmanns Fazit: „Mit dieser Haltung distanzieren sich die Staaten der WVO von der alten These, daß Angriff die beste Verteidigung sei.“⁴

Es verdichtete sich bei mir beim Lesen der Eindruck, daß Offiziere beider deutscher Staaten, geschult, in den Kategorien von Raum, Zeit und Kräften zu denken, gewohnt, die Fähigkeiten der anderen Seite nüchtern zu beurteilen, bereit, die Schwierigkeit, sich über Absichten Gewißheit zu verschaffen, ins Kalkül mit einzu beziehen, vor allem aber in Kenntnis der fürchterlichen Folgen eines Atomkrieges zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen waren.

In einem Interview⁵, das wenige Tage vor dem Treffen vom NDR gesendet wurde, wurde ich gefragt, ob ich zwischen Bundeswehr und NVA auch Gemeinsamkeiten sähe. Ich habe darauf geantwortet, daß es ungeachtet bestehender Differenzen und Probleme auch wichtige Gemeinsamkeiten gäbe: Bei allen bisherigen in-

⁴ Rolf Lehmann, a. a. O., S. 14.

⁵ Interview NDR Hörfunk, Hamburg Welle, Bernd Lampe – BG Dr. Hermann Hagena, 23.3.89, 10:45, zum Thema „Gespräche mit Offizieren der NVA“. Die Niederschrift des Interviews verdanke ich dem damaligen Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Major Hans P. Ahlers.

offiziellen Begegnungen mit Offizieren der NVA⁶ habe sich Übereinstimmung über zwei Aussagen ohne Schwierigkeiten ergeben: über die Kohl-Honecker-Formel „vom deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ und die Erkenntnis: „Im Falle eines Krieges würden die Deutschen in Ost und West die Hauptleidtragenden sein. Von daher haben wir [als Soldaten] eine Verantwortung gegenüber unseren Staaten.“

Diese Ereignisse liegen lange zurück. Rolf Lehmann hat damals – wie auch die übrigen Mitglieder seiner Delegation – die Positionen der NVA aufrecht und würdig vertreten, sich aber auch offen für die Argumente der anderen Seite gezeigt.⁷ Der eigentliche Grund, dieses fünfzehn Jahre zurückliegende Ereignis noch einmal aufzugreifen, liegt in der neuen Aktualität der Thematik des präventiven Krieges und der Renaissance der These, wonach Angriff angeblich die beste Verteidigung ist. Der Lernprozeß über diese Frage ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Besser gesagt, der Streit über das Recht zur präventiven Kriegsführung ist neu entbrannt.

Die Nationale Sicherheitsstrategie von George Bush

Am 14. September, drei Tage nach dem terroristischen Anschlag auf die Zwillingstürme des Welthandelszentrums erklärte Präsident George W. Bush:

Unsere Verantwortung vor der Geschichte ist klar: wir müssen den Angriffen begegnen und die Welt vom Bösen befreien.

In der im September 2002 in Kraft gesetzten Nationalen Sicherheitsstrategie⁸ erklärt Präsident Bush, angesichts der großen Gefahren von Angriffen mit Massenvernichtungswaffen (MVW) nehme das Recht zur präemptiven (vorbeugenden) Abwehr zu, selbst wenn Zeit und Ort eines feindlichen Angriffs noch nicht festständen. Wörtlich heißt es dann in dem neuen Strategiedokument:

Um solche Angriffe unserer Feinde zu vereiteln oder ihnen zuvorzukommen, werden die Vereinigten Staaten notfalls präemptiv handeln.⁹

⁶ Eine erste Begegnung mit NVA-Offizieren gab es für den Autor in Zusammenhang mit einer Tagung des Arbeitskreises „Militär- und Sozialwissenschaften“ an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach mit dem Generalmajor Dr. Brühl, Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts in Potsdam; eine zweite im Juli 1988 bei einem gemeinsamen Seminar IFSH-IPW mit Generalmajor Dr. Werner Hübner, zuständig für Sicherheitsfragen im ZK der SED; eine dritte im Oktober 1988 mit Generalleutnant Gerhard Kunze, im MNV zuständig für die Manöverbeobachter. Bei allen drei Begegnungen ergaben sich – mehr oder weniger zufällig – längere persönliche Gespräche, in denen von der oft beschworenen „Erziehung zum Haß“ nichts zu bemerken war.

⁷ Einer der Punkte, über die gestritten wurde, war die Möglichkeit einer „friedlichen“ Wiedervereinigung beider deutscher Staaten!

⁸ The National Security Strategy of the United States of America, The White House, Washington, September 2002. Zitiert: NSS.

⁹ NSS, S. 15.

Dabei wurde zwar der Begriff „präemptiv“ verwendet; aus dem Zusammenhang ergibt sich aber eindeutig, daß nur präventives Handeln gemeint sein konnte, wenn Zeit und Ort eines möglichen Angriffs noch nicht feststehen.

Das von Bush in seiner Rede am 14. September 2001 noch allgemein angesprochene „Böse“ wurde in der Folgezeit konkretisiert. Natürlich gehörte das Terroristennetzwerk Al Qaida dazu wie auch der von den Taliban regierte Staat Afghanistan, der Al Qaida Schutz und Unterschlupf bot. Solange es nur gegen Al Qaida und die Taliban ging, deren Verbindung mit den Selbstmordpiloten vom 11. September nicht zu bezweifeln war, konnten sich die Amerikaner breiter Unterstützung der UNO, der NATO¹⁰ und des größten Teils der Weltöffentlichkeit sicher sein. Aber mit der Erklärung des sogenannten „Globalen Kriegs gegen den Terrorismus“¹¹ wuchs die Zahl der zu bekämpfenden Gegner, während die Unterstützung für den amerikanischen Kurs in der Welt abnahm.

In den Kampf einbezogen wurden künftig

- alle terroristischen Gruppen, wenn sie nicht nur lokale Bedeutung hatten;
- die durch eine „Achse des Bösen“ verbundenen Schurkenstaaten (rogue states), von denen man wußte oder annahm, daß sie geneigt waren, Terroristen zu unterstützen;
- Staaten ohne funktionierende Regierung (failing states) wie Somalia oder der Sudan, die nichts gegen Terroristen auf ihrem Staatsgebiet unternehmen konnten;
- tyrannische Herrscher, die die Menschenrechte ihrer Völker brutal mißachteten und gegen Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum eingestellt sind, und schließlich
- alle diejenigen, die entweder Massenvernichtungswaffen schon besitzen, ihren Besitz und entsprechende Trägermittel anstreben oder sich an deren Verbreitung (Proliferation) beteiligen.

Staaten, nichtstaatliche Organisationen, einzelne Personen und die Mittel, über die sie verfügten, wurden unter dem Begriff des Terrorismus zusammengefaßt.¹²

Als besonders gefährlich sieht die NSS die Verbindung (den „Nexus“) zwischen zum Selbstmord bereiten Terroristen und Schurkenstaaten an, die bereit seien, ihnen Massenvernichtungswaffen zu verschaffen.

¹⁰ Die NATO erklärte wenige Tage nach dem 11. September den Bündnisfall und wird ihn nun wohl beibehalten müssen, bis der letzte Terrorist auf dieser Welt getötet oder in Guantanamo eingesperrt ist.

¹¹ Die englische Bezeichnung ist Global War on Terror[ism], abgekürzt GWOT.

¹² Zur Kritik dieses Bedrohungsansatzes und der z. T. unwahrscheinlichen Annahmen, die ihm zugrunde liegen, vergleiche die ausgezeichnete Studie von Jeffrey Record, Bounding the GWOT [Eindämmung des Globalen Kriegs gegen den Terrorismus], US Army War College, Carlisle, Penna., Dezember 2003.

Weiter gilt, daß – *anders* als die Bedrohung, die von den früher sowjetischen und heute russischen nuklearen Arsenalen ausgeht, – Terroristen und Schurkenstaaten nicht abgeschreckt werden könnten und deswegen der vorbeugende Angriff die einzige aussichtsreiche Verteidigung sei. Niemandem, so die öffentlichkeitswirksame Behauptung, sei zuzumuten zu warten, bis ein Atompilz die Vernichtung einer amerikanischen Großstadt anzeige, bevor er gegen diese Gefahr etwas unternehme.

Mit dem globalen Krieg gegen den Terror hat sich Amerika offensichtlich übernommen und auf eine abschüssige Bahn begeben, selbst wenn weder die Völkerrechtswidrigkeit dieses Ansatzes noch der enorme Verlust an Glaubwürdigkeit von George Bush und seinem Hilfswilligen Tony Blair betrachtet werden.

Die uferlose Ausweitung der Terrorismus-Bedrohung hat dazu geführt, daß der zunächst zum Greifen nahe scheinende Erfolg in Afghanistan zu zerfasern droht, obwohl es den USA gelungen ist, die NATO zur Übernahme einer Teilverantwortung als eine Art Friedenstruppe zu bewegen.

Fataler dürfte für den US-Präsidenten sein, daß die Zustimmung zu seiner Kriegführung im Irak ebenso schwindet wie das Vertrauen in seine Glaubwürdigkeit und die Lauterkeit seiner Motive. War der Afghanistan-Einsatz noch durch einen Beschluß des Sicherheitsrates gedeckt, so wurde der zweite Irakkrieg zum ersten wirklichen Testlauf für die neue Präventivkriegsdoktrin. Der Versuch, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu einem Mandat für einen Feldzug gegen Saddam Hussein zu bewegen, schlug trotz aller Bemühungen fehl. Er scheiterte nicht etwa, weil die Ständigen Mitglieder Frankreich und Rußland ihr Veto gegen den Waffengang zu diesem Zeitpunkt angekündigt hatten, sondern vor allem, weil die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat keine Mehrheit fanden – trotz stärksten Drucks.¹³ Eines französischen oder russischen Vetos hätte es also gar nicht bedurft.

Offiziell wurde der zweite Irakkrieg gegenüber dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit mit dem Vorhandensein von einsatzbereiten chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen und der Gefahr der Produktion von Nuklearwaffen begründet. Diese Begründung war falsch und in sich widersprüchlich, was aufmerksamen Lesern der diversen amerikanischen und englischen Dossiers hätte auffallen müssen. Man konnte schlecht behaupten, die MVW könnten binnen 45 Minuten einsatzbereit sein, und zugleich die Erfolglosigkeit der Inspektoren beim Auffinden dieser Waffen damit erklären, sie seien so raffiniert irgendwo vergraben, daß es noch Jahre dauern könne, bis sie gefunden würden.¹⁴

¹³ Am 25. Februar 2004 wurde durch ein mit Einstellung endendes Verfahren gegen eine englische Übersetzerin vor dem Londoner Kriminalgericht „Old Bailey“ bekannt, daß die USA die britischen Verbündeten ersucht hatten, die Telefone der Mitglieder des Sicherheitsrates vor der Entscheidung über eine mögliche Irak-Resolution abzuhören.

¹⁴ Eine gründliche Auswertung der Erkenntnisse der amerikanischen, britischen und israelischen Geheimdienste und ihrer Manipulation durch die handelnden Politiker hat die Carnegie-Stiftung in

Neun Monate später war von den einst so bedrohlichen MVW keine Rede mehr. In seiner Rede zur Lage der Nation erklärte Bush im Januar 2004 nunmehr:

- Wir haben die Forderungen der Vereinten Nationen durchgesetzt.
- Wir haben das Regime Saddam Husseins beendet.
- Die Iraker sind frei.
- Die Demokratie schlägt Wurzeln im Irak.

In der Tat gab es positive Entwicklungen und beispielhaftes Bemühen von Teilen der Besatzungstruppen. Aber die schlechten Nachrichten dominierten die Schlagzeilen. Durchstechereien bei der Auftragsvergabe an regierungsnahen Konzerne wie Halliburton¹⁵ und Bechtel; der unlängst bekannt gewordene und im ersten Anlauf gescheiterte Versuch, mit dem provisorischen Regierungsrat ein Abkommen über die dauernde Einrichtung von Basen auf irakischem Boden einzurichten, die späte Erkenntnis, daß die Durchführung freier Wahlen im Irak voraussichtlich eine shi'itische Mehrheit zur Folge haben wird, nicht zuletzt aber auch die Abnutzungerscheinungen bei den Besatzungstruppen.¹⁶

Auch ist für die Amerikaner inzwischen offensichtlich, daß ein zweites Abenteuer dieser Art die personellen wie auch die finanziellen Möglichkeiten selbst der reichen USA übersteigt. Obwohl zwischenzeitlich fast 200 000 Reservisten und Nationalgardisten im Einsatz sind und der Umfang der US Army um 30 000 Mann erweitert wurde, ist die personelle Decke der US-Streitkräfte zu dünn, und es mehren sich die gefährlichen Anzeichen einer Auswirkung auf Quantität und Qualität der Freiwilligen-Meldungen und Weiterverpflichtungen. Hinzu kommen die Ausfälle. Die Todesfälle (bislang über 500) mögen die militärischen Planer für erträglich halten; über die deutlich höhere Zahl von Ausfällen aufgrund meist schwerer Verwundungen durch Minen, neurologischer Krankheiten, Selbstmord oder durch Biß von Sandflöhen hervorgerufener Krankheiten wird offiziell nicht berichtet. Nach verlässlichen Schätzungen dürften sie bei über 10% der eingesetzten Truppen liegen.

Die hohen Kosten von Krieg und Besetzung – rund eine Milliarde Dollar pro Woche im Irak und eine Milliarde in Afghanistan pro Monat – machen rund 10% des Verteidigungshaushaltes aus. Setzt man diese Summen in Beziehung etwa zu dem NASA-Budget von 15 Milliarden US-Dollar, aus dem die ehrgeizigen Raumfahrtpläne von George Bush bestritten werden sollen, so wird klar, daß die Kriegskosten ganz erheblich ins Gewicht fallen, zumal anders als im ersten

Washington vorgelegt. Joseph Cirincione, Jessica T. Mathews und Gorge Perkovich, WMD in Iraq, evidence and implications, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, Januar 2004.

¹⁵ Halliburton, früher von dem jetzigen Vizepräsident Cheney geleitet, soll nach Presseberichten Aufträge im Wert von über \$ 8 Milliarden erhalten haben.

¹⁶ Nervöser und undisziplinierter Schußwaffengebrauch, Mißhandlungen von irakischen Gefangenen, sexuelle Übergriffe gegenüber weiblichen Soldaten sind einige der Erscheinungsformen.

Irakkrieg die „Freunde und Alliierten“ nicht den größten Teil der Zeche zahlen. Hohe Generale der US Air Force beklagen inzwischen, daß die dringende Erneuerung der 40 Jahre alten Transport- und Tankerflugzeugflotten auf die lange Bank geschoben und zuviel Geld in Projekte wie Raketenverteidigung und Satelliten gesteckt wird, die für den eigentlichen Krieg gegen den Terrorismus allenfalls von marginaler Bedeutung sind.

So wie der für den „GWOT“ erforderliche Aufwand unterschätzt wurde, so wurden die damit verknüpften Hoffnungen insbesondere der neo-konservativen Vordenker in der Bush-Regierung auf einen demokratischen Domino-Effekt der „Befreiung“ des Iraks überschätzt. Zwar wurde das Verschwinden Saddam Husseins von der großen Mehrheit der Iraker begrüßt. Aber die andauernde Besetzung des Landes durch Amerikaner und ihre „Hilfswilligen“ wird überwiegend abgelehnt. Ob und wann sich eine stabile Demokratie in diesem Land mit seiner schwierigen Vergangenheit durchsetzen wird, steht einstweilen in den Sternen. Daß andere Länder sich den Irak als Beispiel nehmen, dürfte vorerst ein Wunschtraum bleiben.

Die Zustimmung Libyens und des Irans zu Waffen-Inspektionen mag das Ergebnis echten Sinneswandels sein oder auch ein taktisches Manöver aus Furcht vor unberechenbaren Aktionen der Amerikaner; speziell im Iran sind jedenfalls eher Rückschritte bei der Entwicklung zur Demokratie zu verzeichnen. Zunächst bleiben die Nachbarländer also eine Rekrutierungsbasis für Terroristen, jedenfalls solange die langen Grenzen des Irak nicht zuverlässig gesichert werden können.

Ob es den Amerikanern gelingt, die finanziellen, materiellen und personellen Folgekosten wenigstens teilweise auf ihre „Freunde und Alliierten“, insbesondere aber auf die NATO, umzulegen, erscheint ungewiß. Nach allem, was bekannt geworden ist, haben die USA nicht die Absicht, die Gesamtverantwortung für den Irak auf NATO oder gar UNO zu übertragen. Das derzeitige Angebot geht dahin, der Allianz die Übernahme der zur Zeit von Engländern und Polen kontrollierten Landesteile anzubieten – unter amerikanischem Oberbefehl, versteht sich.

Natürlich sind die europäischen Staaten an einer raschen Normalisierung der Lage und stabilen Verhältnissen im Irak schon aus humanitären Gründen interessiert. Einige mag auch die Aussicht auf Beteiligung am Wiederaufbau und die Erneuerung guter Handelskontakte locken. Zudem kann niemand wünschen, daß diese für die Energieversorgung Europas und Japans wichtige Region im Chaos versinkt. Aber solange

- der Kriegszustand nicht beendet ist,
- eine von den USA unabhängige Regierung nicht um Unterstützung gebeten
- und die UN kein klares Mandat erteilt hat,
-

wären insbesondere die Deutschen schlecht beraten, durch ihre Beteiligung an der Besetzung des Irak sich dem Vorwurf der Unterstützung eines völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieges auszusetzen.

Welche Antwort der US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf sein berühmtes Memorandum *Are we winning or losing?* von seinen Generalen erhalten hat, ist nicht bekannt. Aber die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache: die neue amerikanische Präventivkriegs-Theorie ist als Strategie, die zur Lösung internationaler Konflikte durch die eine verbliebene Supermacht taugt, das Gegenteil einer Erfolgsstory.

Amerikanische und Europäische Sicherheitsstrategien: ein Vergleich

Gleichwohl lohnt es, von den spezifischen Umständen des letzten Irakkrieges abzusehen und die theoretische Begründung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie des präemptiven/präventiven Einsatzes von Streitkräften allgemein zu prüfen. Das gilt um so mehr, als Überlegungen, wie man auf die neue Bedrohung durch MVW in der Hand von Schurkenstaaten oder terroristischen Organisationen reagieren soll, Eingang in die neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)¹⁷ gefunden haben, die erkennbar von der NSS beeinflusst wurde, aber deutlich andere Schwerpunkte setzt.

Ein analytischer Vergleich zwischen NSS und ESS würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen; hier mag es genügen, auf die Unterschiede in der Bedrohungsperzeption und die daraus abgeleiteten Handlungsoptionen hinzuweisen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnet die Vereinigung radikaler Ideologien mit der Technologie von Massenvernichtungswaffen als die größte Gefahr für Amerika und behauptet, der gesunde Menschenverstand (common sense) fordere, gegen derartige drohende Entwicklungen militärisch einschreiten, bevor sie zu einem Abschluß gekommen¹⁸ und damit zu einer akuten Bedrohung geworden seien. Die beste Verteidigung sei ein guter Angriff.¹⁹ Die Vereinigten Staaten würden präemptiv handeln, um feindlichen Handlungen präventiv zu begegnen, auch wenn Zeit und Ort eines Angriffs noch ungewiß seien.²⁰ Die Führungsmacht der nordatlantischen Verteidigungsallianz übernimmt damit Positionen, die 1987 von den Staaten des Warschauer Vertrags formell aufgegeben wurden.²¹

¹⁷ Ein erster Entwurf wurde von Xavier Solana im Juni 2003 vorgelegt. Die in wesentlichen Punkten überarbeitete Fassung wurde am 12. Dezember 2003 unter dem Titel „A Secure Europe in a Better World European Security Strategy“ in Brüssel verabschiedet. Zitiert ESS.

¹⁸ NSS, S. iii (Vorwort von Präsident Bush).

¹⁹ ... we recognize that our best defense is a good offense, ... NSS S. 6 (im Abschnitt III: STRENGTHENING ALLIANCES TO DEFEAT GLOBAL TERRORISM AND WORK TO PREVENT ATTACKS AGAINST US AND OUR FRIENDS).

²⁰ „To forestall and prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively.“ NSS, S. 15 (im Abschnitt V: PREVENT OUR ENEMIES FROM THREATENING US, OUR ALLIES AND OUR FRIENDS WITH WEAPONS OF MASS DESTRUCTION).

²¹ Vgl. oben S. 3, Fn. 4.

Die ESS formuliert wesentlich zurückhaltender; sie bezeichnet die Proliferation von MVW als die „*möglicherweise*“ größte Bedrohung der Sicherheit und fügt einschränkend hinzu, daß internationale Verträge und Anti-Proliferationsmaßnahmen die Verbreitung dieser Waffen und der zugehörigen Trägermittel verlangsamt hätten.²² Daß terroristische Gruppen in den Besitz von MVW gelangen könnten, wird im Konjunktiv als ein allerdings besonders bedrohliches Szenario beschrieben.²³ Und die ESS betont zunächst die nichtmilitärische multilaterale Zusammenarbeit bei der Abwehr drohender Gefahren und die fundamentale Bedeutung der Vereinten Nationen in diesem Zusammenhang²⁴, bevor sie abschließend feststellt: „Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die eine frühe, schnelle und robuste Intervention ermöglicht.“²⁵

Aus dem Zusammenhang ergibt sich der Unterschied zur NSS sehr deutlich: Es geht um die *Prävention von Krisen und Konflikten*, nicht aber um die *Legitimation von präventiven Angriffen* mit Bomben und Raketen, weil sich irgendwann, irgendwo eine bedrohliche Lage entwickeln könnte. Zwar ist auch im Rahmen der Intervention der Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel nach der ESS möglich; aber er soll unter der Verantwortung der Vereinten Nationen erfolgen.

Sehr unterschiedlich schätzen USA und EU die Rolle der jeweiligen Partner bei der (präventiven) Bekämpfung terroristischer Bedrohungen ein. Das wird deutlich, wenn man die entsprechenden Aussagen in ihren jeweiligen Strategien vergleicht:

- Die europäische Sicherheitsstrategie betont die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns.²⁶
- Die Vereinigten Staaten wollen zwar Werte, Urteile und Interessen ihrer Freunde und Partner respektieren. Aber: „Wir sind bereit, allein zu handeln, wenn unsere einzigartigen Verantwortlichkeiten das erfordern.“²⁷

Man kann hoffen, daß die oben geschilderten Erfahrungen des Irakkrieges die amerikanische Regierung zum Überdenken ihrer Strategie führen. Denn selbst wenn man George W. Bush den naiven Glauben unterstellen wollte, er könne durch präventive Militäreinsätze die Gefahr von Terrorakten verhindern, so müßte ihm und seinen Beratern doch klar sein:

- Eine derartige Strategie bindet enorme Kräfte und Mittel, vor allem für die nach dem eigentlichen Krieg erforderlichen Aufräumarbeiten. Wenn er

²² ESS, S. 3.

²³ ESS, S. 4.

²⁴ ESS, S. 9 „The fundamental framework for international relations is the United Nations Charter.“

²⁵ ESS, S. 9, 11.

²⁶ „Acting together, the EU and the US can be a formidable force for good in the world.“ ESS, S. 13.

²⁷ „In exercising our leadership, we will respect the values, judgement and interests of our friends and partners. Still, we will be prepared to act apart if our unique responsibilities require.“ NSS, S. 11.

darauf verzichtet und die angegriffenen Staaten im Chaos versinken läßt, dann wächst die Gefahr von terroristischen Anschlägen.

- Der Grundsatz „Angriff ist die beste Verteidigung“ mag gelegentlich zutreffen, wenn die Gefahrenquellen lokalisierbar und ihre Größe und Zielrichtung genau bekannt sind. Wer aber wie die USA gegen Saddam Hussein auf Grund unbewiesener Behauptungen losschlägt, verliert nicht nur seine Glaubwürdigkeit. Er riskiert auch, daß andernorts sich wirkliche Gefahren entwickeln, für deren Bekämpfung keine Kräfte mehr zur Verfügung stehen. Die immanenten Schwierigkeiten jeder Feindlagebeurteilung (vor allem der feindlichen Absichten) machen viele Präventivschläge zum russischen Roulette.²⁸
- Die (NSS) Strategie des präventiven Erstschlags ohne völkerrechtliche Legitimation führt darüber hinaus geradewegs zu unilateralem Handeln und beschädigt nicht nur die UNO, sondern auch die NATO.²⁹
- Wer heute von der Möglichkeit einer Selbstmandatierung der NATO spricht, der ersetzt das Völkerrecht durch den Grundsatz: Macht geht vor Recht. *Hoc volo, sic iubeo*.³⁰ (Wenn George Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2004 die Resolutionen des Sicherheitsrates als „Erlaubniszettel“³¹ verhöhnt, die Amerika zur Verteidigung seiner Sicherheit nicht brauche, während er sich gleichzeitig zum Wächter und Vollstrecker ausgewählter Resolutionen dieses Rates aufschwingt, dann fehlt eigentlich nur noch der Jubelchor der Koalition der hilfswilligen Regierungen³²: „Bush befiehlt – wir folgen!“)

Soweit will die Regierung Schröder offensichtlich noch nicht gehen. Sie will zwar keine deutschen Soldaten in den Irak schicken, aber eine Mission der NATO auch

²⁸ Allen Politikern, die aufgrund von Geheimdienstinformationen sich ein Urteil bilden müssen, sei die Lektüre von Clausewitz empfohlen, der im 6. Kapitels des ersten Buchs „Vom Kriege“ schreibt: „Ein großer Teil der Nachrichten, die man im Kriege bekommt, ist widersprechend, ein noch größerer ist falsch, und bei weitem der größte einer ziemlichen Ungewißheit unterworfen.“

²⁹ Ob Condoleeza Rice, Sicherheitsberaterin von Präsident George W. Bush, die die NSS 2002 maßgeblich geprägt hat, den Nordatlantikvertrag kennt, muß man bezweifeln. In der Präambel dieses Vertrages „bekräftigen [die Parteien] erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen“. In Artikel I verpflichten sie sich, jeden internationalen Streitfall „in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen ... zu regeln“ und „sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist.“ Noch deutlicher wird Artikel VII: „Dieser Vertrag berührt weder ... die in erster Linie bestehende Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit, noch kann er in solcher Weise ausgelegt werden.“

³⁰ Das lateinische Zitat wird Juvenal (47–113 n. Chr.) zugeschrieben: „Ich will es, also befiehlt mich's.“

³¹ permission slip.

³² Die Bürger in Staaten wie Großbritannien und Spanien hatten offenbar ein sehr viel feineres Gespür für die Legitimität des Krieges gegen den Irak als ihre Regierungen.

nicht verhindern. Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bemerkte dazu nicht ohne Anzüglichkeit, daß die NATO sich mit der Unterstützung des polnischen Kontingentes im Irak bereits „die Füße naß gemacht habe“.

Schlußbemerkung

Die Staaten der NATO haben seit dem Ende des Kalten Krieges einen weiten Weg zurückgelegt und dabei einen erstaunlichen Richtungswechsel vollzogen. Die Führungsmacht dieses Verteidigungsbündnisses, das sich einst rühmte, nie den ersten Schuß abzufeuern, und das sich vertraglich verpflichtet hatte, auch das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nur innerhalb der von der Charta der Vereinten Nationen gesetzten Grenzen anzuwenden, erklärt nun präventive Angriffe gegen unbekannte und ungewisse Bedrohungen zu ihrer offiziellen Strategie – nachdem sie jahrzehntelang eine mildere Form dieser Strategie, die sogenannte „offensive Verteidigung“, dem Gegner im Kalten Krieg als Beleg für eine aggressive Doktrin und „Invasionsabsichten“ vorgehalten hatte.

Die Staaten des Warschauer Vertrages hatten sich schon Jahre vor dem Ende des Kalten Krieges von dem Prinzip „Angriff ist die beste Verteidigung“ losgesagt, wohl, weil die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow die objektive Gefährlichkeit dieser Doktrin und ihren immensen Ressourcenbedarf erkannt hatte. Männer wie der Generalmajor Rolf Lehmann und gleichgesinnte Mitstreiter haben sich damals der gewiß nicht populären Aufgabe unterzogen, diesen einschneidenden Richtungswechsel in ihrem Verantwortungsbereich an der Militärakademie „Friedrich Engels“ durchzusetzen. Dafür gebührt ihm heute noch unser Dank.

Möge er als Vorsitzenden der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik die Irrungen und Wirrungen deutscher Sicherheitspolitik in unserem geeinten Vaterland noch viele Jahre kritisch und in guter Gesundheit begleiten.

In diesem Sinne, lieber Rolf, – *ad multos annos* !

Die „neuen Kriege“ – Logisches und Historisches

Je näher die Jahrhundertwende rückte, umso mehr wurde die Frage diskutiert, wie denn wohl die Kriege des 21. Jahrhunderts aussehen würden. Die Enttäuschung darüber, dass das letzte Jahrzehnt des ausgehenden Jahrhunderts nicht friedfertig war, ließen Hoffnungen auf ein Jahrhundert in Frieden schwinden und die Frage nach der möglichen Überwindung von Kriegen gar nicht erst aufkommen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges machte man in den USA sofort Nägel mit Köpfen. Es wurden Strategien zur Kriegführung für eine neue Weltordnung, für ein amerikanisches Jahrhundert, ausgearbeitet und die dafür erforderlichen militärischen Strukturen und Waffensysteme geschaffen und im Kriege erprobt.

In Europa hingegen müht man sich noch, aus dem Studium von Geschichte und Gegenwart den Charakter der Kriege im 21. Jahrhundert herauszufinden, um Konsequenzen für die Sicherheitspolitik herzuleiten. In diesem Diskurs kursierten viele Begriffe, immer öfter aber ist die Rede von den „neuen Kriegen“. Nun ist solches Bemühen durchaus sinnvoll und führt auch zu interessanten und diskussionswürdigen Fragestellungen und Ergebnissen. Die Gefahr, dabei auf „Holzwege“ zu geraten, ist allerdings nicht auszuschließen.

Ausgangspunkt der Diskussion ist die Tatsache, dass es sich bei zwei Dritteln aller nach 1945 geführten Kriege nicht um zwischenstaatliche Kriege im klassischen Sinn handelte.

Herfried Münkler stellt deshalb die Frage, wie diese Kriege, die er der Einfachheit halber als „neue Kriege“ bezeichnet, begrifflich zu klassifizieren sind? „Das Angebot reicht von low intensity wars über kleine Kriege bis zu wilden Kriegen, von Bürgerkriegen über neohobbessche Kriege bis zu transnationalen Kriegen, wobei die Vielfalt und partielle Widersprüchlichkeit der Definitionen nicht für ein Defizit an wissenschaftlicher Präzision, sondern für die Unübersichtlichkeit der Konfliktgründe und Gewaltmotive steht, deren Komplexität offenbar begrifflich nicht mehr prägnant erfassbar ist. Das ist zugleich der Grund, warum ich den unscharfen, aber offenen Begriff der neuen Kriege präferiere, wobei ich mir durchaus darüber im Klaren bin, dass diese Kriege so neu eigentlich gar nicht sind, sondern eine Wiederkehr des ganz Alten darstellen.“¹

Eine historische und logische Analyse der neuen Kriege ist also durchaus angezeigt.

¹ Herfried Münkler, Die neuen Kriege und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik. Der Artikel beruht auf dem Eröffnungsvortrag der 3. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, den der Autor am 21. Februar 2002 in Berlin gehalten hat.
In: <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune04-02/tmuenkle.htm>

Wer sich mit dem Phänomen des Krieges in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzt kommt an Clausewitz, dem Autor des Werkes „Vom Kriege“, nicht vorbei. Er oder sie muss direkt oder indirekt Position beziehen.

„Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“, das ist die knappe, aber auch prägnanteste Formel, mit der Clausewitz das Wesen des Krieges bestimmt.

Die „politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden“². Das Mittel ist also die Anwendung physischer Gewalt.

„Gewalt, d. h. die physische Gewalt (denn eine moralische gibt es außer dem Begriff des Staates und Gesetzes nicht), ist also das *Mittel*; dem Feind unseren Willen aufzuzwingen, der *Zweck*. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und dies ist dem Begriff nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung. Es vertritt den Zweck und verdrängt ihn gewissermaßen als etwas nicht zum Kriege selbst Gehöriges.“³

Die Kritik an dieser Definition des Krieges kleidet sich sehr häufig in ein historisches Gewand.

Häufig wird geltend gemacht, dass der Krieg viel älter sei als Politik und Staat und im Dunkel der Menschheitsgeschichte seinen Ursprung hat. Daraus wird abgeleitet, dass der Krieg der Menschheit von Anfang an anhafte und, was viel folgenreicher ist, aus der Geschichte der Menschheit nicht zu verbannen sei.

Für Cora Stephan ist Krieg „kein Sündenfall der jüngeren Menschheitsgeschichte“.⁴ Er reicht so weit zurück, dass gesicherte Erkenntnisse über die Ursprünge des Ur-Übels nicht leicht zu haben sind. „Dreierlei zumindest scheint gewiß: Krieg gehört, wie die Religion, zu den Universalien, die alle Menschheitskulturen unabhängig voneinander entwickelt haben. Er ist in den meisten uns bekannten Kulturen auf den Männerbund beschränkt. Und er ist ein ritualisiertes Geschehen, das sakrale Züge hat, ja nachgerade als religiöser Akt zu verstehen ist. Um eine These von Walter Burkert abzuwandeln: Wir müssen von der Präsenz des Heiligen inmitten des Tötens ausgehen.“⁵

Für die Verankerung des Krieges „in Gefühl und Instinkt spricht, daß all diese Aspekte nicht nur dem sogenannten «primitiven» Krieg eigen sind. Sie sind auch in

² Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Vier Falken Verlag o. J., S. 32.

³ Ebenda, S.13-14.

⁴ Cora Stephan, Das Handwerk des Krieges, Rowohlt Berlin 1998, S.18.

⁵ Ebenda.

seinen «modernen» Formen noch aufzuspüren. Beispiele für die «Heiligung» des Krieges müssen nicht in der islamischen Form des «jihad» gesucht werden.“⁶
 Der Krieg ist nicht in den individuellen Voraussetzungen der Männer zu suchen.
 „Krieg ist die Bewegungsform des Männerbundes.“⁷

Martin van Crefeld kritisiert, Clausewitz habe sein Buch unter dem Eindruck von Aufklärung und Vernunftglauben geschrieben, er habe vor allem den napoleonischen Krieg im Auge gehabt. Darum sei seine Wesensbestimmung des Krieges nicht auf alle Kriege anwendbar oder gar falsch. Auch er bemüht in seiner Kritik u. a. die Kriege der Urgesellschaft. Hier habe es weder Staat, Heer noch Volk gegeben, Begriffe, die in der Konzeption von Clausewitz eine große Rolle spielen. Martin van Crefeld prägte dafür den Begriff „trinitarischer Krieg“ dem er seine Vorstellungen vom „nichttrinitarischen Krieg“ entgegensetzt.

In seinem Buch „Die Zukunft des Krieges“ will Martin van Crefeld einen neuen, nichtclausewitzschen Begriffsrahmen für das Denken des Krieges und einen Blick in die Zukunft des Krieges schaffen. Aus diesem Grund bemüht er die Geschichte.

Alle Phänomene des Krieges – die Organisationen der Kriegführung, die Konventionen, und die Kriegsziele – , sind das Produkt bestimmter historischer Umstände.
 „Doch selbst während sie sich veränderten, blieb der Krieg als die ewige, unveränderbare Achse bestehen, um die sich die ganze menschliche Existenz dreht und die dem ganzen Dasein eine Bedeutung verleiht. Mit den Worten von Heraklit: *polemos panton men pater esti* - der Krieg ist der Vater aller Dinge.“⁸

Das ist eine für einen Historiker merkwürdige historische Betrachtungsweise. Alles soll sich in der Geschichte des Krieges bewegen und verändern, nur nicht der Krieg selbst.

Martin van Crefeld beteuert, dass dieses Buch nicht beweisen will, dass „der Krieg biologisch vorherbestimmt ist, zumindest nicht mehr als, sagen wir, Religion, Wissenschaft, produktive Arbeit oder Kunst. Es stellt jedoch die These auf, daß der Krieg längst nicht nur ein Mittel zum Zweck gewesen ist, sondern daß er sehr oft als der Zweck betrachtet worden ist – als eine äußerst reizvolle Tätigkeit, die sich durch keine andere angemessen ersetzen läßt. ... Nur im Krieg bietet sich dem Menschen die Gelegenheit, alle seine Fähigkeiten einzusetzen, alles aufs Spiel zu setzen und seine eigene Kraft an einem gleich starken Gegner zu messen. Gerade der Einsatz kann aus einem Spiel eine ernste, ja edle Angelegenheit machen. Ob es zweckdienlich ist, den Krieg als einen Gehilfen der Macht, der Interessen und des Profits zu betrachten, ist zwar eine berechtigte Frage, doch im Gegensatz dazu ist die dem Krieg innewohnende Faszination eine historische Tatsache. Er hat zu

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda, S. 32.

⁸ Martin van Crefeld, Die Zukunft des Krieges, Gerling, Akademieverlag, München 1998, S. 318.

allen Zeiten und an allen Orten die Menschen in seinen Bann geschlagen. Im Grunde läßt sich diese Faszination nur erklären, wenn man den Krieg als das Spiel mit dem höchsten Einsatz überhaupt betrachtet.“⁹

Der Krieg ergebe in gewisser Weise „mehr als jede andere menschliche Betätigung nur dann einen Sinn, wenn er nicht als ein Mittel, sondern als ein Zweck empfunden wird. So abscheulich die Tatsache auch sein mag, der wahre Grund, weshalb wir Kriege führen, ist der, daß Männer gern kämpfen und daß Frauen Männer gefallen, die bereit sind, für ihre Sache zu kämpfen.“¹⁰

Man könnte solch „historisches“ Herangehen getrost mit Nichtbeachtung strafen, wenn diese Konstruktionen nicht dazu herhalten würden, die Kriege der Zukunft, d. h. des 21. Jahrhunderts, theoretisch zu begründen und künftige Sicherheitspolitik daraus herzuleiten. Darauf ist später zurück zu kommen.

Es ist richtig, dass sich Clausewitz vorwiegend mit den Kriegen seiner Epoche beschäftigt hat. Aber seine Bestimmung des Wesens dieser Kriege weist weit in die Geschichte zurück und ist auch für die Beurteilung der Gegenwart und der Zukunft des Krieges von großer Bedeutung.

Wenn man Clausewitz vorwirft, dass seine Definition des Krieges auf die Urgesellschaft nicht zutrifft, da es dort weder den Staat noch Politik gegeben habe, so stimmt das zwar sachlich, schmälert aber Clausewitzens Erkenntnisse in keiner Weise. Für die Menschen der Urgesellschaft war die Natur eine Bedrohung. Aber eben nicht nur die Natur.

Alles, was nicht unmittelbar dem »naturwüchsigen Gemeinwesen« angehörte, war ihnen nicht nur fremd, sondern war für sie auch eine Bedrohung. Andere Gruppen außerhalb des Gentilsystems, des Stammes waren „Nicht-Menschen“, Teile einer feindlichen Naturwelt. Nur die Mitglieder der eigenen Gruppe, Sippe, Stamm waren Menschen schlechthin, was sich oft auch in der Sprache ausdrückte.

Die Gesellschaft beschränkte sich auf das »naturwüchsige Gemeinwesen«. Für sie waren Frieden und soziale Gleichheit der Normalzustand. Gestützt auf die Forschungsergebnisse seiner Zeit schrieb F. Engels in Bezug auf die irokesische Gens: der „Stamm blieb die Grenze für den Menschen –, sowohl dem Stammesfremden als auch sich selbst gegenüber: Der Stamm, die Gens und ihre Einrichtungen waren heilig und unantastbar, waren eine von Natur gegebne höhere Macht, der der einzelne in Fühlen, Denken und Tun unbedingt untertan blieb. So imposant die Leute dieser Epoche uns erscheinen, so sehr sind sie

⁹ Ebenda, S. 318-319.

¹⁰ Ebenda, S. 322.

ununterschieden einer vom andern, sie hängen noch, wie Marx sagt, an der Nabelschnur des naturwüchsigen Gemeinwesens.“¹¹

Was „außerhalb des Stammes, war außerhalb des Rechts. Wo nicht ausdrücklicher Friedensvertrag vorlag, herrschte Krieg von Stamm zu Stamm, und der Krieg wurde geführt mit der Grausamkeit, die den Menschen vor den übrigen Tieren auszeichnet und die erst später gemildert wurde durch das Interesse“.¹²

Nach innen waren die Gemeinwesen in der Lage, alle Konflikte auszugleichen. „Nach außen gleicht der Krieg aus; er kann mit Vernichtung des Stamms endigen, nie aber mit seiner Unterjochung. Es ist das Großartige, aber auch das Beschränkte der Gentilverfassung, daß sie für Herrschaft und Knechtung keinen Raum hat.“¹³ Es handelt sich folglich in der Urgesellschaft um eine Gewalt von ganz anderer sozialer Qualität als in späteren Klassengesellschaften, auch wenn Engels für dafür den Begriff Krieg bzw. „alter Krieg“ verwendet.

Will man die Rolle der Gewalt in der Urgesellschaft beurteilen, so verlangt die historische Herangehensweise, die ursesellschaftlichen Verhältnisse noch differenzierter zu betrachten. Die Urgesellschaft ist keine statische Gesellschaft. Sie entwickelt sich und mit ihr auch der Krieg. Der Krieg ist eben bereits in der Urgesellschaft keine ewige unveränderliche „Universalie“ und schon gar nicht „eine ewige, unveränderbare Achse“.

In ihr gibt es Entwicklungsetappen. Sie entfaltet sich von der Entstehung des Menschen und der Urgesellschaft selbst, über die Urgesellschaft auf der Grundlage von Jagd- und Sammelwirtschaft, die Urgesellschaft auf bäuerlicher Grundlage, bis hin zu ihrer Auflösung und Zerfallsperiode. Innerhalb der Gesellschaft und zwischen den einzelnen Etappen vollzogen sich qualitative Veränderungen, Umbrüche und soziale Revolutionen, wie etwa die „agrarisches Revolution“. Das hat gewaltigen Einfluss auf den „alten Krieg“, der bereits in der Zerfallsperiode dieser Gesellschaft allmählich sein Wesen verändert und sich dem Kriege annähert, den Clausewitz beschreibt.

Es finden also qualitative Anreicherungen und Veränderungen innerhalb der bestehenden Ordnung statt, die zu einer völlig neuen Qualität des Krieges führen. In Anlehnung an moderne Terminologie kann man sagen, es entstand ein neuer Krieg.

Es ist das Aufkommen des gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden, die Weideplätze bei Hirtenvölkern eingeschlossen, das zu dieser Veränderung der

¹¹ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW, Bd. 21, S. 97.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S. 152.

gesellschaftlichen Verhältnisse und zu gewissen Verschiebungen im Charakter des „alten Krieges“ führt. Dazu schreibt Karl Marx: „Die einzige Schranke, die das Gemeinwesen finden kann in seinem Verhalten zu den natürlichen Produktionsbedingungen – der Erde – ... als den seinen, ist ein andres Gemeinwesen, das sie schon als seinen anorganischen Leib in Anspruch nimmt. Der Krieg ist daher eine der ursprünglichsten Arbeiten jedes dieser naturwüchsigen Gemeinwesen, sowohl zur Behauptung des Eigentums als zum Neuerwerb desselben.“¹⁴

Solange die bewaffneten Auseinandersetzungen nur um den Grund und Boden gehen, bewegt sich die Gesellschaft und mit ihr auch der „alte Krieg“ noch in den Grenzen urgesellschaftlicher Verhältnisse.

Wird der Mensch selbst „als organisches Zubehör des Grund und Bodens mit ihm erobert, so wird er miterobert als eine der Produktionsbedingungen, und so entsteht Sklaverei und Leibeigenschaft, die die ursprünglichen Formen aller Gemeinwesen bald verfälscht und modifiziert und selbst zu ihrer Basis wird“.¹⁵

Dann wird aus dem „alten Krieg“ allmählich ein „neuer“.

In dieser Zeit werden die kriegerischen Unternehmungen, wie Engels schreibt, zu „regelmäßigen Funktionen des Volkslebens“.¹⁶ „Der Krieg, früher nur geführt zur Rache für Übergriffe oder zur Ausdehnung des unzureichend gewordenen Gebiets, wird jetzt des bloßen Raubs wegen geführt, wird stehender Erwerbszweig.“¹⁷

Der Krieg als Fortsetzung der Politik ist also nicht plötzlich da. Er hat seine Voraussetzungen in einer Gesellschaft, die selbst erst noch Politik und Staat hervorbringen muss. Diese Veränderungen gehen einher mit der Entstehung der Politik und der politischen Organisation der Gesellschaft und des Staates in seinen unterschiedlichsten Formen.

Man sollte in diesem Zusammenhang aber auch nicht, wie van Crefeld, den Blick auf die Herausbildung des Staates im Europa des 17. Jahrhunderts fokussieren und diese Entwicklung für alle Regionen und Zeiten verallgemeinern. Der Staat entsteht viel früher und hat sich in mannigfaltigen Formen auf unterschiedlicher gesellschaftlicher Grundlage entwickelt.

In Europa entsteht ab dem 17. Jahrhundert der moderne bürgerliche Staat, der über das alleinige Gewaltmonopol und damit auch das alleinige Recht zur Kriegführung verfügt. Er entsteht in einem Prozess, der sich über Jahrhunderte erstreckt und in dem sich in Europa die Nationen und die Nationalstaaten herausbilden.

¹⁴ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 399.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW, Bd. 21, S. 159.

¹⁷ Ebenda, S. 159/160.

Statistisch wurde nachgewiesen, dass seit 1945 die Mehrzahl der Konflikte und Kriege innergesellschaftliche Konflikte und Kriege waren, also keine Staatenkriege, sondern Bürgerkriege, in denen Warlords, Befreiungsbewegungen, Banden – also nichtstaatliche Akteure handelten. Für van Creveld ein Indiz, dass sich die Kriege generell auf die nichtstaatliche Ebene verlagern.

An die Stelle des Krieges zwischen Staaten trete der low intensity war bzw. low intensity conflict. Van Creveld prognostiziert sowohl das Ende des Staatenkrieges, wie des Staates selbst. Das wäre letztlich ein Rückfall in Zustände vor dem Westfälischen Frieden. Es entstünden Kriege, die nicht mehr mit der Clausewitzschen Formel erfasst würden.

Herfried Münkler wendet dagegen ein, dass womöglich van Creveld „doch kurzfristige Entwicklungen mit langfristigen Trends verwechselt (hat) und dabei oben-dreien noch ein spezifisch kontinentaleuropäisches Modell der Staatsentwicklung zur Norm gemacht (hat), an der gemessen im globalen Maßstab das Ergebnis zwangsläufig ein Schwinden von Staatlichkeit sein musste. ... Die Form der öffentlichen Ordnung ist heute sicherlich in Veränderung begriffen; wie sehr dies der Fall ist, ist freilich politisch umkämpft. Aber ein Untergang des Staates wie van Creveld ihn prognostiziert, dürfte in Europa vorerst kaum auf der Tagesordnung stehen.“¹⁸

An anderer Stelle verweist Münkler darauf, dass allen Kriegen gemeinsam ist, „dass es sich um das Aufeinanderprallen zweier Willen handelt, die, weil sie konträre Absichten verfolgen, in einen Zweikampf hineinführen, in dem sich die Willen gegenseitig zu brechen versuchen. Es ist diese einfache Definition des Krieges als eines erweiterten Zweikampfs, die Clausewitz' Kriegsdefinition nach wie vor aktuell sein lässt, auch wenn manche seiner Konkretisierungen historisch überholt sein mögen.“¹⁹

In Übereinstimmung mit anderen Autoren geht Münkler davon aus, dass Kriege zwischen Staaten heute eher die Ausnahme sind, dass aber die „neuen Kriege“ nach wie vor an ihren Maßstäben gemessen werden. Die „üblichen Erklärungsansätze für den Ausbruch von Kriegen und die mit ihnen verbundenen Vorschläge zu Kriegsprävention (nehmen sich) meist so aus, als handle es sich um klassische zwischenstaatliche Kriege, mit denen es die internationale Gemeinschaft nach wie vor zu tun habe. Dabei wird übersehen, dass sich längst Kriegsökonomien entwickelt haben, die nicht staatlich kontrolliert sind und in denen Milizenführer, Warlords und international agierende Terrornetzwerke den Krieg oder doch zumindest systematisch organisierte Gewalt zu einem Mittel des Erwerbslebens – von

¹⁸ Herfried Münkler, Hat der Staat noch eine Zukunft. Martin van Crevelds Überlegungen zu einem Auslaufmodell. In: Die Zeit Nr. 35, 26. August 1999, S.43.

¹⁹ Herfried Münkler, Schwächere Form, stärkerer Zweck. Die Mühen der Ebenen: Mit Clausewitz den Terror verstehen. In: Frankfurter Rundschau online, 28.11.2002.

der Sicherung des Lebensunterhalts bis zur Anhäufung großer Vermögen – gemacht haben.“²⁰ Es handele sich also um einen Funktionswandel des Krieges, „der sich militärhistorisch wie ein Rückfall in spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Verhältnisse vor der Verstaatlichung des Kriegswesens ausnimmt“.²¹ Es habe den Anschein, „... dass es mit der Erosion der staatlichen Alleinverfügung über die militärische Gewalt zu einer Reprivatisierung und Rekommerzialisierung der Kriegführung in großen Gebieten gekommen ist. ... Überall dort, wo sich Staatlichkeit nicht in jener robusten Form entwickelt und durchgesetzt hat wie im nordwestlichen Teil Europas, droht der Rückfall in eine Form des Krieges, wie sie in unserem historischen Gedächtnis mit dem Dreißigjährigen Krieg verbunden ist.“²²

Münkler empfiehlt der Friedens- und Konfliktforschung, „nicht so sehr kulturalistischen Großtheorien zu folgen, sondern statt dessen wieder stärker den Blick auf die sich mit den Mitteln militärischer Gewalt durchsetzenden ökonomischen Interessen zu richten.“²³ Zugleich warnt er davor, „in die Falle der Imperialismustheorien (zu) gehen, deren theoretisches wie politisches Scheitern den Siegeszug der kulturalistischen Konflikt- und Kriegstheorien zumindest begünstigt hat.“²⁴

Der ökonomische Ansatz zur Beurteilung der „neuen Kriege“ ist nach meinem Dafürhalten prinzipiell zu begrüßen. Er ist ja gar nicht so neu, worauf auch Münkler verweist. Die ökonomischen Hintergründe von Kriegen aufzudecken ist in der Politikwissenschaft eine gute Tradition. Das ökonomische Herangehen widerlegt, dass sich die Ursachen des Krieges auf Instinkt und Gefühl reduzieren (Cora Stephan) oder dass der Krieg von einem Mittel zum eigentlichen Zweck geworden sei (van Crefeld).

Gegen Münkler ist allerdings einzuwenden, dass er im wesentlichen die Ökonomie auf die ökonomischen Interessen regional agierender Subjekte, Kriegsfürsten, Warlords u.s.w. reduziert und sie von den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Großmächte abkoppelt. Es handele sich um „Bürgerkriegsökonomien“. Auch bei Münkler verwandeln sich so die „neuen Kriege“ unter der Hand aus einem Mittel zum Zweck in den Zweck selbst. Ihr Zweck ist die Bereicherung, sie werden zum Erwerbszweig der Privaten. Man zettelt sie an und erhält sie möglichst lange als Erwerbsquelle am Leben. Das ist sicherlich eine zu beobachtende Begleiterscheinung dieser Kriege. Auch die Tatsache, dass die Zivilbevölkerung enorme Verluste zu beklagen hat, trifft zu. Münkler leitet einen Zusammenhang her zwischen der Kriegsökonomie und der komplexen „Gemengelage von Ursa-

²⁰ Herfried Münkler, Im Schatten der Globalisierung. Nicht archaisch, sondern höchst modern: Die neuen Kriege leben von der weltweiten ökonomischen Vernetzung. In: Frankfurter Rundschau online, 28.11.2002.

²¹ Ebenda.

²² Herfried Münkler, Die neuen Kriege und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik, a.a.O.

²³ Herfried Münkler, Im Schatten der Globalisierung, a. a. O.

²⁴ Ebenda.

chen und Motiven, Interessen und Werten ..., die in diesen Kriegen von den verschiedenen Parteien ins Spiel gebracht werden, aber auch aus dem Umstand, dass diese Kriege nicht nach dem Prinzip der Konzentration der militärischen Kräfte in Raum und Zeit, also der napoleonischen Strategie, geführt werden, sondern die Gewalt in Raum und Zeit diffundiert, es keine Fronten gibt und es dementsprechend auch nur selten zu Gefechten und eigentlich nie zu großen Schlachten kommt, sich die militärischen Kräfte also nicht aneinander reiben und verbrauchen, sondern sich gegenseitig schonen und stattdessen die Zivilbevölkerung zum Ziel der Gewaltanwendung machen.“²⁵

Hier ist allerdings zu fragen, ob die angeführten Charakteristika der neuen Kriege nicht auch noch andere Erklärungen zulassen. Wenn der Krieg im Clausewitzschen Sinne ein Zweikampf ist, so wird der Verlauf des Krieges wesentlich durch das Kräfteverhältnis der kriegführenden Seiten bestimmt. Ist dieses Kräfteverhältnis entweder ungleich oder aber ausgewogen, so wird man die entscheidende Feldschlacht in beiden Fällen so lange als möglich hinauszögern. Im ersten Fall entspricht das den Interessen der schwächeren Partei, im zweiten Fall sind beide Kriegsparteien daran interessiert. Zum anderen ist das Fehlen geschlossener Fronten wohl generell ein Merkmal von Bürger- und Guerillakriegen, und zwar zu allen Zeiten. Auch die Aussage, dass „die Entscheidungsschlacht der Kulminationspunkt des klassischen zwischenstaatlichen Krieges“ war, jedoch in den neuen Kriegen „das Massaker“²⁶, lässt sich mit dem Kräfteverhältnis erklären. Wenn die Kräfte für den Sieg im offenen Kampf nicht ausreichen, so nimmt man die Zivilbevölkerung als Geisel, um sich Vorteile zu verschaffen. Hinzu kommt, das zeigt die Geschichte der Bürgerkriege, aber auch der Partisanenkriege, dass diese Kriege mit großer Härte unter Missachtung von Kriegs- und Menschenrechten geführt werden. Das belegen u. a. die Verbrechen der Wehrmacht im II. Weltkrieg beim Einsatz gegen Partisanen, aber auch die Kolonialkriege der europäischen Kolonialmächte in ihrem Umgang mit Aufständischen oder der Genozid an den Indianern in den USA, die sich gegen Landraub zur Wehr setzten.

Ist es überhaupt zulässig, die „neuen Kriege“ so undifferenziert gleichzusetzen, wie es heute allgemein üblich geworden ist?

Auf alle trifft das Merkmal des Bürgerkrieges zu. Aber das ist oft auch die einzige Gemeinsamkeit. Untereinander aber unterscheiden sie sich meist auch wesentlich. So sind die Kriege, die mit dem Zerfall Jugoslawiens oder der ehemaligen Sowjetunion einhergehen, doch von grundsätzlich anderer Natur als die Kriege im subsaharischen Afrika. Wieder anders verhält es sich mit den Kriegen des Nahen Ostens und Mittelasiens. In Afghanistan wurde in der Zeit des Kalten Krieges ein erbarmungsloser Stellvertreterkrieg geführt. Die Etablierung unzähliger Warlords wurde durch die USA im Kampf gegen die Sowjetunion gefördert. Mudschahedin

²⁵ Herfried Münkler, Die neuen Kriege und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik, a. a. O.

²⁶ Ebenda.

und Taliban sind Produkte dieser Politik. Sie kämpften gegen die Sowjetunion um die Unabhängigkeit und um die Macht im Staate. Als die Sowjetunion abzog, kämpften sie untereinander weiter um die Macht. Die Kriegsökonomie ermöglichte zusammen mit der Hilfe von außen die Finanzierung des Krieges. Dass sie sich irgendwann einmal zu einem lukrativen Geschäft verselbständigte, weil einige davon gut leben konnten, ist wohl eher eine Folgeerscheinung im Kampf um die Macht in ständig wechselnden Allianzen und des Chaos, in das solche Gesellschaften regelmäßig versinken, wenn es zu keinen endgültigen Entscheidungen kommt und sich die Kriege in unterschiedlicher Intensität über Jahrzehnte hinziehen.

Die neuen Kriege entstehen nicht im „Schatten der Globalisierung“, sondern sie sind eher ein Aspekt, eine Begleiterscheinung, eine Folge der Globalisierung. Bei aller Ähnlichkeit zu Kriegen der Vergangenheit sind sie kein Rückfall in die Vergangenheit.

Volker Böke verortet die neuen Kriege „im Grenzgebiet zwischen vorkapitalistisch-traditionaler und kapitalistisch-bürgerlicher Vergesellschaftung, in ihnen setzt sich Kapitalismus gewaltsam durch“. Sie sind „Indiz dafür, dass die Durchkapitalisierung und Durchstaatung der Gesellschaften der Dritten Welt immer noch unvollendet ist, dass vor- bzw. nichtkapitalistische Vergesellschaftungsformen immer noch nicht vollständig zersetzt sind, dass sich vielmehr im Kontext fragmentierter Globalisierung hybride, von Gewalt durchtränkte soziale (Un-)Ordnungen bilden. In der Dritten Welt haben wir bis heute weder mit entfalteteten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften noch mit den entsprechenden (National-)Staaten zu tun“. Die neuen Kriege sind „die Form, in denen sich kapitalistische Globalisierung in hybriden Übergangsgesellschaften durchsetzt“.²⁷

Die Diskussion über die „neuen Krieg“ ist keine rein akademische Angelegenheit. Bezeichnet man diese Kriege als die Kriege des 21. Jahrhunderts, stellt sich natürlich sofort auch die Frage nach einer adäquaten Sicherheitspolitik.

Ist der Krieg zwischen Staaten eher unwahrscheinlich, so könnte man meinen, habe sich die Kriegsgefahr verringert, der Krieg ist nicht mehr die Ultima Ratio der Politik. Aber das ist eben nicht der Fall, wenn man die militärische Intervention, das Eingreifen in die geschilderten Konflikte, zum Programm erhebt.

Herfried Münkler fordert zwar, dass militärische Interventionen in ein „politisches und wirtschaftliches Maßnahmenet“ eingebettet sein müssen, rückt aber letztlich doch den militärischen Einsatz in den Vordergrund.

²⁷ Volker Böge, Irreguläre, diffuse und asymmetrische Gewalt. Kriege am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Fantomas, Nr. 3/2003 S.7-12, zit. in Mona Beumers, http://www.Ruhr-unibochum.de/ifm/seiten/02lehre/mat_massmann/ws0304/redenvomkrieg/neukrieg_volker_boege.

„Die reduzierte Problembewältigungskapazität militärischer Kräfte in den neuen Kriegen, also die Unmöglichkeit, mittels einer militärischen Entscheidung einen politischen Friedensschluss herbeizuführen, hat freilich die paradoxe Konsequenz, dass der Einsatz des Militärs, der in den klassischen Kriegen als das letzte Mittel der Politik gegolten hat, im Rahmen friedenserhaltender oder friedensschaffender Einsätze zu einem der ersten Mittel geworden ist und wohl auch werden muss, wenn der anschließend einzuleitende Friedensprozess in einem überschaubaren (das heißt: finanzierbaren) Zeitraum Aussichten auf Erfolg haben soll. Eher stillschweigend und womöglich ohne Bewusstsein dieser Pointe hat sich diese Veränderung in der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik längst vollzogen, wie die Vielzahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt, von denen jeder einzelne vor fünfzehn Jahren noch völlig undenkbar gewesen wäre. Darin eine Militarisierung der Außenpolitik zu sehen, wie das gelegentlich zu hören ist, ist infolge des dargelegten Wandels der Kriege jedoch abwegig. ... Vor allem bei der drohenden Entwicklung von Bürgerkriegen kommt es darauf an, den Prozess des gegenseitigen Aufschaukelns der Gewalt durch einen bewaffneten Dritten frühzeitig zu unterbinden, die Entstehung von Raubökonomien zu verhindern und vor allem dafür Sorge zu tragen, dass nicht eine ganze Generation von Kindern unter Bürgerkriegsbedingungen heranwächst und nichts anderes kennen lernt als die Regelung von Einkommenserwerb und Sozialbeziehungen mit den Mitteln der Gewalt. Wo dies erfolgreich stattfinden soll, gehört die Entsendung von Militär in die fraglichen Gebiete zu den ersten Mitteln der Politik. Eine vorausschauende Sicherheitspolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass dazu geeignete Streitkräfte in hinreichendem Umfang zur Verfügung stehen.“²⁸

Es drängt sich der Verdacht auf, dass für diesen „stillschweigend“ und „ohne Bewusstsein“ vollzogenen Prozess im Nachhinein, gewollt oder nicht, die theoretische Begründung für eine militärische Interventionspolitik nachgeliefert wird, an deren Ende der Präventivkrieg gerechtfertigt wird. Es fällt schwer, darin nicht eine Militarisierung der Außenpolitik zu sehen.

Werden die geschilderten Kriege als „neue Kriege“ zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts erhöht, verengt das die Sicht auf die Ursachen und den Charakter der anderen Kriege, die nicht minder gefährlich und folgenreich sind. Es gibt sie ja noch, die Staatenkriege. Daran ändert sich auch nichts, wenn die USA die Staaten, die sie mit Krieg überziehen, als Schurkenstaaten bezeichnen. Auch der Konflikt zwischen Indien und Pakistan könnte zum Krieg eskalieren. Hier stünden sich sogar Atomkräfte gegenüber.

Münkler schreibt in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau, der sich mit dem Krieg der USA gegen den Irak befasst, „dass sich Staaten gegenüber anderen Staaten in einem reziproken Verhältnis befinden und es zum Wesen der Staat-

²⁸ Herfried Münkler, Die neuen Kriege und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik, a. a. O.

lichkeit gehört, diese Reziprozitätsbeziehung auch anzuerkennen, während dies bei Imperien gerade nicht der Fall ist. Die Idee des Staates und der staatlichen Souveränität ist mit der Vorstellung eines Pluriversums von Staaten verbunden, die sich wechselseitig als gleichartig und gleichberechtigt anerkennen, auch wenn sie sich über die Ziehung von Grenzen und die Zugehörigkeit von Gebieten streiten und deswegen sogar Kriege führen.

Dem Selbstverständnis von Imperien ist diese Reziprozitätsannahme fremd: Auch wenn mehrere Imperien nebeneinander bestehen und womöglich sogar friedlich koexistieren, anerkennen sie sich nicht als Gleiche, sondern begründen sich auf einander ausschließenden Ordnungsvorstellungen. Darin ist die sozipolitische Welt auf ein einziges Zentrum hin geordnet, und dieses Zentrum erkennt keine anderen gleichberechtigten Zentren an. Von daher tendieren Imperien zum Unilateralismus, während das Konzept der Multilateralität seiner Grundidee nach mit der pluriversen Staatenwelt verbunden ist.²⁹

Ist die Entwicklung eines enthemmten Imperiums für die Welt nicht viel gefährlicher, zumal wenn es sich die Argumentationsweise über die „neuen Kriege“ zu eigen macht, den Terrorismus in sie mit einbezieht und die Deutungsmacht über Gut und Böse für sich beansprucht?

Dann wird der Präventivkrieg als Mittel der Politik möglicherweise für lange Zeit festgeschrieben. Wenn man dabei noch das Völkerrecht und alle Einhegungen, die der Krieg in den letzten Jahrhunderten erfahren hat, entsorgt und die UNO und den Weltsicherheitsrat weiter aushöhlt, so wäre das wirklich ein einschneidender historischer Rückschritt.

Es wäre die Bankrotterklärung der Politik, wenn sie den Krieg zum ersten Mittel der Politik werden ließe.

²⁹ Herfried Münkler, Im Kampf gegen die Unordnung. In: Frankfurter Rundschau online, 28.08.2003.

Max Schmidt

Europäisierung der Friedenssicherung – Macht die OSZE noch Sinn?

Für meinen Freund, Prof. Dr. Rolf Lehmann, zu seinem 70. Geburtstag, der wie auch ich mit dazu beigetragen hat, dass sich Theorie und teilweise auch Praxis Gemeinsamer Sicherheit in einem, wie das Motto dieses Bandes sagt, schwierigen Lernprozess herausgebildet haben.

Im Zusammenhang mit der Debatte um eine alternative linke Politik für ein Europa der kollektiven Sicherheit¹ anstelle einer weiteren Militarisierung der EU und der Anpassung an die USA-Strategie des „Kampfes gegen den Terrorismus“ ist ein in gewissem Maße neuer Begriff in die Debatte gekommen: „Emanzipation von den USA“.² Dieser Begriff will m. E. auf den Punkt bringen, dass sich die EU aus der Rolle eines Juniorpartners oder Erfüllungsgehilfen der USA befreien soll. Er ist aber zu undifferenziert und wohl auch geeignet, ihm und seinen Vertretern antiamerikanische Tendenzen zu unterstellen.

Worum es in allererster Linie geht, ist doch eine zivile friedliche europäische Alternative zur globalen Vorherrschafts- und Kriegspolitik vor allem der gegenwärtigen USA-Administration. Und dazu besteht alle Notwendigkeit, wenn man an den Aufstand des Gewissens für den Frieden und gegen den Krieg in der gesamten Welt denkt, wie er im vergangenen Jahr vor dem Irak-Krieg der USA und einiger Verbündeter zu erleben war. Neben den Protest und Widerstand der internationalen Öffentlichkeit traten die Ablehnung und der Widerspruch zahlreicher Regierungen gegenüber dem US-Kurs und ihr Eintreten für das Ausloten und Praktizieren aller politischen und diplomatischen Möglichkeiten zur Lösung der Irak-Krise unter der Regie der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates.

Es geht aber auch generell um die Anerkennung der Tatsache und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus, dass die Interessen und Auffassungen zwischen den USA und Europa (und damit auch Deutschland) darüber, wie die Weltordnung beschaffen sein soll, sehr unterschiedlich und in vielen Fällen auch gegensätzlich sind. Und dies bei aller Betonung gemeinsamer Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft und Freiheitsrechte.³ Auf die gemeinsamen und unterschiedlichen Interessen zwischen Deutschland (und Europa) und den USA mit ihrer auf globale Vorherrschaft gerichteten Außenpolitik, die „sich in ihrem militärischen Gewicht sonnt“ hat schon Egon Bahr in seiner Streitschrift zu Macht,

¹ Berliner Aufruf zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken, Neues Deutschland, 12.01.04.

² Siehe u. a. Europa-Wahlprogramm der PDS, Abschnitt „Internationale Probleme friedlich, kooperativ und gerecht lösen; auch Neues Deutschland vom 17.12.03, 02.01.04 und 09.01.04.

³ Prof. Dr. Harald Müller, Chef des UN-Abrüstungsrates, ND-Interview 16.02.04.

Sicherheit und Außenpolitik hingewiesen. Er schreibt: „Aus nationalem Interesse begründet sich das oberste Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: Eine stabile gesamteuropäische Friedensordnung. Die erkennbaren Interessen unserer Nachbarn sind nicht anders. Insofern ist deutsches und europäisches Interesse identisch. Deutschland kann und sollte seine Politik in den Dienst des europäischen Friedens stellen, berechenbar, zuverlässig, für keinen bedrohlich.“⁴

Ausgehend davon plädiere ich für die Europäisierung alternativer linker Politikangebote in folgender Richtung:

- Es gibt unterschiedliche und teilweise divergierende Interessen Europas und der USA aus ihrer globalen Stellung und Politik heraus, die gegenwärtig besonders in der Ausprägung der Politik der gegenwärtigen Administration zum Ausdruck kommen.
- Zur Durchsetzung europäischer Interessen an Frieden und Sicherheit ist eine gewisse Emanzipation von der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und ihren Strategien der sogenannten präventiven Selbstverteidigung mit dem Recht auf den präemptiven, vorwegnehmenden militärischen Schlag (Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten - NSS 2002)⁵ notwendig.
- Es geht dabei überhaupt nicht darum, die transatlantischen Beziehungen Europa zu USA/Kanada aufzukündigen oder zu gefährden; diese sind und bleiben ein wichtiges Element internationaler Stabilität. Es geht darum, dass die transatlantische Partnerschaft im Interesse von Weltpolitik und Weltwirtschaft ein stärker gleichberechtigtes Herangehen erfordert. Ein Herangehen, das aus den militärischen Fesseln heraustritt, weder einseitige US-Dominanz noch europäisches Abkoppeln beinhaltet und offen für andere Regionen der Welt ist.
- Diese Emanzipation soll und darf nicht im Aufbau einer konkurrierenden Militärmacht mit weltweit einsatzfähigen Interventionstreitkräften bestehen, wie sie gegenwärtig von einigen europäischen Staaten, darunter der Bundesrepublik, vorangetrieben wird. Dies kann weder einer gesamteuropäischen Friedensordnung noch der weltweiten Friedenssicherung dienen.
- Europa muss sich auf die Potenzen und die Zugkraft des zivilen Charakters der europäischen Integration besinnen und in diesem Sinne seine enormen wirtschaftlichen Möglichkeiten, seine finanziellen und technischen Potenzen, seine humanitäre und soziale Hilfe und seinen politischen Einfluss nutzen.
- Die Durchsetzung europäischer Friedens- und Sicherheitsinteressen ist nicht ohne eine eigenständige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unter

⁴ Egon Bahr, Deutsche Interessen, Karl Blessing Verlag München, 1998.

⁵ Textauszüge in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/02, S.1505 ff.

Hintanstellung überzogener nationaler Ansprüche möglich. Ihre zivile Ausgestaltung ist ein wesentlicher Teil alternativer linker Politikangebote.

- Zur Wahrnehmung gesamteuropäischer Friedens- und Sicherheitsinteressen ist die Kooperation und Arbeitsteilung aller europäischen Sicherheitsorganisationen notwendig wofür die OSZE als Rahmenorganisation wirken könnte.

Zusammenfassend: Es geht um die Ausprägung Europas als Zivilmacht.

Betrachtet man nun unter diesen Gesichtspunkten die vom Europäischen Rat der EU am 12. Dezember 2003 in Brüssel beschlossene sogenannte europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, so ist mehr als Skepsis über die weitere Entwicklung angebracht. Diese „Sicherheitsstrategie“ ist sehr ambivalent und widersprüchlich, und sie widerspiegelt die oben beschriebenen Interessenunterschiede zwischen Europa (unterschiedlich gewichtet bei einzelnen Mitgliedsstaaten der EU) und den USA. Trotz der Betonung einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist deutlich die Anpassung an die aggressive USA-Politik des „Krieges gegen den Terrorismus“ zu erkennen. Sie orientiert vorrangig auf den Einsatz und den Ausbau militärischer Potenzen der EU und fordert die Erhöhung der Ausgaben für die Auf- und Umrüstung moderner Streitkräfte. So wird das Militärische in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik normalisiert. Andererseits ist m. E. trotzdem von erheblicher Bedeutung, wenn das Strategiepapier im Unterschied zur unilateralen Politik der USA auf die multilaterale Zusammenarbeit orientiert, sich auf das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen ausrichtet, für ein komplexes Herangehen an die Krisen- und Konfliktbearbeitung einschl. friedlicher Beilegung von Streitigkeiten plädiert und den Präventivgedanken betont. Hier wird ein weitaus moderateres Verständnis von Weltpolitik sichtbar als in der gültigen USA-Doktrin, aus dem sich Möglichkeiten für ein mehr politisches, diplomatisches und damit zivileres Herangehen an Konfliktbearbeitung ergeben können. Prüfstein wird hier die konkrete Realität der weiteren internationalen Entwicklung sein. Das bezieht sich auch auf die Aussage, dass für die EU Stärke und Wirkungskraft der OSZE von besonderer Bedeutung sind. Allein darauf möchte ich im weiteren eingehen.

Es ist heute politisch wie wissenschaftlich unbestritten, dass die OSZE eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen darstellt. Die Ausfüllung dieser Rolle ist jedoch recht zwiespältig zu beurteilen. Da sind einerseits positiv zu bewertende Entwicklungstendenzen in der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und auch recht hoch einzuschätzende Leistungen bei der friedlichen Konfliktbewältigung in ihrem territorialen Geltungsbereich, die als Erfolgsstory gekennzeichnet werden.⁶ Andererseits ist die OSZE in vielen Fragen an den Rand gedrängt, sind Mängel und Defizite sowohl im Verhältnis der

⁶ Ausführlich bei W. Zellner, Die OSZE zwischen organisatorischer Überforderung und politischem Substanzverlust, in: Friedensgutachten 2000, LIT-Verlag, S. 99 ff.

OSZE zu den Vereinten Nationen, vor allem aber in der politischen Stellung der OSZE nicht zu übersehen. Es ist von „politischem Substanzverlust“⁷, von „Identitätskrise“⁸ und „unsicherer Zukunft“⁹ die Rede.

Es ergibt sich nun die Frage, wie und auf welche Weise eine bessere, wirksamere und effektivere Rolle der OSZE als regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen zu erreichen ist. Nicht als Selbstzweck, sondern im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch Prävention und friedliche Streitbeilegung, wie es ihre Berufung ist. M. E. geht es darum, ihre Vorzüge und Möglichkeiten stärker auszuprägen und ihre Defizite zu minimieren.

Auf Vorzüge und Stärken der OSZE, aber auch ihre Schwächen ist in vielen Dokumenten und Materialien in den letzten Jahren hingewiesen worden.¹⁰

Ihre Vorzüge werden hier lediglich in knapper Form und von mir ergänzt zusammengefasst, als Ausgangspunkte für anzustrebende Verbesserungen:

- Sie ist die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation; Regelungen können ohne Trennlinien und Ausgrenzungen erreicht werden. Indem sie allen Teilnehmern gleiche Rechte einräumt und gleiche Pflichten auferlegt, vermeidet sie neue sicherheitspolitische Grenzen und Gräben in Europa.
- Sie ist trotz ihrer begrenzten materiellen und finanziellen Mittel an Effizienz im Verhältnis von Aufwand und Ertrag den anderen in Europa tätigen Sicherheitsorganisationen schon heute überlegen. Die OSZE ist heute in 20 Teilnehmerstaaten vor Ort mit flächendeckender Präsenz aktiv, darunter in der Balkan-Region, im Kaukasus und in Zentralasien. Inzwischen sind nach Mitteilung des OSZE-Generalsekretärs etwa 3500 internationale Beobachter im Einsatz.
- Sie besitzt einen Prinzipienkatalog für politische und militärische Sicherheit, demokratische Rechte und wirtschaftliche Entwicklung, der nicht nur der Charta der Vereinten Nationen entspricht, sondern in diesen Bereichen politische Verpflichtungen enthält, die weit über die Normen der Charta hinausgehen.
- Sie ist auf zivile Sicherheitsbildung und Konfliktbewältigung angelegt und hat dazu ein zwar noch nicht ausreichendes, aber ansprechendes Potential an Verfahrensweisen, Instrumenten und Methoden. Sie kann präventiv tätig werden.

⁷ W. Zellner, ebenda.

⁸ A. Matwejew, Die Identitätskrise der OSZE, in: OSZE-Jahrbuch 1999, S.67 ff.

⁹ W. Heydrich / B. v. Plate, Der OSZE-Gipfel von Istanbul, SWP-aktuell, Nr. 48, Dezember 1999.

¹⁰ Zu verweisen ist insbesondere auf die OSZE-Jahrbücher, die seit 1995 jährlich erscheinen, herausgegeben vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bei der Universität Hamburg (IFSH), erschienen in der Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden.

- Mit ihrer Orientierung auf die Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten zielt sie auf Tiefenwirkung, die an den Entstehungsbedingungen von Gewalt ansetzt, statt nur ausgebrochene Gewalt zu bekämpfen.¹¹
- Sie verfügt über Erfahrungen bei ziviler Konfliktbewältigung in Gestalt ihrer Langzeit-Missionen und sonstigen Einrichtungen, wie dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dem Konfliktpräventionszentrum, dem Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten, dem Medienbeauftragten in zahlreichen Mitgliedsländern, besonders Ost- und Südosteuropas und Nachfolgestaaten der Sowjetunion.
- Im Bereich der Organisierung kooperativer Sicherheit kann die OSZE weitaus bessere Leistungen aufweisen als andere Organisationen (KSE-Verträge über konventionelle Abrüstung und Verringerung der Personalstärken konventioneller Streitkräfte, Dokumente über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen – VSBM, „Open-sky“-Vertrag). Sie verfügt in Gestalt des Forums für Sicherheitskooperation über einen Unterhändler für Abrüstungsfragen und damit über die einzige Agentur ihrer Art in Europa.
- Ihr liegt das Konsensprinzip zugrunde, das die Auslotung aller Möglichkeiten erfordert und geradezu erzwingt, das Kompromisse ermöglicht und Einseitigkeiten bei Entscheidungen zumindest minimiert.
- Ihre konkrete Tätigkeit ist besser als ihr Ruf, der zum größten Teil auf bewusstes Herunterspielen und Ausgrenzen zurückgeht, aber auch auf Defizite ihrer Kompetenzen, ihrer Struktur und Tätigkeit.

Auch ihre Defizite und Schwächen werden hier nur thesenartig aufgeführt:

- Ihre Wirksamkeit in Sicherheitsfragen, im engeren Sinne, ist begrenzt; sie verfügt über keine kompetenten Institutionen und Regeln, mit denen Gefährdungen der Sicherheit in ihrem Geltungsbereich analysiert, beurteilt und Entscheidungen getroffen werden können. Es gibt keinen wie auch immer gearteten OSZE-Sicherheitsrat, die Befugnisse der Troika¹² sind ebenso begrenzt wie diejenigen des Generalsekretärs der OSZE und des jeweiligen Vorsitzenden.
- Der Beurteilungs- und Entscheidungsmechanismus der OSZE ist noch zu unbeweglich und langwierig, es fehlt an Kompetenzen und Strukturen, um schnell und wirksam auf Krisen und Konflikte zu reagieren.

¹¹ Vergl. W. Zellner, Die OSZE zwischen organisatorischer Überforderung und politischem Substanzverlust, in: Friedensgutachten 2000, LIT-Verlag Münster-Hamburg-London, 2000.

¹² Amtierender Vorsitzender, Vorgänger und Nachfolger im Vorsitz.

- Die Aufgaben sind nicht umfassend genug angelegt, um den Herausforderungen an die komplexe Gewährleistung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu entsprechen.
- Die fehlende Völkerrechtssubjektivität ist einerseits ein gewisser Vorteil, und auch die nur politische Verbindlichkeit ihrer Beschlüsse ist nicht gering zu bewerten; dennoch erweist sich die fehlende Verrechtlichung als ein Hindernis.
- Die finanziellen und materiellen Möglichkeiten sind im Gegensatz zu anderen Sicherheitsorganisationen, insbesondere jenen der NATO, mehr als bescheiden und nicht ausreichend.
- Ihre Möglichkeiten auf dem Gebiet der zivilen Konfliktbewältigung sind mit nicht allzu großer Durchschlagskraft versehen (z. B. Konfliktprävention-Center, Schiedsgericht, Hochkommissar für Nationale Minderheiten, Büro für Demokratie und Wahlen, u. a.).
- Sie verfügt über keinen Mechanismus zur wirksamen Verhängung von Sanktionen – mit Ausnahme der Suspendierung der Mitgliedschaft – und vor allem nicht zu ihrer Durchsetzung bei Nichtbefolgung, was die gezielte Anwendung auch von Zwangsmitteln unterhalb der militärischen Ebene erfordern würde.
- Die Rolle der OSZE bei friedenserhaltenden Maßnahmen ist nur vage festgehalten.
- Die wirtschaftliche und ökologische Dimension der OSZE sind unterentwickelt.
- Das grundlegende Defizit besteht jedoch darin, dass die OSZE von den westlichen Hauptmächten als ein entscheidendes Gremium der Sicherheit in Europa politisch nicht gewollt wird. Bekenntnisse zu ihr sind meistens verbaler Natur, und sie wird häufig politisch übergangen. Vor allem die USA befürchten, dass sie in einer gestärkten OSZE angesichts der Mitgliedschaft Russlands und der Vielzahl kleinerer gleichberechtigter Mitgliedsstaaten nicht in der gleichen Weise schalten und walten könnten, wie sie es in der NATO tun.
- In jüngster Zeit ist auch ein Nachlassen der Interessen Russlands an der OSZE zu bemerken. Einerseits fürchtet Russland die Kritik der OSZE an seinem Vorgehen in Tschetschenien, seinen Truppenstationierungen in Georgien und Moldava, was eindeutig gegen grundlegende Beschlüsse der OSZE verstößt¹³, und verweigert in diesen Fragen teilweise auch die Zusammenarbeit mit der OSZE und das Befolgen von Beschlüssen. Andererseits verlagerte es seine Aufmerksamkeit mehr auf den Europa-Rat, die EU und die bilateralen Beziehungen zu den USA.¹⁴

¹³ Siehe H. Voß, Tschetschenien – innere Angelegenheit?, Neues Deutschland, vom 18. Oktober 1999.

¹⁴ Siehe auch Gespräch mit W. Wimmer, Friedensstifter in Handschellen, „Freitag“, 28. Januar 2000.

Dies alles kann jedoch nichts daran ändern: „Das Interesse Europas spricht für die Stärkung der OSZE.“¹⁵

Als wichtigste Aufgabe erweist sich aus meiner Sicht der Ausbau der Möglichkeiten zur präventiven Konfliktbewältigung und zur friedlichen Streitbeilegung.

Idealvorstellungen über die Rolle der KSZE/OSZE, wie sie nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes Platz gegriffen hatten, haben sich nicht erfüllt.¹⁶ „In der KSZE sahen viele die künftige, allen anderen Organisationen und Bündnissen übergeordnete Dachorganisation, die ihren Mitgliedern Sicherheit garantieren und das Bild Europas entscheidend bestimmen würde.“¹⁷ Verständliche Enttäuschung darüber, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllte und statt dessen der Krieg nach Europa zurückkehrte und die OSZE an die Seite gedrängt wurde, ist aber leider in vielen Fällen auch mit einer Geringschätzung dessen verbunden, was die OSZE heute sachlich, nüchtern und mit viel Engagement ihrer Mitarbeiter leistet.¹⁸ Ich möchte deshalb aus meiner Sicht klarstellend sagen:

Vorbeugende Diplomatie, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Wiederaufbau sind keine Nischen, wie von manchen krittelnd behauptet wird.

Sie sind ebenso wenig Nebensächlichkeiten wie die Förderung der Menschenrechte und Anstrengungen zur Demokratisierung in Krisen- und Konfliktgebieten.

„Sie stellen vielmehr große und wichtige Aufgaben dar und sind Teil der Gestaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa.“¹⁹ Dieser Einschätzung kann ich mich in vollem Umfang anschließen. Man kann es bedauern, dass die OSZE nicht die Dachorganisation in Europa darstellt und für alle Sicherheitsfragen die alleinige Verantwortung trägt. Man kann aber auch an diesen Aufgaben anknüpfen und dazu beitragen, Schritt für Schritt die Rolle der OSZE zu stärken und auszubauen, und so ihre Unverzichtbarkeit untermauern.

Ich vertrete deshalb auch die Meinung, dass eine Geringschätzung der Ergebnisse des Gipfeltreffens der OSZE in Istanbul im November 1999, von dem die „Charta für Europäische Sicherheit“²⁰ angenommen wurde, nicht angebracht ist. Zeller wertet die Ergebnisse als rein organisatorische Aufgaben, die als politischer Erfolg verkauft werden mussten.²¹ Gewiss erfüllt diese Charta nicht alle Wünsche und Forderungen, die an sie gerichtet waren. Und sie ist auch nicht das Dokument, das

¹⁵ Egon Bahr, a. a. O., S. 119.

¹⁶ Auf Ursachen kann hier nicht ausführlich eingegangen werden.

¹⁷ U. Schlichting im Vorwort des OSZE-Jahrbuchs 2000, a. a. O.

¹⁸ Beispielhaft sei auf Ausführungen im Beitrag von W. Zellner im Friedensgutachten 2000, S. 99 ff. verwiesen.

¹⁹ U. Schlichting a. a. O.

²⁰ Text in: OSZE-Jahrbuch 2000, S. 455 ff.

²¹ W. Zeller a. a. O. S. 101.

nun etwa abschließend die europäische Sicherheitsarchitektur für das 21. Jahrhundert definiert. Doch sie ist ein Baustein für diese Architektur, indem sie Regeln für das sicherheitspolitische Zusammenleben und für die sicherheitspolitische Ordnung in Europa formuliert und in einigen Fragen auch Möglichkeiten für operatives Tätigwerden im sicherheitsbildenden Raum eröffnet. Die Charta bestätigt, dass die OSZE für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit unverzichtbar ist und bleibt.

Solche Schritte, wie die Schaffung einer schnell einsetzbaren Reaktionsgruppe aus zivilen und Polizei-Experten (Rapid Expert Assistance and Cooperation Team, REACT) in Konfliktsituationen und eines Zentrums zur Planung und Durchführung von OSZE-Missionen, sind echte Weiterentwicklungen zum Ausbau der OSZE als Organ ziviler Sicherheitsbildung. Auch wenn die Realisierung nur schleppend voran kam, konnte der Generalsekretär der OSZE auf dem Jahrestreffen der Außenminister Anfang Dezember 2001 in Bukarest darüber berichten, dass das System von REACT nunmehr einsatzfähig ist, nachdem die Mitgliedsländer ihre Experten ausgewählt und nach einheitlichen Kriterien ausgebildet haben. Und die Einsatzzentrale im OSZE-Sekretariat der OSZE in Wien für die Vorbereitung, Planung und Entsendung von Feldoperationen ist von immenser Bedeutung, da die OSZE-Missionen in zahlreichen Ländern bei der Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Verhältnissen (Organisierung von Wahlen, Aufbau administrativer Organe) eine wichtige Arbeit leisten und eine Hauptform der Tätigkeit der OSZE darstellen. Verabschiedet wurde auf der genannten Ministertagung in Umsetzung der in Istanbul angenommenen „Charta für Europäische Sicherheit“ auch ein Dokument für ein strengeres Management der Führungsorgane der OSZE bei der Organisierung des politischen Dialogs.²² Das verleiht zugleich auch Optimismus für den weiteren schrittweise und ohne idealistische Illusionen zu gehenden Weg der Stärkung der OSZE.

Wie keine andere Organisation ist die OSZE prädestiniert und darauf ausgerichtet, sich um die Verhütung und Bewältigung innerstaatlichen Konfliktpotentials zu kümmern. Dies ist ihr in einem Maße möglich, wie es in der globalen Organisation Vereinte Nationen bis heute nicht denkbar ist. Innerstaatliche Konflikte können in der OSZE zum Thema gemacht und friedliche Mittel zu ihrer Bewältigung eingesetzt werden, wenn Mitgliedsländer gegen Prinzipien und Verpflichtungen verstoßen, die sie selbst akzeptiert und unterschrieben haben. Heute gelten diese für 55 Mitgliedsstaaten. Es ist vor allem auf die Mandate aus der Pariser Charta von 1990²³, auf die Kopenhagener und Moskauer Dokumente und die Mechanismen über die menschliche Dimension der OSZE²⁴ zu verweisen. Die Normen der OSZE zum Minderheitenschutz zum Beispiel gehen über diejenigen der Verein-

²² Neues Deutschland, 7. Dezember 2001.

²³ Text der Charta von Paris in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137, 24. November 1990.

²⁴ Texte in: 20 Jahre KSZE, Auswärtiges Amt (Hg), Bonn 1993.

ten Nationen hinaus und schließen die Kompetenz ein, sich mit innerstaatlichen Konflikten zu befassen. Die OSZE besitzt entsprechende institutionelle und innovative Einrichtungen, wie den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und den OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien. Am deutlichsten wird dieses Mandat und seine Umsetzung wohl in den zahlreichen und in ihrer Mehrheit erfolgreichen OSZE-Missionen in verschiedenen Ländern. Ende 1999 waren es insgesamt 25 Langzeitmissionen und andere Arten von Feldaktivitäten (ohne die Operationen des Hohen Kommissars, des Büros für demokratische Institutionen und der anderen operativen Einrichtungen).²⁵ In dieser Tätigkeit geht es darum zu verhindern, dass Streitfälle zwischen Konfliktparteien entstehen, dass sich Streitfälle zu Konflikten entwickeln, Konflikte zu bewältigen, wenn sie aufgetreten sind, und ihre Ausbreitung zu verhindern sowie die Nachsorge nach Konflikten zu organisieren.

Um diesen Weg erfolgreich weiterzugehen wäre es angebracht, einige Vorschläge weiter zu verfolgen oder neu vorzubringen:²⁶

- Die Bewältigung innerstaatlicher Konflikte mit zivilen Mitteln ist als ein entscheidendes Feld der Tätigkeit der OSZE ausdrücklich zu bestätigen.
- Die Befugnisse der operativen Lenkungsorgane, insbesondere des amtierenden Vorsitzenden, der Troika und des Generalsekretärs sind zum Zwecke der schnelleren und präziseren Krisenbeobachtung, der Reaktionsmöglichkeiten und zum Einsatz präventiver Mittel handlungsfähiger zu gestalten.
- Die Mandate der genannten Einrichtungen für die Prävention und operative Konfliktbewältigung (Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten, Büro für demokratische Institutionen, Beauftragter für die Medienfreiheit) sind zu erweitern und die Kapazitäten für ihre Arbeit aufzustocken.
- Das Konfliktverhütungszentrum ist in Fortsetzung der nach dem Istanbulen Gipfel gebildeten Einsatzzentrale mit erweiterten Aufgaben, Kompetenzen und materiellen Mitteln sowie qualifiziertem Personal auszustatten, um die organisatorische und logistische Unterstützung der OSZE-Missionen weiter zu verbessern und die jetzt noch festzustellende Diskrepanz zwischen breitem Mandat und begrenzten Möglichkeiten zu beseitigen.
- Fonds für positive materielle, finanzielle und humanitäre Anreize zur Krisenvermeidung, Konfliktbeendigung und die Regelung von Folgeproblemen sind zu bilden und auch mit Unterstützung der EU in den Haushalt der OSZE aufzunehmen. Es sei in diesem Zusammenhang auf ein interessantes Phänomen für

²⁵ Aktuelle Übersicht im Jahresbericht 1999 des Generalsekretärs der OSZE, Wien 1999.

²⁶ Die Anregungen stützen sich auch auf Vorschläge des Autors in früheren Arbeiten und wurden aufgrund aktueller Entwicklungen ergänzt.

die Wirksamkeit von Anreizen aufmerksam gemacht. Es hat sich gezeigt, dass die Aussicht, in die EU aufgenommen zu werden, für potentielle Beitrittsländer als außerordentlich starke Triebkraft wirkte, um Ursachen für aktuelle oder schwelende Konflikte durch politische Reformen aus der Welt zu schaffen. So wurden in Ungarn befriedigende Minderheitenregelungen eingeführt. Auch in Estland und Lettland hat die Aussicht auf den EU-Beitritt die Arbeit des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten zur Status-Regelung für die russischen Bevölkerungsteile sehr erleichtert.²⁷

- Wirtschaftliche Aspekte der Entwicklung in Krisenregionen sollten in die OSZE-Langzeitmissionen integriert und dafür die materiellen Voraussetzungen in Zusammenarbeit mit der EU geschaffen werden. In Verbindung mit diesen beiden Forderungen ergäbe sich ein wichtiges Feld der Tätigkeit des nach 1996 geschaffenen Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE.
- Zu stärken sind die zivilgesellschaftlichen Grundlagen der OSZE, insbesondere durch die Erweiterung der Möglichkeiten und Formen der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung auf gesellschaftlicher Ebene im Rahmen der OSZE. Schritte wären die Erweiterung der Mitwirkungsrechte von Nichtregierungsorganisationen, die schon heute eine bedeutende Rolle z. B. beim Schutz der Menschenrechte spielen, die Bildung eines Konfliktpräventionsforums gesellschaftlicher Organisationen u. a. Maßnahmen.

Ein besonderes Problem stellt die Rolle der OSZE bei friedenserhaltenden Maßnahmen dar. Dem Grunde nach ist sie unstrittig. Diese Aufgabenstellung ist prinzipiell im dritten Kapitel des Helsinki-Dokumentes von 1992 fixiert worden. Friedenserhaltung wird zu einem wichtigen operativen Element der Gesamtfähigkeit der KSZE (nunmehr OSZE) deklariert, aber strikt im Rahmen von Kapitel VIII (regionale Abmachungen) und Kapitel VI (friedliche Streitbeilegung) der UN-Charta. Sie wurde auf der Ratstagung in Rom 1993 wiederholt. Und sie wird noch einmal besonders hervorgehoben in den Leitlinien für ein OSZE-Charta-Dokument über europäische Sicherheit, die auf der Ratstagung in Kopenhagen angenommen wurden: Die Teilnehmerstaaten, heißt es da, werden „mit Nachdruck prüfen, welche Rolle der OSZE in Zusammenhang mit friedenserhaltenden Einsätzen angemessen ist“.²⁸

²⁷ Ausführlich weist darauf R. Schmidt in seinem Beitrag über innerstaatliche Konflikte und ihre Verhütung und friedliche Regelung durch OSZE und EU hin; in: OSZE-Jahrbuch 2000 a.a.O. S. 123 ff.

²⁸ Kopenhagener Schlussdokument vom 18./19. Dezember 1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 3, vom 09.01.1998.

Schließlich hält die „Charta für Europäische Sicherheit“ im Abschnitt Friedenserhaltung fest: „Wir haben beschlossen, Möglichkeiten einer potenziell größeren und umfassenderen Rolle für die OSZE bei der Friedenserhaltung zu prüfen.“

In diesen wiederholten Erklärungen, die Rolle der OSZE bei friedenserhaltenden Maßnahmen zu prüfen (nunmehr also bereits weit mehr als 10 Jahre lang!), werden zugleich strittige Auffassungen und Probleme deutlich.

Das ist zum einen der Unwillen der USA und einiger anderer Hauptmächte, darunter der Bundesrepublik, der OSZE über ihre Beiträge zur regionalen Sicherheit durch Feldoperationen, Konfliktvorbeugungsmaßnahmen, Nachsorge (Demokratisierung, Überwachungsaufgaben, Wahlbeobachtung) hinaus größeren Einfluss, auch durch höhere Kompetenz, Führungs- und Koordinierungsaufgaben und mehr Mittel, auf die Sicherheitsbildung in ihrem Geltungsbereich einzuräumen. Dies wird zugleich mit heuchlerischer Kritik an den mangelnden Fähigkeiten und der Schwäche der OSZE verbunden.

Die besondere Kompetenz der OSZE zur Bewältigung innerstaatlicher Konflikte macht ein zweites Problem sichtbar. Trotz der positiven Ergebnisse friedlicher Krisen- und Konfliktbewältigung, auf die eingegangen wurde, gibt es bestimmte innere Konflikte, bei denen die Voraussetzungen fehlen, ohne Zwangsmittel schlichtend einzugreifen, weil es keine klaren Konfliktlinien und nur in Ausnahmefällen so etwas wie einen Waffenstillstand gibt. Ohne ausreichende Sanktionsmittel für die Durchführung beschlossener Maßnahmen, zumindest durch polizeiliche Mittel und die Fähigkeit zur Selbstverteidigung für Friedensmissionen, sind diese entweder von vornherein oder im Verlauf zum Scheitern verurteilt. Verfügt die OSZE nicht über diese Fähigkeiten, so kann sie in diesen Fällen ihre Aufgabe nicht erfüllen oder bleibt ausgeschlossen.

Beide Situationen sind mit einem dritten Problem verbunden. Anstelle der „schwachen und versagenden“ OSZE schwingt sich die NATO als nahezu alleinige Instanz zur zwangsweisen Friedenserhaltung auf und setzt sich dabei, wie besonders im Kosovo deutlich geworden, mit Selbstmandatierung auch über die Vereinten Nationen hinweg. Das führt dann zu menschen- und kostenverschlingenden militärischen Interventionen, obwohl friedliche Beilegung oder zumindest solche mit einem Mindestmaß an Zwangsmaßnahmen bessere und wirkungsvollere Lösungen erbracht hätten.

Diese Situation hat dazu geführt, dass – wenn auch aus unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Motiven – Vorschläge für Änderungen der Lage unterbreitet worden sind.

Da ist zum ersten die mit der Erklärung der KSZE/OSZE zur regionalen Abmachung der UNO von 1992 verbundene ursprüngliche Intention, die europäische Sicher-

heitsorganisation mit einer Art Sicherheitsrat, einem Lenkungsorgan analog zum Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sowie mit Blauhelmen auszustatten – Blauhelme nach den Regeln, wie sie sich bei Missionen der Vereinten Nationen herausgebildet hatten (Einverständnis der beteiligten Konfliktparteien, Sicherheit der Missionsmitglieder, Waffenstillstandsvereinbarung, neutrale Rolle, ohne Zwangsanwendung). Dieser vom deutschen Außenminister Genscher favorisierte Vorschlag ging den NATO-Vormächten aus den oben genannten Gründen zu weit und wurde abgelehnt. Es wurde lediglich die Möglichkeit eröffnet, bei friedenserhaltenden Maßnahmen in Rahmen von Kapitel VIII und VI (siehe oben) auf die logistische Hilfe der NATO oder WEU zurückzugreifen. Diese Regelung blieb aber auf dem Papier.

Ein zweiter Vorstoß war die 1994 gestartete sogenannte deutsch-niederländische Initiative. Sie ging von der Prämisse aus, dass begrenzte Streitigkeiten zunächst von der OSZE behandelt werden. Erst wenn deren Bemühungen erfolglos bleiben oder Zwangsmaßnahmen erforderlich werden, soll die OSZE den Sicherheitsrat anrufen können, so wie nach Kapitel VIII der UN-Charta vorgesehen. Doch dies sollte dann auch ohne die Zustimmung der betroffenen Staaten geschehen. Das bedeutete ein Abgehen vom Konsensprinzip der OSZE und zielte darauf hin, der OSZE das gesamte Spektrum möglicher Maßnahmen zur Krisenbewältigung von der Frühwarnung bis zu Zwangsmaßnahmen zu erschließen, die sie dann unter Rückgriff auf NATO, WEU oder GUS durchführen sollte. Auch diese Initiative blieb auf der Budapester Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OSZE 1994 stecken, und es wurde lediglich festgehalten, dass „die Teilnehmerstaaten in Ausnahmefällen gemeinsam beschließen können, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Namen der KSZE mit einem Streitfall zu befassen“, und „alle erdenklichen Bemühungen unternehmen, um örtlich begrenzte Streitigkeiten einer friedlichen Regelung zuzuführen, bevor sie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit diesen befassen“.²⁹

Konkreter wurde die OSZE mit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit ihren Bemühungen um eine dauerhafte Regelung des Konfliktes um Berg-Karabach (Nagorny Karabach) konfrontiert. Diese Bemühungen, mit denen die sogenannte Minsker Gruppe der OSZE befasst ist, dauern seit 1992 an. Nachdem es der Gruppe gelungen war, im Mai 1994 einen Waffenstillstand zwischen Aserbaidschan und Armenien, den beiden Beteiligten des Konfliktes um die südkaukasische Bergregion, zu vermitteln, stellte sich die Frage einer OSZE-Friedensmission in Gestalt einer multilateralen Friedenstruppe, also von Blauhelmen. Schon damals war klar geworden, dass die Grenzlinie zwischen Maßnahmen nach Kapitel VI der Charta, also friedliche Beilegung der Streitigkeiten, und Kapitel VII, also Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, angesichts der sichtbar gewordenen Gewalt in und

²⁹ Budapester Dokument 1994, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 120/1994.96

um Nagorny Karabach nicht mehr eindeutig zu ziehen war. Die Planungsgruppe der OSZE ging deshalb davon aus, dass Gewaltanwendung über das Recht auf Selbstverteidigung hinaus zulässig sein muss, wenn bewaffnete Kräfte die OSZE gewaltsam daran hindern, ihren Auftrag auszuführen, oder es darum geht, angegriffene OSZE-Einheiten zu unterstützen. Folglich sollte eine friedenserhaltende Einheit aus einer Beobachtermission und einer Sicherheitstruppe bestehen.³⁰ Da eine Gewaltdimension zu erwarten war, sollte die multilaterale OSZE-Friedenstruppe „mit einer entsprechenden Resolution der Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“ abgesichert werden. Das bedeutete eine Resolution nach Kapitel VII der Charta. Damit aber wäre die OSZE in die Anwendung militärischer Gewalt einbezogen worden, womit sich die Büchse der Pandora öffnen könnte. Dies kam jedoch nicht zustande, weil sich eine politische Übereinkunft zwischen den Streitparteien Aserbaidshan und Armenien über den Status Nagorny Karabachs anbahnte.

Überlegungen, die offenen Fragen und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit friedenserhaltenden Maßnahmen der OSZE und dem Einsatz von Zwangsmitteln zu überwinden, sind auch seitens der politischen Wissenschaft entwickelt worden.³¹ Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist einerseits, der OSZE die Kompetenz zur Friedenserhaltung zu bewahren, zum zweiten die Auffassung, dass ohne den möglichen Einsatz von Zwangsmitteln (einschl. militärischer Gewalt über den Rahmen von Blauhelmeinsätzen hinaus) keine Friedenserhaltung mehr möglich ist (besonders auch bei gewaltsamen inneren Konflikten), und zum dritten, nichtlegitimierte Gewaltanwendung (so durch die NATO im Falle des Kosovo) zu verhindern.

Dies führt zu dem Vorschlag, „eine Gewaltzuständigkeit im Rahmen der OSZE“ zu verankern.³² Konkret würde dies bedeuten: Wenn die OSZE ihr Mandat ausfüllen will, friedenserhaltend tätig zu werden, dann sollten ihre Teilnehmerstaaten sich „dazu entschließen, den gegebenen Ermessensspielraum auszuschöpfen und in eigener Verantwortung andere Organisationen mit der ‚robusten‘, das heißt den Einsatz militärischer Mittel gegebenenfalls ausdrücklich einschließenden Unterstützung friedenserhaltender Maßnahmen zu beauftragen.“³³ „Robuste Maßnahmen mit einem OSZE-Mandat“ seien auf jeden Fall „(moralisch) legitimer als etwa die selbstverantwortete Gewaltanwendung eines Bündnisses“.³⁴

Aus dem Motiv heraus, den Entscheidungen eines von den Großmächten dominierten Sicherheitsrates und faktisch in die Interventionsstrategien von NATO und EU eingereihten Vereinten Nationen zu entgehen, wird in einem anderen

³⁰ Aus Helsinki-Monitor, Nr. 1, 1998.

³¹ So besonders durch eine Studie B. v. Plates, *Peacekeeping ohne VN-Mandat eine Zukunftsaufgabe für die OSZE?*; Arbeitspapiere der Stiftung Wissenschaft und Politik, 31. Mai 1999.

³² Ebenda.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

Vorschlag dafür plädiert, Entscheidungen über den Einsatz ziviler und militärischer Gewaltmittel auf die Sicherheitsräte regionaler Abmachungen für ihre Region zu übertragen.³⁵

Diese Vorschläge und die genannten Versuche, der OSZE, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, eine Gewaltzuständigkeit zu verschaffen, sind m. E. ein Irrweg und mit der Gefahr verbunden, sie als Organisation europäischer Sicherheitsbildung zumindest schrittweise zu militarisieren, auch wenn dies z. T. verneint wird.³⁶ Sie sollten sich an den Worten von Egon Bahr orientieren: „Die OSZE kann eine ganz wichtige Funktion erfüllen, wenn sie ohne militärische Mittel präventiert. Sie sollte ein Instrument der gesamteuropäischen Stabilität sein.“³⁷

Um sie in ihrer Wirksamkeit zu erhöhen, sind jedoch einige Vorschläge und Forderungen zur begrenzten Anwendung mit Zwang verbundener Maßnahmen von Relevanz, die innerhalb der Regelungen der Charta der Vereinten Nationen und der eigenen Grenzen liegen, die sich die OSZE selbst gezogen hat.

Das ist erstens die Festlegung von Sanktionsregeln unterhalb der Schwelle militärischer Maßnahmen und unter Ausschluss von Waffengewalt, um von OSZE-Organen getroffene Entscheidungen durchzusetzen (z. B. bei der Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte), sowie die Bildung einer entsprechenden OSZE-Institution für ihre mögliche Anwendung.

Das ist zweitens die Aufstellung eines für seine Aufgaben ausgebildeten internationalen Polizeikontingentes unter der Hoheit der OSZE für die Übernahme und die Überwachung von Polizeiaufgaben bei der Schaffung demokratischer Staats-, Polizei- und Verwaltungsstrukturen in Krisenregionen und auch als Organ zur Durchsetzung von Sanktionen unterhalb der Ebene militärischer Mittel.³⁸ Für diese Aufgabe hat die „Charta für Europäische Sicherheit“ in ihrem Punkt 44 (Aktivitäten im polizeilichen Bereich) grünes Licht gegeben.³⁹ Erste Ansätze für die Umsetzung dieser Aufgabe gibt es in Krisengebieten des Balkans, doch ist dies noch relativ weit entfernt von einem schnell und wirksam einzusetzenden OSZE-Polizeikontingente.

Das ist drittens die Aufwertung des OSZE-Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes u. a. durch freiwillige Selbstverpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Unterstellung unter seine Gerichtsbarkeit; zu erwägen ist auch die Erweiterung seiner Kompetenzen bis hin zum verpflichtenden Charakter seiner Entscheidungen. Auch hier hat die Europäische Sicherheitscharta neue Anstöße gegeben.

³⁵ E. Schmäling, Ergebnisbericht einer Studie.

³⁶ B. v. Plate, a. a. O., S. 6.

³⁷ E. Bahr, Krieg, Frieden und Chagall, Neues Deutschland, 30./31. Dezember 2000.

³⁸ Ähnliche Vorschläge z. B. auch: Lutz, Dieter, Die OSZE stärken – Der OSZE Stärken, in: OSZE-Jahrbuch 1998, S. 65 ff.

³⁹ Charta für Europäische Sicherheit, OSZE-Jahrbuch 2000, S. 470.

Viertens sollte der OSZE als regionaler Sicherheitsstruktur nach Kapitel VIII der VN-Charta das Recht zugestanden werden, ihre Beobachtermissionen und Feldoperationen vor Ort, wo dies aufgrund der Lage notwendig ist, zur Selbstverteidigung auszurüsten.

Schließlich, und nicht zuletzt, sollte die zuletzt noch einmal in der Europäischen Sicherheitscharta zugesagte Prüfung einer stärkeren Rolle der OSZE bei friedenserhaltenden Maßnahmen damit zu einem positiven Ende geführt werden, dass ihr die Möglichkeit eingeräumt wird, friedenserhaltende Missionen im Sinne von klassischen Blauhelmeinsätzen mit Ermächtigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durchzuführen. Mit Ermächtigung des Sicherheitsrates deshalb, weil klassische Blauhelm-Einsätze über die Regelungen des Kapitels VI der Charta (friedliche Streitbeilegung) etwas hinausgehen. In der politischen Praxis und der Literatur ist deshalb oft auch von Maßnahmen nach Kapitel VI 1/2 die Rede. Ob diese Blauhelme von den Mitgliedsstaaten nach den Erfordernissen von Fall zu Fall zur Verfügung gestellt werden, ob es eine Art „stand-by-Regelung“ gibt oder gar ein ständiges Kontingent bei der OSZE vorgehalten wird, wäre nach der Machbarkeit zu entscheiden. Für komplizierter halte ich die Beauftragung anderer Sicherheitseinrichtungen, etwa NATO, WEU oder GUS, durch die OSZE mit der Durchführung solcher Missionen. Dies führt m. E. erstens unweigerlich dazu, dass die OSZE die Hoheit aus der Hand gibt bzw. sie ihr aus der Hand genommen und sie an den Rand gedrängt wird, und dass zweitens bei diesen militärischen Bündnissen die Neutralität des Vorgehens nicht gewährleistet ist und die Gefahr militärischer Eskalation besteht. M. E. sollte hier eine ablehnende Haltung bezogen werden.

Eindeutig bekräftigt werden sollte, dass für die OSZE eine Gewaltzuständigkeit, insbesondere die Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln nicht in Frage kommt. Die Zuständigkeit dafür, wenn denn solche Mittel für erforderlich gehalten werden, muss beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bleiben.

Als kleiner Exkurs: Die Haltung vieler Verfechter einer nichtmilitärischen Konfliktbewältigung krankt m. E. daran, dass einerseits gefordert wird, die OSZE zur gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation zu machen, die auch an die Stelle der NATO treten kann; andererseits wird einer klaren Stellungnahme ausgewichen, was dies im einzelnen bedeutet. Sicherheit zu bewahren, vor allem auch durch innere Konfliktbewältigung, verlangt neben den verschiedenen Instrumenten der Vorbeugung, der Krisenbearbeitung und der Nachsorge, denen Priorität zukommt, zumindest einen kollektiven Sanktionsmechanismus, unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung, um beschlossene Maßnahmen auch gegen Verweigerung durchzusetzen.

Anspruch versus Logik militärischer Machtentfaltung der Europäischen Union (EU)

Es gibt bei der Frage, ob es für die Sicherheit im Verbund der Europäischen Union (EU) eine Militärpolitik und Streitkräfte braucht, einen zustimmenden Mainstream der politischen Kaste sowie der veröffentlichten Meinung. Außerhalb dessen scheint Ungewissheit vorzuherrschen. Sie reicht bis hinein in Teile der Linken und der Friedensbewegung.

Die Argumentation gegen die Militarisierung der EU muss verschiedene Wege gehen. Einer ist aufzuzeigen, dass dem menschlichen Schutzbedürfnis mit einer EU-Militärmacht gerade nicht gedient wird, sondern dass das Gegenteil eintritt und dass eigentlich andere Ziele als die vorgegebenen verfolgt werden. Das aber verlangt, die konkrete politisch-historische Situation, auf die sich die Militarisierung der EU bezieht, zu untersuchen, aber auch die offizielle militärische Argumentation auf ihre Schlüssigkeit zu analysieren.

Beginnen wir mit dem Ersten: 1992 beschloss die EU in Maastricht auch für die militärische Integration in Westeuropa eine neue Qualität. In den Jahrzehnten zuvor bestand dafür weder die Möglichkeit noch die (vermeintliche) Notwendigkeit. Denn der Kalte Krieg verlangte den engen Schulterschluss mit den USA. Das bedeutete, alle Ressourcen im wichtigsten westlichen Militärpakt, der NATO, zu bündeln. Nach 1989/90 änderte sich die Lage. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und des Realsozialismus in ganz Europa veränderte sich die strategische Funktion der NATO. Sie ist heute für beide Seiten des Atlantik nicht mehr der Dreh- und Angelpunkt des militärpolitischen Denkens, sondern sie ist nur noch eine, wenngleich weiterhin sehr bedeutungsvolle militärpolitische Option. Früher bestimmte das transatlantische Verhältnis mit dem von Washington beherrschten Nordatlantikblock als Kern die weltpolitische Rolle Westeuropas. Dieses Korsett wird – ungeachtet mancher Nuancen – von keinem der europäischen Partner der USA mehr akzeptiert. Der Konflikt wurde Anfang 2003 akut, als die NATO an den Rand des Zerbrechens geraten war.¹

All das stand zu erwarten: Ökonomisch starke und darin relativ gleichrangige Machtblöcke definieren sich zuallererst über ihre wirtschaftlichen und in deren Gefolge über ihre politischen Interessen. Das kapitalistische Profit- und Rivalitätsprinzip als überragendes gesellschaftliches Regulativ kennt Interessenkoinzidenz immer nur gegenüber Dritten. Da die Bipolarität des West-Ost-Konflikts entfallen ist, drängen die Interessenunterschiede zwischen den bisherigen Partnern zuneh-

¹ Siehe Katja Ridderbusch, Argwohn allenthalben. In: loyal, Frankfurt/M., H. 11 (Dezember)/2003, S. 27.

mend nach vorn, wobei sogar ein offener Bruch eine (von mehreren) Möglichkeiten ist.

Die drei kapitalistischen Hauptzentren – USA, West- und dazu nunmehr auch Mittel- bzw. Mitteleuropa sowie Japan – nehmen heute eine Neubestimmung ihres Platzes in der grundlegend veränderten Welt und ihrer strategischen Ziele vor. Der Rest der Welt – insbesondere die VR China und Russland – spielen dabei ihre Rolle. In erster Linie jedoch geht es um die Beziehungen zu den jeweils beiden anderen Hauptzentren. Die EU stützt sich dabei darauf, dass sie etwa ein Viertel der Weltwirtschaft repräsentiert.

Während sich Japan durch seine lang anhaltende tiefe Wirtschaftskrise in einer außen- und militärpolitischen Insuffizienz zu befinden scheint, sind die USA in der strategischen Umorientierung am weitesten vorangeschritten. Eine Sammlungsbeziehung konservativ-reaktionärer bzw. christlich-fundamentalistischer Politiker und Institutionen sowie ein erstarkter neuer Militärisch-Industrieller Komplex (MIK)² konnten in den neunziger Jahren inmitten einer weitgehend konservativen und politikabstinenten Bevölkerung eine geistig-politische „Revolution“ durchsetzen.³ Die USA sind auf den Kurs eines rücksichtslosen Unilateralismus und der selektiven Weltherrschaft eingeschwenkt.⁴ Dieser Kurs ist im Kern ein außenpolitisch-militärpolitischer. Er ist aber an das gegenwärtige neoliberale Wirtschaftsmodell gekoppelt. Da der Neoliberalismus maximale Gewinnmargen durch ungehemmte Ausbeutung im Innern und anderer Länder durchdrücken will, entfaltet er über kurz oder lang ein außen- und militärpolitisches Konfrontationspotenzial gegen alle, die sich ihm entgegenstellen oder als Konkurrenten auftreten. Das sind die Ausbeutungsobjekte an der internationalen Peripherie, und das sind auch und gerade die anderen auf neoliberalistischen Kurs getrimmten Weltregionen in Europa und Asien. Die Wiedergeburt eines Manchesterkapitalismus im Zeitalter der Hochtechnologie und der Globalisierung hat den klassischen Konflikt imperialistischer Großmächte, heute in Gestalt großflächig herrschender, wahrscheinlich dauerhafter imperialistischen Zentren, wieder aufleben lassen. Es ist zu befürchten, dass das transatlantische Verhältnis perspektivisch von diesem Konflikt geprägt sein wird. Er wird nur dann von zentripetalen Tendenzen überlagert werden, wenn sich einer der Kontrahenten unterordnet, was zumindest auf mittlere Sicht kaum anzunehmen ist, oder wenn gemeinsame Interessen für gemeinsames Handeln sprechen. Viel haben jene Prognosen für sich, wonach künftig Bündnisse auf Zeit

² Siehe Michael Hennes, Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 10. November 2003, B 46, S. 41-46.

³ Siehe Michael Minkenberg, Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik von der ersten zur zweiten Bush-Administration. In: Ebenda, S. 23-32; Alexandra Homolar-Riechmann, Pax americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks. In: Ebenda, S. 33-40.

⁴ Siehe Rebuilding America's Defenses – Strategy, Forces and Resources For a New Century. A Report of The Project for the New American Century, September 2000. Internet: <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>.

an die Stelle fester Strukturen treten werden. Die Gegensätze zwischen der „Neuen Welt“ und dem „Alten Europa“ sind einfach zu groß.

Es kann daher überhaupt keinem Zweifel unterliegen, dass die meisten Entscheidungen diesseits und jenseits des Atlantik außerhalb der Innenpolitik (manchmal sogar dort) vor diesem macht- und wirtschaftspolitischen Dissens zu sehen sind. Ein Beobachter analysierte völlig zutreffend: „Die EU war Teil der US-Hegemonie, insbesondere in den 70er und 80er Jahren. Es war kein unterworfenen Teil des Empire. Jetzt haben wir allerdings eine Situation, in der die EU ... zu einem Rivalen wurde.“ Und er fügt hinzu: „Die strategische Richtung der EU – wenn wir auf die europäischen Eliten schauen – ist Eindämmung der Vereinigten Staaten und Wettbewerb mit ihnen.“⁵ Schlussfolgerung: Der tiefer werdende Graben des Atlantik ist der eine Grund für die Militarisierung, die in den USA und im EU-Europa vor sich geht.

Der zweite ist relativ unabhängig von diesen Counterparts: Es ist auch den modernen kapitalistischen Gesellschaften wesenseigen, sich über die Interessen Anderer, namentlich Schwächerer hinwegzusetzen. Das ist jedoch nur so weit realistisch, wie es die dahinter stehenden Kräftepotenziale erlauben. Wirtschaftskraft und Geld sind wesentliche Stützen. Das reicht jedoch für die internationale Bühne nicht aus. Wie seit 5000 Jahren soll vielmehr militärische Macht Basis, äußerstfalls auch Handlungsträger sein, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Dies nicht zuletzt auch unter den westlichen Bündnispartnern selbst.⁶

Der Ausbeutungsmechanismus in unserem Zeitalter des Globalisierungskolonialismus dient nicht nur der Profitmaximierung: Er ist zur Voraussetzung für die Existenzsicherung des modernen Kapitalismus geworden. Der Wohlstand für die Mehrheit der Menschen im reichen Nordwesten unseres Erdballs konnte nur durch kontinuierliche Zuflüsse riesiger Werte aus der bisherigen dritten und zweiten Welt bewirkt werden. Zugleich war und ist es aber auch ein Wohlstand auf Pump: Solange die Rivalität mit dem Realsozialismus bestand, steuerten die Staatshaushalte ungeheure Summen in das Wirtschaftsgetriebe ein, damit es überhaupt funktionieren konnte. Sie finanzierten dies durch exorbitantes Schuldenmachen hauptsächlich bei der Finanzoligarchie. In den USA kommt eine enorme Verschuldung der privaten Haushalte hinzu. Mittlerweile scheint aber diese Art der Steuerung der Wirtschaft über geliehene Geldströme ihre Grenzen erreicht zu haben. Mit anderen Worten: Durch die Überschuldung der bisherigen Geldgeber droht der Zusammenbruch des gesamten Steuerungsapparates, weil die Gewinne der Finanzoligarchie über milliardenschwere Zinseinkünfte in Frage gestellt werden, ja

⁵ Der philippinische Träger des Alternativen Nobelpreises Walden Bello. Zit. nach: Neues Deutschland, Berlin, 19. Dezember 2003, S. 3.

⁶ Ein damals an der Universität der Bundeswehr Lehrender beobachtet in diesem Sinne in der NATO „eine Ausdifferenzierung über die Fähigkeit, militärische Kapazitäten für die militärische Konfliktregelung zur Geltung zu bringen.“ (August Pradetto, Funktionen militärischer Konfliktregelung durch die NATO. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 14. Juni 2002, B 24, S. 19).

weil sogar eingesetztes Kapital gefährdet ist. Der gesamte kapitalistische Austauschmechanismus – Ware Arbeit und gegenständliche Ware (vergegenständlichte Arbeit) gegen Geld – könnte kollabieren. Das ist nur abzuwenden durch die Bewahrung der Fähigkeit der Schuldner zum Schuldendienst. Wenn man vom Sozialabbau absieht, der ja eine Verlagerung des Schuldenmachens vom Staat auf die so genannten Arbeitnehmer bedeutet, kann sich die Liquidität der staatlichen Schuldner eigentlich nur über den Zustrom fremder Reichtümer in größten Maßstäben realisieren. Er dient zugleich auch dazu, dem Wirtschaftsmechanismus die unbedingt erforderlichen Impulse zu verleihen, wenn dieser nicht gänzlich in eine dauerhafte systembedrohende Krise abgleiten soll.⁷

Die Krise, mit der wir es zu tun haben, ist nicht nur tief und hält schon ungewöhnlich lange an. Sie fordert vielmehr auch eine schnelle Lösung. Die Aufrechterhaltung, ja die „Weiterentwicklung“ der zutiefst ungerechten Weltwirtschaftsordnung wird immer mehr zur Voraussetzung für das Überleben des parasitären Kapitalismus. Dabei war von den zu Ende gehenden Energie- und Rohstoffreserven in den Industrieländern noch gar nicht die Rede. Man könnte es auch so ausdrücken: „Die militärische Krisenregelung ist zu einer Bedingung für die Durchsetzung westlicher ordnungspolitischer Vorstellungen geworden.“⁸ Wie aber soll all das geschehen, wenn sich immer mehr Rivalen zu schärfsten Konkurrenten um die kleiner werdenden Anteile streiten und wenn zudem die Peripherie immer tiefer in soziale Agonie und in die verzweifelte Gegenwehr derer versinkt, die nichts mehr zu verlieren haben?

Damit sind die zwei entscheidenden, systembedingten Quellen für die Militarisierung der EU umrissen – die Rivalität der imperialistischen Zentren und der rigorose Zwang, den Zustrom von Bodenschätzen und anderen Reichtümern von der Peripherie direkt und indirekt militärisch abzusichern. Von einer Peripherie aber, an der sich die imperialistischen Hauptzentren als schärfste Rivalen gegenüberstehen.

Niemand erwartet, dass diejenigen, die die Militarisierung beiderseits des Atlantik mit Hochdruck betreiben, ihre wahren Motive offenlegen. So auch nicht die EU. Der kritische Geist hat allerdings zu fragen: Ist es, in der Logik, dass militärische Machtentfaltung ein Rivalitätsverhältnis steuern kann, für die EU aussichtsreich, sich auf diesem Gebiet in eine Konkurrenz mit den USA einzulassen, oder müsste aus wohlverstandener Eigeninteresse nicht ein anderer Weg gesucht werden?

⁷ „Die heute dominierende kapitalistische Ordnung ist voller ökonomischer, sozialer, politischer und globaler Widersprüche und Konflikte; sie befindet sich selbst in einer tiefen Zivilisationskrise, die der Kapitalismus sogar fortwährend weiter vertieft und in seiner heutigen Verfasstheit zu überwinden nicht in der Lage ist.“ (Harald Neubert, Zu gegenwärtigen Tendenzen und Problemen der Formierung einer neuen internationalen Ordnung in Europa und der Welt. In: Entwicklungstendenzen in der gegenwärtigen europäischen Nach-Nachkriegsordnung, Potsdam 1995, S. 9.

⁸ August Pradetto, a. a. O., S. 16.

Dem stehen zunächst die Erfahrungen des Kalten Krieges entgegen. Der Untergang der UdSSR und ihrer Verbündeten 1989/90 wurde entscheidend dadurch befördert, dass sie sich auf einen militärischen Wettlauf mit dem ökonomisch weitaus leistungsfähigeren gesellschaftlichen Gegenentwurf eingelassen haben. Nun ist die EU im Vergleich zu den USA wirtschaftlich nicht im Hintertreffen. Militärisch ist sie es aber deutlich. Der militärtechnische Vorsprung der USA ist faktisch auf allen Gebieten uneinholbar. Bei der strategisch-nuklearen Rüstung, dem Fundament, wenn es um die politische Verwertung militärischer Macht geht, existiert in quantitativer wie qualitativer Beziehung ein Riese-Zwerg-Verhältnis. Bei den weltraumgestützten C³I-Systemen (Command/Führung, Control/Überwachung, Communication/Verbindung, Intelligence/Aufklärung), die die entscheidende technische Grundlage für tatsächlich weltumspannende militärische Einsätze sind, ist ein Aufschließen Europas auf Jahrzehnte hinaus nur punktuell möglich. Die USA besitzen als einzige Nation der Welt in Zahl und Qualität See-, See-Luft- und Luftstreitkräfte, die, zusammen mit Heereskontingenten, eine Kriegführung in allen drei Medien in allen Teilen der Welt nach überschaubarer Vorbereitungszeit erlauben. Diese Streitkräfte sind „aus einem Guss“. D. h. obwohl die Streitkräftestärke der EU mit 1,8 Mill. Mann (2003) die der USA (2002: 1,414 Mill. Soldaten) um etwa ein Viertel übersteigt, entwickeln letztere eine unvergleichlich größere Fähigkeit zu kombinierten und aufeinander abgestimmten militärischen Handlungen, dazu noch in weitaus größeren Räumen. In einer Mitteilung an das Europaparlament billigt die Europäische Kommission den Streitkräften der EU-Staaten in der Summe nur zehn Prozent Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu denen der USA zu.⁹

Kein Staat bzw. Staatenverbund unterhält darüber hinaus ein dafür nötiges erdumspannendes Stützpunktsystem, schon gar nicht in der Dichte, wie es die Vereinigten Staaten besitzen. Die USA sind als einzige Nation der Welt darüber hinaus in der Lage, mit einem einheitlichen globalen militärischen Führungssystem alle erforderlichen Streitkräfte „aus einer Hand“ zu führen. Die US-amerikanischen Führungsorgane und Streitkräfte blicken zudem auf praktische – wenngleich mitunter ambivalente – Kriegserfahrungen der jüngsten Zeit zurück, wie sie kein anderer Staat aufweisen kann. Der Militärhaushalt der USA (für das am 1. Juli 2004 beginnende Finanzjahr 2004/2005 sind 402 Mrd. Dollar vorgesehen) liegt im Vergleich zu den EU-Staaten (2003 etwas mehr als 160 Mrd. Euro) mehr als doppelt so hoch.¹⁰ Bis 2007 soll er auf 451 Mrd. Dollar steigen.¹¹ Außerdem ist der Teil der Aufwendungen, der direkt in die Rüstung fließt, in den USA deutlich höher als in den EU-Ländern (mit Ausnahme Großbritanniens). Trotz der

⁹ Johannes Varwick, Noch jammert Europa. Auf dem Weg zur „Euro-Armee“? In: loyal, Bonn, H. 2/2002.

¹⁰ „In jedem Jahr seit 1992 haben die USA allein mehr als 35 Prozent der weltweiten Militärausgaben getätigt. Damit war der US-Verteidigungshaushalt größer als die Militärhaushalte der nächsten sechs Staaten zusammengenommen – und vier dieser Staaten waren zudem enge US-Alliierte.“ (Heinrich Kreft, Vom Kalten zum „Grauen Krieg“ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 21. Juni 2002, B 25, S. 14.)

¹¹ Stefan Fröhlich, zwischen Multilateralismus und Unilateralismus. Eine Konstante amerikanischer Außenpolitik. In: Ebenda; S. 24.

immensen (weitgehend aber im Verborgenen liegenden¹²) wirtschaftlichen Probleme des Landes wird das so auf längere Sicht die Voraussetzungen dafür sichern, dass die militärische Überlegenheit der USA über jeden anzunehmenden Gegner oder Konkurrenten nicht nur bestehen bleibt, sondern sogar weiter zunehmen wird. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist schließlich, dass die Bevölkerung der USA viel eher für militärische Abenteuer mobilisierbar erscheint, als das in Europa der Fall ist.

Will sich das „alte Europa“ wirklich auf einen derartigen, militärisch nicht nur unsinnigen, sondern sogar zerstörenden Wettlauf einlassen, will es gar möglicherweise an den Brennpunkten des Weltgeschehens militärisch eher handeln als der Partner-Rivale aus Übersee? Oder sollte es nicht vielmehr auf seine (noch für die Mehrheit der Menschen so empfundenen) Stärken eines relativ sozialen Wohlstandskapitalismus vertrauen? Und darauf, dass sich ein politisch zurückhaltendes Europa international Vertrauen erwirbt, welches sich politisch und ökonomisch auszahlen würde?

Die Umwandlung der EU auch in eine Militärunion legte der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) faktisch schon am 19. Juni 1992 in der so genannten Petersberg-Erklärung¹³ fest. Danach sollte die WEU „als Teil der Verteidigungspolitik der EU und zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz (NATO)“¹⁴ ausgebaut werden. Mit der engeren Koordinierung in der Militärpolitik, mit dem Entstehen integrierter Rüstungskonglomerate, mit dem Aufbau von militärischen Führungsstrukturen und abrufbaren integrierten Streitkräften und mit den ersten militärischen Einsätzen profilierte sich die EU seither zu einer Militärunion, zu einem Militärpakt. Daran ändert nichts, dass die EU im Unterschied zu anderen Militärbündnissen nicht in erster Linie Militärpakt ist.

Schon im Juni 1992 umriss die WEU die Arten möglicher Militäreinsätze. Als Petersberger Aufgaben gingen sie in Artikel 17 Absatz 2 des Amsterdamer Vertrages vom 2. Oktober 1997 ein. Streitkräfte der WEU konnten danach im Auftrag der EU eingesetzt werden für

- „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze,
- friedenserhaltende Einsätze sowie
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ...“.¹⁵

¹² Siehe Werner Biermann/Arno Klönne, *The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht?* Köln 2003.

¹³ Siehe Petersberg-Erklärung vom 19. Juni 1992 (Auszug). In: Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Harald Kujat/Karl H. Schreiner/Oliver Bruzek, *Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr*, 4. vollst. überarb. Aufl., Hamburg/Berlin/Bonn 2000, S. 457 f.

¹⁴ Glossar. Institutionen, Politiken und Erweiterung der Europäischen Union, Brüssel 2000, S. 50.

¹⁵ Zit. nach: Vertrag über die Europäische Union (EU). Vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 2. Oktober 1997. In: Thomas Laufer (Hrsg.), *Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleittexten*, Bonn 1999, S. 28.

Dieser Aufgabenkanon zielt einzig und allein darauf ab, die EU machtpolitisch, d. h. militärisch handlungsfähig zu machen.¹⁶

Zwar betont Artikel 11 des Amsterdamer Vertrages die Kohärenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)¹⁷ der EU mit der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 (im Übrigen auch mit der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa [KSZE] vom 1. August 1975). Tatsächlich jedoch steht die militärische Selbstermächtigung der EU mit den Petersberger Aufgaben dazu im Widerspruch.

1. Artikel 24 der UNO-Charta bestimmt, dass dem Sicherheitsrat der Weltorganisation „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ übertragen ist. Von der Anerkennung dieses Primates des UNO-Sicherheitsrates, das gemeinhin als Gewaltmonopol bezeichnet wird, ist weder im Maastrichter noch im Amsterdamer Vertrag explizit die Rede. Das kann nur die Relativierung wenn nicht sogar Negierung dieser starken Völkerrechtsposition des UNO-Sicherheitsrates bedeuten.
2. Nach Artikel 51 der UNO-Charta dürfen Streitkräfte zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung eingesetzt werden. Keine der drei Petersberger Aufgaben hat jedoch die Selbstverteidigung zum Inhalt. Sie beschreiben vielmehr aktive militärischen Handlungen.
3. Artikel 52 der UNO-Charta lässt regionale „Abmachungen und Einrichtungen zur Behandlung derjenigen die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden Angelegenheiten“ zu. Das ist die WEU (schon nicht die NATO, da sie überregional ist und eigentlich gegen Artikel 52 verstößt), und hierin liegt formalrechtlich auch der Ansatz dafür, die EU zu einem Militärblock zu profilieren. Diese regionalen Abmachungen und Einrichtungen dürfen aber nur „Maßnahmen regionaler Art“ ergreifen, womit nach Artikel 52 Absatz 3 in erster Linie „örtlich begrenzte Streitigkeiten“ gemeint sind. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben keinerlei Bezug zu einer solchen regionalen Eingrenzung. Im Gegenteil. Die Väter der Vertragswerke schlossen militärisch zu regulierende Konflikte im EU-Raum sogar prinzipiell aus. Militäreinsätze waren für sie und sind für die heutige offizielle Politik nur „out of area“ gewollt. Die Praxis in Mazedonien mit der 2003 gestar-

¹⁶ Siehe Roland Wegener, Ein bedeutendes Jahr. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte zur Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union (WEU). In: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, H. 6/1999, S. 429.

¹⁷ Die GASP wurde mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages am 1. November 1993 aus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) heraus entwickelt. Die EPZ, ab Inkrafttreten Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987 (unterschrieben am 28. Februar 1986) auf dieser vertraglichen Grundlage offiziell verwirklicht, wiederum war ein Verfahren für eine gemeinsame Außenpolitik im Rahmen der damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG), allerdings bereits mit Blick auf die spätere GASP.

teten Operation „Concordia“¹⁸ und der in kürzester Frist organisierte dreimonatige erste militärische Einsatz außerhalb Europas unter der Bezeichnung „Artemis“ im Kongo im Sommer 2003 dokumentieren dies nachdrücklich.

4. Der Sicherheitsrat der UNO kann nach Artikel 53 gegebenenfalls regionale Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch nehmen. „Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden ...“ Nirgendwo in den Vertragswerken zur EU findet sich die zwingende Selbstverpflichtung der Vertragspartner, militärische Einsätze der WEU von einem Auftrag des UNO-Sicherheitsrates abhängig zu machen. Es kann im Gegenteil keinen Zweifel daran geben, dass sich die EU für Militäreinsätze notfalls völkerrechtswidrig selbstmandatieren will.

Bezogen auf den so genannten Verteidigungsbereich verfügt die EU mittlerweile – wie die NATO – über eine politische und eine Militärorganisation, auch wenn diese noch nicht vollständig ausgebildet sind. Damit nimmt im Übrigen auch die EU eine Relativierung der NATO vor. Perspektivisch kann dies die Auflösung der transatlantischen Bündnisstrukturen innerhalb wie außerhalb des Nordatlantikpaktes bedeuten, womit der Kreis zu den eingangs zitierten zunehmend schärfer werdenden Auseinandersetzungen zumindest zwischen zwei der drei imperialistischen Zentren geschlossen wäre.

Untersuchen wir die Petersberger Aufgaben, ob sie militärisch begründet sind oder nicht.

An die erste Stelle wurden im Sommer 1992 auf dem Petersberg humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze befördert. So wird der Eindruck erweckt, als handele es um die den EU-Streitkräften zugedachte wichtigste Aufgabe. Es liegt nahe, dass in erster Linie Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie von Infrastrukturanlagen und Ressourcen bei und nach Katastrophen und katastrophenähnlichen Zuständen, so auch nach kriegerischen Auseinandersetzungen, gemeint sind.

Man erkennt mühelos, dass für all das militärische Kontingente entweder überhaupt nicht bzw. dass äußerstenfalls nur kleine Spezialeinheiten gebraucht würden. Eine Truppe von 60 000 bis 180 000 Mann, wie sie die EU plant, scheidet dafür jedenfalls aus. Zur Bekämpfung von Katastrophen und zur Nachsorge eignen sich vielmehr Formationen am besten, die dafür speziell vorbereitet und ausgestattet sind. Das sind nicht Streitkräfte, die für die Anwendung bewaffneter militärischer Gewalt ausgerüstet und ausgebildet werden, sondern Kräfte der Zivilverteidigung. Im Vergleich zu dieser sind Truppen bei Katastrophen dazu noch

¹⁸ Siehe Hans-Georg Ehrhart, Die „Operation Concordia“ als weiterer Schritt zur ESVP. In: Europäische Sicherheit, Bonn, H. 9/2003, S. 7 f.

erheblich kostenintensiver. Die Praxis überall auf der Welt zeigt, dass das Militär immer nur dann gerufen wurde, wenn alle anderen Reserven erschöpft waren.

In Deutschland gibt es die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).¹⁹ Sie ist das Kernstück des Katastrophenschutzes im gesetzlich 1997 und 2002 nach dem Kalten Krieg neu geregelten Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland.²⁰ Das THW ist grundsätzlich in der Lage, für die Abwehr und die Bewältigung von Natur-, technischen und anderen Katastrophen herangezogen zu werden. Mehr noch: Durch die hohe Qualifikation der THW-Helfer könnten sie sogar einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, derartigen Unglücken vorzubeugen. Dass bei Katastrophen in Deutschland in den letzten Jahren, insbesondere bei den Hochwassern an Oder und Elbe, die Bundeswehr einen Großteil der Hilfe übernahm, lag nicht an der Qualität des THW – oder auch der Feuerwehren –, sondern an dem unzureichenden Personalbesatz und am insbesondere quantitativen Mangel bei der technischen Ausrüstung.

Humanitäre Aufgaben könnten aber auch in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, einschließlich Trinkwasser, in der Betreuung von Flüchtlingen, im Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder in der Förderung von Entwicklung, also in der Entwicklungshilfe, bestehen.

Warum soll man dies alles Streitkräften übertragen? Ist es nicht sehr viel zweckmäßiger, die dazu schon bestehenden diversen Organisationen – Rotes Kreuz, Gelbes Kreuz, Blaues Kreuz, Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und andere Entwicklungshilfeorganisationen – und mit ihnen die Katastrophenhilfsorganisationen im gesamten EU-Raum endlich so finanziell und technisch auszustatten, dass sie den tatsächlich für sie anstehenden Aufgaben auch gerecht werden können? Das würde die Staatshaushalte im Übrigen finanziell weit weniger belasten, als wenn man diese wesensfremden Aufträge Armeen zuteilt. Zudem: Hilfsorganisationen werden als solche gleich erkannt. Rücken Truppen an, und sei es mit den edelsten Absichten, wird das Misstrauen nie gänzlich überwunden werden können. Hilfsaufgaben den dafür am besten geeigneten zivilen Trägern zu übergeben, d. h. sie dorthin zu verweisen, wo sie hingehören, würde schließlich und vor allem ein Beitrag zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen sein. Wenn dann noch finanzielle und materielle Mittel vom militärischen in den genannten zivilen Bereich umgeleitet und militärische Einheiten zu zivilen Katastrophen-

¹⁹ Das THW zählte Ende 2003 62 000 aktive Mitglieder, Helfer genannt. Sie sind in 665 Ortsverbänden organisiert und auf 810 Technische Züge mit je 40 aktiven und 60 Reservehelfern aufgeteilt. Dazu gibt es Schnell-Einsatz-Einheiten für Bergungseinsätze im Ausland. Das THW verfügt über 6 000 Fahrzeuge unterschiedlichster Zweckbestimmung. Bei der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Jahre 2002 leisteten 24 000 THW-Helfer 900 000 Arbeitsstunden bei der Bekämpfung der Flut.

²⁰ Zum Zivilschutz zählen im Weiteren die Feuerwehren (Fw), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Johanniter-Unfallhilfe (JUH) und der Malteser-Hilfsdienst (MHD).

schutzformationen umprofilieren würden, hätte man es mit einer echten Konversion zu tun.

Bleiben bei den humanitären noch Sicherungsaufgaben, gegebenenfalls auch bewaffnet. Wer sagt, dass die Kräfte dazu aus den Armeen kommen müssen? Sollte man dafür nicht besser Polizeiformationen vorsehen? Polizeien sind fast ausschließlich nach innen gerichtete Organe des zivilen Staates. Sie sind kein Militär, welches ein Instrument der Außenpolitik ist. Und so wird das in eventuellen Einsatzräumen auch verstanden. Mittlerweile liegt ja auch die positive Erfahrung aus Namibia vor. Dort ging 1989 die Mission der Polizeien beider deutscher Staaten, dazu noch in einer früheren deutschen Kolonie, bei der Absicherung des Übergangs zu Unabhängigkeit und Demokratie mit Erfolg zu Ende.

Wer Professionalität bei effektivstem finanziellem Mitteleinsatz will, muss bei den eigentlich fast ausschließlich unbewaffneten humanitären Aufgaben zivile Kräfte vorsehen – oder er will etwas anderes.

Die zweite der Petersberger Aufgaben sollen „friedenserhaltende Einsätze“ sein. Von der Semantik her bedeutet das, dass es noch keine Kämpfe sind bzw. dass es einen Waffenstillstand gibt.

In der Tat kennt die Geschichte seit 1945 eine Reihe derartiger Einsätze. Und in der Tat kommen dafür auch Streitkräfte in Frage. Dann, wenn sich die Konfliktparteien darauf verständigt haben, zusätzlich zu politischen Vermittlungen Truppen anderer Staaten in die Kampfgebiete zu lassen, um die Gegner räumlich auf Distanz zu halten, so die Situation zu entschärfen und politische Lösungen zu erleichtern. Truppen von außen dienen also der Deeskalierung. Derartige Missionen sind u. a. als UNO-Blauhelmissionen bekannt.

UNO-Blauhelme sollten aber nur von Staaten zur Verfügung gestellt werden, die keine unmittelbaren politischen Interessen im Verhältnis zu den streitenden Seiten bzw. in der Region des Streits haben. Es waren also bisher in der Regel Kontingente aus kleineren, nichtpaktgebundenen Staaten, wie Finnland, Schweden, Irland, Österreich, aus pazifischen oder afrikanischen Ländern. In verschiedenen Krisengebieten haben sie sich während des Kalten Krieges und danach bewährt. Vom Grundsatz sollte also am Gedanken der UNO-Blauhelmissionen festgehalten werden. Die EU als politische, wirtschaftliche und künftig – wie angestrebt – auch militärische Großmacht kann dafür demzufolge nicht in Frage kommen, einzelne kleinere ihrer Mitglieder nur im Ausnahmefall. Als ehrlicher Makler wird die EU in kaum einem Konflikt akzeptiert werden, da sie mit Nachdruck weit über Europa hinausreichende politische und ökonomische Interessen verfolgt. Es wird nirgends gelingen, die Zweifel mindestens einer, wenn nicht aller Konfliktparteien auszuräumen, wenn EU-Truppen in Krisengebiete geschickt würden.

„Friedenserhaltende Einsätze“ in der EU-Begriffswelt könnten sich aber auch weit über die bisherigen UNO-Blauhelmmissionen hinaus erstrecken. Sie könnten z. B. auch die Teilnahme an Entwaffnungen, an der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Kriegsverbrecher, bei der Wiedereingangssetzung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, eingeschlossen die Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und der staatlichen Ordnung, beinhalten.

Dieses Spektrum umfasst ausnahmslos polizeiliche und nicht militärische Aufgaben. Denn Streitkräfte haben den ureigensten Auftrag, militärisch organisierte, bewaffnete Kontingente in der Regel fremder Staaten zu bekämpfen bzw. gegen diese eine militärische Verteidigung zu bilden und von einem Angriff abzuschrecken.²¹

Alle NATO-Mächte kennen die aus politischen und einsatztaktischen Gründen dringend gebotene Trennung von Polizei und Militär. Gerade deshalb sehen ihre Regelungen für den inneren Notstand vor, einem solchen durch kasernierte polizeiliche und allenfalls paramilitärische Kräfte zu begegnen.²² Nur wenn diese nicht ausreichen sollten, als ultima ratio, soll auf Truppen zurückgegriffen werden, dann aber vor allem für den Objekt- und Gebietschutz und nur im äußersten Notfall gegen Personen. Für die BRD ist das in Artikel 87a Absätze 3 und 4 des Grundgesetzes geregelt, in anderen NATO-Staaten entsprechend.²³ Vor diesem Hintergrund unterhalten die meisten Bündnismitglieder für den inneren Einsatz spezielle Formationen, die von der regulären Armee getrennt sind.²⁴

Die Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, dass derartige „friedenserhaltende Einsätze“ kaum für längere Zeit ins Kalkül gezogen werden. Die nun schon über Jahre anhaltende NATO-Präsenz in Bosnien-Herzegowina (IFOR/SFOR) oder im Kosovo (KFOR) widerspricht dem nur scheinbar. Denn: Vorgesehen nach einer „Befriedung“ ist grundsätzlich etwas anderes, allerdings fehlten dafür bislang ausreichende Voraussetzungen. Vorgesehen ist die schnellstmögliche Umstellung

²¹ Ein offizielles Sachwörterbuch aus dem Umkreis der Bundeswehr formuliert entsprechend: „Streitkräfte 1. Allgemein bewaffnete Elemente eines Staates zum Schutz vor äußeren Gefahren ...“ (1000 Stichworte zur Bundeswehr, Hamburg/Berlin/Bonn 1997, S. 193.). In rückwärtigen oder befriedeten Räumen können Streitkräfte zeitweise auch für Sicherungs- und Besatzungsaufgaben verwendet werden, was aber bereits eine spezielle Ausbildung verlangt, über die die Truppe vorab in der Regel kaum verfügt. Die Erfahrung der Militärgeschichte zeigt, dass derartige Sicherungs- und Besatzungsaufgaben ganz überwiegend nur von kurzer Dauer waren oder sein sollten. Sie wurden möglichst rasch an (neu aufgestellte) einheimische Organe übergeben. Das jüngste Beispiel hierfür sind die energischen Anstrengungen der USA-Besatzungstruppen, nach dem militärisch gewonnenen Irakkrieg möglichst rasch eine funktionierende zivile Verwaltung und starke Polizeikräfte zu errichten. Muss oder wird aus Überschätzung eigener Fähigkeiten von diesem Prinzip abgewichen, wird das Okkupationsregime zunehmend als solches erkannt, was zum offenen Partisanen- und Guerillakrieg führen kann.

²² So in Artikel 91 („Innerer Notstand“) und 115 f („Befugnisse der Bundesregierung“) des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland geregelt.

²³ Siehe Lothar Schröter, Aufgaben und Funktion der Regelungen für den „inneren Notstand“ in NATO-Staaten. In: Außenpolitik, Berlin (Ost), H. 12/1979, S. 80-95.

²⁴ Siehe ders., Zum Ausbau des inneren Unterdrückungsmechanismus der NATO und ihrer Hauptmächte in den siebziger Jahren. In: Militärgeschichte, Berlin (Ost), H. 5/1979, S. 570.

besetzter Territorien von einem militärisch zu einem zivil beherrschten Protektorat. „Wie schon bislang, jedoch in Zukunft verstärkt, will die EU auf Krisen mit politischen, wirtschaftlichen und finanziellen, aber auch mit rechtsstaatlichen, verwaltungstechnischen und nicht zuletzt mit militärischen Maßnahmen reagieren können; also Krisenmanagement aus einer Hand betreiben.“²⁵ Das bedeutet, dass auf Soldaten und Panzer Polizisten und Beamte folgen sollen. Die Planungen der EU sehen deshalb jetzt auch vor: 5000 Polizisten, davon 1000 einsetzbar in 30 Tagen, 200 Justizbeamte, einsetzbar in 30 Tagen, 2000 Katastrophenschutzkräfte, davon 2 bis 3 Erkundungsteams, abrufbar in drei bis sieben Stunden, bis zu 2000 Mann vor allem an Spezialkräften, verfügbar in zwei bis sieben Tagen, sowie in größerem Umfang Verwaltungspersonal.²⁶ Auf einer Zusammenkunft der Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs und Polens (die Staaten des „Weimarer Dreiecks“) Ende September 2003 in Heiligendamm wurde sogar der Vorschlag unterbreitet, eine europäische Gendarmerie aufzustellen, die, wie in einer Reihe von EU-Staaten, unterhalb direkt militärischer Szenarien herangezogen werden könnte. Als kasernierte Truppe würde sie die Lücke zwischen der Polizei im Einzeldienst und den Streitkräften schließen.

Das ist keine bloße Theorie mehr: Als das Militär im mazedonischen Satellitenstaat entbehrlich schien und die Operation „Concordia“²⁷ mit etwa 360 Soldaten am 15. Dezember 2003 endete, folgte ihr ab 15. Dezember 2003 die EU-Polizeimission „Proxima“ mit 180 Polizisten, darunter 20 aus der BRD.²⁸ Das selbe Prinzip wurde schon in Albanien (MAPE; im Mai 1997 von der WEU beschlossen) und wird seit 1. Januar 2003 mit einer Polizeimission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina, aber auch in anderen Teilen der Welt umgesetzt.

Bei der Analyse der zweiten der Petersberger Aufgaben, der „friedenserhaltenden Einsätze“, kann man deshalb eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Es handelt sich dabei um befristete Aufgaben, in der Regel um Besatzungsaufgaben. Sie sollen in der Regel nur so lange wahrgenommen werden, wie in den Besatzungsgebieten eine Gefährdung durch militärisch handlungsfähige Gegner existiert.

Bleibe die dritte der Petersberger Aufgaben: „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“. Sie sind unübersehbar der Kern bei der Militarisierung der EU. Die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EU am 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki, die im Übrigen die volle Einsatzfähigkeit der EU in allen drei Petersberger Aufgaben bekanntgab, ließ daran keine Missdeutungen zu. Das vom EU-Außenbeauftragten (und früheren NATO-Generalsekretär) Javier Solana vorbereitete, von der Konferenz gebilligte

²⁵ Claus-Peter Müller, Nachrichten aus Brüssel. In: Europäische Sicherheit, Bonn, H. 12/2003, S. 29.

²⁶ Siehe ebenda.

²⁷ Siehe Hans-Georg Ehrhart, Die „Operation Concordia“ als weiterer Schritt zur ESVP. In: Ebenda, H. 9/2003, S. 7 f.

²⁸ Siehe Auf Concordia folgt Proxima. Die EU-Mission in Mazedonien: Nunmehr Polizei statt Militär. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 16. Dezember 2003, S. 5.

und im Dezember 2003 verabschiedete Strategiepapier sieht vor, „aktiver“ und mit der gesamten Palette der Instrumente, notfalls also mit aller für notwendig erachteten Gewalt, überall auf der Welt einzugreifen, wenn die („Sicherheits-“)-Interessen der EU bedroht sind. Nach offizieller Lesart gehören dazu die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Auflösung staatlicher Strukturen, Bevölkerungsbewegungen oder die organisierte Kriminalität. Es braucht nicht ausargumentiert zu werden, wie rasch Begründungen daraus zur Hand sein werden, wenn Einsätze beschlossen werden sollen.

Die in der Entwicklung begriffenen militärischen Fähigkeiten der EU richten sich an dieser Aufgabe aus, nicht oder kaum an den ersten beiden. Davon wird auch die Zukunft der Bundeswehr bestimmt. Es ist charakteristisch, dass der erste von vier Punkten des Auftrages der deutschen Streitkräfte nach den am 21. Mai 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien sich eben nicht auf humanitäre, Rettungs- und friedenserhaltende Einsätze gemäß dem Petersberger Spektrum bezieht, sondern lautet: „... sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit“²⁹ Deutschlands. Und bei den Aufgaben der Bundeswehr, auch im Unterschied zu Petersberg, steht an erster Stelle: „Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus – sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße.“³⁰ Entsprechend ordnete Verteidigungsminister Peter Struck am 13. Januar 2004 seine Wegmarken für die Weiterentwicklung der Bundeswehr. Der streitkräftegemeinsame Ansatz unterscheidet danach (in dieser Reihenfolge!) Eingreifkräfte für „friedensschaffende“ Einsätze (35 000 Mann), dann Stabilisierungskräfte für „friedenserhaltende“ Einsätze (70 000 Mann) und dann erst Unterstützungskräfte für alle anderen militärischen Aufgaben (137 500 Mann). Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, der gegenwärtig an der Neuakzentuierung der Bundeswehrreform arbeitet, sieht darin eine Einsatzorientierung der Truppe.³¹ Eine klare Gewichtung zugunsten der Positionen drei und zwei (in dieser Reihenfolge!) der Petersberger Aufgaben also; von Aufgabe eins ist erst gar nicht die Rede. Bis zu 14 000 Bundeswehrsoldaten sollen künftig dauerhaft in Auslandseinsätze entsandt werden können – mehr als das Doppelte von heute.

Es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, und das entspricht auch der zwingenden militärischen Logik, dass also die gemeinsamen Streitkräfte der EU – wie alle Streitkräfte – in allererster Linie auf Kampfeinsätze vorbereitet werden. Mit „Krisenbewältigung“ und „friedensschaffenden Maßnahmen“ ist militärischer Interventio-

²⁹ Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 2003, S. 27.

³⁰ Ebenda, S. 28.

³¹ Augenmaß und Fingerspitzengefühl. Neue Struktur: Unter dem Strich mehr Zustimmung als Ablehnung für die Schritte zum Umbau der Bundeswehr bis zum Jahr 2010. In: aktuell, Berlin, 19. Januar 2004, S. 9.

nismus³² „out of area“ gemeint, einzig und allein geleitet durch politische und wirtschaftliche Interessen.³³ Deshalb war schon vor einigen Jahren in einer vom Bundesverteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift zu lesen, dass „es bei einer Intervention wahrscheinlich primär um die Durchsetzung von nationalen und Bündnisinteressen ... gehen (dürfte), z. B. Sicherung der Energieversorgung, Stärkung demokratischer Kräfte o. ä.“ „In der Regel dürfte es die dauerhafte Änderung der politischen Absichten der gegnerischen Seite implizieren, sei es durch Einsicht – was nur selten oder gar nicht der Fall sein dürfte, wenn man sich die Lage im ehemaligen Jugoslawien vergegenwärtigt – oder durch direkte militärische Gewalt gegenüber der gegnerischen Führung.“³⁴ In der jüngeren Vergangenheit wurde dies deutlicher als heute beim Namen genannt, so auch in einer Reihe höchst offizieller Dokumente. Für die NATO, der die große Mehrzahl der EU-Mitglieder angehört, ist es „Das Strategische Konzept des Bündnisses“, verabschiedet am 24. April 1999. Danach sollen die Paktstreitkräfte gegen „Risiken umfassender Natur“ eingesetzt werden können, darunter die „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen.“³⁵ Zu ihren Aufgaben gehörten – ausdrücklich nicht begrenzt auf das NATO-Gebiet – „die Kontrolle, der Schutz und die Verteidigung von Territorium, die Gewährleistung der ungehinderten Nutzung der Verbindungslinien zur See, zu Land und in der Luft, die Kontrolle der Meere ...“.³⁶

Und während in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 unter der Überschrift „Auftrag der Bundeswehr“ nur von der „Wahrung unserer Interessen im europäischen und transatlantischen Zusammenhang“³⁷ die Rede ist, war ihr Vorgänger von 1992 weitaus klarer. Er definierte in zehn Punkten sehr direkt deutsche „vitale Sicherheitsinteressen“. Dazu zählte er die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“, die „Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie“ (Hervorheb. – L.S.) sowie die „Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen

³² Nach einer offiziellen deutschen Begriffsbestimmung ist Interventionismus eine „Politik der ständigen Einmischung mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates oder (einer – L.S.) Staatengemeinschaft“. (Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Harald Kujat/Karl H. Schreiner/Oliver Bruzek, a. a. O., S. 159.).

³³ Siehe Lothar Schröter, Nach dem neuen Denken ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? Friedenspolitische und militärische Aspekte des modernen Interventionismus. In: Reinhard Brühl/Lothar Schröter (Hrsg.), Stahlhelm, Blauhelm, Friedenstaube. Friedenssicherung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Schkeuditz 2001, S. 123-142.

³⁴ Fred Bünz, Hoher Einsatz. Überlegungen zum Risiko-Kalkül beim Einsatz von Streitkräften. In: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, H. 9/2000, S. 563.

³⁵ Zit. nach: Das Strategische Konzept des Bündnisses. In: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, Bonn, VIII., Ergänzungslieferung 6/1999, Teil II, S. 133.

³⁶ Zit. nach: Ebenda, S. 141.

³⁷ Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, a. a. O.

und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit.“³⁸ Die am 12. Dezember 2003 in Brüssel verabschiedete so genannte Europäische Sicherheitsstrategie³⁹ legt das Schwergewicht auf die „globalen Herausforderungen“. Europa sehe sich Frustration und Ungerechtigkeit gegenüber, die die Benachteiligten der Welt als Ergebnis der Globalisierung empfinden. Die Abhängigkeit und auch Anfälligkeit Europas von vernetzten Infrastrukturen u. a. in den Bereichen Verkehr, Energie und Information habe sich erhöht. Besonderen Anlass zur Besorgnis gebe die Energieabhängigkeit des Kontinents. Er sei der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Werde der Energieverbrauch gegenwärtig zu 50 Prozent durch Einfuhren gedeckt, so würden es 2030 70 Prozent sein (müssen). Dazu kämen der Wettstreit um andere Naturressourcen sowie die Konsequenzen von Bevölkerungsbewegungen. Offensichtlich soll das europäische Militär also primär auf diese im weitesten Sinne ökonomischen Aspekte ausgerichtet werden.

Angesichts der dramatischen Erfahrungen der Interventen im Irak, in Afghanistan und partiell in den jugoslawischen Nachfolgestaaten wird mehr und mehr aber bereits nach einer schlüssigen Konzeption für die Zeit nach der Intervention bzw. nach einem mehr oder weniger, aber gewollt raschen militärischen Sieg nachgedacht.⁴⁰ Das ist nicht neu⁴¹ und firmiert heute in aller Regel unter dem Terminus „Nation Building“ oder „State Building“. Es wird suggeriert, man wolle nach Krieg und Chaos und Diktatur eine Staatwerdung auf demokratischer Grundlage herbeiführen. In der ersten Phase dessen „bleiben Besatzungstruppen im Land stationiert, die für die innere und äußere Sicherheit sorgen und den Aufbau einheimischer Streitkräfte und Sicherheitsorgane unterstützen. Auch wird die Verwaltung anfangs überwiegend oder teilweise von ausländischen Administratoren geleitet und erst allmählich in einheimische Hände übergeben.“⁴² Von den 200 Interventionen der USA in ihrer Geschichte hätten etwa 20 im Versuch der Staatenbildung gemündet. Die erfolgreichsten seien insbesondere Westdeutschland, Japan und Südkorea gewesen. Doch auch der Autor des obigen Zitats kommt um die Einschätzung nicht

³⁸ Zit. nach: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, H. 9/1993, S. 1139.

³⁹ Siehe Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. In Internet: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html. Das Dokument lehnt sich in seiner Anlage unübersehbar an das USA-Vorbild an. (Siehe Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 17. September 2002 [gekürzt]. In: Internationale Politik, Bielefeld, Nr. 12/2002, S. 113-138.).

⁴⁰ Militärtheoretiker und Militärs verlangen beim Interventionismus faktisch eine Neuauflage der Blitzkriegsdoktrin, weil ohne einen raschen militärischen Sieg – aus verschiedenen Gründen – schnell das politische Ziel unerreichbar wird. (Siehe Lothar Rühl, Von der Landesverteidigung zur Interventionsmacht. Die Wandlung der europäischen Seestreitkräfte. In: Ebenda, Nr. 7/2002, S. 25.).

⁴¹ Für seine Zeit hatte der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erkannt: „Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, dass, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann.“ (Zit. nach: Willibald Gutsche, Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856-1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin [Ost] 1973, S. 102.).

⁴² Heinz Kluss, Nationenbildung – Aufgabe des 21. Jahrhunderts? In: Europäische Sicherheit, Bonn, H. 12/2003, S. 46.

herum, es sei ein „Protectoratsmodell“ angewandt worden. Eigensüchtige Ziele Washingtons relativiert er mit dem Hinweis darauf, dass sie sich präziser Berechnung entziehen und vor dem Hintergrund der Demokratisierung eigentlich weniger wichtig sind.⁴³ Tatsächlich jedoch hatten das Weiße Haus, das Pentagon und die hinter ihnen stehenden Dollarmilliarden der Konzerne und Banken allenfalls in zweiter Hinsicht die Demokratisierung im Sinn. Wer daran nach der Lektüre von Zbigniew Brzezinski⁴⁴, Berater von Präsident Carter und einer der maßgeblichsten Strategietheoretiker der USA bis heute, noch Zweifel hegt, sollte ihn mit wachem Geist nochmals lesen: Es ging immer um die Implantierung von Varianten des US-amerikanischen kapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystems wie in den genannten drei Ländern oder/und um die Errichtung von Vasallenregimes wie in lateinamerikanischen Diktaturen, und zwar im ureigensten Interesse Washingtons. Und dieses war und ist in erster Linie ein ökonomisches: „In den wirtschaftlichen Interessen der USA rundet sich der hegemoniale Charakter der amerikanischen Sicherheits- und Außenpolitik ab...“⁴⁵

Der Direktor des neokonservativen Instituts für strategische Studien an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts und einer der Vordenker der aggressiv-reaktionären Bush-Administration, Stephen P. Rosen, sprach es offen aus: „... unser Ziel (ist) nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Stellung und der imperialen Ordnung.“ „Im Verhältnis zur Sowjetunion musste der Krieg vermieden werden. ... Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung unterliegen solcher Einschränkung nicht.“⁴⁶

Kein geringerer als der frühere Generalsekretär der UNO, Boutros Boutros-Ghali, nannte die Dinge beim Namen, als er die Führung in Washington als „US-amerikanische Neo-Imperialisten“ bezeichnete.⁴⁷ Der heutige Imperialismus⁴⁸, der allerdings nicht nur in den USA existiert, könnte dabei im Zeitalter der Globalisierung auch als Globalisierungs-Kolonialismus bezeichnet werden. Er unterscheidet

⁴³ Siehe ebenda, S. 49.

⁴⁴ Für ihn ist z. B. Tatsache „schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protectorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“ (Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim/Berlin 1997, S. 92.).

⁴⁵ Michael Hennes, a. a. O., S. 43. An anderer Stelle betont der Autor: „Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt neben geostrategischen (wozu dienen diese letztlich? – L.S.) auch massive wirtschaftliche Interessen. Die Bush-Administration vertritt hier die Interessen des Big Business.“ (Ebenda, S. 46.). Und das sei (in der Tat – L.S.) eine Lektion Gesellschaftspolitik.

⁴⁶ Zit. nach: „... bestraft wird, wer das Empire herausfordert.“ In: Neues Deutschland, Berlin, 1./2. Februar 2003, S. 6.

⁴⁷ Siehe Boutros Boutros-Ghali, Das Nachkriegsdilemma. Über den Unilateralismus der USA. In: Ebenda, 28. April 2003, S. 2.

⁴⁸ In verblüffender Ähnlichkeit mit Definitionen aus dem linken politischen Spektrum wird in einem offiziösen militärischen Sachwörterbuch Imperialismus gekennzeichnet als „Streben eines Staates nach Macht über andere Staaten, bis hin zur Weltherrschaft. Mittel imperialistischer Politik reichen vom Aufbau wirtschaftlicher Abhängigkeiten über politische Maßnahmen wie Protectorate, Entsendung von politischen und militärischen Beratern, bis zum Einsatz militärischer Gewalt mit dem Ziel der vollständigen Unterwerfung.“

(Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Harald Kujat/Karl H. Schreiner/Oliver Bruzek, a. a. O., S. 151).

sich vom klassischen Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts und vom Neokolonialismus der letzten 40 Jahre des 20. Jahrhunderts dadurch, dass er zu den gewaltsamen Methoden der Unterwerfung zurückkehrt und dies nicht nur in den früheren Kolonialgebieten, sondern auch in Regionen, in denen es keine Kolonien gab bzw. die ehemals zur so genannten zweiten Welt gehörten. Der Globalisierungs-Kolonialismus ist damit so weltumspannend, wie es der klassische und der Neokolonialismus nie waren.

Werner Link, hat recht: „Die amerikanische Hegemonie ist zum Scheitern verurteilt. Deutschland bleibt daher nur, eine multipolare Weltordnung mitzugestalten.“⁴⁹ Doch muss diese Multipolarität nichtmilitärisch sein. Denn sonst degeneriert auch sie zu einer reinen Machtpolitik, bei der es eine ungerechte und nicht zukunftsfähige Über- oder Unterordnung gibt.

Dazu ist vor allem Aufklärung unter den Völkern erforderlich, um die Mächtigen zum Umdenken zu zwingen. In einer Mischung von Pessimismus und Hoffnung bemerkte einst Wladimir I. Lenin: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“⁵⁰

⁴⁹ Werner Link, Im Zweifel für Europa. In: Rheinischer Merkur, Bonn, Nr. 50, 11. Dezember 2003, S. 6.

⁵⁰ Wladimir I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: Ders., Werke, Bd. 19, S. 8.

Ernst W o i t

Menschenrechte und bewaffnete Intervention

Ich möchte meinen Beitrag unter einen Gedanken stellen, den der in Costa Rica wirkende Befreiungstheologe FRANZ J. HINKELAMMERT in die Worte gefaßt hat: „Wir müssen über die Menschenrechtsverletzungen sprechen, die im Namen der Durchsetzung der Menschenrechte begangen werden.“ Denn: „Die Menschenrechte müssen ihren angeblichen Beschützern gegenüber geschützt werden.“¹ Angesichts der Praxis aller NATO-Staaten, permanent die Menschenrechte in anderen Staaten einzufordern, ohne die Verwirklichung der Menschenrechte im eigenen Land überhaupt zu thematisieren, erfordert das zunächst, kurz zu bestimmen, was heute unter den Menschenrechten zu verstehen ist.

Menschenrechtsstandards heute

Die heutigen internationalen Menschenrechtsstandards ergeben sich vor allem aus der Universalen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 und den am 16. Dezember 1966 vereinbarten Internationalen Pakten (Covenants) über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie die politischen und bürgerlichen Menschenrechte.

Die überragende Bedeutung der beiden Internationalen Menschenrechtspakte von 1966 für die heute gültigen Menschenrechtsstandards besteht vor allem darin, daß mit ihnen die in der Universalen Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 deklarierte untrennbare Einheit und wechselseitige Bedingtheit von politischen und bürgerlichen sowie sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten völkerrechtlich verbindlich bekräftigt wurde. Diesem Menschenrechtsverständnis liegt die fundamentale Erkenntnis zugrunde, daß ein menschenwürdiges Leben nur frei von politischer Unterdrückung und frei von materieller Not zu verwirklichen ist. In diesem Zusammenhang ist es schon bemerkenswert, daß die USA, die nicht müde werden, in anderen Staaten die Menschenrechte einzufordern, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte von 1966 bis heute nicht ratifiziert haben.

Im Kalten Krieg war es üblich, die vertraglich vereinbarten Menschenrechte selektiv zu ideologisieren und politisch zu instrumentalisieren. So favorisierten die NATO-Staaten die bürgerlichen Freiheitsrechte und ignorierten weitgehend die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, während die Sowjetunion und deren Verbündete umgekehrt verfuhrten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde kam nach dem Kalten

¹ F. J. Hinkelammert: Die Umkehrung der Menschenrechte und die Möglichkeit ihrer Rückkehr. In: U. Duchrow: Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen – oder nur im Süden und Osten? Beilage zu: Junge Kirche, Bremen, H. 4/1997, S. 34.

Krieg der *Zweiten Welt-Menschenrechtskonferenz der UNO* eine so überraschende Bedeutung zu. Das war jene Konferenz, die der damalige deutsche Außenminister GENSCHER im September 1991 feierlich nach Berlin eingeladen und dann ein halbes Jahr später mit der beschämenden Erklärung wieder ausgeladen hatte, diese Konferenz werde für Deutschland zu teuer. Sie fand dann bekanntlich im Juni 1993 in Wien statt. Von ihr gingen mächtige Impulse zur weiteren Durchsetzung der Menschenrechte aus, und sie war auch für Österreich als Gastgeberland alles andere als ein Verlustgeschäft. Ich betone die Bedeutung dieser Weltkonferenz ausdrücklich, weil jene Kräfte, die nach ihrem Sieg über die Staaten des Sozialismus-Versuchs wenig oder kein Interesse mehr an einer Weiterentwicklung der Menschenrechtsstandards haben, seitdem bemüht sind, die Resultate dieser wichtigen Konferenz zu ignorieren, zumindest aber herunterzuspielen. Denn was da zwischen dem 10. und 25. Juni 1993 in Wien stattfand, war ein äußerst differenziertes und hoch motiviertes Weltforum für die Menschenrechte, dessen Qualität vor allem dadurch bestimmt wurde, daß Nichtregierungsorganisationen in einer bis dahin bei UN-Konferenzen noch nie dagewesenen Größenordnung Einfluß auf die Arbeit der Regierungsvertreter nahmen. Mehr als 2000 Delegierte von etwa 1000 Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt waren nach Wien gekommen, um dort ihre Forderungen an die Staatenkonferenz zu erheben. Unter ihnen auch eine Delegation der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS) unter meiner Leitung. Die Forderungen der NGOs, die in Wien versammelt waren, sind überzeugend unter der Losung zusammengefaßt: „All Human Rights for All“ – „Alle Menschenrechte für alle Menschen“.

„Alle Menschenrechte für alle Menschen“ – das bedeutet zunächst einmal die *Un-
teilbarkeit der Menschenrechte* und damit die Zurückweisung aller Versuche, z. B. die politischen Freiheitsrechte den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten entgegenzusetzen oder sie gar als die ‚einzig wirklichen‘ Menschenrechte hinzustellen. Angesichts der nicht nachlassenden Versuche so mancher Regierungen, sich die ihnen genehmen Menschenrechte herauszunehmen und andere einfach zu ignorieren, ist es schon bedeutsam, daß die Welt-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 in ihrem Schlußdokument festgeschrieben hat: „Alle Menschenrechte sind allgemeingültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang. ... Die Weltkonferenz über die Menschenrechte weist mit Nachdruck darauf hin, wie wichtig es ist, die Universalität, Objektivität und Nichtselektivität der Erörterung von Menschenrechtsfragen sicherzustellen.“² Zugleich bedeutet „Alle Menschenrechte für alle Menschen“ aber auch die *Unteilbarkeit der Menschheit in Menschenrechtsangelegenheiten*. Das heißt: Es geht um die weltweite Verwirklichung aller heute völkerrechtlich vereinbarten Menschenrechtsstandards. Damit ist auch eine historisch neue Kategorie von Menschenrechten verbunden, die auch als ‚*Menschenrechte der dritten Generation*‘ bezeichnet werden. Sie betreffen die globalen

² Gleiche Menschenrechte für alle. Dokumente zur Welt-Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen in Wien 1993. (DGVN-Texte 43), Bonn 1994, S. 16 u. 24.

Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen, wozu nach dem heutigen Stand der Diskussion vor allem das Recht auf Frieden, das Recht auf Entwicklung und das Recht auf eine gesunde Umwelt gehören.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant, daß die frühere UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, MARY ROBINSON, ihren Entschluß, nicht für eine zweite Amtsperiode zur kandidieren, sondern lieber außerhalb der UN für die Menschenrechte zu wirken, vor allem mit der Einstellung der USA und der anderen ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zu den Menschenrechten begründet hat. Konkret warf sie den USA vor, Menschenrechte immer noch „begrenzt auf bürgerliche und politische Rechte“ zu sehen, während sie selbst davon ausgeht, „die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleich wichtig einzustufen wie die politischen Rechte“. Außerdem kritisierte MARY ROBINSON, daß ihre Bemühungen erfolglos waren, die USA dazu zu bewegen, die Konvention über die Rechte des Kindes und jene gegen die Diskriminierung der Frau endlich zu ratifizieren.³

Wege und Irrwege zur Durchsetzung der Menschenrechte

Naturgemäß hat auf der Welt-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien auch die Frage eine bedeutende Rolle gespielt, wie die Menschenrechte für alle Menschen verwirklicht werden sollen. Die Antworten, die die Regierungsvertreter auf diese Frage gaben, unterschieden sich dabei erheblich von denen, die die Vertreter der Menschenrechtsorganisationen aus aller Welt von ihnen gefordert hatten.

So hat bereits damals in Wien die große Mehrheit der NGO-Vertreter prinzipiell kritisiert, daß die USA und deren Verbündete seit dem Sieg über den Warschauer Vertrag immer hemmungsloser militärisch intervenieren, um damit angeblich die Menschenrechte durchzusetzen. Sie stellten damals schon klar, daß das, was demagogisch als ‚*humanitäre militärische Intervention*‘ bezeichnet wird, die tatsächlich vorhandenen Konflikte nur vergrößern und die Menschenrechtsverletzungen nur noch verschlimmern kann. Ausgehend von der Grundforderung, Menschenrechtsschutz zum Bestandteil jeglicher UNO-Politik zu machen, entwickelte der Generalsekretär von amnesty international, PIERRE SANÈ, ein Konzept präventiver Konfliktentschärfung, das die NGO-Vertreter mit großer Mehrheit beschlossen und der Staatenkonferenz als Vorschlag unterbreiteten. Danach setzt wirksamer Menschenrechtsschutz „ein Frühwarnsystem für internationale Krisenherde voraus und ein ebenso funktionierendes Reaktionssystem. Aber wichtig ist vor allem eine Politik, die finanziell und geistig jene UNO-Hilfsprogramme fördert, die auf langfristige Humanität ausgerichtet sind.“ Ausgehend von seinem Credo: „Kein gesellschaftliches Ziel darf mit der Zerstörung von menschlicher Würde erkaufte werden“, kritisierte SANÈ die ausschließliche Orientierung der Großmächte

³ Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 20. März 2001, S. 5.

auf „das militärische Eingreifen“ und betonte dann: „Das kann die Lösung nicht sein.“⁴ Die UN-Staatenkonferenz hat 1993 in Wien das Konzept der NGOs *Prävention statt Intervention* und ihren Vorschlag, ein wirksames Frühwarn- und Reaktionssystem zur zivilen, nichtmilitärischen Konfliktentschärfung zu schaffen, ignoriert. Daran hat sich bis heute auch – trotz aller diesbezüglichen Diskussionen – prinzipiell nichts geändert. Also müssen wir weiter dafür kämpfen, um Zug um Zug den Spielraum jener imperialistischen Hasardeure zu verringern, die der Menschheit durch immer neue Interventionskriege ihre ‚neue Weltordnung‘ aufzwingen wollen.

An sich verbietet bereits der in jedem Falle Menschenleben vernichtende und die materielle Lebensbasis von Menschen zerstörende Charakter des Krieges alle Überlegungen, die in den Internationalen Menschenrechtspakten kodifizierten Menschenrechte durch Kriege verwirklichen zu wollen. Doch wir haben es ja erlebt, daß die USA und deren NATO-Verbündete ihre jüngsten Kriege immer wieder auch als ‚Kriege zur Durchsetzung der Menschenrechte‘ begründet haben. Und sie haben damit – bisher jedenfalls – in fast allen NATO-Staaten die Zustimmung der Mehrheit der Menschen erreicht. Meiner Auffassung nach handelt es sich um einen schlimmen Mißbrauch des Begriffes „Menschenrechte“, wenn damit ein Krieg gerechtfertigt wird. Mit dieser Auffassung stehe ich glücklicherweise nicht allein. Es war z. B. Altbundeskanzler HELMUT SCHMIDT, der im Dezember 1998 – als die Vorbereitung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien bereits auf Hochtouren lief – erklärte, „manche westlichen Politiker mißbrauchen den Begriff ‚Menschenrechte‘ gar als Instrument aggressiver außenpolitischer Pressionen.“⁵

HELMUT SCHMIDT gehörte auch zu jenen – meist als konservativ denkend bekannten – Politikern, die den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien öffentlich verurteilt haben. Und das mit Recht, denn *Krieg führen zur Verwirklichung von Menschenrechten, das ist entweder ein schlimmer Denkfehler oder eine zynische Propagandaformel psychologischer Kriegführung.*

Daß das so eingeschätzt werden muß, ergibt sich meines Erachtens vor allem aus dem *mit Kriegführung unvereinbaren Wesen der Menschenrechte*. Nach dem Golfkrieg II hat der damalige Generalsekretär der deutschen Sektion von *amnesty international*, VOLKMAR DEILE, diese Problematik prinzipiell auf den Begriff gebracht. Durch die Angriffskriege der USA und ihrer Verbündeten gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak haben seine Wertungen eine geradezu beklemmende Aktualität behalten. DEILE schrieb unmittelbar nach dem Golfkrieg II: „Der 2. Golfkrieg ist zwar von alliierter Seite auch mit Menschenrechtsverletzungen begründet worden. Faktisch aber sind die Menschenrechte mißbraucht worden. Der Krieg selbst hat viele Menschenrechtsverletzungen mit sich gebracht. Die Folgen des Krieges waren schwere Menschenrechtsverletzun-

⁴ P. Sanè: „Der einsame Mensch fragt, was denn Leben sei.“ In: Neues Deutschland, Berlin, 7.7.1993, S. 3.

⁵ H. Schmidt: Recht als Waffe. In: Die Zeit, Hamburg, Nr. 52/1998, S. 18.

gen. Der selektive und instrumentalisierende Mißbrauch der Menschenrechte hat deren Achtungsanspruch schwer geschadet ... Auch der 2. Golfkrieg lehrt: Menschenrechte sind nicht mit Krieg durchsetzbar. Menschenrechte haben eine natürliche Nähe zu ihrer gewaltfreien Realisierung. Die Menschen müssen lernen, Konflikte ohne Kriege zu lösen. Die UNO ist dazu das Instrument. Interventionen zugunsten bedrohter Menschen und Völker und für Opfer von Menschenrechtsverletzungen müssen mit Mitteln ausgeübt werden, die dem angestrebten Ziel des Schutzes der Menschen nicht widersprechen. Es gilt, Instrumente und Durchsetzungsmechanismen zu entwickeln, mit denen ‚Einmischung‘ möglich ist, ohne die territoriale Integrität und Souveränität eines Staates militärisch zu verletzen.“⁶

Wichtig ist mir an der Position VOLKMAR DEILES vor allem zweierlei: *Erstens* vertritt er nachdrücklich den inzwischen von nahezu allen, die für die Verwirklichung der heutigen internationalen Menschenrechtsstandards eintreten, geteilten Standpunkt, daß Menschenrechtsverletzungen keine innere Angelegenheit des betreffenden Staates mehr sind, weshalb zu deren Überwindung auch ihre internationale Thematisierung und internationale Einmischung durchaus rechens sind. *Zweitens* die klare Forderung, eine solche *Einmischung* oder *Intervention* ausschließlich mit solchen Mitteln und Methoden vorzunehmen, die dem Ziel, die Menschenrechte durchzusetzen, nicht widersprechen, und insbesondere darauf zu verzichten, die territoriale Integrität und Souveränität eines Staates *militärisch* zu verletzen, d. h. Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Menschenrechten prinzipiell auszuschließen. Ich kann deshalb auch der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, ANTJE VOLLMER, nur zustimmen, die kürzlich nach den Erfahrungen der jüngsten Angriffskriege der USA und ihrer Verbündeten in einem Interview erklärte: „Mich beunruhigt, daß Menschenrechte nur noch sehr selektiv problematisiert und dann auch noch im Zusammenhang mit der Begründung von Angriffskriegen gebracht werden.“ Gegen diesen Mißbrauch der Menschenrechte stellte sie die eindeutige und prinzipielle Forderung: „Menschenrechtspolitik darf nicht Unterabteilung der Kriegspropaganda werden.“⁷

Kriegsrealität versus Demagogie

Als Musterbeispiel einer „humanitären Intervention“ zur Durchsetzung „der Menschenrechte“ wird bis heute immer wieder der Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien genannt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine militärische Intervention zur Zerschlagung eines UNO-Mitgliedstaates im Zusammenwirken mit einer Bürgerkriegspartei innerhalb dieses Staates. Was dort gelaufen ist, hat die in Frankfurt a. Main lehrende Politikwissenschaftlerin INGEBORG MAUS treffend so beschrieben: „Der Westen hat Milosevic gezwungen, sich mit der UCK an einen Tisch zu setzen. (Man stelle sich vor, ausländische Mächte

⁶ V. Deile: Frieden und Menschenrechte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem zweiten Golfkrieg. In: Shalom, Schwerte, Ausg. 2/1992, S. 14 f.

⁷ Der Tagesspiegel, Berlin, 18. Januar 2004.

hätten in den 70er Jahren die Regierung der BRD gezwungen, mit der RAF zu verhandeln.) Der Westen hat schließlich versucht, Milosevic unter Androhung militärischer Aktionen zur Unterschrift unter den Vertragsentwurf von Rambouillet zu zwingen – ein Vorgang, der selbst eklatant gegen internationales Recht verstößt. Inhaltlich hätte Milosevic mit diesem Vertrag nicht nur in die Nato-Besetzung des Kosovo, sondern des gesamten restjugoslawischen Staatsgebietes einwilligen müssen. Allein diese Forderung belegt, daß der Westen diesen Krieg um jeden Preis wollte ...“⁸ Der damals bei der OSZE tätige Bundeswehrgeneral HEINZ LOQUAI hat das noch treffender so formuliert: „Als Luftwaffe der UCK gewann die NATO den Bürgerkrieg für die UCK.“⁹ Und die Folgen dieser angeblich „humanitären Intervention“ für die Menschen? CHRISTIAN STRÖBELE schätzte sie vor dem Deutschen Bundestag so ein, „daß der militärische Teil der Doppelstrategie der NATO zu Tausenden von Toten, zu Tausenden von verletzten, verstümmelten Menschen in Serbien und im Kosovo geführt hat, daß einem ganzen Volk die Lebensgrundlage weggebombt worden ist und daß einem ganzen Land die Infrastruktur zusammengebombt worden ist.“¹⁰

Nicht anders verhält es sich mit den Folgen des Krieges, den die USA faktisch seit dem Golfkrieg II ununterbrochen gegen den Irak führten. Nachdem ihre Luftstreitkräfte die Infrastruktur des Landes – darunter insbesondere die Basis der Wasser- und Abwasserversorgung – zerstört hatten, hatten die auf Druck der USA und Großbritanniens vom UN-Sicherheitsrat verhängten Wirtschaftssanktionen verheerende Folgen. In den zwölf Jahren seit Anfang 1991 starben im Irak mehr als 1,5 Millionen Menschen, darunter 550.000 Kleinkinder, an den Folgen mangelnder Ernährung und unzureichender medizinischer Versorgung. Das sind mehr als sieben Prozent der irakischen Bevölkerung! HANS VON SPONECK, der aus Protest gegen diese unmenschliche Praxis im Februar 2000 als Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad zurücktrat, kritisierte sie – wie sein Vorgänger DENNIS HALLIDAY – als Völkermord und Verstoß gegen das Völkerrecht, darunter insbesondere als „Verletzung der Genozid-Konvention der UNO von 1948, der Konvention über die Rechte des Kindes sowie der beiden internationalen Pakte für wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie für bürgerliche und politische Menschenrechte aus dem Jahre 1966.“¹¹ Als MADELEINE ALBRIGHT, bis Ende 2000 Außenministerin der USA, 1996 in einem Fernsehinterview gefragt wurde, ob für sie der Tod von hunderttausenden Kindern „ein angemessener Preis“ für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen sei, antwortete sie – gleichsam den wahren Charakter der USA-Politik gegenüber dem Irak offenbarend – : „Wir meinen, das ist ein angemessener Preis.“¹²

⁸ I. Maus: „Wer den Weltstaat etablieren will, riskiert Krieg“. In: O. Tolmein (Hrsg.): Welt – Macht – Recht. Konflikte im internationalen System nach dem Kosovo-Krieg, Hamburg 2000, S. 75.

⁹ H. Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, S. 147.

¹⁰ 14. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 43. Sitzung am 11.6.1999, S. 3583.

¹¹ H. v. Sponeck u. A. Zumach: Irak – Chronik eines gewollten Krieges, Köln 2003, S. 50.

¹² Nach ebenda, S. 48.

Anlässlich des NATO-Krieges gegen Jugoslawien betonte DIETER S. LUTZ, welche Konsequenzen es hat, wenn das völkerrechtliche Verbot des Angriffskriegs mittels demagogischer Bemühung der Menschenrechte ausgehebelt wird: „Geht Macht vor Recht, so wird Recht zum Faustrecht. Macht, die vor Recht geht, verkommt zur Willkür. Dies ist die Beschreibung der friedens- und sicherheitspolitischen Realität, wie wir sie im Moment in Europa haben.“¹³ Faustrecht und Willkür in den internationalen Beziehungen sind aber absolut ungeeignet, die Durchsetzung der Menschenrechte zu fördern. *Aus gutem Grund ist das absolute Verbot des Angriffskriegs das höchste und wichtigste Prinzip der UN-Charta.* Und aus ebenso gutem Grund betonen beide Internationale Menschenrechtspakte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht der Völker und bieten keinerlei Rechtfertigung für einen Krieg zu ihrer Durchsetzung. Ich stimme deshalb auch EGON BAHR uneingeschränkt zu, der mit folgenden Worten davor warnte, nach dem Motto zu verfahren ‚Menschenrecht bricht Völkerrecht‘: „Wir drohen in das Chaos der gerechten Kriege zurückzufallen, wenn wir die Menschenrechte über alles stellen – auch über die Rechte der Staaten und über den Frieden.“¹⁴

Nicht weniger wichtig ist der durch historische Erfahrungen immer wieder bestätigte Tatbestand, daß sich Menschenrechte nicht herbeibomben lassen. Neben dem Fehlen eines entsprechenden Beschlusses des UN-Sicherheitsrates war das übrigens auch der Hauptgrund dafür, daß der damalige deutsche Justizminister EDZARD SCHMIDT-JORTZIG sich in der Kabinettsitzung gegen die anstehende Einsatzentscheidung aussprach und am 12. Oktober 1998 an der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages über die Mandatierung der Bundeswehr für einen NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht teilnahm und dafür ein Strafgeld zahlte. SCHMIDT-JORTZIG war, wie er leider erst nach dem Krieg öffentlich machte, gegen einen Waffeneinsatz, „weil durch die Luftoperationen voraussehbar die zu schützende Bevölkerung selber in Mitleidenschaft gezogen wurde.“¹⁵

Zum Begriff der „Intervention“ für Menschenrechte

Seit mindestens zehn Jahren wird im Zusammenhang mit der Relativierung staatlicher Souveränität zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte der Begriff der ‚humanitären Einmischung‘ bzw. ‚humanitären Intervention‘ sowohl unter völkerrechtlichen als auch strategischen und ethischen Gesichtspunkten diskutiert.¹⁶ Dabei wurde immer wieder festgestellt: „Die völkerrechtlichen Grundlagen für humanitäre Interventionen im strengen Sinne sind derzeit nicht gegeben.“

¹³ D. S. Lutz: Das Faustrecht der Nato. In: Th. Schmid (Hrsg.): Krieg im Kosovo, Reinbek 1999, S. 239.

¹⁴ Freitag, Berlin, Nr. 19 vom 5. Mai 2000, S. 7.

¹⁵ Nach: H. Theisen: Die heutige Meinung der Bundestagsabgeordneten zum Kosovo-Krieg. In: antimilitarismus information, Berlin, H. 1 / 2001, S. 8.

¹⁶ Vgl. u. a.: T. Debiel / F. Nuschler (Hrsg.): Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1996.

Menschenrechtsverletzungen sind vorerst nur als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sanktionsfähig.“¹⁷

Seitdem jedoch die NATO ihren Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit einem beispiellosen Medien-Aufwand als ‚*humanitäre Intervention zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe*‘ propagiert hat, hat diese Diskussion faktisch eine neue Qualität erhalten.¹⁸ Immerhin wurde damit der Begriff ‚humanitäre Intervention‘ zur Bezeichnung eines Angriffskrieges verwendet, der seit dem Briand-Kellog-Pakt von 1928 und dem Inkrafttreten der UN-Charta 1945 als das schlimmste internationale Verbrechen geächtet ist. Dieser Tatbestand ist eindeutig. Wie der durchaus konservative Kommentator HERBERT KREMP nach 14 Tagen NATO-Krieg zu recht betonte, setzt die Antwort auf die Frage „Wann ist Krieg erlaubt?“ unbedingt „klare Begriffe voraus, denen die Politik mit dem Wort von der humanitären Intervention auszuweichen sucht. Aber es gibt kein Finassieren: Die Angriffe gegen Jugoslawien sind Krieg, genauer Angriffskrieg, Beuge-Aktion. Und dieser Krieg hat abgesehen von militärischen und politischen Implikationen Einfluß auf Bestand und Entwicklung des Völkerrechts.“¹⁹ Was da an raffinierter verbaler Täuschung gelaufen ist wird offenkundig, wenn man statt ‚humanitäre Intervention‘ einfach ‚humanitärer Krieg‘ sagen würde. Den gibt es natürlich nicht. Dem Wesen nach stellt sich der von der NATO in der Öffentlichkeit erst einmal weitgehend durchgesetzte Gebrauch des Begriffes ‚humanitäre Intervention‘ als der heimtückische Versuch heraus, damit die obsolet gewordene Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ mittels begrifflicher Täuschung der Öffentlichkeit neu zu etablieren. Um so notwendiger ist es, an den Praktiken und den Resultaten dessen, was die NATO-Ideologen als ‚humanitäre Intervention‘ bezeichnet haben, diese Kriegsapologetik ad absurdum zu führen.

Wie aber steht es angesichts dieser Problemlage um eine *nichtmilitärische*, in Inhalt und Form *wirklich humanitäre Intervention* zur immer besseren weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte? Ich denke, daß jeder, dem es tatsächlich um die Menschenrechte geht, für solche wirklich humanitären Interventionen eintreten muß. Zugleich müssen sich aber alle, die für die weltweite Verwirklichung der heutigen internationalen Menschenrechtsstandards eintreten, darüber im klaren sein, daß der Begriff ‚humanitäre Intervention‘ inzwischen nahezu ausschließlich als *militärische Intervention*, d. h. als *Krieg* verstanden wird. Das ist das außerordentlich ernst zu nehmende Resultat der Kriegs- und Medienpolitik der USA und ihrer NATO-Verbündeten. Insofern dürfte es sich heute verbieten, zur Überwindung von Menschenrechtsverletzungen in diesem oder jenem Land und zur Verwirklichung der Losung „Alle Menschenrechte für alle Menschen!“ einfach

¹⁷ H. Schmidt: Menschenrechte und militärische Gewalt. In: T. Debiel / F. Nuschler (Hrsg.): a. a. O., S. 107.

¹⁸ Vgl. als gute Übersicht: H.-R. Reuter: Die „humanitäre Intervention“ zwischen Recht und Moral: Rechtsethische Anmerkungen aus Anlaß des Kosovo-Krieges. In: U. Ratsch/R. Mutz/B. Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2000. Münster – Hamburg – London 2000, S. 74 ff.

¹⁹ H. Kemp: Wann ist Krieg erlaubt? In: Welt am Sonntag, Berlin, 28. März 1999, S. 9.

‚humanitäre Interventionen‘ zu fordern. Unbedingt notwendig und möglich scheint es mir aber, in der Öffentlichkeit die ursprünglich viel differenziertere Bedeutung des Begriffes „Intervention“ wieder herzustellen und damit die Definitionsmacht jener zu brechen, denen es weder im Golfkrieg II noch bei den Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak um die Menschenrechte oder andere wirklich humanitäre Ziele ging.

Immerhin kann man in einem Fremdwörterbuch relativ mühelos feststellen, welche höchst unterschiedlichen Inhalte noch vor kurzem mit dem Begriff **Intervention** verbunden wurden: „1. Das Dazwischentreten; Einmischung; Einspruch; Vermittlung; das Eingreifen in einen Prozeß (bes. Zivilprozeß) – 2. Gewaltsame rechtswidrige Einmischung eines Staates od. einer Staatengruppe in die inneren od. äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates – 3. diplomat. Vermittlung eines Staates in einem Streit zw. anderen Staaten.“²⁰

Ich bin sicher, daß es bei entsprechender geistiger Anstrengung aller für Frieden und Menschenrechte eintretenden Mitmenschen möglich ist, die inzwischen eingetretene kriegsideologische Verengung des Begriffes ‚humanitäre Intervention‘ aufzubrechen und diesen Begriff schließlich wieder mit einem Inhalt zu füllen, der Kriege als Mittel von Menschenrechtspolitik prinzipiell ausschließt, dafür aber – ganz im Sinne der Welt-Menschenrechtskonferenz von 1993 – weit zielstrebig und effektiver als bisher all die anderen wirklich *humanitären Methoden internationaler Einflußnahme* zur immer besseren Durchsetzung der Menschenrechte umfaßt und nutzt.

²⁰ Großes Fremdwörterbuch, Leipzig 1977, S. 342.

Joachim Klopfer

Rüstungskontrolle und Abrüstung – durch Krieg?

US-republikanische Elefanten¹ sind dabei, das Porzellan eines mit Mühe errichteten Vertragssystems zu zertrampeln

Rolf Lehmann zum 70.

George W. Bush, Präsident der „einzigsten Weltmacht“ USA, hat uns kürzlich offenbart: „Ich bin ein Kriegspräsident! ... Und das amerikanische Volk muss wissen, dass es einen Präsidenten hat, der die Welt sieht, wie sie ist.“²

Dass dieser Präsident, seine Brüder im Geiste Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz u. a. und die ganze ehrenwerte Gesellschaft von Paten, „Falken“ und Nutznießern fähig und willens sein könnten, sich einem „*schwierigen Lernprozess*“ zu unterziehen, muss wohl bezweifelt werden. Schließlich wissen sie doch längst, wie die Welt ist. Sie handhaben dieses „Wissen“ in einem unbedarften, simplen Raster: hier das Gute, der Hort der Freiheit und der Demokratie, the Nation Under God, und dort eine Rest-Welt, in der es nur zwischen Willigen und Rogues zu unterscheiden gilt und die auf ihre Beglückung durch „the global cultural transformation led by the United States“ (Lugar³) wartet. Man wähnt sich im Besitz der Mittel für die Dominanz des „Guten“ – vor allem: überlegene Militärmacht und deren Einsatz(-androhung) gegen alle Unbotmäßigen, wann und wo immer dies US-Interessen dienlich ist. Und im Rausch der eigenen Übermacht bemüht man sich kaum noch wirklich darum, den eigenen Gewaltakten und Kriegsabenteuern eine glaubwürdige Rechtfertigung (Kampf gegen Terrorismus, Abwendung von Aggressionen gegen die USA, Kampf gegen Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ...) und die Zustimmung der „Weltgemeinschaft“ zu verschaffen. „Gemeinsame Sicherheit“? – o. k., aber nicht etwa in partnerschaftlicher Verbundenheit, mit den USA als Primus inter Pares, sondern in Global Domination or Global Leadership des Hegemons gegenüber willfährigen Vasallen oder niedergestreckten Schurken.

Wer da immer noch erwartet, dass, auch nur im Maße eines schwierigen Lernprozesses, eine Weltordnung gemeinsamer Sicherheit erreichbar sei, muss ein unbeirrbarer historischer Optimist sein. Die Autoren des Gesamttitels dieser Schrift,

¹ Der Elefant ist traditionelles Wappentier der Republikanischen Partei der USA.

² „I’m a war president. And the American people need to know they got a president who sees the world the way it is.“ US-Präsident im Interview am 7. Februar 2004 für NBC News. Quelle: Interview with President George W. Bush. The Oval Office, February 7, 2004 [Transcript for Feb. 8th, NBC News], URL: <http://www.msnbc.msn.com/id/4179618/>.

³ Senator Richard G. Lugar, Chairman des U. S. Senate Foreign Relations Committee, in einer Äußerung zu Zbigniew Brzezinskis neuem Buch „The Choice. Global Domination Or Global Leadership“ (Die Alternative: Globale Dominanz oder globale Führerschaft), Basic Books Febr. 2004, Quelle: <http://www.perseusbooktroup.com/perseus-cgi-bin/display/0-465-00800-3>.

gehören offenbar dazu, der Jubilar ebenso – hat er sich doch, nun bereits seit Jahrzehnten, als Militär, als Wissenschaftler, als Laien-Diplomat, als Friedensforscher und -aktivist unverdrossen in die Bemühungen um einen solchen Zustand eingereiht und mit bemerkenswerten Beiträgen eingebracht.

Gemeinsame Sicherheit braucht Völkerrecht, Verhandlungen, Verträge und Verifikation, Verbindlichkeit und Vertrauen, Vorbeugung und Vorschüsse. Alles das war, obwohl eingezwängt in tiefe Systemgegensätze und überschattet vom Prinzip der Abschreckung durch überlebensgefährdende Zweitschlagskapazitäten, zunehmend Zielbild und partiell Verhaltensmaxime über die Jahrzehnte des Kalten Krieges geworden, und es blieb dies (noch) während der „UN-Abrüstungsdekade“ der 90er Jahre. Man konnte hoffen, dass der von den Fesseln des bipolaren Systems befreite Prozess nun bald zu höherer, gewaltloser Sicherheit fortschreiten würde.

Durch die reale Politik der Bush-Administration wurde diese Zuversicht aber inzwischen arg erschüttert, und selbst die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erreichten Ergebnisse der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen – ein „hohes Gut“, das Bestandschutz und Pflege (Vervollständigung, Stabilisierung, Aktualisierung) verdient – müssen gegen Staatsterroristen verteidigt werden, die Völkerrecht durch Militärmacht ersetzen und Abrüstung durch Krieg erreichen wollen. Diese Ergebnisse werden daher heute oft eher als Krisenfall, als Intensiv-Patient oder gar als Leichnam angesprochen (Mützenich/Karadi, Nassauer u. a.⁴), so dass Zuversicht auf nichtkonfrontative gemeinsame Sicherheit mitunter als weltfremd erscheinen mag.

Trotzdem gibt es noch immer Argumente gegen Fatalismus und Resignation auf diesem Gebiet. Im Folgenden sollen dazu zwei die Massenvernichtungswaffen betreffende bewahrenswürdige Errungenschaften kurz referiert werden⁵:

- das – gewiss anpassungsbedürftige und inzwischen partiell gestörte, aber – (noch) völkerrechtsgültige Vertragssystem zu Rüstungskontrolle und Abrüstung,
- die – gemeinsamen Sicherheitsinteressen folgenden – Partnerschaften zur finanziellen und technologischen Unterstützung der Bemühungen um die Sicherung und Entsorgung der Rüstungs-Erblasten des Kalten Krieges in Russland.

⁴ Rolf Mützenich/Matthias Karadi, Vertrauen ist gut, Waffenkontrolle ist besser. Internationale Verträge bleiben unverzichtbare Instrumente, dem Wetrüsten Einhalt zu gebieten, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (1/2004);

auch unter: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/export/kontrolle.html>.

⁵ Ausführlicher siehe auch unter <http://www.jokler.de/abruestg/ref40410.htm>.

Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, Bereich MW (Kurzinventur)

(Quellen: Rubrik Abrüstung und Rüstungskontrolle auf dem WebServer des Auswärtigen Amtes der BRD, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/>; UN-Abrüstungs-Kommission, URL: <<http://disarmament.un.org:8080/TreatyStatus.nsf>>.)

August 1963 / Oktober 1963

Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser [Limited or Partial Test Ban Treaty (LTBT or PTBT)]

Der Vertrag verbietet Nuklearwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser sowie Tests, die radioaktive Ablagerungen außerhalb des eigenen nationalen Territoriums verursachen. Der LTBT wird von zwei amerikanisch-sowjetischen Verträgen zur Regelung der Größe und Durchführung von zulässigen Kernexplosionen flankiert: Dem Testschwellenvertrag und PNET (1976).

Unterzeichner: ursprünglich USA, GB und UdSSR, inzwischen 131 Staaten.

Juli 1968 / März 1970

Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV) [Non-Proliferation Treaty (NPT)]

Der NVV verbietet den Nuklearwaffenstaaten (zum Stichtag 1.1.1967: USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, China) die Weitergabe von Nuklearwaffen sowie jegliche Hilfeleistung oder Beeinflussung zum Bau von Nuklearwaffen an Staaten, die diese noch nicht besitzen. Den Nicht-Nuklearwaffenstaaten ist es verboten Nuklearwaffen zu erwerben oder herzustellen. Die Vertragsparteien sollen aber den Austausch von Material und Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernspaltung fördern, damit auch Nicht-Nuklearwaffenstaaten davon profitieren können. Der Vertrag verpflichtet die „offiziellen“ Kernwaffenstaaten auf das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung. Er wurde 1995 unbefristet verlängert.

Unterzeichner: bisher 188 Staaten; nicht: die „de facto“-Kernwaffenstaaten Indien, Israel und Pakistan; Nordkorea 2002 ausgetreten.

1972 / 1972

Strategic Arms Limitation Talks (SALT I) [Strategic Arms Limitation Talks (SALT I)]

SALT 1 stellte den Versuch dar, eine entscheidende Komponente der nuklearen Arsenale auf dem Stand von 1972 einzufrieren und damit die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Beendigung bzw. Begrenzung des Weltrüstens zu verbessern. Quantitative Einschränkungen wurden in bezug auf feste, landgestützte Startgeräte für ICBMs und die Anzahl der Startgeräte für SLBMs an Bord von U-Booten sowie für die Gesamtzahl moderner raketentragender U-Boote vorgenommen. Qualitative Einschränkungen fanden sich für ältere landgestützte Startvorrichtungen, die weder für die neuen, schweren ICBMs umgerüstet werden durften noch für modernere ICBMs. Davon abgesehen wurde die Modernisierung bzw. Ersetzung älterer ICBMs und sonstiger Startgeräte ausdrücklich erlaubt.

Unterzeichner: USA, UdSSR

Mai 1972 / Oktober 1972 (USA: im Dezember 2001 gekündigt und im Juni 2002 verlassen)

Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen (ABM-Vertrag) [Anti-Ballistic Missile Treaty (ABM)]

Mit dem ABM-Vertrag verpflichteten sich die USA und die UdSSR keine landesweiten Verteidigungssysteme gegen ballistische Raketen aufzubauen. Der Vertrag begrenzt die Entwicklung und den Einsatz strategischer Raketenverteidigung auf zwei, ein 1974 beschlossenes Protokoll auf nur noch eine lokal begrenzte Raketenabwehranlage(n) ein.

Unterzeichner: USA, UdSSR (ab 1997: USA, Russland, Weißrussland, Kasachstan, Ukraine).

(Fortsetzung)

Mai 1972 / Dezember 1990

Vertrag zur Begrenzung von unterirdischen Nuklearwaffenversuchen

Threshold Test Ban Treaty (TTBT) - Testschwellenvertrag

Die Vertragsparteien wollen unterirdischen Nuklearwaffenversuche unterlassen, die einzeln eine größere Sprengkraft als 150 Kilotonnen TNT haben. Um die Überprüfung dieses Schwellenwertes zu erleichtern, wurden bestimmte Gebiete für die Nuklearwaffenversuche festgelegt, deren geologische Daten allen Vertragsparteien zugänglich sein sollen.

Unterzeichner: USA, UdSSR

1972 / 1972

Die B-Waffenkonvention (BWC) von 1972 verbietet eine ganze Waffenkategorie der MVW. Sie untersagt den Vertragsstaaten, biologische Wirkstoffe und Toxine zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder in anderer Weise zu erwerben oder zurückzubehalten. Die Forschung an biologischen Substanzen in kleinen Mengen, z.B. zum Zwecke der "Gegen- oder Schutzforschung", bleibt erlaubt. [Eine adäquate Verifikation, die durch den Vertrag nur höchst unzureichend geregelt wird, ist seit der Dritten Überprüfungskonferenz 1991 Gegenstand von Expertengesprächen; die USA blockieren jedoch eine multilaterale Kontrolle. Forschung und Entwicklung (F&E) zu B-Waffen hat die Konvention bisher nicht verhindert.

Mai 1976 / Dezember 1990

Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken

[Peaceful Nuclear Explosions Treaty (PNET)]

Im Unterschied zum TTBT-Vertrag gilt der PNE-Vertrag für alle Gebiete außerhalb der im TTBT-Vertrag festgelegten Nuklearwaffen-Testgebiete. Wie beim TTBT-Vertrag dürfen einzelne Kernexplosionen nicht mehr als 150 Kilotonnen TNT Sprengkraft entsprechen. Mehrere Kernexplosionen (Gruppen-Explosionen) dürfen zusammen, solange jede Explosion einzeln in ihrer Stärke meßbar bleibt, nicht mehr als 1500 Kilotonnen TNT entsprechen.

Unterzeichner: USA, UdSSR

Juni 1979 / (nicht ratifiziert, aber weitgehend befolgt)

SALT II (Strategic Arms Limitation Talks)

Der SALT II-Vertrag sah Beschränkungen der Trägersysteme für Nuklearwaffen sowie Verbote gegen Neuentwicklungen bzw. bestimmte Formen von Trägersystemen vor. Neben numerischen Beschränkungen (gleiche Höchstgrenzen bei Trägersystemen, Bomben, Startgeräten) gab es auch qualitative Regelungen, so das Verbot der Konstruktion weiterer schwerer Startgeräte oder das Verbot von Flugtests und Stationierung neuer ICBM.

Unterzeichner: USA, UdSSR

1987 / 1987

Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR) Missile Technology Control Regime (MTCR)

MTCR ist ein internationale Regime gegen die Proliferation von Raketen und Marschflugkörpern. Von den G-7 Staaten etabliert funktioniert es als informelles Gremium von gegenwärtig 32 Staaten, die das Ziel der Nonproliferation unbemannter Trägersysteme für Massenvernichtungswaffen verfolgen und dazu ihre nationale Exportkontrollpolitik koordinieren. MTCR besteht im wesentlichen aus der Selbstverpflichtung der Teilnehmerstaaten, weder fertige Raketen oder Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 300 km und einer Nutzlast von mehr als 500 kg noch deren Hauptkomponenten oder komplette Herstellungseinrichtungen zu exportieren. Des weiteren besteht das Regime aus der Selbstverpflichtung, sich beim Export von Raketenkomponenten oder auch von Raketen kürzerer Reichweite zurückzuhalten, sofern es Anhaltspunkte für deren Nutzung zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen gibt.

Unterzeichner: 32 Staaten

(Fortsetzung)

Dezember 1987 / Juni 1988 / vollständig realisiert Mai 2001

INF-Vertrag: Vertrag zur Eliminierung von Kurz- und Mittelstrecken Raketen

[Intermediate-Range Nuclear Forces]

Im INF-Vertrag von 1987 wurden (erstmals) zwei Waffenkategorien vollständig eliminiert: Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometern samt den dazugehörigen Startgeräten und der benötigten Infrastruktur. Die bereits stationierten Systeme wurden nicht nur zerstört, sondern die Produktion und Flugerprobung der INF relevanten Systeme ist verboten und wird überwacht. Die Sowjetunion akzeptierte erstmalig "Vor-Ort-Inspektionen". Innerhalb von drei Jahren wurden ca. 1692 Trägersysteme zerstört. Ca. 10 Jahre wurden "Vor-Ort-Inspektionen" durchgeführt.

Unterzeichner: USA, UdSSR

Juli 1991 / Dezember 1994

Vertrag zur Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen

[Strategic Arms Reductions Talks - START I]

Ziel: Reduzierung der strategischen Nuklearwaffensysteme innerhalb von 7 Jahren um ca. ein Drittel gegenüber 1991 auf gemeinsame Obergrenzen von 1.600 Trägersysteme und 6.000 Gefechtsköpfe. Im Ergebnis wird die Gesamtzahl der Sprengköpfe um 25 Prozent auf amerikanischer und um 35 Prozent auf sowjetischer/russischer Seite reduziert.

Unterzeichner: USA, UdSSR

1991 (1992)

Die Präsidenten der USA und der UdSSR, Bush und Gorbatschow, geben einseitige Erklärungen über den Abbau der substrategischen Kernwaffen ab. (Russlands Präsident Jelzin bestätigt dies 1992.) Gemäß entsprechender Erklärung haben die USA 1993 den Abbau abgeschlossen, die NATO-Arsenale dieser Art sollen um über 85% reduziert worden sein. Russland hat zunächst alle ehemals sowjetischen Waffen auf russisches Staatsgebiet überführt und erklärte seine Absicht, diese dort um zwei Drittel zu reduzieren.

März 1992 /

Vertrag über den Offenen Himmel, der Luftbeobachtungen "von Vancouver bis Wladiwostok" erlaubt.

Januar 1993 / (nicht in Kraft getreten)

Vertrag über die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen START II

Strategic Arms Reductions Talks - START II

Der START II-Vertrag sah gegenüber START I weitergehende Reduktionen der strategischen Nuklearwaffen vor und sollte den START-I-Vertrag 1993 ergänzen: die Zahl der Gefechtsköpfe, die auf Trägersystemen installiert sind, sollte bis Ende 2007 auf 3.000 bis 3.500 pro Seite (USA und Russland) reduziert werden. Der Vertrag verbietet ferner alle landgestützten strategischen Nuklearwaffen mit Mehrfachsprengköpfen. Die Gesamtobergrenzen für Sprengköpfe sollten gegenüber START I noch einmal drastisch reduziert werden. Die Zusammensetzung der Triade (Bomber, landgestützte Raketen, U-Boote) sollte geändert, bestimmte Trägersysteme und technologische Optionen komplett verboten werden. Mit dem im Mai 2001 zwischen US-Präsident Bush und dem russ. Präsidenten Putin geschlossenen SOR-Vertrag wurde der START-II-Vertrag beendet.

Unterzeichner: USA, Russische Föderation

(Fortsetzung)

Januar 1993 / 1997

Nach Jahrzehnten internationaler Bemühungen haben im Januar 1993 ca. 130 Staaten in Paris die Chemiewaffenkonvention (CWC) unterzeichnet. Die CWC ächtet nicht nur den Gebrauch von chemischen Waffen (CW) völkerrechtlich und errichtet - neben der BWC - eine internationale Norm über den Besitz von MVW, sondern fordert die Vertragsparteien auf, sowohl ihre Chemiewaffen als auch die dazugehörigen Produktionsanlagen zu zerstören. Die CWC etabliert ein differenziertes Verifikationssystem mit Routine- und Verdachtskontrollen, in dem auch die zivile chemische Industrie in die Kontrolle einbezogen wird. Es wird zu diesem Zweck eine eigenständige Organisation in Den Haag aufgebaut. Das Wissen zur Herstellung einfacher chemischer Substanzen zum Zweck militärischer Anwendung ist heute in den meisten Staaten der Erde verbreitet. Die Produktion stellt in erster Linie ein verfahrenstechnisches Problem dar. Es kann aber auch hier nicht ausgeschlossen werden, dass technologische Durchbrüche bei der Erzeugung neuer Substanzen gelingen. Die größte Herausforderung der CWC liegt darin, dass sich insbesondere Staaten aus Krisenregionen voraussichtlich nicht beteiligen werden bzw. Rüstungsexportkontrollen nicht effizient genug den Handel mit verfahrenstechnischen Anlagen kontrollieren können. Die Verifikation existierender Produktionsanlagen von Nichtmitgliedern ist nicht vorgesehen. Die CWC ist jedoch der erste globale, multilaterale Rüstungskontrollvertrag, der, abgesichert durch ein umfassendes Verifikationssystem, eine Waffenkategorie einschließlich der betreffenden Produktionsanlagen verbietet.

Unterzeichner: 174 Staaten, von denen 145 ratifiziert haben.

September 1996 / (noch nicht)

Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT)

Der Vertrag, der noch nicht in Kraft treten konnte, verbietet jegliche Art von Nuklearwaffentests und alle anderen Formen von Nuklearexplosionen. Er soll damit der Entwicklung neuer Arten von Kernwaffen ein Ende setzen. Im Vertrag ist die Einrichtung eines internationalen Überwachungssystems (International Monitoring System, IMS) geregelt.

Bisher (Stand Juni 2003) haben 101 Staaten den Vertrag ratifiziert (inkl. Russland, England und Frankreich). Sein Inkrafttreten setzt aber voraus, dass er durch 44 im Nuklearbereich hochentwickelte Staaten ratifiziert sein muss, von denen bisher aber nur 31 ratifiziert haben (Stand 7.8.2002). So kam z.B. im US-Senat keine 2/3-Mehrheit für die Ratifikation zu Stande, und die Bush-Administration weigert sich, ein neues Ratifizierungsverfahren einzuleiten.

Unterzeichner: 166 Staaten (Stand: März 2003)

Nicht ratifiziert haben: Vereinigte Staaten, China, Indien, Israel, Pakistan, Nord Korea, Ägypten, Indonesien, Iran, Kolumbien, Dem. Rep. Kongo, Vietnam

(Förmliche Verhandlungen noch nicht begonnen; de facto durch einseitige Moratorien der fünf offiziellen Kernwaffenstaaten seit 1996 praktiziert – außer China?)

Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper

Fissile Material Cut-Off Treaty (FMCT)

Ziel des FMCT ist es, die Zahl der Kernwaffen durch das "Abschneiden" neuer Spaltmaterialzufuhr für Kernsprengkörper zu begrenzen.

Die EU hat in einer Erklärung in Genf am 6. September 1999 deutlich gemacht, dass die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen und zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß gebracht werden sollten. Darüber hinaus haben die NVV-Vertragsstaaten im Schlussdokument der NPT-PrepCon vom Mai 2000 die Dringlichkeit der Aufnahme von FMCT-Verhandlungen bekräftigt. In den in Art. IV Ziff. 15 des Schlußdokuments aufgeführten 13 "praktischen Schritten" zur nuklearen Abrüstung fordern sie die CD Genf auf, sich über ein Arbeitsprogramm zu einigen, das die sofortige Aufnahme von "Cut-off"-Verhandlungen und deren Abschluß binnen 5 Jahren einschließt.

(Fortsetzung)

Mai 2002 / Mai 2003

Moskauer Vertrag über die Reduzierung der Strategischen Offensivpotenziale

Treaty Between the United States of America and the Russian Federation on Strategic Offensive Reductions. Beide Seiten verpflichten sich, bis zum 31. Dezember 2012 die Zahl der dislozierten strategischen Gefechtsköpfe auf 1700 bis 2200 zu reduzieren. Ohne Pflicht zur Zerstörung der Gefechtsköpfe oder/und der Trägersysteme, ohne Zählregeln, keine Verifikation. Bis 2009 bleibt START-I wirksam.)

Unterzeichner: USA, Russische Föderation

November 2002 / dto.

Haager Verhaltenskodex' gegen die Proliferation ballistischer Raketen. Dieser Kodex enthält Prinzipien, Verpflichtungen, Anreize und vertrauensbildende Maßnahmen, u.a. Ankündigungen geplanter Raketenstarts und Transparenzmaßnahmen über Raketenbestände.

Partnerschaften zur finanziellen und technologischen Unterstützung der Bemühungen um die Sicherung und Entsorgung der Rüstungs-Erblasten des Kalten Krieges in Russland

Im Juni 2002 entschlossen sich die in Kananaskis (Kanada) tagenden Staatschefs der „G8“ zu einer globalen Partnerschaft ihrer Länder gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und entsprechender Materialien. Bereits zehn Jahre zuvor hatten zwei US-Politiker, die Senatoren Sam Nunn (Demokrat. Partei) und Richard Lugar (Republikaner) entsprechende US-Programme angeregt und auf den Weg gebracht. Darüber hinaus gibt es, mit gleicher Orientierung, vielfältige bi- und multilaterale Hilfen durch europäische Länder und Japan.

Die „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ der G8

In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Kananaskis (27. Juni 2002) heißt es: „Im Rahmen dieser Initiative werden wir konkrete Kooperationsobjekte, zunächst in Russland, unterstützen, die sich mit Fragen der Nichtverbreitung, Abrüstung, Bekämpfung des Terrorismus und der nuklearen Sicherheit befassen. Zu unseren vorrangigen Anliegen gehören die Zerstörung chemischer Waffen, die Entsorgung von außer Dienst gestellten Atom-U-Booten, die Entsorgung spaltbaren Materials und die Beschäftigung früherer Rüstungsforscher. Wir werden uns verpflichten, in den nächsten zehn Jahren bis zu 20 Mrd. US-Dollar zur Unterstützung solcher Projekte aufzubringen.“

Inzwischen hat der Folgegipfel von Evian (2003) diese Globale Partnerschaft (US-Slogan: „10 plus 10 in 10“) bekräftigt, und es liegen Erklärungen, z. T. Vereinbarungen, über Umfang und Zielrichtung der Mitwirkenden vor.

Beiträge der Partner und Einsatzschwerpunkte (Stand: 2003)⁶

Land	Beitrag in USD	Schwerpunktbereiche
Kanada	727 Mill. \$ (1 Mrd. kanad. \$)	Zerlegung von Atom-U-Booten, Disposition von Kernbrennstoff und spaltbarem Material, Beschäftigung ehemaliger Rüstungswissenschaftler, Entsorgung von Chemiewaffen
Frankreich	750 Mill. \$	Biowaffeninventur und -zerstörung; Plutoniumentsorgung
Deutschland	1,7 Mrd. \$ (1,5 Mill. Euro)	Vernichtung von Chemiewaffen, Bau der Entsorgungsfabrik bei Kambarka, Zerlegung von Atom-U-Booten; Sicherung von Nuklearmaterial und -abfällen; Plutoniumentsorgung
Italien	1,2 Mill. \$ (1 Mill. Euro)	Vernichtung von Chemiewaffen
Japan	200 Mill. \$	Zerlegung von Atom-U-Booten (Pazifik-Flotte), Entsorgung radioaktiver Abfälle; Sicherheit von Nuklearmaterial; Plutonium-Entsorgung
Russland	2 Mrd. \$	Vernichtung der Chemiewaffen; Zerlegung von Atom-U-Booten
Großbritannien	750 Mill. \$	Vernichtung von Chemiewaffen; Beschäftigung ehemaliger Rüstungswissenschaftler; Zerlegung von Atom-U-Booten; Plutonium-Entsorgung; Sicherheit des Nuklearmaterials
USA	10 Mrd. \$	Vernichtung von Chemiewaffen (Bau der Fabrik bei Schtschutsche); Sicherheit des Nuklearmaterials; Zerlegung von Atom-U-Booten; Beschäftigung ehemal. Rüstungswissenschaftler; Stilllegen der Reaktoren zur Plutonium-Produktion;
EU	1,2 Mrd. \$ (1 Mrd. Euro)	Sicherheit der nuklearen Reaktoren; Beschäftigung ehemal. Rüstungswissenschaftler; Exportkontrolle; Vernichtung von Chemiewaffen; Plutonium-Entsorgung
Norwegen	14 Mill. \$	Entsorgung radioaktiven Abfalls; Zerlegung von Atom-U-Booten
Schweden	0,5 Mill. \$	Entsorgung radioaktiven Abfalls
Schweiz	13 Mill. \$	Vernichtung von Chemiewaffen
Total	18,6 Mrd. \$	

Das Programm „Gemeinsame Verringerung der Bedrohung“ („CTR“⁷), 1991 initiiert durch die US-Senatoren Nunn und Lugar. Ergebnis- und Finanzierungsübersicht nach 10 Jahren⁸

Kategorie	Bestand 1991	Abrüst. 11.07.03	Plan 2007	Plan 2012
Gefechtsköpfe	13300	- 6072	- 8371	- 9726
Interkontinentale ballist. Raketen (ICBM)	1474	- 515	- 962	- 1264
ICBM-Silos	831	- 441	- 524	- 546
Mobile Startrampen für ICBM	442	- 2	- 312	- 400
Strateg. Bombenflugzeuge	205	- 115	- 126	- 137
Nukleare Luft-Boden-Raketen	708	- 559	- 708	- 708
U-Boot-Startvorrichtungen für SLBM	728	- 408	- 540	- 664
U-Boot-gestützte strateg. ballist. Raketen	936	- 399	- 635	- 719
Strategische Raketen-U-Boote	48	- 27	- 35	- 42
Schachtanlagen für Nukleartests	194	- 194	- 194	- 194

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
12,9	246,3	592,7	380	295	363,6	381,5
1999	2000	2001	2002	2003	2004*	(* - Plan)
440,4	458,1	442,4	400	416	450,8	(in Mill. \$)

⁶ Quelle: Global Partnership Monitor, Spring 2003, Issue No. 1, URL: <<http://www.sgpproject.org>>.

⁷ CTR – Cooperative Threat Reduction.

⁸ Lugar Trip Report August 2003, unter URL <http://lugar.senate.gov/trip_report_august_2003.pdf>.

Eine der Schwerpunkt-Aktivitäten ist die Entsorgung der 40 000 t chemischer Kampfstoffe aus der Erbmasse der UdSSR. Für das entsprechende Programm Russlands wurden bisher durch die USA, Kanada, die EU und neun einzelne europäische Staaten Finanzhilfen in Höhe von insgesamt rd. 430 Mill. \$ zur Verfügung gestellt (BRD: 27 Mill. \$).⁹

Wie immer man die Ernsthaftigkeit und die Vollkommenheit der Vereinbarungen, die speziellen Absichten der Mitwirkenden und auch die Angemessenheit der bereitgestellten Mittel bewerten mag, sie sind allemal besser als eine Politik, die Rüstungskontrolle und Abrüstung durch „Entwaffnungskriege“ besorgen will.

Und damit zurück zur gegenwärtigen Wirklichkeit und zu **George W. „I’m a War President“ Bush**¹⁰, der in diesen Monaten um seine Wiederwahl kämpft.

In der gewöhnlichen Politik der gegenwärtigen US-Administration spielen völkerrechtlich und partnerschaftlich geprägte Aktivitäten bei weitem keine Hauptrolle. Eine Auswahl der jüngsten US-Militär- und -(Ab-)Rüstungsuntaten spricht da für sich! Exemplarisch, in Stichworten: neue Nuclear Posture Review (Januar 2001), Kündigung des ABM-Vertrages (Dezember 2001), Blockade der Biowaffen-Kontrolle (Dezember 2001), neue National Security Strategy („präventives Handeln“, „aktive Gegenproliferation“, September 2002), Militärausgaben von über 1 Mrd. \$ pro Tag, Kriege gegen Afghanistan und Irak, Denunziation und Bedrohung weiterer UN-Mitgliedsstaaten.

Verweigerung und Kündigung von vertraglicher Bindung, exzessive Rüstungsplanung, explodierende Militär- und Kriegsetats und, vor allem, tägliche Gewaltandrohung und reale Kriegsverbrechen bestimmen eine Grundrichtung US-amerikanischer Außen- und Militärpolitik, die längst zum globalen Haupthindernis für nichtkonfrontative gemeinsame Sicherheit geworden ist. In einem obskuren Sendungswahn, diesmal nicht im Auftrag einer „Vorsehung“, sondern unter fundamentalistischer Berufung auf „God“, soll die Welt am amerikanischen Wesen gemessen und „kulturell transformiert“ (Lugar, s. o.) werden.¹¹

Da kann man nur hoffen, dass im Ergebnis der Wahl vom November 2004 diese besonders gewaltorientierte Administration durch moderatere Kräfte abgelöst wird.

⁹ Lt. Regierungsagentur für herkömmliche Munition;
URL: <<http://www.munition.gov.ru/rus/inter.html>>.

¹⁰ © by Michael Moore, der nach meiner Kenntnis in seinem Offenen Brief vom 11. Februar 2004 an GWB diese sinnfällige Namensweiterung erstmals gebrauchte. [JK]

¹¹ Wolfgang Ullmann geißelt zu Recht diese Arroganz der Herrschenden, ... die in ihrem eigenen Land am archaischen Racherecht der Todesstrafe festhalten, vorwissenschaftlich-obskure Bibelauslegungen zur öffentlichen Norm erheben, rechtsstaatliche Prinzipien, wo sie das für richtig halten, außer Kraft setzen, die freie Meinungsäußerung den Gewinninteressen der Medienunternehmen opfern und gerade durch die Rechtfertigungsversuche des Irak-Krieges ein singuläres Beispiel öffentlichen Betrug und schamloser Meinungsmanipulation geliefert haben ...“ (Wolfgang Ullmann, Freitag 13/2004, 19. März 2004, S. 1).

Um es im Jargon der derzeitigen Führung zu sagen: regime changing ist zu wünschen. Allerdings bleibt Skepsis angesagt! Schließlich war Bush's Einlassung „... War President ...“ (auch) darauf angelegt, nach Vorwürfen der persönlichen Drückebergerei während des Vietnamkrieges seine Kriegsbereitschaft zu deklarieren und so möglichen Stimmenverlusten vorzubeugen. Man muss befürchten, dass dieses Kalkül bei nicht wenigen Amerikanern aufgeht. Zudem: Es gehört zum politischen Brauchtum der USA, von Fall zu Fall, bei Bedarf, durch außenpolitisches Machtgebahren bis hin zu Kriegsverbrechen innenpolitische Schwächen, Skandale usw. zu überspielen.¹² Muss man da gar fürchten, dass Bush's Wahlkampfstab dieserart stimmenbringende Aktivitäten notfalls inszenieren lassen wird? Vielleicht ein/zwei Monate vor dem Wahltag, durch ein/zwei risikolos erfolgreiche „Anti-Terror-Schläge“, die des Kandidaten „entschlossene Führungsstärke“ bezeugen? Es gibt Beobachter, die das nicht ausschließen wollen. Denkbar wäre auch ein zweckdienlicher terroristischer Anschlag oder wenigstens eine geeignete Hysterie, die bewirken könnte, dass eine Mehrheit der wahlaktiven Bevölkerungshälfte der USA erneut einem patriotischen Taumel verfällt, sich enger um ihren Kriegs-Präsidenten schart und einen Wechsel verhindert. ...

Wie lange wird das amerikanische Volk die Bush-Politik und das Desaster des jüngsten Irak-Kriegsabenteuers ertragen? Im Falle Vietnam brauchte der Lernprozess fast 10 Jahre und mehr als 57 000 eigene Kriegstote¹³. Seit Beginn des Irak-Krieges vor wenig mehr als einem Jahr werden 654 gefallene Soldaten der US-Armee gemeldet (Stand: 10.04.2004, davon 515 nach Verkündung „Mission Accomplished“ durch GWB am 1. Mai 2003).¹⁴

Es bleibt die Zuversicht in menschliche und menschheitliche Vernunft: Zum Glück geht es nicht nur und nicht einmal vorrangig um Lernfähigkeit und Lernwilligkeit der Herrschenden, sondern um die der Betroffenen, der Völker, der Menschheit insgesamt. Inzwischen hört man ermutigende Nachrichten aus den USA darüber, dass den bisher wenigen, aber mutigen und aktiven Gegnern der Kriegspolitik dieser Administration neue Kräfte zuwachsen.

¹² Mitunter glaubt man, sich verhört oder verlesen zu haben! So z. B. als Konsument des ARD-Pressclubs am 16.09.2001, als der anwesende Chefredakteur der Europa-Ausgabe des „Wallstreet Journal“, Frederick Kempe, beinahe in einem Atemzug zuerst um Verständnis für seine Sensibilität nach dem 11.09. warb und wenig später im Brustton größter Selbstverständlichkeit frühere Bomben- und Raketenschläge gegen vermutete Terroristen-Ausbildungscamps auf fremden Territorien als „symbolisch, wegen der Lewinski-Zeit, das war Öffentlichkeitsarbeit“ kommentierte.

¹³ Auf den schwarzen Tafeln des „Vietnam War Memorial“ in Washington stehen 57 939 Namen getöteter US-Soldaten.

¹⁴ Quellen: <<http://lunaville.org/warcasualties/Summary.aspx>> und <<http://www.ac.wvu.edu/~stephan/USfatalities.html>>.

Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?

Statt einer Einleitung

Wenn sich Friedensbewegte wie der Jubilar, dem die vorliegende Schrift gewidmet ist, immer wieder voller Sorge Gedanken über die gegenwärtige Sicherheitslage in Europa und in der Welt machen und dabei ihre Erfahrungen als langjährig Bedienstete in den bewaffneten Organen der DDR und als Nachwende-Mitdenker und -Mitgestalter einer globalen Friedensordnung einzubringen versuchen, gehen sie keineswegs von fundamentalistischen, radikalpazifistischen Positionen aus. Natürlich muß man Visionen haben. Und der Jubilar hatte und hat sie. Nur dann kann man Revolutionäres erreichen, was bitter not tut. Visionen dürfen aber nicht mit Illusionen verwechselt werden. Sehr schnell wird man dann zum Phantasten, der an der rauhen Wirklichkeit zerbrechen muß. *Realos* unter den Friedensfreunden, zu denen der mit diesem Beitrag zu Ehrende mit Sicherheit gehört, berücksichtigen sehr wohl, daß ihre Vorschläge für eine dauerhafte und stabile Sicherheit nur Realisierungschancen haben, wenn mindestens drei Faktoren gebührend berücksichtigt werden:

- Die nach dem Ende des Kalten Krieges zur Weltführungsmacht aufgestiegenen USA wollen ihre gegenwärtig noch vorhandenen starken ökonomische Positionen und ihre absolute militärische Überlegenheit für die Etablierung einer *neuen Weltordnung* - vorbei am geltenden Völkerrecht - rigoros ausnutzen.
- Die führenden imperialistischen Staaten Europas - allen voran Frankreich und die BRD - wenden sich gegen eine solche vorrangig militärisch determinierte Sicherheitspolitik unter dem Firmenschild des *Kampfes gegen den Terrorismus*, messen den nichtmilitärischen Elementen der Sicherheit größere Bedeutung bei, sind sich aber in der Zielsetzung nach einer Art neokolonialistischer Weltmachtspolitik im Interesse neoliberaler Globalisierung mit den USA weitgehend einig. Auch in der politischen Klasse der BRD gibt es mittlerweile Konsens, daß robustes militärisches Eingreifen als *Ultima Ratio* – und damit selektive militärische Interventionen in entsprechenden Krisengebieten – in die politische Klaviatur der heute Herrschenden gehören müssen. Diese selbstbewußte Haltung der Europäer stützt sich zudem auf die Annahme, daß - nicht zuletzt durch die EU-Erweiterung - das ökonomische Potential Kemeuropas im Wettbewerb mit den USA immer bessere Möglichkeiten schafft, sich als Global Player der Weltpolitik größere Geltung zu verschaffen und eigene Positionen durchzusetzen. Inwieweit sich dabei ein Kemeuropa als Gravitationszentrum bewähren bzw. behaupten kann, bleibt abzuwarten. Das Widerstands- und

Widerspruchspotential innerhalb der europäischen Staaten ist nach wie vor sehr beachtlich.

- Dieser weitgehende Konsens, wonach Kriege wieder führbar werden, vollzieht sich immer noch auf dem Hintergrund einer wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die der Kriegführung Mittel zur Verfügung stellt, die weit über den Zweck jedes Krieges hinausgehen. Wir leben nach wie vor im Atomzeitalter und müssen in seinen Kategorien denken und handeln.

Wenn friedensbewegte Bürger in ihrem Bemühen um eine dauerhafte und stabile Sicherheitslage auf den Grund der Dinge schauen wollen, um realistische Anti-kriegspositionen zu beziehen, müssen sie demzufolge mindestens drei Fragen an ihre Regierenden stellen:

- Wie sieht das konkrete sicherheitspolitische Konzept aus, das in der gegenwärtig sich ständig verändernden Weltlage dem Regierungshandeln zugrunde liegt?
- Mit welchen einzelnen Maßnahmen wird es in den jeweiligen Einsatzräumen verwirklicht?
- Welche materiellen Mittel stehen dafür zur Verfügung bzw. werden künftig aufgeboden? Die Skala dieser Mittel muß genau so umfassend beurteilt werden wie die Breite sicherheitspolitischer Aktivitäten. Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgungsgüter der Streitkräfte sowie ihre umfangreichen Dienstleistungen werden ebenso komplex zu beurteilen sein wie jene Ressourcen, die für die sicherheitsrelevante Außen-, Kultur- oder Entwicklungspolitik zur Verfügung stehen.

Damit berühren wir auch im militärischen und im Sicherheitsbereich das ewige Wechselspiel, das für moderne Industriegesellschaften, welche auf der Basis von Markt- und Geldwirtschaften fungieren, überhaupt charakteristisch ist: die Dialektik zwischen Investitionen und Finanzierung. Ein erstes zentrales gesamt- und sozialpolitisch bedeutsames Problem beschäftigt dabei den Bürger: Welche Mittel – und damit welches Kapital – verwendet der Staat, um seine sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen, und wie *wandelt* er beides in entsprechendes (*Volks-*) *Vermögen* um? Das berührt den Investitionsaspekt der Sicherheitspolitik. Eine zweite zentrale gesamt- und vor allem wirtschaftspolitisch wichtige Frage interessiert die Öffentlichkeit nicht minder stark: Woher beschaffen sich die Regierenden dieses Kapital, wer stellt diese Mittel - und in welchem Umfang - zur Verfügung? Längst sind die Zeiten vorbei, wo sie fast ausschließlich aus Steuermitteln stammen und über den Staatshaushalt umverteilt werden. Damit tritt der Finanzierungsaspekt in das Blickfeld der Betrachtung.

Wirtschaftsbetriebe, die Volkswirtschaft überhaupt, werden - wenn sie solche Fragen stellen und beantworten - immer an der Bilanz bzw. an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemessen. Ihre Bewertungen entscheiden über Erfolg oder Mißerfolg. Im Sicherheitsbereich ist das vom Prinzip her nicht anders. Nur werden Aktiva und Passiva nach anderen Kriterien beurteilt. Sie werden in Gegenüberstellung von volkswirtschaftlichem Ressourceneinsatz und Grad an allgemeiner Sicherheit bemessen. So logisch diese Kriterien als Bewertungsmaßstab erscheinen mögen, so schwierig ist es, sie hinreichend genau zu bestimmen und zu handhaben.

Damit sind wir, wenn wir den engeren militärischen Bereich heutiger Sicherheitspolitik herausgreifen, bei der Rüstungsfinanzierung. In Umfang, Tempo und Ziel spielt sie eine Vermittlerrolle zwischen dem ökonomischen Potential und seiner militärischen Nutzung. Sie hat eine Widerspiegelungsfunktion. In der Regel steht sie am Anfang militärpolitischer Entwicklungen, leitet Prozesse ein, lenkt sie in bestimmte Richtungen. Damit nimmt Rüstungsfinanzierung künftige Entwicklungen im militärischen und Sicherheitsbereich voraus. Daß dem strategische Ausgangsüberlegungen und politische Konzeptionen zugrunde liegen, steht außer Zweifel. In der Bundesrepublik waren und sind sie leider oft sehr allgemein gehalten, parteipolitisch geprägt – und zudem kaum demokratisch (parlamentarisch) legitimiert.¹

Diese hohe gesellschaftliche Relevanz der Rüstungsfinanzierung im engeren und der Finanzierung der Sicherheit im weiteren Sinne führte dazu, daß diese sozialen Phänomene in der Geschichte oft eine so große Rolle gespielt haben. Sie bestimmten an vielen historischen Wendepunkten nicht nur die politischen Grabenkämpfe zwischen den Parlamentariern, auch im Lebensalltag breiter Bevölkerungsteile schlugen sie sich nieder und provozierten oft breitesten Widerstand. Erinnerung sei an die Bewilligung der Kriegskredite am Vorabend des Ersten Weltkrieges oder an die Aufrüstungsphase Hitlerdeutschlands in der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Auch in der Periode der Remilitarisierung der BRD bewegte die Finanzierung dieser Prozesse die bundesdeutsche Öffentlichkeit in sehr nachhaltiger Weise.

In der heutigen Zeit, so scheint mir, ist dieses finanzökonomische Denken bei der Beurteilung von Sicherheits- und Militärpolitik der Staaten und Staatengemeinschaften in den Hintergrund getreten. Oder sollte man besser formulieren: Es ist bewußt in den Hintergrund gedrängt worden? Und wenn eine regierungskritische Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, so betrifft das meist nur einzelne Seiten dieser Prozesse, etwa den Rüstungsexport und seine Finanzierung.

¹ Siehe Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 21.05.2003.

Sicher unbeabsichtigt, berauben wir Friedensbewegte uns dadurch einer Informationsmöglichkeit und verzichten auf einen Mobilisierungsfaktor im Ringen um eine gerechte Friedensordnung. Das ist bedauerlich, da heute in der Rüstung und Rüstungsfinanzierung sehr widersprüchliche Tendenzen offen zutage treten und uns gemeinsam vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen. Nicht nur Streitkräfteentwicklung und Sicherheitspolitik haben neue, bisher kaum bekannte Gesichter. Auch zu ihrer Finanzierung laufen – neben den herkömmlichen – *innovative* Prozesse ab, die schwer erkenn- und durchschaubar sind. Sie sollten stärker thematisiert werden, ohne daß das *Hauptgeschäft*, das *Hauptereignis*, der Militäreinsatz etwa, aus dem Fokus gerät.

Rüstung und Rüstungsfinanzierung heute – ausufernd und komplex

Natürlich ist der außen- und sicherheitspolitische Hintergrund gegenwärtiger Rüstungsfinanzierung völlig anders als zur Zeit des Kalten Krieges. Wir haben es heute nicht mit der Bipolarität zweier Gesellschaftssysteme zu tun. Es handelt sich um multipolare Konflikte mehrerer Weltzentren mit der Tendenz, regionale oder globale Macht- oder Großmachtpositionen zu erhalten bzw. auszubauen. Dabei wird Außen- und Sicherheitspolitik wieder mehr und mehr militärisch bestimmt.

In erschreckendem Tempo wird aber jene multipolare Welt durch die unilateralen Bestrebungen der USA geprägt, die alle Fragen dieser Erde allein und ohne Berücksichtigung der Interessen anderer bestimmen wollen. Sie erheben einen globalen Führungsanspruch, der vor allem genutzt werden soll, politische Kontrolle über die Ressourcen auf dem Globus zu erlangen. Die ökonomische Determiniertheit solcher Art Sicherheitspolitik liegt auf der Hand. Auch die Gegenseite - Europa - fühlt sich unter dieser Voraussetzung einer neuen Art Kalten Krieges untereinander gezwungen zu handeln.²

Mit der Brille des Ökonomen betrachtet, entstehen aus einer solchen Situation bisher nicht gekannte Rüstungsanforderungen, die der Politiker gerne verschweigt und der Militär oft nicht sehen will. In der BRD werden beide gelegentlich vor oder während der Haushaltsdebatte im Bundestag aktiv, um ihre Forderungen anzumelden oder Kürzungen - zum Beispiel beim Einzelplan 14 - abzuwiegeln.

Der Globalisierung der Wirtschaft folgt die Globalisierung der Sicherheitspolitik. Eine von der Handschrift des Militärs und des Militärischen geprägte Globalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik aber zieht eine Globalisierung der Rüstung nach sich. Dadurch entstehen heute z.B. Kosten für

- den Aufbau und den Unterhalt der eigenen Streitkräfte für sogenannte Auslandseinsätze auf stets höchstem technischen Niveau,

² Siehe Kriegsrechtfertigung heute, Beiträge zum 8. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung*, DSS-Arbeitspapiere, Heft 68, 2004.

- den Transport des Militärs in den Krisenraum mit Stützpunkten und Basen außerhalb des NATO-Gebietes,
- den militärischen Einsatz zur Krisenbewältigung selbst, der meist unter Bedingungen erfolgt, die die eingesetzten Streitkräfte aufgrund ihrer spezifisch militärischen Ausbildung und Ausrüstung überfordern,
- die Beherrschung der unmittelbaren sozialen Folgen des militärischen Einsatzes (humanitäre Hilfe, Flüchtlingsströme, Gewährleistung der Sicherheit),
- den Aufbau einer aufwendigen Logistik und Infrastruktur zwischen dem heimatischen Stationierungs- und dem Einsatzgebiet,
- den völligen oder teilweisen Wiederaufbau des zerstörten Territoriums, vor allem bei den lebenswichtiger technischen Systemen und der weiteren Infrastruktur,
- die Versorgung und Rückführung von Flüchtlingen,
- die Rückführung der Streitkräfte aus den Krisengebieten und
- die Einrichtung oder Unterhaltung einer Verwaltung bzw. eine Art Besatzungsmacht im Einsatzgebiet.

In der Fakultät Wirtschafts- und Organisationswissenschaften der Universität der Bundeswehr in München wurden kurz nach Beginn des Krieges der NATO gegen Jugoslawien Kostenberechnungen für diese Auseinandersetzung angestellt. Dabei ging man davon aus, daß der rein militärische Finanzbedarf der NATO 30 Mrd., die sogenannte humanitäre Hilfe 13 Mrd. und der *Wiederaufbau* Jugoslawiens und der gesamten Region 37 Mrd. DM kosten würden.³ Es ist also falsch davon auszugehen, daß die NATO im Jugoslawienkrieg von einer Kostenlawine überrollt worden wäre, die nicht vorauszusehen war. Wir hatten und haben es mit einem eiskalten militärischen – und einem profitorientierten ökonomischem – Kalkül zu tun.

Es gibt kritische Stimmen aus den USA, wonach sich diese direkten und indirekten Kosten beim Irak-Krieg bis 2012 auf etwa 1,9 Billionen Dollar belaufen könnten.⁴ In eine realistische Analyse dieser Aufwandsexplosion müssen darüber hinaus aber auch die längerfristigen Folgekosten solcher Kriegsszenarien mit einbezogen werden, zum Beispiel eine mögliche Erhöhung des Ölpreises. Über die Steigerung der Produktionspreise versuchen schon jetzt die weltweit tätigen Unternehmen diese Kosten rigoros auf die Verbraucher abzuwälzen. Dadurch werden in den nationalen Volkswirtschaften die inflationären Tendenzen angeheizt. Viele Fachleute sind sich heute einig, daß die gegenwärtige offizielle Wirtschafts- und Währungspolitik der USA an einer solchen Marschroute ausgerichtet ist – und damit die gesamte Weltwirtschaft destabilisiert werden wird. Die übergroße

³ Zitiert nach J. Gerber, *Kommende Pflichten der Militärökonomien*, in: S. Schönherr (Hrsg.), *Vortragsveranstaltung ... Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit der Gesellschaft für Militärökonomie e.V.*, Verlagsabteilung, Dachau 1999, S. 42 f.

⁴ Siehe *Neues Deutschland* vom 31.03.2003.

Mehrheit der Weltbevölkerung wollte diesen Krieg gegen den Irak nicht. Sie muß aber die Kriegs- und Rüstungspolitik der USA und ihrer Verbündeten mit bezahlen.

Die *Globalisierung* des Militäreinsatzes und die Schaffung entsprechender ökonomischer Voraussetzungen im Rahmen heutiger Sicherheitspolitik, vor allem durch die USA, aber auch durch europäische Staaten, führt zu einer nicht hinnehmbaren Pervertierung des Militärischen. Es wird Krieg geführt mit dem schon vorher bewußt kalkulierten Ergebnis, daß die kriegführenden Länder auch für die engeren und weiteren Kriegsfolgen aufkommen müssen. Selbst wenn ein solches *Folgenmanagement* dann nicht direkte Streitkräfteausgaben nach sich zieht, handelt es sich doch um Aufwendungen, die auf der Grundlage einer militärisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik, durch Militäreinsätze, hervorgerufen wurden. Für diese Aufwendungen gibt es dann keine echte Alternative mehr.

An der ökonomischen Destruktivität und politischen Sinnlosigkeit solchen sicherheitspolitischen Handelns ändert auch der Hinweis auf den geradezu schizophrenen Umstand nichts, daß dadurch Arbeitsplätze gesichert werden könnten und den betreffenden Unternehmen Gewinnmaximierung in Aussicht stünde. Eine solche Einschätzung, die manchem Globalisierungsbefürworter, aber auch manchem Globalisierungsgegner - wenn auch aus jeweils anderen Motiven - allzu leicht von den Lippen geht, ist heute sehr kritisch zu hinterfragen.

Natürlich bleibt im Umfeld neoliberaler Wirtschaftspolitik die Rüstung und ihre Finanzierung nach wie vor ein gewaltiges staatliches System von Subventionen für die Großunternehmen. Damit ist sie ein nicht wegzudenkender Hebel der Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben. Aber in diesem staatsmonopolistischen Wirkungsmechanismus ist viel Sand ins Getriebe gekommen. Wie in der Wirtschaft überhaupt, veränderte sich auch im *Dienstleistungssektor Sicherheit* das Verhältnis von Sach- und Humankapital. Auch hier wird immer mehr menschliche Arbeitskraft – eben Vernichtungskraft – freigesetzt. Es entstehen nicht nur hochproduktive volltechnisierte Bereiche der Rüstungsindustrie, sondern auch adäquate Truppenkörper. Am *Arbeitsplatz Streitkräfte* erhöht sich ständig der Sachkapital-Einsatz. Anders ausgedrückt: die Freisetzung an lebendiger Arbeit vollzieht sich auch in den Sicherheitsbereichen der Gesellschaft. Auch hier gerät der Kapitalverwertungsprozeß ein um das andere Mal ins Stocken.

Ähnlich kritisch müssen die angeblich ökonomisch positiven Folgewirkungen in den durch die NATO bzw. UNO militärisch befriedeten Territorien gesehen werden. Es ist eher eine *Phantom-Ökonomie*, die sich dort – zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien – entwickelt. Ein sogenannter selbsttragender Wirtschaftsaufschwung bleibt Wunschtraum. In der Regel leben diese Länder von den laufenden – vorwiegend monetären – Transfusionen der Geberländer und den Aktivitäten vieler Hilfsorganisationen mit ihren kapitalistisch unproduktiven Folge-

wirkungen auf die nationalen Wirtschaften.⁵ Die von den herrschenden kapitalistischen Mächten geführten oder unterstützten Weltordnungskriege lassen auch für die Zukunft nicht die Erwartung zu, daß in ihrem Ergebnis Voraussetzungen geschaffen würden, die den Weg zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung freimachen könnten. Um das zu erreichen, müßte der neoliberale Charakter dieser Art von Sicherheitspolitik aufgegeben werden.

Welche Denkanstöße ergeben sich aus der Beurteilung heutiger Rüstungspolitik für ein auf Friedenserhaltung orientiertes Handeln im Sicherheitsbereich?

Auch scheinbar lokale und begrenzte militärische Operationen in den verschiedensten *Krisengebieten* der Erde führen heute zu Rüstungsfolgen, die die nationalen Wirtschaften auf Dauer überfordern. Die Situation im Irak nach der Okkupation durch die USA und ihre Verbündeten bestätigt das. Die *einzigste Weltmacht* stößt an die Grenzen ihrer ökonomischen und militärischen Leistungsfähigkeit. Es verwundert daher nicht, daß nach einem unilateralem militärischem Alleingang die Forderung nach multilateraler Folgenbewältigung gestellt wird, wobei selbst von den Initiatoren des Krieges nicht verschwiegen wird, daß dabei nicht nur sicherheitspolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, sondern vor allem ökonomische und finanzielle.

Die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Streitkräften und ihren Einsätzen auf der einen und der Rüstung auf der anderen Seite müssen stets unverfälscht, das heißt vollständig und komplex dargestellt werden. Der jeweilige politische Auftrag bestimmt immer den Umfang und die Qualität des militärischen und des sicherheitspolitischen Kräfteinsatzes. Daraus resultieren dann die Rüstungsanforderungen und der Finanzierungsbedarf.

Auch zeitweilige tatsächliche oder angebliche sicherheitspolitische Erfolge bei der Anwendung militärischer Gewalt in Krisengebieten sowie der dazu notwendigen Rüstung, wie sie sich aus einer konkreten Entwicklung ergeben können, rechtfertigen keine solche auf Dauer, wenn sie sich insgesamt als Resultat untauglicher Politik erweist, also nicht das Ergebnis eines langfristigen - an den realen Bedürfnissen der Zivilgesellschaft orientierten - Handelns darstellt.

Rüstung hat, wie militärische Gewaltanwendung überhaupt, somit immer *Ultima Ratio* zu sein und zu bleiben. Es liegt aber in der Natur der ökonomischen Rüstung, daß sie - soll sie das Funktionieren der Militärmacht gewährleisten - einen bestimmten Vorlauf braucht. Dadurch unterliegt sie aber stets einer gewissen Eigendynamik, ja sogar einer gewissen Unberechenbarkeit. Sie kann sich leicht verselbständigen oder zum Selbstzweck werden. Dadurch besteht immer die Gefahr, daß das *Ultima-Ratio-Prinzip* gesprengt wird. Gerade aus diesem Grunde

⁵ Siehe ebenda vom 10.01.2003.

ist Rüstungsfinanzierung rechtzeitig und umfassend kritisch zu hinterfragen – und gegebenenfalls zu entlarven.

Finanzierungsnot der Streitkräfte – Abhilfeversuche und Konsequenzen

Auch in der BRD verschärft sich auf dem Terrain der Militär- und Sicherheitspolitik der Widerspruch zwischen Investitionen und Finanzierung. Die ausufernde und komplexe Rüstung der BRD als Ergebnis einer Sicherheitspolitik, die an den realen Bedingungen der heutigen Welt vorbeigeht, verursacht - eingebettet in eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik - einen wachsenden Ressourcenbedarf, der auf Dauer nicht mehr zu decken ist und zu sozialen Verwerfungen führen kann. Rüstung und Rüstungsfinanzierung stoßen an die Grenzen der ökonomischen Möglichkeiten – auch solcher wirtschaftlich und technologisch starker Staaten wie der BRD.

Die Finanzierungsnot der öffentlichen Haushalte macht demzufolge auch vor den Streitkräften und den Sicherheitsbereichen nicht halt. Natürlich läßt ein marktwirtschaftliches System immer politische, ökonomische, soziale und rechtliche Spielräume zu, die für eine - zumindest teilweise - Kompensierung dieser Defizite genutzt werden können. Auch in dieser Hinsicht macht Not erfinderisch. Freilich werden diese Spielräume zumeist im sozialen Bereich gesucht. Sozialabbau durch Rüstung ist auch in unserer Zeit ein real existierendes Phänomen.

Darüber hinaus vollziehen sich seit einiger Zeit im Sektor Rüstung und Rüstungsfinanzierung Entwicklungen, die von der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen wurden, und wenn, dann nicht in ihrer vollen Tragweite. Wer Widerstand gegen eine falsche Sicherheitspolitik führen und organisieren will, sollte aber auch in diese *Dunkelkammern* heutiger Rüstung schauen und das *Innovationspotential* der Rüstungsplaner und -haushälter aufhellen.

- Ein Weg, der Kapitalknappheit – vor allem bei der Streitkräftefinanzierung – zu begegnen, wird in neuen Beschaffungsmethoden gesehen, wie sie teilweise schon im Ausland *erprobt* worden sind. Eines der Zauberworte heißt hier Leasing.⁶ Bewegliche und unbewegliche Kampfmittel sollen gegen Entgelt gemietet statt gekauft werden. Nutzung von Fremdeigentum als Vermögensersatz ist angesagt. Sehr schnell können damit Liquiditätsreserven erschlossen werden, um militärische Neuinvestitionen oder Modernisierungen in die Wege zu leiten. Daß dadurch aber, langfristig gesehen, die Rüstungslasten erheblich wachsen können sowie ein vor allem in Spannungszeiten kaum zu kalkulierendes Abhängigkeitsverhältnis von der Wirtschaft entstehen kann, wird oft verschwiegen.

⁶ Siehe u.a. Finanzierungsnot der Streitkräfte. Alternative Methoden der Kapitalbeschaffung am Beispiel von Leasing. Gesellschaft für Militärökonomie e.V., 1998.

- Während Rüstungs-Leasing weltweit – und seit längerem auch schon in der Bundeswehr – in größerem Stil praktiziert wird, ist die Forderung nach börsengängiger Finanzierung von Streitkräften noch ein Diskussionsthema. Die Vordenker auf diesem Gebiet favorisieren z.B. Staatsanleihen für konkrete militärische Unternehmungen, die nach Abschluß zu Renditezahlungen führen, oder Sponsoring bestimmter Branchen (Ölindustrie). Aber auch Betreiberfonds, z.B. militärische Investmentfonds für Depots, Kasernen, Flugplätze u.a., stehen hoch im Kurs. Mit offenen oder geschlossenen Immobilienfonds läßt sich für die Betreiber ja schon seit längerem gutes Geld machen. Warum sollte man diese Erfahrungen nicht auf den Sicherheitsbereich übertragen können? Diese Kapitalverwertungslogik kommt nicht allzu überraschend. Bisher hat aber selten jemand gefragt, wer die Prämien für das kaum zu kalkulierende Risiko solcher im Sicherheitsbereich zu bildenden Fonds bezahlen soll und kann.

- Seit Jahren schon sieht die politische und militärische Führung der Bundeswehr, assistiert von Parlamentariern, Funktionären der tonangebenden Parteien und großen Teilen der *zuständigen* Wissenschaft, ein großes Einspar- und Effektivitätspotential bei der Ressourcenbereitstellung und -verwendung für sicherheitspolitische Zwecke in der Privatisierung nicht unmittelbar militärisch relevanter Bereiche der Streitkräfte und anderer Sicherheitsbereiche. Dieser neoliberale Trend im Umgang mit öffentlichen Mitteln und Bereichen macht also auch vor Streitkräften und Sicherheit nicht halt. Dabei geht es keineswegs nur um solche Größenordnungen wie der Privatisierung des Bekleidungswesens durch ein neues *Bekleidungs-Managements (NMB)*. Mit dem Projekt *Herkules* soll z.B. die gesamte nichtmilitärische Kommunikationstechnik der Bundeswehr modernisiert und privatisiert werden.⁷ In diesem Zusammenhang darf nicht nur gegen die *Verscherbelung des Tafelsilbers* argumentiert werden. Wer soll denn privatwirtschaftlich organisierte militärische Dienstleitungen in Spannungsperioden oder bei Auslandseinsätzen mit ihren erwiesenermaßen extrem hohen Kosten bezahlen? Und wenn argumentiert wird, das dürfe nur bis kurz vor Beginn einer *heißen* Phase geschehen, muß die Gegenfrage gestellt werden: Wer sichert militärökonomische Funktionsfähigkeit des Streitkräfteeinsatzes dann im *Ernstfall*?

- Mit großem Aufwand und bescheidenem Erfolg wurde und wird von Scharping bis Struck versucht, die schon von den Verteidigungsministern in der Kohl-Ära angedachte Einführung moderner Management-Methoden weiter zu beschleunigen. Bekanntlich rief Ende der 90er Jahre der damalige Verteidigungsminister die *CEBB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb)* ins Leben, holte sich führende Unternehmensberater mit millionenschweren Beraterverträgen ins Haus und schloß eine Reihe Kooperationsverträge mit der Wirtschaft ab. Bevorzugte Kooperationsfelder waren und sind: Instandsetzung

⁷ Siehe: Die Bundeswehr, Heft 02/2004, S. 2; Heft 12/2002, S. 18.

und Logistik, Fernmelde- und Führungssysteme, Informationstechnologien, Liegenschaftsverwaltung u. a. 14 Pilotprojekte wurden damals vereinbart. Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Koloß Bundeswehr mit seinem überdimensionalen Logistikapparat aber als sehr beraterresistent, und die Kooperation mit führenden Wirtschaftsunternehmen kam und kommt nur äußerst schleppend voran, da ihr betriebswirtschaftliches Denken naturgemäß einseitig gewinnorientiert ausgerichtet ist. Von den damals avisierten 2,2 Milliarden Einsparungen auf Seiten der Bundeswehr redet schon längst niemand mehr.

- Parallel dazu läuft schon seit geraumer Zeit ein Prozeß, der vor allem die innere Verfassung der Bundeswehr verändern und zeitgemäßer machen soll: die Einführung der Kostenrechnung als Führungsmittel.⁸ Die jahrhundertlang übliche kameralistische Rechnung in Staat und Streitkräften und die damit verbundene bürokratische Geschäftserledigung der Mittelbeschaffung und -verwendung, die eindeutig einnahme/ausgabe-orientiert erfolgte, soll durch eine Kosten-Nutzen-Rechnung abgelöst werden. Dieser Prozeß verläuft schleppend, aber nicht ohne Ergebnisse. Viele Politiker, Militärs und Wissenschaftler beschränken sich mit dieser Forderung aber nicht nur auf die innere Entwicklung in der Bundeswehr. Sie verlangen Kosten/Nutzen-Rechnung z.B. auch bei Einsätzen der Streitkräfte überhaupt, so z.B. auch im Ausland. Handhabbar wird eine solche Führungspraxis nur, wenn man in der Lage und gewillt ist, die Kategorie Nutzen hinreichend genau zu bestimmen.⁹
- Eine solche *Ökonomisierung* in den Streitkräften soll bis auf die einzelnen Handlungsfelder des Bundeswehrangehörigen durchschlagen. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Bundeswehr ein Betrieb ist, der mit ökonomischen Daten wie Kapital, Vermögen, Geld, Kosten und Erträgen umzugehen hat. Mit der 1993 eingeführten Kosten/Leistungs-Verantwortung (KL V) wurde ein neues Kapitel angewandter Betriebswirtschaft in der Bundeswehr aufgeschlagen. Es besteht darin, auf jeder militärischen Führungsebene und bei möglichst allen militärischen Aufgaben nach einer Kosten-/Leistungs-Rechnung (KLR) vorzugehen und darüber hinaus, bzw. daran anschließend, nach einem Kontinuierlichen Verbesserungsprogramm (KVP) zu verfahren.¹⁰
- Natürlich verlaufen Rüstung und Rüstungsfinanzierung im Sicherheitsbereich nicht außerhalb der europäischen Integrationsprozesse. Es intensivieren sich nicht nur die Versuche der Herrschenden, Europa endlich militärisch stärker zu

⁸ Siehe J. Gerber, Europäische Militärökonomie in einem sich globalisierenden Umfeld, Osnabrück 2000.

⁹ Siehe J. Gerber, Europäische Militärökonomie a.a.O.

¹⁰ Siehe K. Walther, Die Grundlagen der Kosten- und Leistungsverantwortung in der militärökonomischen Entwicklung der Bundeswehr, in: S. Schönherr (Hrsg.), Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit, Dachau 1999, S. 227 ff.

machen. Eine Voraussetzung dafür sieht man darin, auch die Rüstungsanstrengungen komplexer und koordinierter zu gestalten – und zwar weit über die direkte Kooperation einzelner Rüstungsunternehmen hinaus, die ja schon seit Jahrzehnten läuft und, vor allem bei der Luft- und Seerüstung, beträchtliche betriebs- und volkswirtschaftliche Ergebnisse zeitigte. Vor allem unter dem Gesichtspunkt immer knapper werdender Haushaltsmittel für die Rüstung in den alten - vor allem in den neu hinzukommenden Ländern der EU - gibt es Überlegungen, eine Europäische Rüstungsagentur zu etablieren, die entsprechend der jeweils von der EU erteilten Aufträge integriert produzierte Militärtechnik u.a. den einzelnen Ländern zuführen könnte. Als eine Voraussetzung dafür wird die Tätigkeit einer Europäischen Finanzierungsbank für militärtechnische Systeme angesehen, die mit Haushaltsmitteln der EU-Länder ausgestattet sein müßte, aber auch eigene Emissionsrechte besitzen sollte. Sie könnte dann durch Organisation entsprechender Finanzströme nach einheitlichen, effektivitätsorientierten Gesichtspunkten Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Produktion von Waffensystemen – und natürlich deren Beschaffung – lenken. Dazu müßte sie entsprechende Finanzierungsmethoden entwickeln und umsetzen. Mit solchen Rüstungspraktiken verspricht man sich zugleich auch strukturpolitische Effekte in den einzelnen Ländern.¹¹

Wir haben es also gegenwärtig mit einer eigenartigen Gemengelage zu tun, wenn wir Rüstung und Rüstungsfinanzierung untersuchen. Wer Streitkräfte und die damit verbundene Rüstung in bestimmten Umfängen akzeptiert, wird einzelnen Bestrebungen dieser Art Effektivitäts- und Rationalisierungseffekte nicht absprechen können. Daß sie auf der Basis marktwirtschaftlicher – und damit heute neoliberaler – Wirtschaftspraktiken basieren, kann nicht verwundern.

Alle für eine globale Friedensordnung eintretenden Menschen werden freilich diese inneren Reformen auf dem weiten Feld der Militär- und Sicherheitspolitik und ihrer Finanzierung nur unterstützen, wenn sie von einem ernsthaften Konzept einer dauerhaften globalen Friedensordnung ausgehen und nicht lediglich eine Alibifunktion zur Begründung überzogener und unzweckmäßiger Sicherheitsstrukturen haben und dafür größere Finanzierungsspielräume schaffen sollen.

Zur Wahrnehmbarkeit heutiger Rüstung und Rüstungsfinanzierung

Keiner unter denen, die für eine friedensbewahrende Sicherheitspolitik eintreten, zweifelt daran, daß Rüstung immer auch die Wirtschaft erfaßt und die Staatsfinanzen betrifft.

Die gepriesene soziale Marktwirtschaft der BRD mit ihren zweifellos beachtlichen sozialen Sicherheitssystemen ist samt ihrem *Sozialstaat* doch nicht nur deswegen in

¹¹ Siehe u.a. Infodienst Sicherheit und Ökonomie, Hrsg. Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Nr. 3 u.4, Dachau 2002.

die Krise geraten, weil die politischen Macher – welcher Couleur auch immer – strukturelle Defizite zugelassen haben, Reformwillen vermissen ließen oder weil die konjunkturelle Weltlage plötzlich einen nicht vorhersehbaren Streich gespielt hätte. Nein, die heutige soziale Situation zwischen unkontrolliertem Wachsen des Ressourcenbedarfes und relativer Abnahme des Ressourcenpotentials, der Widerspruch zwischen den abnehmenden finanziellen Mitteln der öffentlichen Haushalte und der außergewöhnlichen Zunahme des Reichtums bestimmter privater Haushalte, viele Großunternehmen eingeschlossen, ist auch durch eine verfehlte Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte und deren Finanzierung entstanden.

Trotzdem tritt ein schwer erklärbares Phänomen auf. Beim Erkennen und Bewerten der Rüstung und ihrer Finanzierung bestehen im Ringen um dauerhaften Frieden und zeitgemäße Sicherheit unübersehbare Wahrnehmungsdefizite. Ausmaß und Folgen heutiger Rüstung und ihrer Finanzierung werden unterschätzt.

Dafür sind sicher eine Reihe von Gründen ausschlaggebend:

- Trotz nach wie vor weit überzogener Rüstungsanstrengungen der NATO-Länder ist, die USA ausgenommen, die effektive Rüstungsbelastung nach Beendigung der Blockkonfrontation im Regelfall zurückgegangen. Zudem halten sich die sozialen Auswirkungen – z.B. in den sogenannten G7-Staaten – in Grenzen. In den 80er Jahren betrug die BRD-Rüstungsausgaben etwa 3,5 Prozent des BIP, 2001 waren es nur noch etwa 1 Prozent. Gegenwärtig hat sich diese Größe auf 1,5 Prozent eingeppegelt. Von den Militärs werden aber mindestens 2 Prozent gefordert.
- Die Beanspruchung der Staatsfinanzen durch militärische Rüstung ist durch das starke Anwachsen der Haushaltsvolumina in den Ländern anteilmäßig relativ geringer geworden. Effektivitäts- und Produktivitätssteigerungen führten zu wachsenden Budgets. Den umfangreicheren Staatsfinanzen folgte zwar keine akzeptablere Wirtschafts- und Finanzpolitik, erst recht keine gesellschaftsstabilisierende Sozialpolitik. Sie erzeugten aber die Tendenz stagnierender oder fallender Rüstungsbelastung.
- High-Tech-Entwicklung und eine Sicherheitspolitik, die von einem sehr breiten Sicherheitsverständnis ausgeht, beziehen immer mehr Ressourcen ein, die auf den ersten Blick nicht sofort zu den militärisch oder sicherheitspolitisch relevanten Bereichen gehören. Es werden Ressourcen für Sicherheitszwecke beansprucht, die nach außen hin schwer als solche erkennbar oder bewertbar sind und in den ausgewiesenen rüstungsrelevanten Haushalten oder anderen Projekten nicht erscheinen. Die Kriegsnachfolgekosten der USA, die der Irak-Krieg verursachte, werden zum Beispiel von Anfang an über einen Sonderhaushalt gedeckt. Dieser Quantensprung in den ökonomischen Aufwendungen

für die USA-Kriegspolitik wird somit in der staatsoffiziellen Rüstungsplanung so gut wie nicht registriert.

- Das von vielen Massenmedien unterstützte Einschwören der militanten Kreise auf einen angeblich zu forcierenden *Kampf gegen den Terrorismus* hat natürlich auch die *Leidensfähigkeit* breiter Bevölkerungskreise in vielen Ländern der Welt erhöht, um Rüstungslasten als politisch gerechtfertigt hinzunehmen. Seit 1992 wachsen die Militärhaushalte aller Staaten wieder um durchschnittlich 6 Prozent. In den USA gibt es Steigerungsquoten von 10, in Rußland von 12, in China von 18 Prozent.
- Die Rüstungswirtschaft selbst, also die Wehrgüterproduktion, spielt im Wirtschaftskreislauf – und zwar in all seinen Sektoren – eine nicht dominierende Rolle. Sie hat sich auf eine Höhe von etwa 3 Prozent eingetaktet. Selbst wenn im Hinblick auf eine wirklich soziale Marktwirtschaft mit ausreichender Umweltverträglichkeit und vertretbar hohen Sicherheitsstandards immer noch eine unvertretbar hohe Rüstungspolitik betrieben wird, ist damit eine gesamtgesellschaftliche Belastung verbunden, die keine gravierenden Folgen erkennen läßt. Die vielen ungelösten wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Probleme resultieren nicht nur - und nicht in erster Linie - aus überzogenen Rüstungen, sondern aus mangelndem politischem Gestaltungswillen gegenüber dem Wirtschaftsgeschehen überhaupt. Der Gesamtressourcennutzung liegen falsche Prioritäten zugrunde.
- Schließlich kommt noch hinzu, daß die Rüstungswirtschaft selbst eine mächtige Lobby hat, nach Rüstungsaufträgen schreit und sich keineswegs eine Selbstbeschränkung auferlegt. Auch die seit Existenz der Bundeswehr immer wieder zu beobachtenden kriminellen Beschaffungspraktiken sind nicht rückläufig. Trotzdem dürfen wir nicht vor der Einschätzung zurückschrecken, daß die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit auf dem großen, wachsenden Nichtrüstungsmarkt unter den Gesichtspunkten der Globalisierung, der Osterweiterung und der Dominanz gegenüber den Ländern der Dritten Welt oft bessere und stabile Kapitalverwertungsbedingungen vorfindet als im einseitigen Rüstungsgeschäft und seiner Ausweitung. Freilich bestätigen auch hier Ausnahmen die Regel.

Wir dürfen also nicht in den Denkvorstellungen des Kanonenkönigs Krupp vor dem Ersten Weltkrieg oder den Rüstungsgewinnambitionen der IG Farben zur Zeit des Zweiten Weltkriegs verhaftet bleiben. Die Etablierung der *Neuen Ökonomie*, die Praxis des Shareholder value, die Strukturbedürfnisse der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft in einer sich globalisierenden Welt müssen zu einer Neubewertung der Rüstungswirtschaft und ihrer sozialen Auswirkungen führen. Es ist zudem stärker zu beachten, daß die Grenzen zwischen Rüstungs- und *ziviler* Wirtschaft zunehmend fließend und schon längst nicht mehr klar erkennbar sind. Wirtschaftliches Rüsten wird damit nicht sozialer oder ungefährlicher. Seine Rolle

in der Gesellschaft verändert sich aber, und damit sicherlich auch die Formen der Auseinandersetzung mit ihr.

Die Rüstung des Staates oder der Staatenvereinigungen dominiert heute bei weitem nicht mehr so das gesellschaftliche Leben, wie wir es aus den Zeiten vor dem Ersten oder auch vor dem Zweiten Weltkrieg kennen. Ja selbst die Remilitarisierung der BRD nach ihrem NATO-Beitritt und dem Wiederaufbau eigener Streitkräfte hatte viel gravierendere soziale Auswirkungen, als das bei der heutigen Rüstungswirtschaft der Fall ist. Die Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Menschen wird heute zunehmend stärker durch solche Faktoren beeinflusst, wie Polarisierung von Arm und Reich infolge eines durchgehend neoliberalen Wirtschaftskurses, Umweltgefahren, Nord-Süd-Konflikte, Flüchtlingsströme, Terrorismusbekämpfung u.a. Hinweise auf solche Tatbestände stellen keine Verharmlosung der ökonomischen Rüstung dar; sie helfen aber, richtige Ansatzpunkte für ein offensives und zielorientiertes Wirken aller am Frieden Interessierten zu finden.

Friedensbewegung in der Pflicht – gegen Rüstung in ihrer Komplexität

Friedensbewegte sind in die Defensive gedrängt worden. Wissenschaftlichen Einrichtungen, die Friedensforschung betreiben, drohen drastische Mittelkürzungen. Das darf uns aber nicht daran hindern, immer wieder zu betonen, daß die neuen Weltordnungskriege und ihre unterschiedlichen diplomatischen Aktivitäten im Vorfeld zu gravierenden Belastungen der nationalen Volkswirtschaften führen. Mehr noch, viele dieser Kriege sind selbst *Geschäft, Erwerbstätigkeit* von Kriegsgewinnlern geworden, sind also wieder *stehender Erwerbszweig*.¹² Gefährlich daran ist, daß solche Sachverhalte nicht immer so offensichtlich sind, weil diese *neuen Kriege* - und alles Geschehen drum herum - in den Medien oft in einer irreführenden und verantwortungslosen Terminologie wiedergespiegelt werden.

Die subjektive Wahrnehmung der neuen qualitativen Rüstung und der modifizierten Finanzierungspraktiken bleibt hinter den real ablaufenden Prozessen zurück. Es ist zwingend notwendig, diese Defizite zu beseitigen.

Es ist wieder mehr ins öffentliche Bewußtsein zu rücken: Widerstand gegen eine militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik hat sich selbstverständlich gegen falsche Sicherheitsstrategien oder -taktiken, gegen unverantwortliche politische oder militärische Aktionen - in welchem Krisengebiet auch immer - zu richten. Aber die Voraussetzungen jeder Sicherheits- und Militärpolitik werden mittels Rüstung und ihrer Finanzierung geschaffen. Sie sind in der Regel das erste Glied unheilbringender Verkettungen. Wenn bereits die politisch gewollte Ursache, nämlich Rüstungsaktivitäten der Verantwortlichen im eigenen Land, in der EU, in der

¹² Siehe F. Engels, *der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 21, Berlin 1962, S. 159 f.

NATO, angeprangert wird, können bestimmte Folgen mitunter gar nicht erst eintreten bzw. viel entschiedener durch gezielte Aktionen planvoll bekämpft werden.

Auch bei den militärökonomischen Überlegungen zur Friedenssicherung gilt der Grundsatz: Militärische Logik läßt sich nicht zivilisieren. Die politisch Verantwortlichen müssen gezwungen werden, nicht primär durch den Gebrauch militärischer Mittel und den Streitkräfteeinsatz an die Lösung der aktuellen Sicherheitsfragen heranzugehen und erst im nachhinein zu überlegen, wie *zivil* - auch ökonomisch, finanziell - nachgeregelt werden muß. Von Anfang an müssen die nichtmilitärischen, zivilen Mittel und Möglichkeiten ausgelotet und angewendet werden. Der Einsatz der Streitkräfte muß bei jeder Konfliktsituation als letztes Mittel angesehen werden. In einer Periode tiefgreifender innerer Umbrüche in der Gesellschaft (Sozialsysteme, Beschäftigungsformen, Finanzierungsmethoden u.a.) hilft das dann die Frage richtig zu beantworten: Wieviel Rüstung braucht – oder verträgt – unsere Zeit? Welche Rüstungen müssen es sein, und im Interesse welcher real existierenden Sicherheitsbedürfnisse sollen finanziert werden?

Aus solchen sicherheitsrelevanten militärökonomischen Überlegungen kann auch ein Stück Friedenshoffnung geschöpft werden. Die neuen Kriege und Militäreinsätze, vor allem jene in Jugoslawien, Afghanistan und im Irak, werden gewöhnlich als asymmetrische Kriege bezeichnet.¹³ Insofern hier eine militärisch haushoch überlegene Militärmacht gegen einen militärischen Zwerg handelte und dieser keine Chance hatte, in realer Gegenseitigkeit dem Aggressor zu begegnen, stimmt eine solche Begriffsbildung. Falsch wäre es aber, daraus die Folgerung abzuleiten, daß der Stärkere in diesem asymmetrischen Verhältnis neben den aktuell militärischen für immer und ewig auch über alle ausreichenden ökonomischen Potenzen verfügen würde, so daß Kriegführung und Kriegsfolgen für ihn ohne weiteres verkraftbar wären. Gerade am Beispiel der USA und ihrer Kriegführung im Irak wird bei der *Kriegsnachsorge* durch diese Supermacht deutlich, daß bei allem Spielraum, den heute die imperialistischen Großmächte auf dem Gebiet der Rüstungsfinanzierung haben, eines Tages die Einschätzung zutreffen könnte: Militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik braucht nicht nur an der rein militärischen Nichtmachbarkeit dieser neuen Kriege scheitern; sie kann auch wegen ihrer ökonomischen Undurchführbarkeit fehlschlagen. Eine solche Einschätzung sollte für eine kritische Politikbegleitung der heute Regierenden oder bei einer energischen Bekämpfung der Politik uneinsichtiger Verantwortungsträger Mut machen und mithelfen, daß Friedensbewegte wieder in die Offensive kommen.

Diesen Mut wünschen wir auch dem Jubilar für die nächsten Jahre – in seinem weiteren Wirken für eine gemeinsame Sicherheit.

¹³ Siehe: Gibt es in der Frage *Krieg oder Frieden* noch den Westen?, Beiträge zum 12. Dresdner Friedenssymposium, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 69, 2004, S. 25 ff.

Günther O p p e r m a n n

Zur Sicherheit in der Wirtschaft im Spiegel der Thermodynamik

Vorbemerkung: Dieser Beitrag ist Prof. Dr. sc. mil. Rolf Lehmann, Vorsitzender der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V., zu seinem 70. Geburtstag gewidmet. Es ist sicher nicht außergewöhnlich, dass anlässlich dieses Jubiläums der Autor sich gerne zurückerinnert an die vieljährige Bekanntschaft und Zusammenarbeit, an den gepflegten Kontakt, an das gemeinsame Philosophieren über Realität und Chancen der Friedenspolitik, über Realität und Chancen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Was Prof. Lehmann charakterisiert sind brillantes fachliches Wissen, unermüdliche schöpferische Kreativität, die Gabe, anderen sehr konzentriert zuzuhören, das Verständnis für verschiedene Ansichten. Unsere Auffassungen konvergierten und divergierten. Für mich waren Problemdispute mit Prof. Lehmann immer eine interessante Bereicherung des Erkenntnisstandes. Mein heutiger Beitrag soll eine Fortsetzung eines vor Jahren geführten Gedankenaustausches in die Gegenwart sein, unter Einbeziehung der im Literaturverzeichnis genannten Autoren.

Stellen wir uns heute die Frage:

Welche Chancen bietet uns die allgemeine wirtschaftspolitische nationale und internationale Realität der Gegenwart?

Wo mündet nun eigentlich die von unserer Generation erhoffte Erfahrung, erhoffte Erwartung: Technik schafft neue Freiheit und neue Vernunft, diese ermöglichen einen weltweiten Kompromiss zum Überleben, der wiederum Voraussetzung ist für die Abschaffung von Hunger und Not und für die Erhaltung des Friedens. Technik wird somit zur Voraussetzung der Humanität unserer Zeit?

Diese erhoffte Erwartung – erhoffte Erfahrung – will sich nicht so ohne weiteres bestätigen. Es gibt sicher keinen gesunden Menschen, der die Existenz des Lebens auf der Erde irreparabel vorsätzlich gefährden möchte. Niemand möchte gezielt dazu beitragen, dass unser schmales Existenzfenster noch schmaler wird oder sich gar verschließt. Es gibt aber Gegensätze, die unüberbrückbar erscheinen und unsere Gesellschaft in verschiedene Lager spalten. Die Spaltung basiert z. B. auf Befürwortern und Gegnern weiteren Wachstums, weiterer Industrialisierung, auf Globalisierung von Wirtschaft und Politik.

Was ist zu tun? Wir brauchen dringend eine Lösung, wie unsere Welt in einen kontrollierbaren Zustand zu bringen ist.

Ein gordischer Knoten umschließt die rechtzeitige Abstimmung über menschliches Verhalten und physikalischer Wirklichkeit. Dieser gordische Knoten, er müsste

dringend gelöst werden. Von der Wissenschaft wird dabei allgemein erwartet, dass sie die Politik und Wirtschaft auf der Basis fundierter Analysen unabhängig von verschiedenen Interessengruppen progressiv richtungsweisend instruiert.

Wir spüren es alle Tage, je dringender der Ruf nach konsequentem staatlichem Handeln zur Anpassung der Rahmenbedingungen wird, umso schwieriger wird der politische Konsens über den richtigen Weg.

Ich sympathisiere mit Klaus Knizia, der in seinem Buch „Kreativität, Energie und Entropie – Gedanken gegen den Zeitgeist“⁽¹⁾ die Thermodynamik auch als eine Wissenschaft beschreibt, die gegebenenfalls Aufschluss über unser menschliches Handeln geben kann. Es soll erreicht werden, die Auswirkungen von Wirtschaftsprozessen in der Gesellschaft mit thermodynamischen Erkenntnissen anschaulich zu durchleuchten, zu modellieren und zu charakterisieren.

Wir benötigen zum Beispiel für unsere Zielsetzung ein allumfassendes Modell mit den Parametern:

Weltbevölkerung, individuelle Ansprüche des Einzelnen, Erhaltung einer lebensfähigen und gesunden Umwelt, die Sorge um die Sicherung unserer künftigen Generation, Umverteilung von Arbeit, Friedenssicherung.

Die Lösung dieses Modells ist außerordentlich schwierig, sie obliegt Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern unterschiedlicher Sparten, und sie bedingt, weltweit die Kausalität aller wirtschaftlichen und politischen Prozesse richtig zu erkennen und politisch zu werten.

Unsere Zukunftsentwicklung hängt davon ab, mit welchem Engagement unsere Gesellschaft überhaupt gewillt ist, aus dem Wissen von heute den Handlungsbedarf für morgen zu erkennen. Eine sozial verantwortliche Forschung, die in die Zukunft weist, sollte nicht nur Antworten auf die Fragen geben, wie wir morgen leben, sondern auch rege aufzeigen, wie wir morgen das Leben gestalten sollten. Das Industriezeitalter schafft die Massenbeschäftigung ab. In dem gleichen Maße, wie Computer, Telekommunikation und Roboter einen enormen Anstieg der Produktion von Gütern und Dienstleistungen bewirken, sorgen sie auch dafür, dass nur noch ein Bruchteil der heute noch Beschäftigten gebraucht wird.

Prof. Opaschowoski, Autor des Buches „Deutschland 2010 – wie wir morgen leben“⁽²⁾, hat als Vorsitzender der Sachverständigenkommission „Arbeit für Technik und Freizeit“ im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im Rahmen einer Vertretervollversammlung der bremischen Volksbank bereits am 10. Juni 1997 belegt, dass zu jener Zeit 34,5 Millionen Erwerbstätigen schon 47,5 Millionen nicht Erwerbstätige gegenüberstehen; das heißt, zwei Beschäftigte müssen für drei Nichterwerbstätige aufkommen. Das ist aber in der

derzeit gegebenen Entwicklungsperspektive noch keineswegs die Spitze des Eisberges.

Auf der Weltkonferenz in San Francisco hat bereits 1995 die Weltelite, 500 führende Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler aus allen Kontinenten, die 20-zu-80-Gesellschaft ernsthaft diskutiert. Es hieß dort: 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung werden im kommenden Jahrhundert ausreichen, die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Mehr Arbeitskraft wird nicht gebraucht.⁽³⁾

Wäre eine Welt ohne Arbeit überhaupt vorstellbar – die katastrophalen Folgen würden sicher unbeherrschbar sein. Erhebliche soziale und psychologische Probleme sind vorprogrammiert. Diesbezüglich gibt es weltweit, auch in Deutschland, bereits jetzt schon mannigfaltige ernste und sehr erschütternde Beispiele.

Die bisher traditionellen Verfahren in der Wirtschaftsführung, wie die „angebot-orientierte“ und „nachfrage-orientierte“ Wirtschaftspolitik, häufig als klassische Konjunkturpolitik anerkannt und erprobt, erfüllen unter den Bedingungen der Gegenwart schon jahrelang nicht die gewünschten Erwartungen. Eine Ursache dafür ist, dass das sehr komplizierte Wirtschaftsgeschehen von der Politik mehr spekulativ als ernsthaft wissenschaftlich gesteuert wird. Infolge der Globalisierung ist z. B. weltweit der Anstieg der Arbeitslosigkeit erbarmungslos vorprogrammiert. Eine neue Lösungsstrategie ist somit dringend gefragt.

Dazu wird ein streng wissenschaftlich fundiertes, ausgewogenes Modell als Abbild der Realität benötigt. Die Annahmen zur Widerspiegelung der Realität müssen analytisch das Wesentliche aller ablaufenden Vorgänge enthalten.

Der Gedanke, das volkswirtschaftliche Geschehen als einen Kreislauf anzusehen, entstand bereits schon im 18. Jahrhundert von Francois Quesnay. Das Kreislaufdenken, welches die wechselseitigen Beziehungen, Geld- und Güterströme aufzeigt, wurde jedoch erst im 19. Jahrhundert nur von wenigen Forschern aufgegriffen und weiterentwickelt. Erst die Erfahrung der Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts gaben der Kreislaufbetrachtung neuen Auftrieb mit dem Ziel, das komplizierte verwirrende Bild unserer arbeitsteiligen Wirtschaftsstruktur eindeutig allumfassend zu analysieren. Das ist bis heute aber noch nicht durchgreifend gelungen.

Die nachstehenden Ausführungen sind ein erster Versuch, anzuregen, erkenntnisfördernde Kreisprozessuntersuchungen aus der Thermodynamik für strategische Wirtschaftsanalysen aufzugreifen. Diese Problematik ist allerdings an Stofffülle sehr umfangreich und miteinander so verzwickelt, dass eine umfassende schlüssige Darlegung noch einen großen ersten Forschungsbedarf erfordert.

In der Thermodynamik wird die Umwandlung von Wärme in Arbeit durch Kreisprozesse beschrieben. Dabei gibt es zwei extreme Prozesse, es ist einmal der orthogonale Prozess im Druck-Volumen-Diagramm, genannt pV -Diagramm, und zum anderen der orthogonale Prozess im Temperatur-Entropiediagramm, genannt Ts -Diagramm. Beide Prozesse sind erkenntnistheoretisch sehr interessant, sie könnten auch konvergierend für volkswirtschaftliche Analysen zur Stabilisierung der Wirtschaft aufschlussreich sein.

Der orthogonale pV -Prozess dokumentiert z.B. bei konstanter Temperatur die maximale Arbeit bei theoretisch maximalem Höchstdruck, dabei ist der Wirkungsgrad allerdings extrem bis auf den Wert Null gesunken. Für den in den Oststaaten praktizierten Sozialismus war der extreme orthogonale Kreisprozess im pV -Diagramm charakteristisch.

Der orthogonale Ts -Prozess, es ist in der Fachsprache der Carnot-Kreisprozess, liefert bei konstantem Druck einen maximalen Wirkungsgrad bei theoretisch maximaler Prozesstemperatur; in diesen Fall ist dann die Prozessarbeit allerdings extrem auf den Wert Null abgefallen.

In unserem streng kapitalistisch marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem steht der Profit naturgemäß an erster Stelle. Zwischen Wirkungsgrad und Profit sind analoge Bezugskriterien gegeben. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Carnot-Prozess für Entwicklungsanalysen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufschlussreich sein könnte. Dieser Sachverhalt soll nun als Beispiel an Hand der Abbildungen 1 und Abbildung 2 kurz näher erläutert werden.

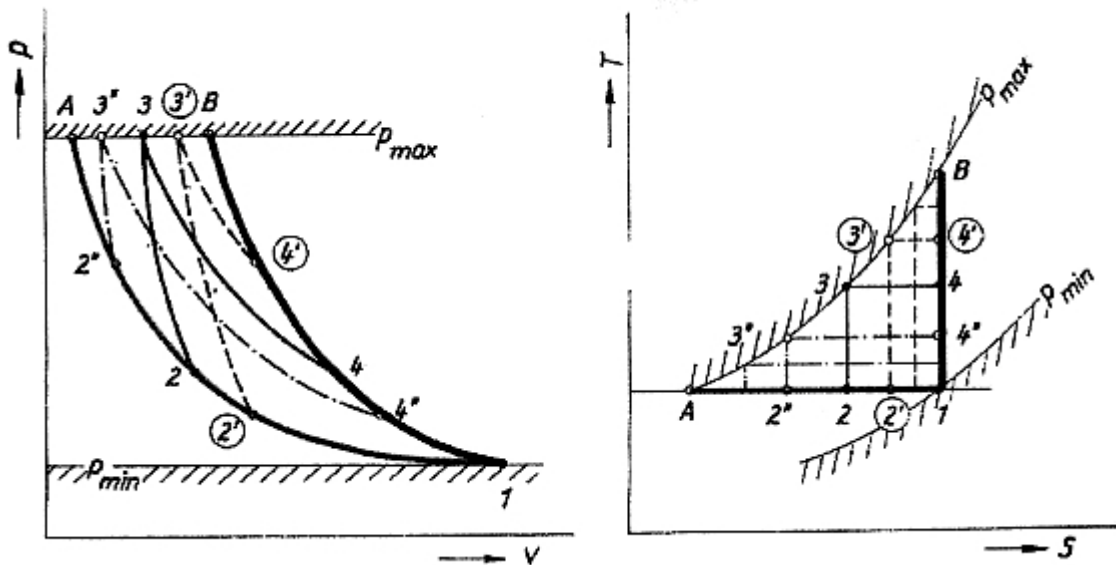


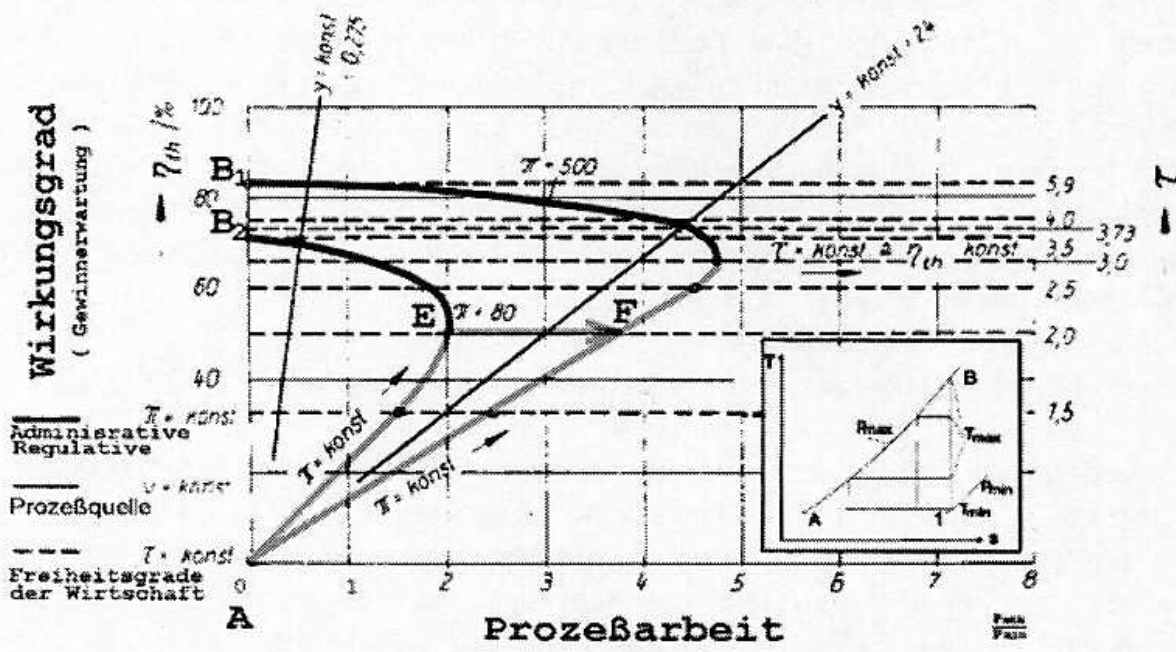
Abbildung 1

Carnot-Prozess im p,v – und T,s – Diagramm bei veränderlicher Temperatur

Der Carnot-Prozess wird bekanntlich durch vier Prozessgrößen, aus zwei Adiabaten und zwei Isothermen charakterisiert. Im Ts-Diagramm ist der aus den zwei Isothermen 1-2, 3-4 und zwei Adiabaten 2-3, 4-1 entstandene Kreisprozess als das Rechteck 1-2-3-4-1 dargestellt. Der Inhalt des Rechteckes dokumentiert die gewonnene Nutzwärme des Prozesses. Die von diesem Prozess in Arbeit verwandelte Nutzwärme wird dargestellt im pV-Diagramm durch die von den zwei Isothermen 1-2, 3-4 und den zwei Adiabaten 2-3, 4-1 eingeschlossene Fläche 1-2-3-4-1. Innerhalb eines vorgegebenen konstanten Druckverhältnis p_{max}/p_{min} können durch Variation der maximalen Temperaturvorgabe verschiedene Kreisprozesse gebildet werden, z.B. dargestellt durch die Flächen: 1-2-3-4-1, 1-2'-3'-4'-1, 1-2''-3''-4''-1 usw.

Jeder dieser Prozesse hat unterschiedliche prozessbezogene eigene Nutzwärme und Prozessarbeit. Dabei liegen alle Prozesse zwischen einem maximalen Temperaturverhältnis, gekennzeichnet durch $\tau = T_B/T_1$ (fett), und einem minimalen Temperaturverhältnis, gekennzeichnet durch $\tau = T_A/T_1 = 1$ (breit).

Daraus ergeben sich zwei vorgegebene extreme Prozessgrenzen in Abhängigkeit vom Druckniveau. In beiden Fällen ist die Prozessarbeit im Extremen Null. Im pV-Diagramm zeigen die Prozessgraden 1-A-1 (breit) und 1-B-1 (fett) keine Arbeitsfläche. Der Wirkungsgrad hat bei dem Temperaturverhältnis T_B/T_1 jedoch das mögliche Maximum, da die Prozesstemperatur T_B den möglichen höchsten Grenzwert erreicht hat. Bei einem Temperaturverhältnis $T_B = T_A$ ist der Wirkungsgrad Null, da in diesem Grenzfall die Wärmezufuhr gleich der Wärmeabfuhr ist, es gibt im Prozessverlauf 1-A-1 (breit) keine Temperaturdifferenz, d.h. $\tau = 1$.



Prozeßcharakteristik (CARNOT)

Abbildung 2

Für mögliche unterschiedliche Kreisprozesse innerhalb eines vorgegebenen konstanten Druckverhältnisses wird in einem realen Diagramm die für einen Carnot-Prozess ermittelte gesamte Prozesscharakteristik für Prozessarbeit mit dem dazugehörigen Wirkungsgrad dargestellt (als Beispiel wurde $\pi = p_{\max}/p_{\min}$ der Wert 80 und 500 vorgegeben). Die Ordinate zeigt für alle möglichen Prozesse den Wirkungsgrad η und das Prozess-temperaturverhältnis τ , die Abszisse die Prozessarbeit p_{mth} . Alle Kenngrößen sind dimensionslos. Die Kenngröße π gibt das für die jeweilige Prozesscharakteristik gewählte Druckverhältnis an, die Kenngröße Y bedeutet konstant gehaltene Wärmezufuhr.

Übertragen wir nun diese Darstellung in das Wirtschaftsgeschehen. Wir setzen z.B. Druck gleich Staatslegislative; die Temperatur T entspricht „Freiheitsgrade“ in der Wirtschaft; der Wirkungsgrad η entspricht „Gewinnerwartung – Wirtschaftsrentabilität“; das Volumen v kennzeichnet Geld- und Güterstrom; die Entropie s ist bekanntlich eine Zustandsfunktion für die Unordnung eines Systems, d. h. sie charakterisiert Stabilität bzw. Labilität; Y ist die Prozessquelle, d. h. dem Prozess zugeführte Energie, wie z. B. Geld und Arbeitskraft; p_{mth} ist gewonnene gesellschaftlich-wirtschaftlich nützliche Prozessarbeit und kann gegebenenfalls auch eine Kenngröße für das Bruttosozialprodukt sein. Das Diagramm weist aus, dass bei einer starren Gesetzeslegislative ($\pi = p_{\max}/p_{\min} = \text{const.}$) bei Erhöhung der Freiheitsgrade der Wirtschaft τ (thermodynamisch – Temperaturerhöhung) die Gewinnerwartung (Wirkungsgrad η) steigt bis zu einem Maximum der Prozessarbeit E , sie steigt weiter, bis die Prozessarbeit im Extremfall schließlich zu Null geht (siehe B), die Gewinnchancen haben ein Maximum erreicht und lösen damit bereits schon im Vorfeld eine Wirtschaftskatastrophe aus. Der Abfall der für die Gesellschaft nützlichen Arbeit bei gleichzeitigem Anstieg großer Gewinnchancen bedingt z.B., dass das Verhältnis zwischen Geldmengenfluss und Gütermengenfluss im Wirtschaftskreislauf stark gestört wird. Mit dem gegenwärtigen Trend der ungebremsten Globalisierung ist dieser Prozess bereits vorprogrammiert. Die dafür charakteristischen Auswirkungen, wie Inflation bzw. Deflation verbunden mit sehr belastender Arbeitslosigkeit, werden unvermeidbar. Die Inflation wie die Deflation sind also Krebschäden in der Wirtschaft, sie zu verhindern ist eigentlich die oberste Pflicht jeder verantwortungsbewussten Wirtschafts- und Geldpolitik.

Geldmenge und Gütermenge verknüpft mit der gesellschaftlichen nützlichen Arbeit müssen also immer in das richtige Verhältnis zueinander gebracht werden. Steigt die Geldmenge schneller als das Handelsvolumen, besteht die Gefahr der inflatorischen Entwicklung. Bleibt hingegen die Geldmenge relativ zurück, geraten wir in eine Deflation. Der Geldumlauf ist also ein wesentlicher Teil des gesamten Wirtschaftskreislaufes.

Die Regulierung der Geldmenge erweist sich als ein wirtschaftspolitisches Problem allerersten Ranges. Die mannigfaltigen Einflussfaktoren so zu steuern, dass sie die Währungsstabilität sichern, ist ein ständiger Balanceakt. Spätestens an der Stelle

Maximums der gesellschaftlichen nützlichen Arbeit ,siehe Abb. 2 Bezugspunkt E, muss die staatlich-wirtschaftliche Legislative qualitativ korrigiert werden. Es ist zum Beispiel ein höheres Druckniveau anzustreben, das heißt die Wirtschaftsentwicklung muss von E in Richtung höheres Druckniveau F gesteuert werden. Dazu sind natürlich neue wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse gefragt, die allgemeinen praktizierten Gesetze der freien Marktwirtschaft versagen sowohl hinsichtlich der Belebung der Konjunktur als auch hinsichtlich des Umweltschutzes. Die vor Jahren geführte Fünf-DM-Diskussion des Kraftstoffpreises ist so ein charakteristisch bleibendes Beispiel des absoluten Unsinn, die Inflationsrate kann sich dadurch zu einer Lawine entfalten. Wirkungsvolle Veränderungen sind machbar, wenn die Finanzgewalt den Entwicklungsbedingungen Rechnung trägt.

Das Krisengeschwür der Wirtschaft ist nur heilbar, wenn die Hierarchie des Geldes mit den Gesetzen der Kapitalakkumulation weltumfassend den Entwicklungsstand von Technik und Wirtschaft angepasst bzw. untergeordnet wird. Zur Zeit ist dieses genau umgekehrt. Es werden zum Beispiel weltweit gesellschaftlich sehr notwendige Belange wegen Geldmangel nicht realisiert, besser gesagt gar nicht wahrgenommen, obgleich erforderliche Voraussetzungen dazu gegeben wären. Dieser Sachverhalt ist für gesunde Menschen nicht zu begreifen. Eine Ursache dessen ist, unser Modell bestätigt es, dass das Geld immer mehr direkt zur Handelsware gemacht wird und somit der gesellschaftlich sinnvollen notwendigen Arbeit, das heißt der produktiven Wirtschaft entzogen wird. In diesem Jahrhundert steht nun als wichtigste Aufgabe die Instandsetzung des Staates und die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft. Geschieht dieses nicht, dann wird die dramatische Verschmelzung der Menschheit durch Technik und Handel schon bald ins Gegenteil umschlagen und zu einem globalen Kurzschluss führen. Für die Europäische Union wäre die Lösung dieses Problems das wichtigste zentrale Forschungsprojekt mit weltweiter Bedeutung. Dazu gehört u. a. auch das wichtige Problem, wie eine sinnvolle Beschäftigung und Einbeziehung des ständig ansteigenden Anteils der arbeitsfähigen Bevölkerung, die nicht mehr als effektive Arbeitskraft in Wirtschaft und Staat benötigt wird, in die Gesellschaft zu realisieren ist. Hoffen wir, dass dieses Problem in Kooperation von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bereits richtig erkannt und auch gewollt einer Lösung zugeführt wird.

Historisch belegbar ist, dass in der Vergangenheit die großen Wirtschaftskrisen meist von der Stelle ausgelöst worden sind, deren eigentliche Aufgabe es ist, über die Wirtschaftsstabilität zu wachen, nämlich vom Staat. Hoffen wir, dass das zur Vergangenheit gehört und dass die Anstrengungen derer, die für eine bessere Welt, das heißt für eine gerechte Welt für alle eintreten, erfolgreich sein werden, wenn auch dieses Ideal heute noch unerreichbar erscheint.

Literatur

- (1) Klaus Knizia: Kreativität, Energie und Entropie: Gedanken gegen den Zeitgeist. ECON Verlag Düsseldorf, Wien, New York und Moskau, 1992.
- (2) Horst W. Opaschowski: Deutschland 2010. Wie wir morgen leben, Kurt Mair Verlag Hamburg, 1997.
- (3) Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Rowohlt Verlag Reinbek, 1997.
- (4) Bundesverband deutscher Banken e.V. (Hrsg.): Im Kreislauf der Wirtschaft, bankverlag Köln, 1991.
- (5) Oppermann, Bach: Thermodynamische Grundlagen der Verbrennungsmotoren, Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“, WB, 11440 / 1976.

Dietmar Schössler

KASERNENSTAAT NORDKOREA

Sicherheitspolitische Problemstellung und militär-soziologisch angeleitete Fragen
an die Perspektiven eines (Teil-)Systems gemeinsamer Sicherheit
im ostasiatisch-pazifischen Raum

0. Sicherheitspolitische Problemstellung und analyseleitende Fragen

0.1. Nordkorea: isoliertes spätstalinistisches Auslaufmodell oder international hofierter Neuer Strategischer Akteur?

Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) wurde im Westen überwiegend als isolierter SPÄTSTALINISTISCHER RESTBESTAND eines vormals große Teile Eurasiens bedeckenden ‚roten Imperiums‘ gesehen. Die Debatte über dieses System versandete allmählich und ging in eine abwartende Rezeptionshaltung über – verbunden mit der stillen Frage: wann löst sich die Angelegenheit von selbst? Lediglich die direkten regionalen Anrainer, allen voran die REPUBLIK KOREA und JAPAN, fragten hin und wieder besorgt, unter welchen riskanten Begleitumständen schließlich das an sich absehbare System-Ende vor sich gehen würde. Außerdem sahen sie schärfer als etwa die Europäer die nicht abreißende Kette aggressiver Aktionen, die von der DVRK auf der Halbinsel selbst wie auch im nahen Ausland unternommen wurden: Kommando-Unternehmen, Seegefechte, Totschlag an der Demarkationslinie („Beilmorde“) und viele weitere verdeckte Einsätze – darunter der Ausbau eines unterirdischen Tunnelsystems zur Einschleusung von Spezialkräften in den Süden – gehören seit den 60er Jahren zum Alltag des gespaltenen Landes. Die Skala der nicht unrealistischen Befürchtungen reichte von einer zu erwartenden Neuauflage des Koreakrieges bis hin zur schlichten System-Implosion im Sinne einer Selbstaufhebung des Regimes. Solange jedoch Nordkorea eben nur als isolierter spätstalinistischer Akteur galt – als ein winziges Teilchen der kolossalen Konkursmasse des eurasiatischen Realsozialismus –, konnten sich die Erwartungen und Befürchtungen in Grenzen halten.

Die USA hatten und haben als pazifische Macht und als Sicherheitspartner der Republik Korea, sowie Japans und Taiwans, eine realistischere Wahrnehmung der Situation in Nordostasien entfaltet. Sie sehen neben oder hinter Nordkorea die dynamisch aufwachsende regionale Großmacht CHINA und deren teils unverhohlene, teils verdeckte Strategie der – allmählichen – Ausdehnung ihres Einflusbereichs, einschließlich klar erkennbarer geostrategischer Stoßrichtungen und Territorialansprüche. In diesem Kräftespiel hat auch das sozialistische Nordkorea als eine Art Barrierestaats verwandter Weltanschauung seinen Platz – und

vermutlich sogar VIETNAM (das von China 1979 in einem ‚pädagogischen‘ Militär-Einsatz angegriffen wurde) als südlicher Pufferstaat ebenfalls ähnlicher ideologischer Couleur. (Vgl. ASIAN JOURNAL OF POLITICAL SCIENCE; Singapore 8/June 2000, Beitrag R. C. M. ONG)

Auch die vormalige pazifische Macht RUSSLAND/Sowjetunion taucht in der alten zaristischen Stoßrichtung wieder im ostasiatisch-pazifischen Raum auf, wobei ehemalige vertragliche Verpflichtungen gegenüber Nordkorea wiederbelebt wurden. (Vertrag vom 09.02.2000) Der aggressive neue Schwung Nordkoreas in seinem Verhalten gegenüber dem westlichen ‚Imperialismus‘ wird mithin abgesichert durch die Wiederbelebung der traditionellen Freundschaftsbeziehungen mit China und mit Rußland. (EAST ASIAN STRATEGIC REVIEW 2002, Tokyo 2002, p. 156) Die Figur eines ISOLIERTEN Nordkorea muß also schon angesichts dieser sich dynamisch verändernden Kräftekorrelation als vornehmlich in europäischen Kanzleien angesiedelte krasse Fehlperzeption bezeichnet werden.

0.2. Das Phänomen der Neuen Strategischen Akteure

Unter der Hand hatten sich längst vor dem Ende des Ost-West-Konflikts die internationalen Kräfteverhältnisse sukzessive verschoben: im westlichen Bündnisbereich wurde – korrekt – eine zunehmende Zahl sog. NEUER STRATEGISCHER AKTEURE registriert, die sich – wie etwa Syrien, Irak, Iran, Libyen, Pakistan und eben Nordkorea – durch ihre allmählich erkennbare Fähigkeit auszeichneten, trotz einer lediglich in einigen Sektoren entwickelten ökonomisch-wissenschaftlichen Basis und in der Regel geringen Bevölkerungspotentials dank geschickter Kombination bedrohungsrelevanter Parameter (Grundmuster: ABC-Waffen plus Trägermittel) zu ernstzunehmenden regionalen Akteuren aufzusteigen. Auch angesichts dieser Weiterentwicklung des ‚postkonfrontativen‘ internationalen Systems, in dessen sog. multipolare Struktur zunehmend neue strategische Akteure eintreten, kann man wohl kaum von einem ‚isolierten‘ Nordkorea sprechen – eher scheint die Demokratische Volksrepublik ‚voll im Trend‘ zu liegen. Nordkorea propagiert denn auch eine nationale Entwicklungspolitik, die – unter der Prämisse ‚die Streitkräfte zuerst‘ – den Weg des Landes zu einer aufsteigenden und immer stärker werdenden (Regional)Macht bahnen soll.

(Vgl. hierzu das japanische Verteidigungsweißbuch DEFENSE OF JAPAN 2002, p. 40)

0.3. Nordkoreas Rüstungsdynamik im Nuklear-Strategischen Bereich 1994 bis 2004

Was jetzt allerdings sogar die (west)europäische Öffentlichkeit in Rotation versetzte, war das auch für die breitere Medienlandschaft SICHTBARWERDEN des Aufstiegs Nordkoreas zu einem dieser neuen strategischen Akteure. Die DVRK hatte in den 50er und 60er Jahren, unterstützt von der Sowjetunion, mit einem Nuklear-Programm begonnen. Mitte der 80er Jahre wurde bereits ein 5-Megawatt-

Reaktor in Yongbyon installiert, zugleich trat Nordkorea dem Nichtverbreitungsvertrag bei. Anfang der 90er Jahre hatte die Bush-Administration alle im Ausland dislozierten taktischen Nuklearwaffen, also auch aus Südkorea, abgezogen. 1993 verweigerte Nordkorea die Inspektion seiner Nuklearanlagen, 1994 erklärt es – vermittelt durch J. Carter – das Einfrieren seines Nuklearwaffenprogramms im Tausch gegen Öllieferungen und ‚proliferations-resistente‘ Reaktorbau-Unterstützung. 1998 fordern die USA Nordkorea auf, den Verkauf von Raketentechnologie an Schurkenstaaten zu unterlassen. Nordkorea testet eine Rakete regionalstrategischer Reichweite, wobei JAPANISCHES Territorium überflogen wird. Im Herbst 2002 gibt Nordkorea gegenüber einer US-Delegation zu – oder propagiert es –, daß es ein geheimes Programm zur Nuklearwaffen-Herstellung begonnen und mithin seine Verpflichtungen aus dem Jahre 1994 verletzt habe. Nach westlichen Schätzungen kann Pyongyang in relativ kurzer Zeit bis zu acht Atomsprengkörper herstellen und sodann in die Serienfertigung übergehen.

Besonders alarmierend wirkte das Überschießen japanischen Territoriums mit einer TAEPO DONG-1-Rakete im August 1998. Bei einer absehbaren Reichweitensteigerung (TAEPO DONG-2 /bis 6.000 km) wären u. a. Alaska, Indonesien, China, Indien und große Teile Rußlands bedroht. Realistisch ist auch die baldige Produktion von Interkontinentalraketen. (Vgl. DEFENSE OF JAPAN 2002, Japan Defense Agency, Aug. 2002, p. 47 f.) – Im Frühjahr 2003 folgte ein weiteres ‚Geständnis‘: Nordkorea behauptete, es habe mehrere 1.000 Brennstäbe aufgearbeitet. Das dabei gewonnene Plutonium könnte für die Produktion von Atomwaffen verwendet werden.

(Vgl. etwa TIME v. 13.1.2003, p. 30. – Zur Debatte der Militärrealisten in Japan über ggf. präemptive Aktionen gegen Nordkorea vgl. KEIZO TAKEMI in: INTERNATIONALE POLITIK, Januar 2004, pp. 67 ff.)

Jüngste Enthüllungen aus PAKISTAN über eine Kooperation mit der DVRK könnten den Verdacht erhärten, daß Nordkorea bereits im Besitz von Nuklearwaffen ist. Nach Experten-Einschätzungen kann die Kooperation zwischen Nordkorea und Pakistan inzwischen als MODELLFALL für die Verbreitung von Kernwaffen im 21. Jahrhundert gelten: Nordkoreas Lieferung ballistischer Raketen im Austausch gegen nukleares Fachwissen zeige anschaulich, wie sich zwei politisch wie kulturell gegensätzliche Staaten in ihrem Streben nach Atomwaffen zusammenfinden können.

(Michael RÜHLE: Das zweite Kernwaffenzeitalter, in: FAZ Nr. 31 v. 6. Febr. 2004, S. 11; vgl. auch FAZ Nr. 43 v. 20. 2. 2004, S. 6; Ende Februar 2004 scheiterten erneute Sechser-Verhandlungen über ein etwaiges ‚Einfrieren‘ des nordkoreanischen Nuklearprogramms, da „kein Konsens“ über die Definition und das Ausmaß dieses Einfrierens erreicht werden konnte. Vgl. FAZ v. 1. 3. 04. – Zu neuen Proliferationsproblemen mit Pakistan – Richtung NIGERIA vgl. FAZ Nr. 57 v. 8. 3. 04, S. 12.)

0.4. Analyseleitende Fragen

Die Analyse muß sich also bei diesem Forschungsobjekt vorrangig mit der systematisch zu stellenden Rahmenfrage beschäftigen, ob es sich im Falle des Akteurs Nordkorea

1. um ein isoliertes spätstalinistisches AUSLAUFMODELL oder um ein von anderen Großakteuren gestütztes Gebilde handelt, das man unter die Kategorie Neuer Strategischer AKTEUR einordnen kann.
Diese LEITFRAGE muß durch speziellere Fragen ergänzt und – empirisch nachprüfbar – beantwortet werden:
2. Wie läßt sich der ‚neue strategische Akteur‘ resp. das ‚spätstalinistische Auslaufmodell‘ in seinen GRUNDZÜGEN beschreiben?
3. In welchem internationalen BEZIEHUNGSGEFLECHT agiert dieser Akteur?
4. Welche – manifesten und latenten – Funktionen hat die monopolartige IDEOLOGIE?
5. Ist diese Ideologie lediglich eine ‚regionale‘ VARIANTE marxistisch-leninistischer Ideologie?
6. Welche (Binnen-) Strukturen und Relationen der HAUPT-MACHTSÄULEN des Systems: Partei – Militär – Staatsapparat sind aufweisbar?
7. Was sind die wichtigsten sicherheits- und militärpolitischen ERSCHEINUNGSFORMEN dieses Akteurs?
8. Welche allgemein-politischen, sicherheits- und militärpolitischen Hauptcharakteristika resp. WESENSMERKMALE weist dieser Akteur mithin auf?
9. Inwiefern decken sich seine Wesensmerkmale mit denen anderer ‚NEUER STRATEGISCHER AKTEURE‘ – und inwieweit liegen individuelle Besonderheiten vor?
10. Sind VERHALTENSMUSTER, empirisch aufweisbare Regelmäßigkeiten oder – idealiter – sogar ‚Gesetzmäßigkeiten‘ des Verhaltens feststellbar?
11. Lassen sich aus diesem Befund VORHERSAGEN – zumindest im Sinne von empirischen Verallgemeinerungen oder Tendenzaussagen – für künftiges Verhalten dieses Akteurs ableiten?

1. Die Juche-Ideologie als Kern des ‚Kimilsungismus‘

1.1. Zur Genesis des Juche-Konzepts

Der Koreakrieg hatte ein verwüstetes Land und ungeheure Bevölkerungs- und Militärverluste hinterlassen. Das Verhältnis zu den beiden Gewährsmächten – Sowjetunion und VR China – war komplizierter geworden. Im Falle der Sowjets hatten KIM Il Sung und PAK Chang-Oks (aus dem sowjetkoreanischen Lager), unterstützt von ihren sowjetischen Militärberatern, STALIN von einem sicheren Blitzkriegserfolg überzeugen können. Als dieser Erfolg dann nicht eintrat, war Stalin bereit, einen Konfliktabbruch auf der Basis eines geteilten Korea zu akzeptieren. Diese Erfahrung ließ Kim Il Sung verschärft über seine eigenen Möglichkeiten der Machtsicherung nachdenken. Im Falle Chinas hatte sich einerseits dank der massiven Mitwirkung durch die ‚Volksfreiwilligen‘ das Verhältnis vertieft und gefestigt. Andererseits war dank dieser existenzrettenden Intervention ein hoher Grad von – auch psychologischer – Abhängigkeit entstanden. In diesem Rahmen war der INNERPARTEILICHE KAMPF zu sehen, der sich in der unmittelbaren Nachkriegsperiode entwickelte: Der Konflikt drehte sich zunächst um die ‚Linksabweichung‘ KIMs, der als Hauptrichtung des industriellen Wiederaufbaus die SCHWERINDUSTRIE anvisierte, während die ‚rechte‘ Abweichung PAK Chang-Oks (sowjetkoreanische ‚Fraktion‘) und CHOE Chang-Iks (‚Yan‘ an-Fraktion, d. h. sino-koreanische Fraktion) auf den vorrangigen Aufbau einer eher konsumorientierten LEICHTINDUSTRIE abzielte.

Diese nur vordergründig ökonomische Debatte hatte einen tiefergehenden politischen und WELTANSCHAULICHEN Hintergrund: KIM IL Sung attackierte seine Opponenten mit Dogmatismus- und Formalismus-Vorwürfen – gemeint war eine angeblich unkritische Übernahme neuester sowjetischer wirtschaftspolitischer Strategien der unmittelbaren Nach-Stalin-Periode. In einer GRUNDSATZREDE am 28.12.1955 hatte KIM postuliert, daß die Prinzipien des Marxismus-Leninismus den KOREANISCHEN Realitäten anzupassen seien. Leitidee seines Referats war eine für Korea notwendige Konzeption von AUTARKIE bzw. SELBSTGENÜGSAMKEIT (Juche oder Chuch´e), wie sie sich aus den Rahmenbedingungen und historischen Erfahrungen Koreas ableiteten. Jede ideologische Arbeit müsse deshalb den konkreten Interessen der koreanischen Revolution untergeordnet werden. (Vgl. R. FRANK: Nordkorea: Zwischen Stagnation und Veränderungsdruck, in: Einführung in die politischen Systeme Ostasiens, Opladen 2003, S. 300)

Mit dieser Rede begann die schrittweise SYSTEMATISIERUNG und Entfaltung dieser Konzeption. Leitprinzipien des Chuch´e sind UNABHÄNGIGKEIT (Charip) und KREATIVITÄT (Ch´angjo). Chuch´e zu etablieren bedeutet: Herr der Revolution und des Aufbaus des eigenen Landes zu bleiben. Es bedeutet mithin ‚Unabhängigkeit und Kreativität‘, die Lösung aller Probleme im revolutionären Kampf mit eigener Kraft und mit den Mitteln durchzuführen, die der Situation des

eigenen Landes angemessen sind. Chuch'e kann insofern auch als ein KULTUR-SPEZIFISCHER ETHNISCHER NATIONALISMUS bezeichnet werden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden deutliche Tendenzen sichtbar, noch stärker die NATIONALE Komponente der Ideologie hervorzuheben. Die Formulierungen reichen von ‚Unsere Nation zuerst‘ bis ‚Unsere Rasse zuerst‘ – die Einheit aus ‚Liebe zur Nation, zur Rasse und zum Volk‘ wird als KIM-JONG-IL-IDEOLOGIE gepriesen. Es wird seit dem schockierenden Zusammenbruch des Sowjetblocks nunmehr hervorgehoben, daß dieses Scheitern in der Unfähigkeit der Sowjetunion-Führung lag, die prinzipiell richtigen Theorien von Marx und Lenin auf die eigenen, landes- und zeitspezifischen Bedingungen KREATIV anzuwenden. (FRANK, ebenda, S. 302 f.)

1.2. Manifeste und latente Funktionen des Juche-(Chuch´e) Konzepts

1.2.1. Fragestellung

Juche wird von der aktuellen offiziellen Interpretation als Kern eines umfassenderen Denkansatzes aufgefaßt: nämlich des ‚KIMILSUNGISMUS‘. Der Marxismus-Leninismus hat sich überlebt: er war eine Theorie über den Sturz des Kapitalismus resp. Imperialismus und über die Schaffung der sozialistischen Ordnung. Er ist auf die heutige Lage nicht mehr anwendbar (verständlich nach dem Kollaps des Sowjetblocks). Die Klärung der großen Fragen unserer Zeit, nämlich die Theorie über die nationale Befreiung und die Klassen- und Menschheitsbefreiung, habe KIM IL SUNG tiefschürfend und eigenständig entwickelt. Dies sei die verbindliche Antwort auf die neue Epoche, in der die Volksmassen erstmalig in der Geschichte der Menschheit als Herren der Welt auftreten und ihre Geschicke selbständig und schöpferisch gestalten. (Zit. nach P. SCHALLER: Nordkorea – ein Land im Banne der Kims, Böblingen 1994, S. 30)

Es liegt mithin eine Art REVOLUTIONSTHEORIE vor, die allerdings in ihrer verschwommenen Begrifflichkeit – wer sind ‚die Volksmassen‘? – soziologisch amorph bleibt. Aber natürlich hat Juche – erweitert zum Kimilsungismus – ersichtlich nicht die Funktion, ein empirisch überprüfbares Wirklichkeitsbild zu liefern. Wie ist aber das Gesamtgebäude dieser verbal titanischen Ideologie hinsichtlich seiner MANIFESTEN und LATENTEN FUNKTIONEN einzuschätzen?

1.2.2. Manifeste Funktion(en) von Juche

Die primäre manifeste Funktion der Juche-Ideologie und des Kimilsungismus besteht darin, die PERSÖNLICHE HERRSCHAFT des politischen Führers ideell zu begründen und legitimatorisch abzusichern. Die gesamte Konzeption ist darauf abgestellt, den Führer in seiner Unersetzbarkeit – zirkelschlußartig – zu rechtfertigen: Der Führer bedarf der Geführten, zunächst der PARTEI, um seine Position einnehmen zu können. Zugleich bedarf aber die Partei des FÜHRERs, weil sie

sonst wesenlos und nichtexistent wäre. Beide benötigen wiederum ein Drittes, die VOLKSMASSEN, über deren Basis sich der politische Überbau zu erheben vermag. Diese Masse ist das zu ERLÖSENDE OBJEKT, das nur über diesen Weg zu seiner ‚Aufhebung‘ und damit zu seiner SUBJEKT-Qualität gelangt. Der MASSE schreitet die Partei als VORHUT – zur Erkundung und Aufklärung des schwierigen Weges – voraus. Ihr wiederum gibt der FÜHRER die grundsätzliche Richtung sowie die jeweilige erreichte Etappe des Weges an.

Eine abgeleitete manifeste Funktion des sich entwickelnden Kimilsungismus war seine Nützlichkeit für den INNERPARTEILICHEN Überlebenskampf der Kim-Fraktion: „In clear, simple terms he accused Soviet-Korean opponents ... of ignorance and neglect of Korean history ... and of mechanical borrowing from other socialist countries experiences.“

(A. BUZO. The Guerilla Dynasty, London/New York 1999, p. 24 f.)

Der von der sowjetischen Nach-Stalin-Ideologie abgekoppelte Kimilsungismus kennzeichnet demnach eine Grundhaltung, nach der die nordkoreanische Gesellschaft auf der Basis ihrer eigenen Kräfte und Möglichkeiten aufzubauen ist. Einen entsprechenden Abstand suchte Kim auch gegenüber China einzuhalten, wenngleich das gewaltige Blutopfer (1 Mio. Gefallene) der chinesischen ‚Volksfreiwilligen‘ im Koreakrieg solche Distanzstrategie psychologisch erschwert haben mag. Ebenfalls nicht gerade distanz-erweiternd kam noch die auffallende ÄHNLICHKEIT von Juche mit dem stets vom Maoismus verfochtenen Grundsatz eines eigenen chinesischen Weges zum Sozialismus und entsprechender Selbstgenügsamkeit (teilweise aufgelassen erst in der Öffnungspolitik ab 1978) hinzu. Zumindest als erwünschtes Nebenprodukt hat Juche hier die manifeste Funktion, AUSSEN-POLITISCHE Spielräume insbesondere gegenüber den ideologisch verwandten Akteuren argumentativ begründen und absichern zu können.

Paradoxerweise enthält Juche ein zugleich isolationistisches wie expansionistisches Gesicht: denn Juche definiert eine bestimmte Position gegenüber der Welt, d. h. zu anderen Völkern, Kulturen und politischen Systemen. Einmal ist Juche eine Isolations- und Abschottungs-Doktrin. Zum anderen ist Juche aber auch eine Lehre, die dem nordkoreanischen System eine FÜHRUNGSROLLE in der Welt zuspricht: denn Nordkorea ist im Besitz der Wahrheit, es hat den Schlüssel zum Fortschritt der Menschheit. Der Fortschritt liegt in der Revolution. Hüterin dieses Wissens ist die Partei. (SCHALLER ebenda S. 31) Beide Seiten, die innere wie die äußere, hängen somit eng zusammen: die Revolutionierung der Menschheit erfordert die PERMANENTE REVOLUTION im Innern. Dieses hohe Ziel und die entsprechenden notwendigen Zwischentappen sind nur durch allumfassenden KAMPF in allen Erscheinungsformen zu erreichen, da sich die reaktionären Kräfte im Innern wie weltweit diesem revolutionären Prozeß entgegenstellen. Luxus, Wohlleben und das Verfolgen privater Ziele lenken nur die revolutionären Kräfte

ab. KIM IL JONG brachte diese Anforderungen an den revolutionären Kämpfer auf die Formel: ‚Laßt uns alle wie Helden leben und kämpfen!‘

Die MILITARISIERUNG der Gesellschaft in einem totalitären Ausmaß ist eine logische Konsequenz aus dieser Weltanschauung, ebenso die Sicht der Welt als FORUM EINES LANGWIERIGEN, DE FACTO PERMANENTEN KAMPFES. Vorbilder von außen werden deshalb nicht benötigt, da ja die Partei-Ideologie mit ihrem Doppelgesicht ohnedies den Globus abdeckt und zur Hauptidee dieser Anschauung ja die Selbstgenügsamkeit, die Fähigkeit, ALLES aus eigener Kraft herstellen zu können, gehört. Dieser Kerngedanke der Juche-Doktrin hat eine gewisse Anziehungskraft auf ENTWICKLUNGSLÄNDER ausgeübt.

1.2.3. Latente Funktion(en) von Juche

Erste Ergebnisse dieser Ideologie-Entwicklung zeigte bereits der III. Parteikongreß (1956), der sich drastisch vom vorhergehenden II. (1948) unterschied: Die meisten Schlüsselpersonen aus der Periode vor dem Koreakrieg sowie viele Angehörige der Partei-Intelligenz waren VERSCHWUNDEN – die Überlebenden dieser Gruppierung existierten noch mit Duldung der KIM-Fraktion. Aus einer Kaderpartei war eine MASSENPARTEI geworden, die ein Abbild ihres Führers darstellte:

- ländlich-kleinbäuerlich,
- geringe Bildung,
- dogmatisch,
- mißtrauisch gegenüber allem Fremden,
- außerordentlich diszipliniert und
- an Härte gewöhnt.

Diese Mischung erwies sich über die folgenden Dekaden als dauerhaft und systembestimmend. Die soziale und wohl vielfach auch physische Liquidierung aller oppositionellen Fraktionen (mit ihrem starken Intelligenzler-Anteil) bewirkte einen drastischen VERLUST VON FACHLICHER KOMPETENZ IM PARTEI- UND STAATSAPPARAT. Was absichtsvoll mit der Juche-Doktrin anvisiert wurde: der Machtaufwuchs aus eigener Kraft und ohne pluralistische Zersplitterung, wurde durch die latente Funktion dieses Zielplanungs-Prozesses wieder aufgehoben: nämlich die ‚Erreichung‘ von fachlicher Inkompetenz in den verschiedenen Sektoren des Systems, alles in allem: das ‚Herstellen‘ einer gesamtsystemischen STAGNATION, die wiederum nur durch noch krassere Machtakkumulation und Massen-Manipulation zu überwinden versucht wird.

2. Staat – Partei – Militär

2.1. Staat

2.1.0. Überblick

Das politische System Nordkoreas entspricht in den Grundzügen der typischen DREIGLIEDERUNG marxistisch-leninistischer Systeme (gestaffelt nach machtpolitischer Relevanz): 1. Partei, 2. Militär (bzw. Bewaffnete Organe) und 3. Staatsapparat als reiner Umsetzer des Parteiwillens. Ausdrücklich wird der LENINSche Demokratische Zentralismus als Basismuster für den Aufbau des politischen Systems propagiert. In Analogie zur ‚nachklappenden‘ Gründung des kommunistischen Teilstaats in Mitteleuropa wurde die DVRK erst nach der Ausrufung der Republik Korea (15.08.1948) am 09.09.1948 offiziell gegründet. Vielleicht im Sinne des chinesischen historischen Musters (zuerst Guerilla-Armee und befreite Gebiet, dann offizielle Staatsgründung) wurde aber die nordkoreanische Volksarmee schon vor der offiziellen Staatsgründung bereits im Februar des Staatsgründungsjahres ins Leben gerufen. Noch forciert als in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland wurden erste ‚Polizei‘-Kader der nordkoreanischen Streitkräfte bereits 1945/46 aufgestellt.

2.1.1. Legislative

Die ‚Legislative‘ besteht aus der Obersten Volksversammlung (z. Z. die zehnte OVV von 1998). ‚Ewiger Präsident‘ der OVV bleibt KIM IL-SUNG; der amtierende Präsident (Vorsitzender des OVV-Präsidiums) nimmt repräsentative Aufgaben eines nominellen Staatsoberhauptes wahr. Bei der Wahl zur OVV von 1998 wurden exakt 100 Prozent der Stimmen für den Nationalen Block abgegeben. Suborgane der OVV auf kommunaler Ebene sind die Lokalen Volksversammlungen.

2.1.2. Exekutive

Die ‚Exekutive‘ besteht aus dem Kabinett mit dem Premierminister (z. Z. Hong Song-nam) und dem Regierungsapparat mit z. Z. rund 30 Ministerien (!). Der Unterbau besteht aus den Lokalen Volkskomitees, ausgenommen die drei regierungsunmittelbaren Städte Pyongyang, Nampo und Kaesong. Die gesellschaftliche Basis wird von sog. Fünf-Haushalte-Gruppen (seit 1958 erweitert auf 20-25 Haushalte) mit einem ‚Vorsteher‘ – dem NS-Blockwart-System vergleichbar – fugenlos ausgefüllt.

(R. FRANK: Nordkorea. Zwischen Stagnation und Veränderungsdruck, in: Einführung in die politischen Systeme Ostasiens, Opladen 2003, S. 311)

2.1.3. Judikative

An der Spitze der Judikative steht der Zentrale Gerichtshof, mit entsprechenden Äquivalenten auf lokaler Ebene, dessen Hauptaufgabe darin besteht, „die Macht des Staates und das sozialistische System in der DVRK zu schützen und sicherzustellen, daß alle Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Bürger sich strikt an die Gesetze des Staates halten und alle Klassenfeinde und Gesetzesbrecher bekämpfen.“ (gem. Art. 152 der Verfassung).

Die Generalstaatsanwaltschaft bildet den ‚zweiten Arm‘ der Judikative (mit entsprechendem Unterbau). Ferner existieren Sondergerichtshöfe (Militärgericht, Verkehrs- und Transportgericht).

2.2. Die Partei der Arbeit Koreas (PdAK)

2.2.0. Überblick

Eigentliche gesamtgesellschaftliche Machtzentrale ist die PdAK mit ca. 3 Millionen Mitgliedern (ca. 12,2 Prozent der Bevölkerung). Allerdings zeigt allein schon die extrem unregelmäßige Abfolge der Parteitage bzw. Parteikongresse eine von der Willkür des ‚Führers‘ abhängige, rein instrumentelle Funktion der Partei – im Gegensatz etwa zur Kommunistischen Partei Chinas, die lediglich in der spätdmaoistischen Periode ähnlich deformiert war. (Vgl. hierzu A CONCISE HISTORY OF THE COMMUNIST PARTY OF CHINA, Beijing 1994, z. B. pp. 627 ff.)

So fanden Parteitage lediglich 1946, 1948, 1956, 1961, 1970 und 1980 statt.

2.2.1. Partei-Organisation

Analog zur Gesamtstruktur des politischen Systems entspricht auch die Parteiorganisation dem gewohnten Muster der LENINSchen Partei neuen Typus¹, selbstverständlich – mit Blick auch auf den Maoismus – mit den bekannten nordkoreanischen Charakteristika einer vollständig instrumentalisierten FÜHRER-PARTEI.

Dem formalen Aufbau nach ist die Partei-Basis

- die Grundorganisation, in der die Mitglieder von einem Parteisekretär geleitet werden;
- die Grundorganisationen sind bis zur Provinz-/Bezirksebene jeweils zu übergeordneten Einheiten zusammengefaßt ;
- oberstes Organ der Partei ist – auf dem Papier – der Parteitag, auf dem die verschiedensten lokalen Organisationen durch gewählte Abgeordnete vertreten sind; der Parteitag wählt ein
- Zentralkomitee, das zwischen den Parteitagungen tätig ist;
- die Abteilungen im Sekretariat des ZK sind in Parallele zu den entsprechenden Gliederungen (u.a. Ministerien) des Staatsapparats aufgebaut.

Das Politbüro (PB) – als die Spitze des Parteiapparats – hat wiederum ein Führungsgremium, das Präsidium des PB, das allerdings – gegensätzlich etwa zur Struktur der KP Chinas – lediglich aus dem ‚Führer‘ KIM JONG-IL besteht.

Wichtige Machtfunktionen nehmen auch die MILITÄRKOMMISSION (hier Parallele zur KP Chinas) sowie die Inspektions- und die Kontroll-Kommission wahr.

Parteichef ist seit 1997, nach Ablauf einer dreijährigen Trauerperiode, KIM JONG-IL (Tod des Vaters im Juli 1994). KIM JONG-IL ist allerdings nicht auch zugleich Generalsekretär des ZK; das hätte einen Parteitag und ein daraus hervorgehendes neues ZK erforderlich gemacht. Stattdessen wurden vom ZK und der Militärkommission (!) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, daß ‚auf einhelligen Wunsch‘ aller Partei-Organisationen, der Regierung und der Streitkräfte KIM JONG-IL die Funktion des PARTEI-Generalsekretärs angetragen worden sei.

KIM JONG-IL vereinigt nach seiner phasenweise erfolgten Initiation die Positionen des Parteivorsitzenden (jedoch nicht des Generalsekretärs des ZK), des Politbüro-Präsidiums vorsitzenden (als alleiniges Mitglied), des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungskomitees (Staat), damit zugleich das Amt des Oberkommandierenden aller bewaffneten Kräfte und des Vorsitzenden der Militärkommission (Partei).

2.3. Militär-Organisation

2.3.1. Vorbemerkungen zum Erkenntnisproblem

Die Analyse der ‚zivil-militärischen Beziehungen‘ und des inneren Gefüges der Streitkräfte ist auch im Falle Nordkoreas ein Dauerproblem der Forschung. Hilfreich ist es hier, die entsprechenden Relationen in anderen Einparteiensystemen des marxistisch-leninistischen Typus‘ zu untersuchen sowie den bereits vorhandenen Erkenntnisbestand für vorsichtige Analogie-Blicke zu nutzen. In noch stärkerem Maße als bei der Analyse der Partei-Militär-Beziehungen stellt sich natürlich das Erkenntnisproblem bei der Untersuchung der MILITÄR-ORGANISATION selbst: immerhin ist auch hier zunächst der Erkenntnisbestand aus der Dauerbeobachtung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Streitkräfte sowie der VBA der Volksrepublik China als Orientierungsrahmen nützlich und für die Hypothesenbildung brauchbar. Auch Kenntnisse über die Strukturen westlicher Armeen sind notwendige empirische Bezugskonzepte – hier darf jedoch nicht der Fehler vieler westlicher militär-soziologischen Analysen wiederholt werden: nämlich UNREFLEKTIERT mittels ‚westlicher‘ Kategorien und Konzepte (wie Interessengruppen, Bürokratie, ‚zivil‘-militärische Beziehungen) die analogen Systemstrukturen etwa im ostasiatischen Bereich untersuchen zu wollen. –

Bei Beachtung solcher Probleme und entsprechender Sichtbarmachung dieser Dimensionen sind jedoch relativ theorie-relevante Ergebnisse möglich.

2.3.2. Merkmale des Systems der sozialistischen Landesverteidigung

(1) Die Streitkräfte der DVRK werden über das NATIONALE VERTEIDIGUNGSKOMITEE (NVK) geführt und kontrolliert. Entsprechend dem dualen Führungs- und Kontrollsystem kommunistischer Militärorganisationen läuft ein paralleler Führungsstrang über die MILITÄRKOMMISSION der Partei (s. o. deren Aufwertung gegenüber dem ZK) und die nachgeordnete Polit-Organisation. In der Person KIM JONG-ILs ist diese Spitzengliederung – NVK plus Militärkommission – miteinander verzahnt. Als Vorsitzendem des NVK und damit Oberbefehlshaber der Streitkräfte unterstehen Kim natürlich auch alle anderen ‚bewaffneten Organe‘:

1. die SICHERHEITSTRUPPEN des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (189.000 Mann) sowie
 2. die Roten Arbeiter- und Bauerngarden (ca. 3,5 Mio.).
- Analog allen anderen realsozialistischen Systemen bilden auch in Nordkorea diese Parallel-Armeen ein kalkuliertes GEGENGEWICHT zur Volksarmee (1,082 Mio.) Diese Polit-Organisation reicht bis auf die militärische Basis des Zuges (also noch unterhalb der Kompanie-Ebene!).

(Als Überblick zur dualen Struktur sozialistischer Militärorganisationen siehe: D. SCHÖSSLER: Militärsoziologie, in: SPEZIELLE SOZIOLOGIEN, rowohlts enzyklopädie Bd. 542, Reinbek bei Hamburg 1994, pp. 286 ff.)

(2) Ein weiteres Merkmal von Systemen der sozialistischen Landesverteidigung ist die angestrebte TOTALE MOBILISIERUNG der Gesellschaft, üblicherweise in der westlichen Literatur als ‚totale Militarisierung‘ etikettiert. In deskriptiv-empirischer Hinsicht ist dieses Phänomen in der Tat so zu beschreiben. Gegenüber Flächenstaaten kontinentalen Charakters – namentlich USSR und VR China – dürfte kleinen Staatsgebilden wie der DDR, Vietnam oder eben: Nordkorea die buchstäblich totale Erfassung der BürgerInnen optimal gelungen sein. Insofern gehört diese totale Erfassung und Mobilisierung der Bevölkerung im Rahmen des Systems der Landesverteidigung zu den Strukturmerkmalen – wenn nicht überhaupt zum WESEN – der DVRK. Der Wehrdienst dauert zwischen 3 und 10 Jahren (Heer: 5 - 8, Marine 5 - 10, Luftwaffe 3 - 4 Jahre. Bis zum 40. Lebensjahr müssen Wehrübungen abgeleistet werden, anschließend kommt der Reservist bis zum 60. Lebensjahr in die Rote Arbeiter- und Bauerngarde (vergleichbar den DDR-Kampfgruppen der Arbeiterklasse).

(Vgl. MILITARY BALANCE 2002/03, London 2003, p. 153)

Gerade wegen des deutlichen Entwicklungsgefälles zwischen der DDR als vergleichsweise hochentwickelter Industriegesellschaft ‚neuen Typs‘ und der DVRK als Entwicklungsland mit Orientierungs- und Identitätsproblemen hat die DDR – in Bevölkerungszahl, politischem System und Wiedervereinigungsproblem vergleichbar – ersichtlich Modell für das Wehrsystem der DVRK gestanden; – zumal wiederum das Wehrsystem der DDR eine importierte – und noch effizientere – Umsetzung des sowjetischen Wehrmodells darstellte.

(3) In der Verfassung der DVRK wird dieses SYSTEMZIEL deutlich ausgesprochen: „das gesamte Volk bewaffnen, das Land in eine Festung verwandeln, die Armee zur Kaderarmee ausbilden.“ (Art. 60) In den jüngsten Disputen zwischen Nordkorea und den USA wurden diese Systemziele von Sprechern des DVRK-Regimes wiederholt wörtlich zitiert. Dieses System totaler Mobilmachung drückt sich auch in folgenden Ziffern aus: rund 5 Prozent der Bevölkerung sind in den aktiven Streitkräften, 2 Prozent in der aktiven Reserve sowie weitere 11 Prozent in der Roten Arbeiter- und Bauerngarde.

2.3.3. KERN-KOHORTE(N) DER KOREANISCHEN VOLKSARMEE

Während der japanischen Okkupationszeit hatten Koreaner in der sowjetischen Armee in Sibirien oder in der chinesischen Roten Armee in der Mandschurei gedient. Auf koreanischem Boden hatten sich kleinere verdeckte Kämpfer halten können. Die Kernkohorte der ab 1946 beschleunigt aufgebauten nordkoreanischen ‚Polizei‘kräfte kam aus den beiden Exil-Gruppen. Ähnlich wie in Mitteleuropa brachten auch hier die sowjetischen Okkupationstruppen ihre einheimischen KP-Kader mit. Hier war es eine Guerilla-Truppe unter Führung von KIM IL-SUNG, die sogleich mit dem Aufbau der Partei und von bewaffneten Kräften begann. ‚KIMs MANDSCHURISCHER GUERILLA-KREIS‘ verdrängte alle anderen Fraktionen, namentlich die chinesische oder YAN´AN-GRUPPE mit zum Teil ausgezeichneten militärischen Führern. Die Reste der Yan´an-Gruppe wurden nach dem Koreakrieg liquidiert. In den wenigen Jahren bis zum Sommer 1950 entstand eine zum STRATEGISCHEN ÜBERFALL geeignete Armee, die in der Anfangsperiode des Koreakrieges ihre professionelle Effizienz bewies. Allerdings mußte der Blitzkrieg-Erfolg teuer bezahlt werden: mit rund 500.000 Gefallenen – sowie einer Million chinesischer Gefallener –, darunter auch viele Mitglieder des Kimschen mandschurischen Guerilla-Zirkels. Auch nach diesem Aderlaß blieb die mandschurische Guerilla-Fraktion tonangebend. Zusammen mit der ihrer eigenen sozialen Herkunft entsprechenden kleinbäuerlichen Masse der Soldaten bildete diese nordkoreanische Militärorganisation ein Gebilde hoher SOZIALER KOHÄSION. In den Wiederaufbaujahren nach 1953/54 wurde diese Struktur rekonstruiert; sie gilt in den Grundzügen noch bis in die gegenwärtige Periode nordkoreanischer Militärpolitik.

Abbild in der kohäsiven Spitzengliederung

Während das NVK mehr die allgemeinen strategischen und operativen Leitlinien für den Streitkräfte-Aufbau entwickelt, läuft die im engeren Sinne militärfachliche Führung und Kontrolle über das Verteidigungsministerium, wobei der formell im Ministerium befindliche GENERALSTAB hier die eigentliche Führungs- und Kontroll-Funktion ausübt, typischerweise wieder parallelisiert durch die POLITISCHE HAUPTVERWALTUNG. Auffallend ist der relativ hohe Anteil der MILITÄRS im Politbüro: so waren in den 80er/90er Jahren von 19 PB-Mitgliedern 7 Berufs-

militärs sowie 11 mit militärischem Hintergrund (Reserveoffiziere oder ehemalige Berufsoffiziere), mithin verbleibt ein ‚reiner‘ Zivilist. –

3. Deskription der wichtigsten sicherheits- und militärpolitischen Erscheinungsformen

3.1. Blitzkriegs-Fähigkeit

Das totale System militärischer und paramilitärischer Mobilisierung widerspiegelt sich in der Verfassungswirklichkeit der DVRK. Bereits der im Blitzkriegsstil inszenierte strategische Überfall Südkoreas durch die nordkoreanische Volksarmee im Juni/Juli 1950 zeigte eine äußerst schlagkräftige, gut ausgebildete und motivierte Militärorganisation, deren Angriffsschwung erst durch einen verlustreichen Verzögerungskampf der Alliierten abgebremst und schließlich – dank überlegener operativer Führung (Zangenansatz: Pusan-Ausbruch und zugleich Incheon-Landung = Riesen-Cannae für den Aggressor) – in einen Vernichtungssieg für den Süden verwandelt wurde. Nur der Einsatz der chinesischen ‚Volksfreiwilligen‘ verhinderte die Konsolidierung dieses Erfolges und brachte die Alliierten erneut an den Rand einer Niederlage. In diesem ‚neuen Krieg‘ (Mac ARTHUR) spielten die nordkoreanischen Kräfte dann allerdings nur noch eine Nebenrolle. In US-amerikanischer Sicht dokumentierten die Operationen der Koreanischen Volksarmee (KVA) in der Anfangsperiode des Koreakriegs eine beträchtliche Fähigkeit zum Führen des GEFECHTS DER VERBUNDENEN WAFFEN. Allerdings hatte die KVA zunächst einen Gegner vor sich, der entweder überhaupt nur für Polizeiaufgaben ausgebildet war oder erst in letzter Stunde ein gewisses Gefechtstraining erhalten hatte. Ein anderer südkoreanischer Großverband hielt die Stellung in Seoul bis zum letzten Mann. Das komplette Versagen der obersten militärischen Führung der RoK, die panikartig aus der Hauptstadt flüchtete, trug maßgeblich zum anfänglichen Desaster und zur Überlegenheit der nordkoreanischen Verbände bei. Wie rückblickend von US-Seite eingeräumt wurde, hatte man die Nordkoreaner in ihrem Gefechtswert krass unterschätzt, so daß man auch mit dem falschen Denkansatz in diesen Kampf eingestiegen sei.

(Vgl. M. B. RIDGWAY: The Korean War, Princeton N.J. 1998, p. 22.)

3.2. Erweitertes Taktik-Muster

Die nordkoreanischen Verbände hatten mit ihrer TAKTIK – Durchbruch durch die Verteidigung mit gepanzerten Verbänden, Einschließen der Flanken mit Infanterie, unterstützt durch massives Artilleriefeuer – das Schwungmoment aufrechterhalten. Zum ERWEITERTEN Taktikmuster der Nordkoreaner gehörte das Einschleusen bzw. Aktivieren einer ganzen Skala von ‚verdeckten Kämpfern‘. Die rückwärtige Kampfzone bot keine Sicherheit für die zurückweichenden alliierten Truppen.

Vielfach wurden als vermißt geltende Soldaten ermordet aufgefunden. (RIDGWAY ebenda p. 28) "Viele Amerikaner und Südkoreaner, die in Gefangenschaft gerieten, wurden gefoltert oder gruppenweise an Händen und Füßen gefesselt und dann durch Genickschuß getötet." (S. L. A. MARSHALL: Der Koreakrieg, Frauenfeld CH 1965, S. 31)

Dieses sichtbar gewordene Janusgesicht der nordkoreanischen Armee – äußerste Brutalität gegen sich selbst im Einsatz und gegen den wehrlosen, gefangenen Gegner – hat das Feindbild im Süden zutiefst geprägt. Eine weitere zu lernende Lektion war die Erkenntnis, daß mit Technik allein, etwa mit reinem Luftkrieg, dieser Gegner nicht zu schlagen war. (Vgl. dazu F. UHLE-WETTLER: Leichte Infanterie im Atomzeitalter, Darmstadt 1966) Die Wiedereroberung der Städte, besonders Seouls, kostete noch erhebliche Verluste – der Gegner erwies erneut seine Fähigkeit zum Kampf in urbanen Gebieten, insbesondere auch im Häuserkampf. Es zeigte sich dabei, daß trotz der wirkungsvollen Luftnahunterstützung letzten Endes der BODENKAMPF – bis hin zum Nahkampf – ausgefochten werden mußte.

3.3. Rekonstruktion und Weiterentwicklung der nordkoreanischen Militärorganisation

3.3.1. Militär-Doktrin und Militär-Strategie

Der Erkenntnisbestand aus der DAUERBEOBACHTUNG östlicher Streitkräfte ist als empirischer Orientierungsrahmen nützlich und für die Hypothesenbildung brauchbar. So kann davon ausgegangen werden, daß in grundlegenden Begriffen/Konzepten alle realsozialistischen Einparteiensysteme in analoger Weise vorgingen und weiterhin vorgehen.

Die von M. W. FRUNSE 1921 publizierte Studie über die EINHEITLICHE MILITÄRDOKTRIN hatte für alle realsozialistischen Streitkräfte paradigmatischen Charakter (M. W. FRUNSE: Ausgewählte Schriften, Berlin/Ost 1956, S. 143 f.)

„Die Militärdoktrin stellt allgemeine Grundsätze auf, während die militärische Strategie von diesen allgemeinen Grundsätzen ausgeht und die konkreten Fragen, die den Charakter des ZUKÜNFTIGEN KRIEGES, die VORBEREITUNG des Landes auf den Krieg, die ORGANISATION der Streitkräfte und die METHODEN der Kriegführung betreffen, behandelt und erforscht.“

(W. D. SOKOLOWSKI: Militär-Strategie, Köln 1969, S. 100 f.)

Das in Partei, Militär und Staat NORDKOREAS herrschende System von Anschauungen über die wichtigsten, grundlegenden Fragen des Krieges läßt sich sehr verkürzt folgendermaßen skizzieren:

- **A:** Alle zukünftigen bewaffneten Zusammenstöße sind durch die grundlegende Konstellation eines imperialistischen Lagers vs. eines nicht-imperialistischen Bereichs bestimmt; hierbei ist der internationale, weltweite **KLASSENKAMPF** oder **KLASSENKRIEG** nach wie vor der antagonistische Hauptwiderspruch.
- **B:** Der (Klassen-)Krieg ist eine Grundform menschlichen Handelns, er ist äußerst langwierig, eigentlich: **NIE ENDEND** – und nur durch diese Triebkraft wird letztlich ein Gesellschaftssystem vor Stagnation und Niedergang bewahrt.
- **C:** Es handelt sich um eine verallgemeinerte Form des **MANDSCHURISCHEN GUERILLA-KAMPFES**; nur in nunmehr kolossalen Dimensionen – entlang von Handlungsparametern wie: klare, unerbittliche Freund-Feind-Scheidung, absolute Härte und Unversöhnlichkeit, Durchhaltefähigkeit und Konsumverzicht, Kampf auf Leben und Tod bis zur – als Etappenziel – ‘Wiedervereinigung’ Koreas.
- **D:** Deshalb muß das Land in ökonomischer, militärischer und moralischer Hinsicht **TOTAL MOBILISIERT** sein, Nordkorea muß als Focus des revolutionären Prozesses – zunächst – auf der Halbinsel ausgebaut und weiter gefestigt werden.
- **E:** Die Streitkräfte resp. alle bewaffneten Organe müssen in Aufbau, Ausbildung, Ausrüstung und Weiterentwicklung diesem allgemeinen Konflikt- und Kriegsbild **ABSOLUT ENTSPRECHEN** und in diesem Kontext die Weisungen der politischen Führung bedingungslos ausführen können.
- **F:** Die **METHODEN** der Kriegführung (des Bewaffneten Kampfes) im Kontext eines allgemeinen und permanenten Klassen-Konflikts leiten sich aus dieser Gesamtkonstellation ab.

3.3.2. Grundlegende methodisch-systematische Arbeiten bei der militärstrategischen Umsetzung

Eine der Hauptaufgaben der Militärstrategie ist die Analyse der Bedingungen und des Charakters eines **ZUKÜNFTIGEN KRIEGES** resp. sich abzeichnender künftiger bewaffneter Kollisionen. In einer Art Daueranstrengung muß hierfür die Militärstrategie die **GESETZMÄSSIGKEITEN DES BEWAFFNETEN KAMPFES** auf der Grundlage der – neueren – **KRIEGSERFAHRUNGEN** unter Berücksichtigung des augenblicklichen Standes des **MILITÄRWESENS** zu ermitteln suchen.

(**MILITÄRISCHE THEORIE UND MILITÄRISCHE PRAXIS**, Berlin/Ost 1972, S. 320)

Die Ansatzebenen der Militär-**STRATEGIE** entsprechen den oben skizzierten Ansatzebenen der Militär-**DOKTRIN** – vor allem den Ansatzebenen C bis F. Die Militärstrategie muß hier Aussagen liefern können, anhand derer alle von der

Militärdoktrin gestellten Anforderungen sich in konkrete WEHRSTRUKTUR-Planungen und -Entscheidungen umsetzen lassen.

3.3.3. Umsetzung in das Kriegs- und Konfliktbild als Planungsgrundlage

Aus der allgemeinen Ideologie (Juche) und der hierauf orientierten Militär-Doktrin läßt sich ableiten, daß die ganze Bandbreite der Erscheinungsformen des bewaffneten Kampfes ihre Bestimmung aus dem permanenten GRUNDKONFLIKT zwischen Imperialismus und Sozialismus erfährt.

- Die künftigen bewaffneten Konflikte bleiben in ihrem Wesen für die eigene Seite ein – allerdings dimensional kolossal erweiterter – GUERILLA-KAMPF mit den hierfür typischen Erscheinungsformen wie:
 - totale Erfassung und Mobilisierung der ‚Massen‘ (der Gesamtgesellschaft),
 - GLEICHZEITIGKEIT von Guerilla-Kampf (im engeren Sinne), konventionellem (jetzt auch: Hochtechnologie-Momente) Kampf und ‚zivilem‘ verdecktem Kampf;
 - von Absprung-Basen ausstrahlende, möglichst schnell den gesamten Raum erfassende KONFLIKT-ENTFESSELUNG, also das - drastisch weiterentwickelte - Muster von 1950/51 – unter rigoroser Nutzung aller Einsatzmittel vom zivilen verdeckten Kampf über die Guerilla bis zum konventionellen Hochtechnologie-Krieg, sowie ggf. erweitert um den Massenvernichtungsmittel-Einsatz.
 - Weil als Hauptgegner die USA gesehen werden, und zudem Südkorea außerordentlich modern (wenn auch nicht-nuklear) gerüstet ist, bleibt der Hauptbezugspunkt des aktuellen KRIEGSBILDS eine zumindest annähernd SYMMETRISCHE MEHRDIMENSIONALE KRIEGFÜHRUNG, gleichzeitig auf dem Land, in der Luft, zur See und – analog zum Vietnamkrieg – in der Tiefe des SOZIALEN RAUMES des Gegners geführt.
 - In allen Einsatzspektren spielen MASSENVERNICHTUNGSMITTEL in Verbindung mit weitreichenden SCHLÄGEN der Raketentruppen eine zunehmende Rolle. (Vgl. etwa EAST ASIAN STRATEGIC REVIEW, Tokyo 2002, p. 163 f.)

3.3.4. Umsetzung in die Wehrstruktur- und Streitkräfte-Planung Nordkoreas

Dieser permanente Grundkonflikt und das sich zunehmend komplexer gestaltende KRIEGS- UND KONFLIKTBILD ‚2025‘ erfordert eine WEHRSTRUKTUR und MILITÄR-ORGANISATION, deren Kampfwert und Durchhaltefähigkeit folgende Merkmale aufweisen muß:

- TOTALE Erfassung aller Wehrfähigen, Aufwuchs einer entsprechenden Wehr-Organisation hierzu ;
- Präsenzstreitkräfte mindestens paritätisch/SYMMETRISCH gegenüber dem potentiellen resp. aktuellen Gegner Südkorea plus US-Streitkräfte in Korea;
- RESERVE-Organisation/Territorialarmee, Massenmiliz;

- möglichst EIGENPRODUKTION (i. S. v. Juche) der Bewaffnung und Ausrüstung, entsprechender Planungsvorhalt durch forcierten Aufbau eines landeseigenen Militär-Industrie-Komplexes;
- zur ‚Symmetrisierung‘ gegenüber dem Gegner gehört überhaupt das Mithalten in der REVOLUTION IM MILITÄRWESEN, wozu natürlich auch der Zugriff auf MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN und TRÄGERMITTEL gehört; ebenso die Erforschung und Entwicklung von „FUTURISTISCHEN Waffen“;
- hierzu gehört auch der Aufbau und dynamische Ausbau eines faktisch weltweiten PROLIFERATIONS-NETZWERKS für die landeseigene Raketen-Produktion und für Massenvernichtungsmittel resp. für den Import von Komponenten für die Herstellung von A-, B-, C- Waffen.
- PERMANENTES INÜBUNGHALTEN der Wehrorganisation durch ein ausgebautes ideologisches Schulungs- sowie militärfachliches Bildungs- und Ausbildungssystem, durch ein effizientes Wehrübungssystem, durch Verbands- und Großverbandsübungen in ununterbrochener Folge und
- durch AKTUELLE KAMPFEINSÄTZE (Seegefechte, amphibische Filtrierungsaktionen mit Liquidierungsaufträgen, Terrorkommandos auch außerhalb Südkoreas, s. Rangun-Attentate) zur Aufrechterhaltung der Kampfmoral und zugleich als Moment der ABSCHRECKUNGS-STRATEGIE.

4. BEANTWORTUNG der analyseleitenden Fragen

1. LEITFRAGE. Das kimistische System war zeitweilig ein SPÄTSTALINISTISCHES, nach dem Kollaps der Sowjetunion plötzlich ‚alt‘ aussehendes Gebilde. Durch gewaltige Kraftanstrengungen – subtil von China und Rußland abgedeckt – und um den Preis eines extrem niedrigen Lebensstandards der ‚Massen‘ – zu schweigen von den Opfern der Hungerkatastrophen – hat sich das System unter der Parole ‚Streitkräfte zuerst‘ schrittweise zu einem NEUEN STRATEGISCHEN AKTEUR weiterentwickelt. Nordkorea reiht sich damit ein in die Gilde neudespotischer Regime, deren gemeinsames Hauptmerkmal in einer ASYMMETRISCHEN Beziehung von unterentwickelter Zivil-Ökonomie und überentwickelter Militär-Ökonomie besteht.

2. GRUNDZÜGE. Im Übergang vom Auslaufmodell zum Neuen Strategischen Akteur sind die grundlegenden System-Merkmale erhalten geblieben:

- eine System-Ideologie mit totalem WAHRHEITSMONOPOL-Anspruch,
- eine für marxistisch-leninistische Systeme typische DREITEILIGE Gliederung: Politik (Partei) – Militär bzw. bewaffnete Organe – Staatsapparat.
- Gesamtgesellschaftliche Machtzentrale bleibt die Partei, dies jedoch jetzt als reines Durchführungsinstrument des Führer-Willens. Ursprünglich war die PdAK eine Partei Neuen Typs (LENIN).

- Die Position der BEWAFFNETEN ORGANE insgesamt sowie der STREITKRÄFTE im besonderen scheint um eine Art einflußpolitischen Mittelwert zu oszillieren: es gibt offenbar Phasen, in denen die bewaffnete Macht sich eher auf gleicher Augenhöhe mit dem Partei-Apparat befindet, und es gibt immer wieder Konsolidierungsphasen, in denen der partei-politische Primat eindeutig überwiegt. Die Bewaffnete Macht umfaßt die regulären Streitkräfte sowie weitere Organe, wobei eine KONKURRENZ-Situation zwischen den Trägern der bewaffneten Kräfte einkalkuliert ist.
- TOTALE ERFASSUNG der ‚Bürger‘ primär über die Monopolpartei und die Massenorganisationen, wirksam flankiert durch eine de facto lebensbegleitende MILITARISIERUNG (Erfassung über Wehrdienst, Reserve-System, Massen-Miliz);
- Der STAATS-APPARAT rangiert auf dem dritten Platz .

3. Der ‚isolierte‘ Akteur Nordkorea agiert in einem immer dichter werdenden **INTERNATIONALEN BEZIEHUNGSGEFLECHT**, das mindestens drei Subsysteme enthält: (1) die speziellen Beziehungen zu den alt-neuen Gewährsmächten: China und Rußland; (2) das sich ausweitende Geflecht der **PROLIFERATIONS-Beziehungen** in der Gruppe der Neuen Strategischen Akteure (wie Syrien, Iran, Pakistan); (3) das sich ebenfalls wieder erweiternde Netz der üblichen geschäftsmäßigen internationalen Beziehungen (insbesondere auch zu westlichen Staaten: Italien, BR Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Spanien, Griechenland, zur EU, Australien u. a.).

4. Die **primäre MANIFESTE Funktion** des Kimilsungismus besteht darin, die **PERSONLICHE Herrschaft** des politischen Führers ideell zu begründen und legitimatorisch abzusichern. Eine abgeleitete manifeste Funktion war die Nützlichkeit des sich entwickelnden Kimilsungismus für den **INNERPARTEILICHEN Überlebenskampf** der Kim-Fraktion. Als zumindest erwünschtes Nebenprodukt hat diese Selbstgenügsamkeits-Ideologie auch die Funktion, **AUSSENPOLITISCHE Spielräume** insbesondere gegenüber den ideologisch verwandten Akteuren argumentativ absichern zu können. Die **MILITARISIERUNG** der Gesellschaft ist eine logische Konsequenz aus dieser Weltanschauung, ebenso die Sicht der Welt als eines Forums **PERMANENTEN Kampfes**. – Zu den **LATENTEN Funktionen** des Kimilsungismus zählt in erster Linie die Deformierung der **PARTEI** und der nunmehr systemtypische Mangel an **FACHLICHER KREATIVITÄT UND KOMPETENZ**, ausgenommen gewisse sektorale Fähigkeiten im Rüstungsbereich.

5. Die **offizielle Ideologie** des Kimilsungismus kann als ein kulturspezifischer **ETHNISCHER NATIONALISMUS** bezeichnet werden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden deutliche Tendenzen sichtbar, noch stärker die ethnozentrische Komponente hervorzuheben. (KIM JONG-IL: ‚Liebe zur Nation, zur Rasse und zum Volk‘). Das Scheitern des Sowjetunion-Blocks wird auf die Unfähigkeit der KPdSU zurückgeführt, die prinzipiell richtigen Theorien von Marx

und Lenin auf die eigenen, landes- und zeitspezifischen Bedingungen KREATIV anzuwenden. Der Kimilsungismus ist bereits mehr als nur eine ‚regionale‘ Variante des Marxismus-Leninismus – es handelt sich um einen voluntaristischen Eigenbau, der lediglich Versatzstücke aus der Ursprungsideologie beibehält.

6. Die Strukturen und Relationen der HAUPT-MACHTSÄULEN des Systems sind in den Grundzügen mit allen marxistisch-leninistischen Systemen vergleichbar. Besonderheiten liegen vor allem (1.) in der ‚IRREGULARITÄT‘ des Partei-Lebens (willkürliche Parteitagstermine usw.) und der zum reinen Umsetzungsmechanismus des Führerwillens abgesunkenen Systemfunktion der PdAK. (2.) Die Militärkommission der Partei hat sich zu einer mindestens GLEICHRANGIGEN Einrichtung neben dem ZK entwickelt, ein ‚Verfassungswandel‘, der sich als logische Konsequenz aus dem Einflußverfall der Partei ableiten läßt. (3.) Für die SINGULÄRE Bedeutung der Militärorganisation unterhalb des Führers, wenn auch in Konkurrenz zu den anderen Sicherheitskräften, spricht schon der Tatbestand, daß ausschließlich der MILITÄR-INDUSTRIE-KOMPLEX mit den profilbestimmenden ABSCHRECKUNGS- UND BEDROHUNGSMITTELN den internationalen Rang des Kimistischen Regimes und damit dessen Überleben gewährleistet.

7. Zu den wichtigsten SICHERHEITS- UND MILITÄR-POLITISCHEN Erscheinungsformen des kimistischen Systems zählen

- die BLITZKRIEGSFÄHIGKEIT, d. h. die aus dem Gesamtsystem ‚sozialistischer Landesverteidigung‘ ableitbare Fähigkeit zum strategischen Überfall und zur großräumig angesetzten Invasion des Südens,
- das ERWEITERTE Taktikmuster, d. h. die Fähigkeit, im Vorlauf von militärischen Operationen und sodann mit ihnen synchronisiert den verdeckten (Guerilla-)Kampf auf der ganzen Fläche der Halbinsel und ggf. im nahen Ausland zu führen;
- eine hierauf abgestimmte MILITÄR-DOKTRIN, die sich an der Perzeption eines totalen und äußerst langwierigen Kampfes orientiert;
- eine von dieser Militär-Doktrin bestimmte MILITÄRSTRATEGISCHE KONZEPTION, in deren Rahmen das KONFLIKT- UND KRIEGSBILD als Planungsgrundlage für die Wehrstruktur-Politik ausgearbeitet wird:

(1) Konflikt- und Kriegsbild:

Die ganze Bandbreite der Erscheinungsformen des bewaffneten Kampfes erfährt ihre Bestimmung aus dem permanenten GRUNDKONFLIKT zwischen Imperialismus und Sozialismus;

die künftigen bewaffneten Konflikte bleiben in ihrem Wesen ein dimensional kolossal erweiterter GUERILLA-KAMPF.

(2) Wehrstruktur- und Streitkräfte-Planung:

Aus dem Konflikt- und Kriegsbild folgt, daß Nordkorea insgesamt eine gewisse ‚SYMMETRIE‘ gegenüber dem Feind-Potential anzustreben hat – durch die totale Erfassung aller Wehrfähigen im Organisationsrahmen einer entsprechenden Wehrstruktur, durch die möglichst autarke Produktion von Bewaffnung und Ausrüstung incl. Massenvernichtungsmittel und durch permanentes Inübunghalten der Wehrorganisation und konkrete Kampfeinsätze im ‚Frieden‘ zur Abschreckung nach außen wie zur Erhaltung der eigenen Kampf motivation.

8. WESENSMERKMALE: Nordkorea ist weiterhin ein auf die Person des politischen Führers fixiertes totalitäres System, das sich bislang – trotz des Kollapses des realsozialistischen Lagers – als weitestgehend wandel-resistent erwiesen hat. Diese WANDELRESISTENZ gilt im besonderen Maße vom Bereich der ‚Landesverteidigung‘. Hier wurde und wird der konventionelle wie der subkonventionelle Einsatzapparat ständig auf mindestens konstantem Niveau gehalten. Wie verschiedene ‚verwandte‘ Neue Strategische Akteure verfügt auch das kimistische Regime über gewisse sektorale Fähigkeiten, im Bereich der REVOLUTION IM MILITÄR-WESEN mitzuwirken und bestimmte bedrohungs-relevante Profile einzunehmen. Die international übermäßige Beachtung und teilweise Hofierung der DVRK läßt sich nicht zuletzt auf diese Fähigkeit zurückführen, bei der Weiterentwicklung von abschreckungs-psychologisch relevanten technologischen Parametern mitzuhalten und zur weltweiten Verbreitung solcher Spitzentechnologien wirkungsvoll beizutragen. Stabilisierend für die internationale Statur Nordkoreas wirkt auch das Interesse der beiden traditionellen Gewährsmächte China und Rußland, dem westlichen Kapitalismus nicht weitere LANDNAHMEN im nordostasiatischen Raum zu gestatten.

9. NEUE STRATEGISCHE AKTEURE. Die sog. Neuen Strategischen Akteure lassen sich keinem einzelnen Regime-Typus zuordnen. In der Regel sind diese Akteure autoritär bis totalitär, dies jedoch in den unterschiedlichsten nationalkulturellen Varianten. Gemeinsam zeichnen sich diese neuen Akteure dadurch aus, daß sie ihren zuvor unmaßgeblichen, nunmehr aber bedeutsamen Status im Geflecht der internationalen Beziehungen einer geschickten KOMBINATION verschiedener bedrohungsrelevanter militär-technologischer Parameter und deren dynamischer Weiterentwicklung verdanken. Selbstverständlich tragen auch massive KONVENTIONELLE Streitkräfte-Potentiale zu diesem Status bei, die teilweise oberste Plätze in der internationalen Militärordnung einnehmen.

10. VERHALTENSMUSTER: Der Akteur Nordkorea zeichnet sich durch ‚ultrastabile‘ Verhaltensregelmäßigkeiten aus. Die ERKENNBARKEIT dieses Musters hängt jedoch in erster Linie von der Erkenntnishaltung des Beobachtenden ab. Unterliegt das Herangehen an diesen Untersuchungsgegenstand etwa einem

ILLUSIONÄR-IDEALISTISCHEN Grundansatz, dann müssen gravierende Fehleinschätzungen die Folge sein.

11. VORHERSAGEN: Dank der ermittelten ‚ultrastabilen‘ Verhaltensregelmäßigkeiten des Systems und bei intensiver Nutzung des Erkenntnisbestands können zumindest im Sinne empirisch informierter Tendenzaussagen künftige Verhaltensmuster des kimistischen Regimes – Strategie und Taktik des ‚System-Überlebens‘ und der System-Expansion – mit relativ hohem Wahrscheinlichkeitsgrad prognostiziert werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Nordkorea war bis etwa Mitte der 90er Jahre ein ‚isoliertes spätstalinistisches Auslaufmodell‘. Durch gewaltige Kraftanstrengungen und um den Preis eines extrem niedrigen Lebensstandards der ‚Massen‘ hat sich das kimistische System unter der Parole ‚Die Streitkräfte zuerst!‘ zu einem Neuen Strategischen Akteur weiterentwickelt. Nordkorea reiht sich damit ein in die Gilde neu-despotischer Regime, deren gemeinsames Hauptmerkmal in einer asymmetrischen Beziehung von unterentwickelter Zivil-Ökonomie und überentwickelter Militär-Ökonomie besteht. Im Übergang vom Auslaufmodell zum Neuen Strategischen Akteur sind die grundlegenden System-Merkmale erhalten geblieben: Nordkorea bleibt weiterhin ein auf die Person des Führers zentriertes totalitäres System, das – bei gesamtsystemischer Stagnation – seinen konventionellen und subkonventionellen Militär-Apparat weiter ausbaut. Wie verschiedene verwandte Neue Strategische Akteure verfügt auch das kimistische Regime über gewisse sektorale Fähigkeiten, in Teilbereichen der Revolution im Militärwesen mitzuwirken und in der Entwicklung von A-, B- und C-Waffen nebst deren Trägermitteln einen bereits das regionale Umfeld tendenziell überschreitenden ‚Schattenwurf‘ seiner Machtmittel zu erzeugen – wobei demonstrativ-aggressive Aktionen immer wieder dafür zu sorgen haben, daß diese sich erweiternde Projektionsfähigkeit von Militärmacht von der ‚internationalen Staatengemeinschaft‘ nicht übersehen werden kann. Der solchen militaristischen Aktionismus leitende ideologische Überbau (Juche) liefert das Rechtfertigungs- und Indoktrinationsmuster für diese Variante einer Autarkie-Politik.

Die übermäßige Beachtung und teilweise schon Hofierung der DVRK läßt sich nicht zuletzt auf diese Fähigkeit zurückführen, bei der Weiterentwicklung von abschreckungs-psychologisch relevanten technologischen Parametern mitzuhaltend und zur weltweiten Verbreitung solcher Spitzentechnologien wirkungsvoll beizutragen. Stabilisierend für die internationale Statur Nordkoreas wirkt auch das Interesse der beiden traditionellen Gewährsmächte China und Rußland, dem westlichen Kapitalismus keine weiteren Landnahmen im nordostasiatischen Raum zu gestatten. Es wird andererseits von Interesse sein, die Lageurteilung der japanischen Strategie-Gemeinschaft – namentlich seitens der wachsenden Gruppe

junger ‚Militärrealisten‘ – zu verfolgen: denn Japan wird, zusammenfassend gesagt, keine weitere Nuklearmacht in der unmittelbaren Nachbarschaft akzeptieren, sondern mit allen Mitteln dagegen vorgehen.

Weil der bisherige Umgang des Westens mit der DVRK, namentlich das sogenannte ‚System von Anreizen‘ einschließlich der zeitweiligen ‚Sonnenscheinpolitik‘ den Kurs des Regimes nicht von seinem Fortschreiten in die Richtung eines aufsteigenden Mitspielers im internationalen Proliferationsgewerbe abzudrängen vermochte, bedarf der ganze Ansatz einer gründlichen und illusionslosen Überprüfung.

März 2004

Publikationen Rolf Lehmann (Auswahl)

Kriegsrechtfertigung heute – aus russischer Sicht, in: Kriegsrechtfertigung heute. Beiträge zum 8. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung" am 29. November 2003 (DSS-Arbeitspapiere Heft 68), Dresden 2004

Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation [Übersetzung der im Oktober vorgestellten Denkschrift des Verteidigungsministeriums der RF, (DSS-Arbeitspapiere Heft 66, mit J. Klopfer)], Dresden 2003

Die Grundrichtungen russischer Sicherheitspolitik unter Präsident Putin, in: Rolf Lehmann/Lothar Schröter (Hrsg.), Streitkräfte unter dem Doppeladler. Militärpolitik, Militärdoktrin, Streitkräfte und Militärreform Russlands und die deutschen Interessen, Schkeuditz (GNN) 2003

Ernst Woit - Weggefährte, Partner, Freund. Erinnerungen und Wünsche (Geleitwort für die Festschrift zum 70. Geburtstag, in: Analysieren und Denken für Frieden und Menschenrechte (DSS-Arbeitspapiere Heft 62), Dresden 2002

Für ein System gemeinsamer Sicherheit, in: Gegen Terror(ismus) und Krieg. Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt (DSS-Arbeitspapiere Heft 61), Dresden 2002

Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen. Sicherheitspolitische Forschung und Impulse für die Militärreform an der Militärakademie "Friedrich Engels" in den Jahren 1988 bis 1990. Erinnerungen an eine bewegte Zeit, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e.V. (DSS-Arbeitspapiere Heft 50), Dresden 2001

Die Außenpolitik der Russischen Föderation. [Übersetzung der gleichnamigen Konzeption des Präsidenten der RF vom 28. Juni 2000 (DSS-Arbeitspapiere Heft 51.6, mit J. Klopfer)], Dresden 2000

Nationale und lokale Katastrophenschutzstrukturen in Usbekistan und Kirgistan, Studie im Auftrag des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e. V., Bonn 2000

Kontrolle am Beispiel der Nationalen Volksarmee, (mit Erich Hocke), in: Zivile Kontrolle von Streitkräften, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1999

Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren. Erinnerungen und Zeitzeugnisse (DSS-Arbeitspapiere Heft 43), Dresden 1998

Die Militärakademie der DDR in Dresden, in: Dresdner Hefte Nr. 53, Dresden 1998

Militärische Aspekte des Krieges in Jugoslawien, in: Krieg in Jugoslawien - nur ein jugoslawischer Krieg? (DSS-Arbeitspapiere Heft 21), Dresden 1996

Die Sicherheitslage auf dem europäischen Kontinent 50 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges, in: Verhinderung militärischer Gewalt in Europa, Dresden 1994

Das sowjetische militärstrategische Denken und die Militärwissenschaft in der DDR, in: Militärwissenschaft in der DDR 1949 - 1990. Ideengeschichtliche Grundlagen, Erkenntnisstand und kritische Wertung (DSS-Arbeitspapiere Heft 5), Dresden 1992

Wie sicher oder unsicher ist Europa im Wandel der neunziger Jahre?, Studie für die Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag (mit Eberhard Arnold, Erich Hocke und Wolfgang Scheler), Dresden 1992

Die Entwicklung des militärstrategischen Denkens in der sowjetischen Militärwissenschaft. Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr am 22.10.1991, Dresden 1991

Sieben Thesen zur sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands in Europa, in: IWBS-Arbeitspapiere Heft 3, Dresden 1990

Kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa, in: IWBS-Arbeitspapiere Heft 1 (mit R. Böhme, E. Hocke, J. Klopfer), Dresden 1990

Inhaltliche Orientierungen und Schwerpunkte der Entwicklung ausgewählter Disziplinen der Militärwissenschaft in den 90er Jahren, Studie (mit E. Jakob und K. Kulisch), Dresden 1988 (V)

Militärakademie "Friedrich Engels". Historischer Abriß (im Redaktionskollektiv), Berlin 1988

Militärische Aspekte der Sicherheit und die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: „IPW-Berichte“, Heft 17(1988)10

Der Übergang von der disziplinären zur interdisziplinären Forschung im militärischen Bereich, in: Militärwesen (VVS), Berlin 1988

Konsequenzen für die operative und taktische Ausbildung an der Militärakademie aus der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages, Studie (mit E. Jakob und K. Kulisch), Dresden 1987 (V)

Der Charakter der Kampfhandlungen zu Beginn eines Krieges auf dem westlichen Kriegsschauplatz bei Einsatz herkömmlicher Waffen, Forschungsbericht, Dresden 1987 (V)

Die Führung von Forschungsgruppen an militärischen Lehreinrichtungen, in: Militärwesen, Berlin 1981 (V)

Die Methodik der Ausarbeitung von Forschungskonzeptionen, in: Militärwesen, Berlin 1980 (V)

Der Charakter der Kampfhandlungen der Truppen LV auf dem westlichen Kriegsschauplatz in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre (Forschungsbericht, gemeinsam mit K. Harms, H. Hobiger und W. Lutze, eingereicht zur Promotion B), Dresden 1978 (V)

Die Operative Kunst der Luftstreitkräfte, Lehrbuch (Übersetzung und Bearbeitung im Autorenkollektiv), Dresden 1976 (V)

Erfahrungen aus Kampfhandlungen der Truppen der LV in lokalen Kriegen, Dresden 1976 (V)

Das Zusammenwirken der Kräfte und Mittel der LV der Vereinten Kräfte auf dem Kriegsschauplatz, Lehrbuch (Übersetzung und Bearbeitung), Dresden 1975 (V)

Die Einsatzvarianten des höheren taktischen Verbandes der LV des Landes, Dresden 1972 (V)

Die Ausgangslage der Truppen der LV zur Abwehr massierter Luftangriffe, Dresden 1972 (V)

Die Simulation der Gefechtshandlungen der Fliegerdivision, Dresden 1970 (V)

Die Gefechtsmöglichkeiten der Luftverteidigungsdivision, Dresden 1966 (V)

Einführung in die Operationsforschung (Übersetzung und Bearbeitung des gleichnamigen Buches von J. Wentzel), Berlin 1966

Die Grundlagen der quantitativen Analyse der Gefechtsmöglichkeiten der Truppen der LV, Dresden 1966 (V)

Methodik der operativ-taktischen Ausbildung der Jagdflieger, Dresden 1964 (V)

Der Gefechtseinsatz des Jagdfliegergeschwaders, Dresden 1964 (V)

Autorenverzeichnis

Wolfgang Demmer, Prof. Dr. sc. mil., geb. 1931, Oberst a. D., bis 1990 Leiter des Lehrstuhls Jagdfliegerkräfte an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Horst Großmann, Prof. Dr. sc. phil., geb. 1936, Oberst a. D., bis 1990 Fachgruppenleiter im Lehrstuhl Philosophie an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Hermann Hagena, Dr. iur. utr., geb. 1931, Brigadegeneral a. D., 1989 Stellvertreter des Kommandeurs der Führungsakademie der Bundeswehr, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Paul Heider, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1931, Oberst a. D., bis 1990 Direktor des Militärhistorischen Instituts der DDR

Joachim Klopfer, Doz. Dr. sc. mil., geb. 1936, Oberst a. D., bis 1990 Hauptfachlehrer im Lehrstuhl Jagdfliegerkräfte der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Wolfgang Knorr, Doz. Dr. sc. mil., geb. 1931, Oberst a. D., bis 1990 Hauptfachlehrer im Lehrstuhl Gefechtseinsatz der Luftverteidigungsdivision, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Hans Modrow, Dr. rer. oec., geb. 1928, 1989/90 Ministerpräsident der DDR, Europaparlamentarier, Ehrenvorsitzender der PDS

Günther Oppermann, Prof. Dr.-Ing. habil., geb. 1930, Oberst a. D., bis 1996 Leiter des Instituts Fahrzeugtechnik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

Klaus Freiherr von der Ropp, Dr. iur., geb. 1938, Leutnant d. R., bis 2000 Vertreter der Stiftung Wissenschaft und Politik beim Deutschen Bundestag und bei der Bundesregierung

Wolfgang Scheler, Prof. Dr. sc. phil., geb. 1935, Kapitän zur See a. D., bis 1990 Leiter des Lehrstuhls Philosophie an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Werner von Scheven, geb. 1937, Generalleutnant a. D., 1988 bis 1990 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, bis 1994 Befehlshaber Korps- und Territorialkommando Ost und Kommandierender General IV. Korps

Max Schmidt, Prof. Dr. phil., geb. 1932, Leutnant d. R., bis 1990 Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft der DDR und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung, 1995 bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der PDS

Siegfried Schönherr, Prof. Dr. sc. oec., geb. 1934, Oberst a. D., bis 1990 Leiter der Fachgruppe Militärökonomie im Lehrstuhl Ökonomie und Militärökonomie an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Gesellschaft für Militärökonomie e.V. und der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Dietmar Schössler, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1937, Oberstleutnant d. R., bis 2002 Leiter des Forschungs- und Lehrbereichs Sicherheitspolitik des Instituts für Internationale Politik, Sicherheitspolitik, Wehr- und Völkerrecht an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München, Lehrbeauftragter an der Universität Mannheim

Wilfried Schreiber, Prof. Dr. sc. oec. et Dr. phil., geb. 1937, Oberst a. D., bis 1990 Fachgruppenleiter im Lehrstuhl Ökonomie und Militärökonomie und Leiter des Bereichs Sicherheitspolitik an der Militärpolitischen Hochschule „Wilhelm Pieck“, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Lothar Schröter, Dr. sc. phil., geb. 1952, Major a. D., bis 1990 Dozent und Abteilungsleiter am Militärhistorischen Institut der DDR, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.

Hans Süß, Prof. Dr. rer. mil., geb. 1935, Generalleutnant a. D., 1989 Leiter der Kommission Militärreform, bis 1990 Chef der Militärakademie „Friedrich Engels“

Gustav Urbani, Prof. Dr. sc. oec., geb. 1928, Oberst a. D., bis 1987 Stellvertreter des Kommandeurs der Sektion Gesellschaftswissenschaften für Forschung an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

Ernst Voit, Prof. Dr. phil. et Dr. sc. pol., geb. 1932, Oberst a. D., bis 1991 Professor für Geschichte und Kritik der neueren bürgerlichen Philosophie an der Technischen Universität Dresden, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V.

